



Zwischenbericht
zum 30. September 2015

Leistung aus Leidenschaft



Die Deutsche Bank

Der Konzern im Überblick

	Jan. – Sep.	
	2015	2014
Aktienkurs zum Ende der Berichtsperiode	24,07 €	27,78 € ¹
Aktienkurs höchst	33,42 €	38,15 € ¹
Aktienkurs tiefst	22,95 €	24,17 € ¹
Ergebnis je Aktie (unverwässert)	-3,53 € ²	1,03 € ³
Ergebnis je Aktie (verwässert)	-3,53 € ²	1,00 € ³
Ausstehende Aktien (unverwässert, Durchschnitt), in Mio	1.388	1.193 ³
Ausstehende Aktien (verwässert, Durchschnitt), in Mio	1.388	1.222 ³
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Eigenkapital)	-8,8 %	2,7 %
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity)	-9,0 %	2,8 %
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital)	-11,2 %	3,6 %
Aufwand-Ertrag-Relation ⁴	110,5 %	85,0 %
Personalaufwandsquote ⁵	37,9 %	39,5 %
Sachaufwandsquote ⁶	72,6 %	45,4 %
in Mio €		
Erträge insgesamt	26.883	24.116
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	576	765
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	29.700	20.488
Ergebnis vor Steuern	-3.393	2.864
Gewinn/Verlust (-) nach Steuern	-4.647	1.250
in Mrd € (sofern nicht anders angegeben)		
Bilanzsumme	1.719	1.709
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Eigenkapital	63,9	68,4
Nettovermögen je ausstehende Stammaktie (unverwässert)	46,16 €	49,32 €
Materielles Nettovermögen je ausstehende Stammaktie (unverwässert)	38,99 €	38,53 €
Harte Kernkapitalquote (CRR/CRD 4) ⁷	13,4 %	15,2 %
Harte Kernkapitalquote (CRR/CRD 4-Vollumsetzung) ⁷	11,5 %	11,7 %
Kernkapitalquote (CRR/CRD 4) ⁸	15,0 %	16,1 %
Kernkapitalquote (CRR/CRD 4-Vollumsetzung) ⁸	12,6 %	12,9 %
Anzahl		
Niederlassungen	2.792	2.814
Davon: in Deutschland	1.829	1.845
Mitarbeiter (in Vollzeitkräfte umgerechnet)	100.407	98.138
Davon: in Deutschland	45.921	45.392
Langfristige Bonitätseinstufung		
Moody's Investors Service	A3	A3
Standard & Poor's	BBB+	A
Fitch Ratings	A	A+
DBRS Ratings ⁹	A	-

Die Überleitung des durchschnittlichen Active Equity und darauf basierender Kennzahlen befindet sich im Abschnitt „Sonstige Informationen“ dieses Zwischenberichts.

¹ Die historischen Kurse bis und einschließlich 5. Juni 2014 (letzter Handelstag Cum-Bezugsrecht) wurden im Zusammenhang mit der Kapitalerhöhung 2014 nachträglich durch Multiplikation mit dem Korrekturfaktor 0,9538 (R-Faktor) angepasst.

² Im Zusammenhang mit den im April 2015 gezahlten Kupons auf Zusätzliche Tier-1-Anleihen wurde das Ergebnis um 228 Mio € nach Steuern angepasst.

³ Die Anzahl der durchschnittlich ausstehenden Aktien (unverwässert und verwässert) wurde für alle Perioden vor Juni 2014 angepasst, um den Effekt der Bonuskomponente von Bezugsrechten, die im Juni 2014 im Rahmen der Kapitalerhöhung ausgegeben wurden, zu berücksichtigen.

⁴ Prozentualer Anteil der Zinsunabhängigen Aufwendungen insgesamt an den Erträgen insgesamt vor Risikovorsorge im Kreditgeschäft.

⁵ Prozentualer Anteil des Personalaufwands an den Erträgen insgesamt vor Risikovorsorge im Kreditgeschäft.

⁶ Prozentualer Anteil des Zinsunabhängigen Sachaufwands, der sich aus den Zinsunabhängigen Aufwendungen abzüglich Personalaufwand zusammensetzt, an den Erträgen insgesamt vor Risikovorsorge im Kreditgeschäft.

⁷ Tier-1-Kernkapital als Prozentsatz der risikogewichteten Aktiva für das Kredit-, Markt- und operationelle Risiko.

⁸ Tier-1-Kapital als Prozentsatz der risikogewichteten Aktiva für das Kredit-, Markt- und operationelle Risiko.

⁹ Das Rating für die Deutsche Bank von DBRS wurde am 27. Februar 2015 eingeführt.

Aufgrund von Rundungen können sich im vorliegenden Bericht bei Summenbildungen und bei der Berechnung von Prozentangaben geringfügige Abweichungen ergeben.

Lagebericht

- Überblick zur Finanz- und Ertragslage – 2
 - Wirtschaftliches Umfeld – 2
 - Ergebnis der Deutschen Bank – 3
 - Ertragslage des Konzerns – 4
 - Segmentergebnisse – 7
 - Vermögenslage – 21
 - Geschäfte mit nahestehenden Dritten – 25
 - Vorstand und Aufsichtsrat – 25
 - Wesentliche Transaktionen – 26
 - Ereignisse nach dem Bilanzstichtag – 26
- Ausblick – 27
 - Die Weltwirtschaft – 27
 - Die Bankenbranche – 28
 - Der Deutsche Bank-Konzern – 29
 - Die Segmente – 31
- Risikobericht – 33
 - Einführung – 33
 - Zusammenfassende Risikobewertung – 34
 - Risikoprofil – 35
 - Behandlung von weiteren wesentlichen Risiken – 39
 - Risikomanagement – Überblick – 39
 - Kreditrisiko – 42
 - Qualität von Vermögenswerten – 48
 - Kreditrisiko: Aufsichtsrechtliche Bewertung – 52
 - Verbriefungen – 58
 - Marktrisiko – 61
 - Operationelle Risiken – 63
 - Liquiditätsrisiko – 65
 - Kapitalmanagement – 66
 - Aufsichtsrechtliches Eigenkapital – 67
 - Bilanzmanagement – 82
 - Interne Kapitaladäquanz – 84

Bestätigungen

- Bescheinigung nach prüferischer Durchsicht – 86

Konzernabschluss

- Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung – 87
- Konzern-Gesamtergebnisrechnung – 88
- Konzernbilanz – 89
- Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung – 90
- Konzern-Kapitalflussrechnung – 92

Anhangangaben

- Grundlage der Erstellung – 93
- Effekt aus Änderungen der Bilanzierungsmethoden – 94
- Segmentberichterstattung – 96
- Angaben zur Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung – 98
- Angaben zur Konzernbilanz – 101
- Sonstige Finanzinformationen – 150

Sonstige Informationen

- Nicht nach IFRS ermittelte finanzielle Messgrößen – 154
- Impressum – 157

Lagebericht

Überblick zur Finanz- und Ertragslage

Wirtschaftliches Umfeld

Die Weltwirtschaft

Wirtschaftswachstum (%) ¹	30.9.2015	30.6.2015	Haupttreiber
Weltwirtschaft	3,1 %	3,2 %²	Ein anhaltend schwacher Welthandel, hohe Verschuldung und strukturelle
Davon: Industrieländer	1,8 %	2,0 % ²	Schwächen führen zu einer Wachstumsverlangsamung in den Industrie-
Davon: Schwellenländer	4,2 %	4,3 % ²	und Schwellenländern. Die Binnenwirtschaft stabilisiert, insbesondere in den
			Industrieländern.
Eurozone	1,7 %	1,5 %²	Niedrige Ölpreise und extrem expansive Geldpolitik.
Davon: Deutschland	1,8 %	1,6 % ²	Solider privater Konsum, aber externer Gegenwind.
USA	2,1 %	2,7 %²	Starker US-Dollar negativ für exportorientierte Sektoren, solide Entwicklung der
			Binnenwirtschaft (Konsum, Wohnungsbau).
Japan	1,1 %	0,9 %²	Schwaches internationales Umfeld dämpft.
Asien³	6,3 %	6,3 %²	Schwache Nachfrage aus China und in den Industrieländern.
Davon: China	6,9 %	7,0 %	Verlangsamung des sekundären Sektors wird teilweise durch den primären
			und tertiären Sektor abgefedert.

¹ Quellen: Nationale Behörden, falls nicht anders angegeben.

² Quellen: Deutsche Bank Research Prognosen.

³ Enthält: China, Indien, Indonesien, Republik Korea und Taiwan.

Die Bankenbranche

Im Euroraum setzte sich im dritten Quartal 2015 das leichte Wachstum der Kreditvergabe an private Haushalte fort, während die Kreditvergabe an Unternehmen erstmals seit Anfang 2012 wieder minimal im Plus gegenüber Vorjahr lag. Auf der Einlagenseite hielt der Aufwärtstrend trotz extrem niedriger Zinsen an. Die Einlagen von Unternehmen erreichten erstmals ein Volumen von 2 Billionen €, während private Haushalte Einlagen in Höhe von etwa 6,5 Billionen € hielten. Insgesamt war bei der Bilanzsumme der Banken im Euroraum nach dem rasanten Anstieg zu Jahresbeginn in den letzten Monaten wieder ein leichter Rückgang zu verzeichnen, während sich gleichzeitig die Eigenkapitalausstattung verbesserte. In Deutschland wurde die Kreditvergabe insbesondere durch die Ausweitung des privaten Hypothekengeschäfts positiv beeinflusst. Auch die Konsumentenkreditfinanzierung und die Kreditvergabe an Unternehmen konnten dort leicht zulegen.

In den USA sank das Wachstumstempo des Kreditvolumens mit Unternehmen nach starken Zuwachsraten zu Jahresbeginn deutlich, blieb aber weiterhin hoch. Das Immobilienkreditgeschäft mit Privatpersonen war leicht rückläufig, bei Konsumentenkrediten hielt die Belebung dagegen an. Die Einlagen des Privatsektors wuchsen ein zweites Quartal in Folge deutlich schwächer als im Durchschnitt der letzten Jahre, so dass sich die Expansionsrate auf nunmehr nur noch 4,8 % weiter verringerte.

In Japan lag das Wachstum des Kredit- sowie des Einlagenvolumens über dem langjährigen Trend. In China stiegen der Kredit- sowie der Einlagenbestand sowohl von Privathaushalten als auch Unternehmen etwas langsamer als zuvor, die Raten lagen aber nach wie vor auf einem hohen Niveau.

Ergebnis der Deutschen Bank

Das Ergebnis im dritten Quartal 2015 war durch eine Wertminderung von rund 5,8 Mrd € auf den Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte in den Unternehmensbereichen Corporate Banking & Securities (CB&S) und Private & Business Clients (PBC) sowie Rückstellungen für regulatorische Angelegenheiten und Rechtsstreitigkeiten in Höhe von 1,2 Mrd € und eine Wertminderung von 649 Mio € auf unsere Beteiligung an der Hua Xia Bank Co. Ltd. beeinflusst. Die Wertminderung auf unsere Beteiligung ist auf eine Neubewertung infolge unserer strategischen Ausrichtung und des allgemeinen Marktumfeldes in China zurück zu führen. Die Wertminderung auf den Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte sowie die Wertminderung auf die Hua Xia-Beteiligung haben keinen Einfluss auf die regulatorischen Kapitalquoten der Bank. Wir weisen daher zum Ende des dritten Quartals eine Harte Kernkapitalquote (CET1 - Vollumsetzung) von 11,5 % aus. Darin bereits berücksichtigt sind die in diesem Quartal umgesetzten zusätzlichen Bewertungsanpassungen, basierend auf dem technischen Regulierungsstandard der EBA zur vorsichtigen Bewertung, sowie die Auflösung der Dividendenabgrenzung aufgrund des negativen Konzernergebnisses.

Die wesentlichen Finanzkennzahlen des Konzerns für die ersten neun Monate 2015 und 2014 sind in der nachstehenden Tabelle zusammengefasst:

Konzernfinanzkennzahlen	30.9.2015	30.9.2014
Erträge	26,9 Mrd €	24,1 Mrd €
Ergebnis vor Steuern	- 3,4 Mrd €	2,9 Mrd €
Gewinn/Verlust (-) nach Steuern	- 4,6 Mrd €	1,2 Mrd €
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren materiellen Eigenkapital) ¹	- 11,2 %	3,6 %
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) ¹	- 9,0 %	2,8 %
Aufwand-Ertrag-Relation ²	110,5 %	85,0 %
Kostensparnis ³	4,2 Mrd €	2,9 Mrd €
Umsetzungskosten (OpEx) ⁴	3,4 Mrd €	2,7 Mrd €
Harte Kernkapitalquote gemäß CRR/CRD 4 (Vollumsetzung) ⁵	11,5 %	11,5 %
CRR/CRD 4-Verschuldungsquote auf Basis einer Vollumsetzung ⁶	3,6 %	3,3 %

¹ Basierend auf dem den Deutsche Bank-Aktionären und Zusätzlichen Eigenkapitalbestandteilen zurechenbaren Ergebnis nach Steuern. Weitere Informationen sind im Abschnitt „Nicht nach IFRS ermittelte finanzielle Messgrößen“ dieses Berichts zu finden.

² Prozentualer Anteil der Zinsunabhängigen Aufwendungen insgesamt am Zinsüberschuss vor Risikovorsorge im Kreditgeschäft zuzüglich der Zinsunabhängigen Erträge.

³ Kostensparnis aus der Implementierung des OpEx-Programms.

⁴ Umsetzungskosten sind Kosten, die bei der Erzielung von Einsparungen im Rahmen des OpEx-Programms anfallen.

⁵ Die Harte Kernkapitalquote gemäß der CRR/CRD 4 (Vollumsetzung) entspricht unserer Kalkulation der Harten Kernkapitalquote ohne Berücksichtigung der Übergangsregelungen der CRR/CRD 4. Weitere Informationen zur Berechnung dieser Quote sind im Risikobericht enthalten.

⁶ Weitere Informationen zur Berechnung dieser Quote sind im Risikobericht enthalten.

Ertragslage des Konzerns

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	3. Quartal		Absolute Veränderung	Veränderung in %	Jan. – Sep.		Absolute Veränderung	Veränderung in %
	2015	2014			2015	2014		
Erträge:								
Davon:								
CB&S	3.172	3.119	53	2	12.139	10.668	1.471	14
PBC	1.851	2.375	-524	-22	6.679	7.176	-497	-7
GTB	1.164	1.032	132	13	3.441	3.080	361	12
Deutsche AWM	1.198	1.266	-68	-5	3.992	3.464	529	15
NCOU	169	11	158	N/A	706	20	686	N/A
Erträge insgesamt	7.330	7.864	-534	-7	26.883	24.116	2.767	11
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	207	269	-62	-23	576	765	-189	-25
Zinsunabhängige Aufwendungen:								
Personalaufwand	3.309	3.190	119	4	10.189	9.530	659	7
Sachaufwand	4.171	4.049	122	3	13.575	10.624	2.951	28
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	-29	77	-106	N/A	134	209	-75	-36
Wertminderungen auf Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte	5.770	0	5.770	N/A	5.770	0	5.770	N/A
Restrukturierungsaufwand	2	13	-10	-83	31	125	-94	-75
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	13.224	7.328	5.895	80	29.700	20.488	9.212	45
Ergebnis vor Steuern	-6.101	266	-6.367	N/A	-3.393	2.864	-6.257	N/A
Ertragsteueraufwand/-ertrag (-)	-77	358	-435	N/A	1.254	1.614	-360	-22
Gewinn/Verlust (-) nach Steuern	-6.024	-92	-5.933	N/A	-4.647	1.250	-5.897	N/A

N/A – Nicht aussagekräftig

Quartalsvergleich 2015 versus 2014

Das Ergebnis des Konzerns im dritten Quartal 2015 wurde beeinträchtigt von Wertminderungen in Höhe von 5,8 Mrd € auf den Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte in den Unternehmensbereichen CB&S und PBC sowie einer Wertminderung in Höhe von 649 Mio € auf unsere Beteiligung an der Hua Xia Bank Co. Ltd. Des Weiteren wurde die Berichtsperiode durch Rückstellungen für regulatorische Angelegenheiten und Rechtsstreitigkeiten in Höhe von 1,2 Mrd € belastet. Das Quartal war außerdem durch schwierige Marktbedingungen gekennzeichnet, dazu gehörten niedrige Zinsen sowie Unsicherheiten in Bezug auf die Zinspolitik der Federal Reserve. CB&S, GTB und die NCOU berichteten höhere Erträge, die durch günstige Wechselkursveränderungen unterstützt wurden. Dieser Anstieg wurde jedoch mehr als ausgeglichen durch den Rückgang der Erträge in Deutsche AWM und PBC. Der Rückgang in PBC ist im Wesentlichen auf die zuvor genannte Wertminderung der Hua Xia Bank Co. Ltd. zurückzuführen. Die Einsparungen im Rahmen unseres OpEx-Programms wurden durch negative Wechselkurseffekte und die vorgenannten Belastungen mehr als aufgehoben.

Die Erträge des Konzerns sanken um 534 Mio € (7 %) auf 7,3 Mrd €. Die Erträge in CB&S beliefen sich auf 3,2 Mrd €. Dies entspricht einem Anstieg von 53 Mio € (2 %). PBC verzeichnete einen deutlichen Ertragsrückgang um 524 Mio € (22 %) auf 1,9 Mrd €. In GTB stiegen die Erträge um 132 Mio € (13 %) auf 1,2 Mrd €. Die Erträge von Deutsche AWM betrugen 1,2 Mrd € und sanken damit um 68 Mio € (5 %). Die Erträge in der NCOU beliefen sich auf 169 Mio €. Dies entspricht einem Anstieg von 158 Mio €. C&A berichtete negative Erträge in Höhe von 224 Mio €, nach 61 Mio € im Vergleichszeitraum des Vorjahres.

Der Rückgang der Risikovorsorge im Kreditgeschäft um 62 Mio € (23 %) ist auf das verbesserte Vorsorge-niveau in beinahe allen Geschäftsbereichen zurückzuführen und auf fortlaufende Auflösungen, die im Zusammenhang mit dem Verkauf notleidender Kredite standen. Der Rückgang wurde insgesamt durch eine höhere Risikovorsorge in CB&S, vor allem im Portfolio für Schiffsfinanzierungen, teilweise ausgeglichen.

Die Zinsunabhängigen Aufwendungen beliefen sich auf 13,2 Mrd € und lagen damit um 5,9 Mrd € (80 %) über dem Vergleichswert des Vorjahres. Der Anstieg war zurück zu führen auf die vorgenannten Wertminderungen auf den Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte, die Aufwendungen im Zusammenhang mit Rechtsstreitigkeiten und negative Wechselkurseffekte. Der Personalaufwand belief sich auf 3,3 Mrd €. Der Anstieg um 119 Mio € (4 %) ist im Wesentlichen auf die vorgenannten negativen Wechselkursveränderungen sowie die anhaltenden Einstellungen im Zusammenhang mit aufsichtsrechtlichen Erfordernissen zurückzuführen. Der Sach- und sonstige Aufwand in Höhe von 4,2 Mrd € stieg um 122 Mio € (3 %). Primär ist diese Zunahme auf die oben genannten Belastungen im Zusammenhang mit Rechtsstreitigkeiten in Höhe von 1,2 Mrd € im Vergleich zu 894 Mio € in 2014 zurückzuführen. Die Zinsunabhängigen Aufwendungen stiegen im Berichtsquartal ferner infolge der Wertminderungen auf den Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte von 5,8 Mrd €. Aufgewogen wurde dies teilweise durch Einsparungen aus der fortlaufenden Implementierung unseres OpEx-Programms sowie die Entkonsolidierungseffekte des Verkaufs von The Cosmopolitan of Las Vegas in 2014 und reduzierte Umsetzungskosten für das OpEx-Programm. Die Aufwendungen im Versicherungsgeschäft, die durch Marktwertschwankungen bei Investments kompensiert werden, welche Leistungen im Zusammenhang mit dem Versicherungsgeschäft von Abbey Life decken, führten zu einem Rückgang von insgesamt 106 Mio €.

Der Verlust vor Steuern belief sich auf 6,1 Mrd €, nach einem Gewinn vor Steuern von 266 Mio € im Vorjahresquartal. Dieser Rückgang war vor allem auf die vorgenannten Effekte der Wertminderungen auf den Geschäfts- oder Firmenwert und immaterielle Vermögenswerte, die Wertminderung im Zusammenhang mit der Hua Xia Bank Co. Ltd. und die Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten zurückzuführen.

Der Verlust belief sich auf 6,0 Mrd € nach 92 Mio € im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Der Steuerertrag lag bei 77 Mio € gegenüber einem Steueraufwand in Höhe von 358 Mio € im Vorjahresquartal. Die effektive Steuerquote in Höhe von 1 % wurde im Wesentlichen durch steuerlich nicht abzugsfähige Wertminderungen auf den Geschäfts- oder Firmenwert sowie Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten beeinflusst. Die effektive Steuerquote des Vorjahresquartals in Höhe von 134 % wurde im Wesentlichen durch steuerlich nicht abzugsfähige Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten beeinflusst.

Neunmonatsvergleich 2015 versus 2014

In den ersten neun Monaten 2015 wurde das Ergebnis des Konzerns belastet durch die zuvor genannten Wertminderungen in Bezug auf den Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte sowie eine Wertminderung auf unsere Beteiligung an der Hua Xia Bank Co. Ltd. Des Weiteren wurden das Ergebnis durch Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten belastet. Ein Ertragsanstieg wurde in CB&S, GTB, Deutsche AWM und der NCOU berichtet, der jedoch durch einen Rückgang in PBC (infolge der vorgenannten Wertminderung auf unsere Beteiligung an der Hua Xia Bank Co. Ltd.) teilweise kompensiert wurde. Die Einsparungen im Rahmen unseres OpEx-Programms wurden mehr als ausgeglichen durch Bankenabgaben, erhöhte aufsichtsrechtliche Anforderungen, anhaltende Investitionen in die Integration von Geschäftsplattformen, Prozessverbesserungen, negative Wechselkurseffekte und die vorgenannten Kosten.

Die Erträge des Konzerns erhöhten sich auch infolge positiver Wechselkursänderungen um 2,8 Mrd € (11 %) auf 26,9 Mrd €. Die Erträge in CB&S beliefen sich auf 12,1 Mrd €. Dies entspricht einem Anstieg von 1,5 Mrd € (14 %). PBC verzeichnete einen Ertragsrückgang um 497 Mio € (7 %) auf 6,7 Mrd €. In GTB stiegen die Erträge um 361 Mio € (12 %) auf 3,4 Mrd €. Die Erträge von Deutsche AWM beliefen sich auf 4,0 Mrd € und stiegen damit um 529 Mio € (15 %). Die Erträge in der NCOU beliefen sich auf 706 Mio €. Dies entspricht einem Anstieg von 686 Mio €. C&A berichtete negative Erträge in Höhe von 74 Mio € nach negativen Erträgen von 292 Mio € im Vergleichszeitraum.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft belief sich auf 576 Mio €, was einem Rückgang von 189 Mio € (25 %) entspricht. Dieser Rückgang ist den verbesserten Vorsorgenniveaus in nahezu allen Unternehmensbereichen und fortlaufenden Auflösungen von Risikovorsorge zu verdanken, welche teilweise im Zusammenhang mit dem Verkauf von notleidenden Krediten standen. Die gestiegene Risikovorsorge in CB&S war auf unsere Leveraged Finance- und Shipping-Portfolios zurückzuführen und wurde teilweise durch einen Rückgang in anderen Bereichen ausgeglichen.

Die Zinsunabhängigen Aufwendungen beliefen sich auf 29,7 Mrd € und lagen damit um 9,2 Mrd € (45 %) über dem Vergleichswert des Vorjahres. Hauptursachen waren Wertminderungen auf den Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte, Kosten im Zusammenhang mit Rechtsstreitigkeiten und negative Wechselkurseffekte. Der Personalaufwand belief sich auf 10,2 Mrd. € und stieg damit um 659 Mio € (7 %), hauptsächlich aufgrund der vorgenannten ungünstigen Wechselkursbewegungen sowie fortlaufende Einstellungen im Zusammenhang mit aufsichtsrechtlichen Erfordernissen, marktgetriebenen Anpassungen und Einstellungen in bestimmten Bereichen. Der Sach- und sonstige Aufwand belief sich auf 13,6 Mrd €. Dies entspricht einem Anstieg von 3,0 Mrd € (28 %). Die Kosten für Rechtsstreitigkeiten betragen 4,0 Mrd €, nach 1,4 Mrd € in 2014. Die Aufwendungen für Bankenabgaben sind infolge Änderungen der gesetzlichen Vorschriften um 456 Mio € gestiegen. Die Zinsunabhängigen Aufwendungen stiegen weiterhin aufgrund von Wertminderungen auf den Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte in Höhe von 5,8 Mrd € in 2015, die in der Vergleichsperiode nicht vorhanden waren, sowie höherer aufsichtsrechtlich bedingter Kosten. Dem standen die Senkung der Umsetzungskosten für unser OpEx-Programm sowie laufende Einsparungen im Rahmen unseres OpEx-Programms und Entkonsolidierungseffekte aus dem Verkauf von The Cosmopolitan of Las Vegas sowie der BHF-BANK in 2014 gegenüber, die im Berichtszeitraum wegfielen. Die Aufwendungen im Versicherungsgeschäft beliefen sich auf 134 Mio € und waren damit um 75 Mio € geringer als im Vorjahreszeitraum. Diesen gesunkenen Aufwendungen stehen Marktwertschwankungen bei Investments gegenüber, die Leistungen im Zusammenhang mit dem Versicherungsgeschäft von Abbey Life decken.

Der Verlust vor Steuern belief sich auf 3,4 Mrd €, nach einem Gewinn vor Steuern von 2,9 Mrd € im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Ursächlich für diesen Rückgang waren die vorgenannten Effekte auf den Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte sowie Wertminderungen auf die Hua Xia Bank Co. Ltd. und Rückstellungen im Zusammenhang mit Rechtsstreitigkeiten, die teilweise durch positive Ertragsentwicklungen und den Wegfall der Kreditrisikovorsorge im Berichtszeitraum kompensiert wurden.

Der Verlust nach Steuern betrug im Neunmonatszeitraum 4,6 Mrd € gegenüber 1,2 Mrd € im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Der Ertragssteueraufwand lag bei 1,3 Mrd € (3Q2014: 1,6 Mrd €). Die effektive Steuerquote in Höhe von minus 37 % (3Q2014: 56 %) wurde im Wesentlichen durch steuerlich nicht abzugsfähige Wertminderungen auf den Geschäfts- oder Firmenwert sowie Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten beeinflusst.

Segmentergebnisse

Die nachstehenden Tabellen enthalten Informationen zu den Segmenten einschließlich der Überleitung auf den Konzernabschluss nach IFRS für das dritte Quartal 2015 und 2014 sowie den Neunmonatszeitraum 2015 und 2014. Für Informationen zu den Änderungen in der Segmentberichterstattung siehe den entsprechenden Abschnitt „Segmentberichterstattung“ in den Anhangangaben.

3. Quartal 2015

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	Corporate Banking & Securities	Private & Business Clients	Global Transaction Banking	Deutsche Asset & Wealth Management	Non-Core Operations Unit	Consoli- dation & Adjustments	Konzern insgesamt
Erträge	3.172	1.851	1.164	1.198	169	- 224	7.330
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	56	116	34	0	2	- 1	207
Zinsunabhängige Aufwendungen:							
Personalaufwand	919	698	168	426	18	1.079	3.309
Sachaufwand	2.766	1.069	558	538	426	- 1.187	4.171
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	0	0	0	- 29	0	0	- 29
Wertminderungen auf Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte	2.168	3.603	0	0	0	0	5.770
Restrukturierungsaufwand	1	- 1	2	0	0	0	2
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	5.854	5.369	728	935	444	- 107	13.224
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	- 13	0	0	0	1	12	0
Ergebnis vor Steuern	- 2.726	- 3.634	402	263	- 278	- 127	- 6.101
Aufwand-Ertrag-Relation (in %)	185	N/M	63	78	N/M	N/M	180
Aktiva	1.220.293	255.345	110.134	90.505	33.518	9.579	1.719.374
Risikogewichtete Aktiva (CRR/CRD 4 – Vollumsetzung)	201.017	79.434	54.084	19.887	41.447	11.757	407.626
Verschuldungsposition (CCR/CRD4) – Stichtagswert ¹	802.207	263.856	214.126	75.557	59.052	5.479	1.420.276
Durchschnittliches Active Equity	31.054	15.795	7.633	8.095	5.837	0	68.415
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital) (in %) ²	- 27	- 81	16	26	N/A	N/A	- 44
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) (in %)	- 35	- 92	21	13	0	0	- 36
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) (in %) ²	- 23	- 59	14	8	N/A	N/A	- 35

N/A – Nicht aussagekräftig

¹ Bis Ende dritten Quartals 2014 basierend auf CRR/CRD 4 Regeln vor den aktuell gültigen; ab vierten Quartal 2014 basierend auf dem gegenwärtigen Regelwerk nach CRR/CRD 4.

² Für den Konzern wird die Eigenkapitalrendite nach Steuern basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital und Active Equity unter Berücksichtigung der berichteten effektiven Steuerquote des Konzerns ermittelt, die für das dritte Quartal 2015 1 % betrug. Für die Eigenkapitalrendite nach Steuern, basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital und Active Equity der Segmente, wurde eine Steuerquote von 35 % zugrunde gelegt.

	3. Quartal 2014						
in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	Corporate Banking & Securities	Private & Business Clients	Global Transaction Banking	Deutsche Asset & Wealth Management	Non-Core Operations Unit	Consoli- dation & Adjustments	Konzern insgesamt
Erträge	3.119	2.375	1.032	1.266	11	61	7.864
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	33	150	43	1	42	0	269
Zinsunabhängige Aufwendungen:							
Personalaufwand	909	717	159	375	22	1.009	3.190
Sachaufwand	1.850	1.180	502	519	1.003	-1.006	4.049
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	0	0	0	77	0	0	77
Wertminderungen auf Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte	0	0	0	0	0	0	0
Restrukturierungsaufwand	6	1	-1	6	1	0	13
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	2.765	1.897	660	977	1.026	3	7.328
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	2	0	0	0	0	-3	0
Ergebnis vor Steuern	319	328	329	287	-1.058	61	266
Aufwand-Ertrag-Relation (in %)	89	80	64	77	N/M	5	93
Aktiva	1.204.717	261.206	109.764	78.438	44.933	10.132	1.709.189
Risikogewichtete Aktiva (CRR/CRD 4 – Vollumsetzung)	183.502	79.983	42.829	15.823	59.944	19.425	401.505
Verschuldungsposition (CCR/CRD4) – Stichtagswert ¹	842.035	260.539	209.369	79.887	61.476	24.504	1.477.811
Durchschnittliches Active Equity	28.588	15.338	6.525	6.716	7.763	0	64.930
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital) (in %) ²	3	8	15	36	N/A	N/A	-1
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) (in %)	4	9	20	17	N/A	N/A	2
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) (in %) ²	3	6	13	11	N/A	N/A	-1

N/A – Nicht aussagekräftig

¹ Bis Ende dritten Quartals 2014 basierend auf CRR/CRD 4 Regeln vor den aktuell gültigen; ab vierten Quartal 2014 basierend auf dem gegenwärtigen Regelwerk nach CRR/CRD 4.

² Für den Konzern wird die Eigenkapitalrendite nach Steuern basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital und Active Equity unter Berücksichtigung der berichteten effektiven Steuerquote des Konzerns ermittelt, die für das Vergleichsquarter des Vorjahres 134 % betragen hatte. Für die Eigenkapitalrendite nach Steuern, basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital und Active Equity der Segmente, wurde eine Steuerquote von 35 % zugrunde gelegt.

	Jan. – Sep. 2015						
in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	Corporate Banking & Securities	Private & Business Clients	Global Transaction Banking	Deutsche Asset & Wealth Management	Non-Core Operations Unit	Consoli- dation & Adjustments	Konzern Insgesamt
Erträge	12.139	6.679	3.441	3.992	706	-74	26.883
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	150	351	36	5	35	0	576
Zinsunabhängige Aufwendungen:							
Personalaufwand	2.983	2.096	520	1.243	72	3.276	10.189
Sachaufwand	7.665	3.246	1.794	1.635	2.164	-2.929	13.575
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	0	0	0	134	0	0	134
Wertminderungen auf Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte	2.168	3.603	0	0	0	0	5.770
Restrukturierungsaufwand	31	-2	-1	0	2	0	31
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	12.846	8.943	2.313	3.012	2.238	347	29.700
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	25	0	0	-1	1	-26	0
Ergebnis vor Steuern	-882	-2.615	1.092	976	-1.569	-396	-3.393
Aufwand-Ertrag-Relation (in %)	106	134	67	75	N/M	N/M	110
Aktiva	1.220.293	255.345	110.134	90.505	33.518	9.579	1.719.374
Risikogewichtete Aktiva	201.017	79.434	54.084	19.887	41.447	11.757	407.626
Verschuldungsposition (CRD4) – Stichtagswert ¹	802.207	263.856	214.126	75.557	59.052	5.479	1.420.276
Durchschnittliches Active Equity	31.257	15.978	7.480	7.906	6.921	10	69.553
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital) (in %) ²	-3	-19	15	33	N/A	N/A	-11
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) (in %)	-4	-22	19	16	N/A	N/A	-7
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) (in %) ²	-2	-14	13	11	N/A	N/A	-9

N/A – Nicht aussagekräftig

¹ Bis Ende dritten Quartals 2014 basierend auf CRR/CRD 4 Regeln vor den aktuell gültigen; ab vierten Quartal 2014 basierend auf dem gegenwärtigen Regelwerk nach CRR/CRD 4.

² Für den Konzern wird die Eigenkapitalrendite nach Steuern basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital und Active Equity unter Berücksichtigung der berichteten effektiven Steuerquote des Konzerns ermittelt, die für die ersten neun Monate 2015 minus 37 % betrug. Für die Eigenkapitalrendite nach Steuern, basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital und Active Equity der Segmente, wurde eine Steuerquote von 35 % zugrunde gelegt.

Jan. – Sep. 2014

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	Corporate Banking & Securities	Private & Business Clients	Global Transaction Banking	Deutsche Asset & Wealth Management	Non-Core Operations Unit	Consoli- dation & Adjustments	Konzern Insgesamt
Erträge	10.668	7.176	3.080	3.464	20	- 292	24.116
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	93	435	114	- 7	128	1	765
Zinsunabhängige Aufwendungen:	7.965	5.559	2.061	2.813	2.082	7	20.488
Personalaufwand	2.892	2.129	474	1.052	88	2.895	9.530
Sachaufwand	4.986	3.423	1.580	1.532	1.990	- 2.888	10.624
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	0	0	0	209	0	0	209
Wertminderungen auf Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte	0	0	0	0	0	0	0
Restrukturierungsaufwand	86	7	8	20	4	0	125
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	7.965	5.559	2.061	2.813	2.082	7	20.488
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	24	1	0	0	0	- 24	0
Ergebnis vor Steuern	2.586	1.181	905	658	- 2.190	- 276	2.864
Aufwand-Ertrag-Relation (in %)	75	77	67	81	N/M	N/M	85
Aktiva	1.204.717	261.206	109.764	78.438	44.933	10.132	1.709.189
Risikogewichtete Aktiva	183.502	79.983	42.829	15.823	59.944	19.425	401.505
Verschuldungsposition (CRD4) – Stichtagswert ¹	842.035	260.539	209.369	79.887	61.476	24.504	1.477.811
Durchschnittliches Active Equity	24.366	14.641	5.828	6.385	7.619	0	58.840
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital) (in %) ²	11	10	16	32	N/A	N/A	4
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) (in %)	14	11	21	14	N/A	N/A	6
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) (in %) ²	9	7	13	9	N/A	N/A	3

N/A – Nicht aussagekräftig

¹ Bis Ende dritten Quartals 2014 basierend auf CRR/CRD 4 Regeln vor den aktuell gültigen; ab vierten Quartal 2014 basierend auf dem gegenwärtigen Regelwerk nach CRR/CRD 4.

² Für den Konzern wird die Eigenkapitalrendite nach Steuern basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital und Active Equity unter Berücksichtigung der berichteten effektiven Steuerquote des Konzerns ermittelt, die für die ersten neun Monate 2014 56 % betragen hatte. Für die Eigenkapitalrendite nach Steuern, basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital und Active Equity der Segmente, wurde eine Steuerquote von 35 % zugrunde gelegt.

Unternehmensbereich Corporate Banking & Securities (CB&S)

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	3. Quartal		Absolute Verän- derung	Verän- derung in %	Jan. – Sep.		Absolute Verän- derung	Verän- derung in %
	2015	2014			2015	2014		
Erträge:								
Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte)	1.725	1.435	291	20	6.477	5.693	784	14
Sales & Trading (Equity)	588	729	- 141	- 19	2.575	2.200	375	17
Emissionsgeschäft (Debt)	378	361	17	5	1.267	1.135	132	12
Emissionsgeschäft (Equity)	77	175	- 97	- 56	536	600	- 64	- 11
Beratung	181	155	26	17	471	393	79	20
Kreditgeschäft	254	340	- 86	- 25	814	849	- 35	- 4
Sonstige Produkte	- 32	- 76	44	- 58	- 1	- 201	200	- 100
Erträge insgesamt	3.172	3.119	53	2	12.139	10.668	1.471	14
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	56	33	23	68	150	93	56	60
Zinsunabhängige Aufwendungen:								
Personalaufwand	919	909	10	1	2.983	2.892	90	3
Sachaufwand	2.766	1.850	916	50	7.665	4.986	2.678	54
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	0	0	0	N/A	0	0	0	N/A
Wertminderungen auf Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte	2.168	0	2.168	N/A	2.168	0	2.168	N/A
Restrukturierungsaufwand	1	6	- 4	- 74	31	86	- 56	- 64
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	5.854	2.765	3.090	112	12.846	7.965	4.881	61
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	- 13	2	- 15	N/A	25	24	1	6
Ergebnis vor Steuern	- 2.726	319	- 3.045	N/A	- 882	2.586	- 3.468	N/A

N/A – Nicht aussagekräftig

Quartalsvergleich 2015 versus 2014

Die Ergebnisse von CB&S im dritten Quartal 2015 enthielten sowohl eine Abschreibung auf den Geschäfts- oder Firmenwert (Goodwill) als auch eine Vorsorge für regulatorische Angelegenheiten und Rechtsstreitigkeiten. Darüber hinaus wurden die Erträge in CB&S durch volatile Aktienmärkte und Unsicherheiten in Bezug auf die Zinsentscheidung der Federal Reserve beeinflusst. Die Erträge stiegen um 53 Mio € (2 %) auf 3,2 Mrd €. Ohne den Einfluss von positiven Wechselkurseffekten wären die Erträge zurückgegangen.

In Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte) beliefen sich die Erträge auf 1,7 Mrd €, was einem Anstieg um 291 Mio € (20 %) entspricht. Die Erträge im Rates-Geschäft stiegen aufgrund vermehrter Kundenaktivitäten und niedrigerer Verluste aus refinanzierungsbezogenen Bewertungsanpassungen (Funding Valuation Adjustments – FVA) deutlich an. Im Bereich Emerging Markets trugen deutlich gestiegene Erträge im Kundengeschäft trotz eines herausfordernden Marktumfelds zu einer Ertragsverbesserung bei. Auch die Erträge im Bereich Flow Credit lagen weit über dem Wert des Vorjahresquartals. Ursächlich hierfür waren höhere Kundenaktivitäten, insbesondere in Europa, die auf ein günstigeres Handelsumfeld zurückzuführen waren. Der Bereich Distressed Products verzeichnete aufgrund seiner starken Performance in Europa höhere Erträge. Im Bereich Credit Solutions lagen die Erträge unter dem Wert des Vorjahres. Dies spiegelte die schlechteren Marktbedingungen, vor allem in der Region Asien-Pazifik, wider. Die Erträge in Global Liquidity Management lagen aufgrund der schwächeren Performance in Europa niedriger. Im RMBS-Geschäft reduzierten sich die Erträge vor dem Hintergrund eines herausfordernden Marktumfelds deutlich. Die Erträge im Devisengeschäft blieben auf dem Niveau des Vorjahresquartals. Die Erträge von Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte) beinhalteten zwei Bewertungsanpassungen, die zu einer Zunahme um insgesamt 58 Mio € führten. Dies war zum einen ein Marktwertgewinn von 73 Mio € (2014: Verlust von 20 Mio €) im Zusammenhang mit Maßnahmen zur Senkung der risikogewichteten Aktiva (RWA) bei kreditbezogenen Bewertungsanpassungen (Credit Valuation Adjustment – CVA). Zum anderen umfassten die Erträge einen Verlust aus refinanzierungsbezogenen Bewertungsanpassungen (Funding Valuation Adjustment – FVA) in Höhe von 15 Mio € (2014: Verlust von 126 Mio €).

Sales & Trading (Equity) verzeichnete Erträge in Höhe von 588 Mio €, was einem Rückgang von 141 Mio € (19 %) entspricht. Verglichen mit dem starken Vorjahresquartal waren die Erträge im Bereich Equity Trading infolge schwieriger Marktbedingungen niedriger. Die Erträge in Equity Derivatives sanken wegen Verlusten auf kundenbezogene Bestände in Europa und den USA sogar deutlich gegenüber dem dritten Quartal 2014. In Prime Finance lagen die Erträge aufgrund gestiegener Volumina im Kundengeschäft über dem Wert des Vergleichsquartals.

Das Emissions- und Beratungsgeschäft verzeichnete Erträge von 637 Mio €, was einem Rückgang um 54 Mio € (8 %) entspricht. Im Emissionsgeschäft (Equity) sanken die Erträge aufgrund niedrigerer Marktvolumina deutlich. Im Beratungsgeschäft konnten dank eines gestiegenen Provisionsaufkommens im Markt höhere Erträge erwirtschaftet werden. Die Erträge im Emissionsgeschäft (Debt) blieben auf dem Niveau des Vorjahresquartals.

Bei den Kreditprodukten beliefen sich die Erträge auf 254 Mio € und gingen damit um 86 Mio € (25 %) zurück. Diese Entwicklung ist auf Schwankungen der Risikoaufschläge im Kreditgeschäft und gesunkene Margen im Bereich Commercial Real Estate zurückzuführen.

Die Erträge aus Sonstigen Produkten entsprachen einem Verlust von 32 Mio € (2014: Verlust von 76 Mio €). Sie beinhalteten einen Verlust von 13 Mio € (2014: Verlust von 28 Mio €) aus Bewertungsanpassungen für bestimmte Verbindlichkeiten aus derivativen Geschäften (Debt Value Adjustments – DVA).

Für die Risikovorsorge im Kreditgeschäft wurde im Unternehmensbereich CB&S eine Nettozuführung von 56 Mio € nach 33 Mio € im Vorjahresquartal ausgewiesen. Dieser Anstieg war auf höhere Risikovorsorgen für Schiffsfinanzierungen zurückzuführen.

Die Zinsunabhängigen Aufwendungen beliefen sich auf 5,9 Mrd € und stiegen damit um 3,1 Mrd € (112 %). Ursächlich für diesen Anstieg waren Wertminderungen auf den Geschäfts- oder Firmenwert in Höhe von 2,2 Mrd € für Geschäftseinheiten, die wir in der Vergangenheit für mehr als den Marktwert der entsprechenden Nettovermögenswerte erworben haben, unter anderem Bankers Trust in 1999. Darüber hinaus wurden die Zinsunabhängigen Aufwendungen durch deutlich höhere Kosten für Rechtsstreitigkeiten und negative Wechselkursänderungen geprägt.

Das Ergebnis vor Steuern belief sich auf einen Verlust von 2,7 Mrd € (2014: Gewinn von 319 Mio €). Diese Entwicklung resultierte aus zuvor genannten Wertminderungen auf den Geschäfts- oder Firmenwert in Höhe von 2,2 Mrd € sowie höheren Kosten für Rechtsstreitigkeiten.

Neunmonatsvergleich 2015 versus 2014

Die Ergebnisse des Unternehmensbereichs CB&S umfassten in den ersten neun Monaten 2015 Vorsorgen für regulatorische Angelegenheiten und Rechtsstreitigkeiten sowie eine Abschreibung auf den Geschäfts- oder Firmenwert (Goodwill). Die Erträge waren solide, was auf eine erhöhte Marktvolatilität und günstige Wechselkursänderungen zurückzuführen ist.

In Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte) beliefen sich die Erträge auf 6,5 Mrd €, was einem Anstieg um 784 Mio € (14 %) entspricht. Die Erträge im Devisenhandel waren aufgrund der gestiegenen Marktvolatilität deutlich höher als im Vorjahreszeitraum. Im Rates-Geschäft wurden dank gesteigener Kundenaktivitäten in Europa und Nordamerika signifikant höhere Erträge verzeichnet. Im Flow Credit-Geschäft lagen die Erträge infolge eines verbesserten Marktumfelds deutlich über denen des Vergleichszeitraums. RMBS wies infolge anhaltend schwieriger Marktbedingungen wesentlich niedrigere Erträge aus. Die Erträge in Global Liquidity Management gingen aufgrund der gedämpften Performance in Europa zurück. Die vergleichbare Entwicklung im Bereich Credit Solutions war auf schlechtere Marktgegebenheiten zurückzuführen. Die Erträge in den Bereichen Distressed Products und Emerging Markets blieben im Vergleich zum Vorjahreszeitraum unverändert. Die Erträge von Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte) beinhalteten zwei Bewertungsanpassungen, die zu einem Gesamtverlust von 52 Mio € führten: erstens ein Marktwertgewinn von 144 Mio € (2014: ein Verlust von 34 Mio €) im Zusammenhang mit den Bemühungen um eine Senkung der risikogewichteten Aktiva nach einer kreditbezogenen Bewertungsanpassung (Credit Valuation Adjustment – CVA); zweitens ein Verlust aus refinanzierungsbezogenen Bewertungsanpassungen (Funding Value Adjustment – FVA) von 196 Mio € (2014: Verlust von 108 Mio €), der aufgrund einer Verfeinerung der Berechnungsmethode einen negativen Effekt von 84 Mio € beinhaltete.

Sales & Trading (Equity) verzeichnete Erträge in Höhe von 2,6 Mrd €, was einem Anstieg von 375 Mio € (17 %) entspricht. Aufgrund gesteigener Volumina im Kundengeschäft lagen die Erträge in Prime Finance deutlich über dem Wert des Vergleichszeitraums. In Equity Derivatives und Equity Trading blieben die Erträge unverändert.

Das Emissions- und Beratungsgeschäft verzeichnete Erträge von 2,3 Mrd €, was einem Anstieg um 147 Mio € (7 %) entspricht. Im Beratungsgeschäft konnten dank eines gestiegenen Provisionsaufkommens im Markt höhere Erträge erwirtschaftet werden. Die Erträge im Emissionsgeschäft (Debt) waren aufgrund einer starken Performance in Nordamerika höher als im Vorjahreszeitraum. Im Emissionsgeschäft (Equity) reduzierten sich die Erträge vor dem Hintergrund eines herausfordernden Marktumfeldes.

Bei den Kreditprodukten beliefen sich die Erträge auf 814 Mio € und waren damit nahezu unverändert gegenüber 2014 (849 Mio €).

Die Erträge aus Sonstigen Produkten entsprachen einem Verlust von 1 Mio € (2014: Verlust von 201 Mio €). Darin enthalten ist ein Gewinn von 79 Mio € aus Sonstigen Produkten (nach einem Verlust von 133 Mio € in 2014) im Zusammenhang mit den Auswirkungen einer Bewertungsanpassung für bestimmte Verbindlichkeiten aus dem Derivative-Geschäft (Debt Value Adjustments – DVA).

Für die Risikovorsorge im Kreditgeschäft wurde im Unternehmensbereich CB&S eine Nettozuführung von 150 Mio € nach 93 Mio € im Vorjahr ausgewiesen. Dieser Anstieg war auf höhere Risikovorsorgen für Schiffsfinanzen und das Leveraged Finance-Portfolio zurückzuführen.

Die Zinsunabhängigen Aufwendungen stiegen um 4,9 Mrd € (61 %) Ursächlich für diesen Anstieg waren deutlich höhere Kosten für Rechtsstreitigkeiten, die oben genannten Wertminderungen des Geschäfts- oder Firmenwerts, negative Wechselkursänderungen, Bankenabgaben und Aufwendungen zur Erfüllung aufsichtsrechtlicher Anforderungen.

Das Ergebnis vor Steuern betrug negative 882 Mio € (2014: positive 2,6 Mrd €). Dies ist auf höhere Kosten für Rechtsstreitigkeiten, die zuvor genannten Wertminderungen auf den Geschäfts- oder Firmenwert sowie höhere Aufwendungen zur Erfüllung aufsichtsrechtlicher Anforderungen zurückzuführen, darunter Bankenabgaben. Solide Erträge konnten diese Entwicklung teilweise ausgleichen.

Unternehmensbereich Private & Business Clients (PBC)

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	3. Quartal		Absolute Veränderung	Veränderung in %	Jan. – Sep.		Absolute Veränderung	Veränderung in %
	2015	2014			2015	2014		
Erträge:								
Kreditgeschäft	946	866	80	9	2.789	2.570	220	9
Einlagengeschäft	665	742	-77	-10	2.044	2.247	-203	-9
Zahlungsverkehrs-, Karten- und Kontengeschäft	244	249	-5	-2	718	742	-24	-3
Wertpapier- und Versicherungsgeschäft	332	306	27	9	1.093	962	131	14
Postdienstleistungen und bankfremde Produkte	60	103	-43	-42	182	311	-129	-42
Sonstige Produkte	-396	109	-505	N/A	-148	343	-491	N/A
Erträge insgesamt	1.851	2.375	-524	-22	6.679	7.176	-497	-7
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	116	150	-34	-23	351	435	-85	-19
Zinsunabhängige Aufwendungen:								
Personalaufwand	698	717	-18	-3	2.096	2.129	-33	-2
Sachaufwand	1.069	1.180	-110	-9	3.246	3.423	-177	-5
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	0	0	0	N/A	0	0	0	N/A
Wertminderungen auf Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte	3.603	0	3.603	N/A	3.603	0	3.603	N/A
Restrukturierungsaufwand	-1	1	-2	N/A	-2	7	-9	N/A
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	5.369	1.897	3.472	183	8.943	5.559	3.384	61
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	0	0	0	N/A	0	1	0	N/A
Ergebnis vor Steuern	-3.634	328	-3.962	N/A	-2.615	1.181	-3.797	N/A
Aufgliederung von PBC nach Geschäftsbereich¹								
Privat- und Geschäftskundenbank:								
Erträge insgesamt	1.027	932	95	10	2.900	2.881	19	1
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	8	20	-12	-60	37	59	-22	-37
Zinsunabhängige Aufwendungen	1.395	871	524	60	2.978	2.484	494	20
Ergebnis vor Steuern	-376	41	-417	N/A	-115	338	-454	N/A
Advisory Banking International:								
Erträge insgesamt	-94	530	-624	N/A	1.090	1.581	-490	-31
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	44	57	-13	-23	161	187	-26	-14
Zinsunabhängige Aufwendungen	493	313	180	58	1.130	983	147	15
Ergebnis vor Steuern	-630	160	-790	N/A	-201	411	-611	N/A
Postbank:²								
Erträge insgesamt	918	913	4	0	2.688	2.714	-26	-1
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	64	73	-9	-12	153	190	-37	-19
Zinsunabhängige Aufwendungen	3.481	713	2.768	N/A	4.834	2.091	2.743	131
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	0	0	0	18	0	1	0	-35
Ergebnis vor Steuern	-2.628	127	-2.755	N/A	-2.300	432	-2.732	N/A

N/A – Nicht aussagekräftig

¹ Mit Wirkung zum 1. Januar 2015 hat PBC die internen Kostenallokationen zwischen der Privat- und Geschäftskundenbank und Advisory Banking International adjustiert. Vorperioden wurden entsprechend angepasst.

² Beinhaltet wesentliche Geschäftsaktivitäten der Postbank AG sowie BHW und norisbank.

Quartalsvergleich 2015 versus 2014

Im dritten Quartal 2015 wurden die Ergebnisse von PBC und seinen Geschäftsbereichen durch Wertminderungen von insgesamt 4,3 Mrd € auf den Geschäfts- oder Firmenwert und immaterielle Vermögenswerte sowie auf die 19,99-prozentige Beteiligung von PBC an der Hua Xia Bank Co. Ltd. erheblich belastet. Diese Wertminderungen wurden im Rahmen der Strategie 2020 durch zwei konkrete Ereignisse ausgelöst. Zum einen wurde, bedingt durch die derzeitigen Erwartungen hinsichtlich der Veräußerung der Postbank sowie durch den Einfluss, den höhere regulatorische Kapitalanforderungen auf die Bewertung haben, eine Wertminderung von 2,8 Mrd € auf den gesamten Geschäfts- oder Firmenwert von PBC sowie 837 Mio € auf die immateriellen Vermögenswerte der Postbank, hauptsächlich bezogen auf den Wert der Marke und Kundenbeziehungen, vorge-

nommen. Zum anderen wurde im dritten Quartal 2015 eine Wertminderungsüberprüfung für die Beteiligung an der Hua Xia Bank Co. Ltd. durchgeführt. Diese führte, angesichts der Tatsache, dass die Deutsche Bank ihre Beteiligung an der Hua Xia Bank Co. Ltd. nicht länger als strategisch ansieht sowie bedingt durch die aktuelle, negative Marktentwicklung, zu einer Wertminderung in Höhe von 649 Mio €.

Die Erträge in PBC sanken um 524 Mio € (22 %). Grund für diese Entwicklung war ein Rückgang der Erträge aus Sonstigen Produkten um 505 Mio €. In diesem Rückgang spiegelt sich die vorgenannte Wertminderung von 649 Mio € auf die Hua Xia Bank Co. Ltd. wider, die teilweise durch eine Dividendenzahlung über 115 Mio € aus einer Verkaufstransaktion eines Beteiligungsunternehmens kompensiert wurde. Die Erträge aus Kreditprodukten verbesserten sich um 80 Mio € (9 %) aufgrund höherer Kreditvolumina und eines moderaten Anstiegs der Gesamtportfoliomarge. Diese Entwicklung ging mit einem positiven Effekt aus erfolgreichen Vertragsanpassungen mit einem Geschäftspartner der Postbank einher. Bei den Wertpapier- und Versicherungsprodukten stiegen die Erträge weiter kontinuierlich an, im dritten Quartal um 27 Mio € (9 %). Haupttreiber hierfür waren die Vermögensverwaltung und das Fondsgeschäft. Der Rückgang der Erträge im Einlagengeschäft um 77 Mio € (10 %) wurde vor allem durch das anhaltende Niedrigzinsumfeld in Europa verursacht. Die Erträge aus Postdienstleistungen und bankfremden Produkten sanken um 43 Mio € (42 %). Dieser Rückgang war auf einen neuen Vertrag mit der Deutschen Post DHL zurückzuführen und wurde teilweise durch geringere Kosten im Zusammenhang mit diesen Vertragsänderungen kompensiert. Die Erträge aus dem Zahlungsverkehrs-, Karten- und Kontengeschäft gingen um 5 Mio € (2 %) leicht zurück. Dies resultierte unter anderem aus strengeren Regulierungen in Bezug auf Gebühren im Kartengeschäft.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft reduzierte sich um 34 Mio € und bewegte sich damit weiterhin nahe ihrem historischen Tiefstand. Dies war auf die Qualität des Kreditportfolios von PBC und das anhaltend günstige wirtschaftliche Umfeld in Deutschland zurückzuführen.

Die Zinsunabhängigen Aufwendungen stiegen um 3,5 Mrd € auf 5,4 Mrd €. Diese Entwicklung war wesentlich durch eine Wertminderung von 2,8 Mrd € auf den Geschäfts- oder Firmenwert sowie auf immaterielle Vermögenswerte der Postbank von 837 Mio € bedingt. Darüber hinaus fielen im Jahr 2014 um 29 Mio € höhere Umsetzungskosten im Rahmen der Postbank-Integration und des OpEx-Programms sowie, nach einer Änderung der deutschen Rechtsprechung im Jahr 2014, Aufwendungen in Höhe von 38 Mio € für die Erstattung von Kreditbearbeitungsgebühren an. Neben diesen Effekten erzielte PBC dank Effizienzsteigerungen im Rahmen des OpEx-Programms weiterhin inkrementelle Einsparungen. Diese Effizienzsteigerungen wurden teilweise durch höhere Kosten aufgehoben, die vor allem durch gestiegene aufsichtsrechtliche Anforderungen und inflationäre Kostensteigerungen (u.a. Tarifierhöhungen, Rentenanpassungen, Mietsteigerungen) verursacht wurden.

Der Unternehmensbereich wies einen Verlust vor Steuern von 3,6 Mrd € aus, verursacht durch die zuvor genannte Wertminderung von insgesamt 4,3 Mrd €. Im Vergleich dazu wies PBC im Vorjahr einen Gewinn von 328 Mio € aus.

Die Invested Assets verringerten sich gegenüber dem 30. Juni 2015 um 11 Mrd €. Dies war hauptsächlich auf negative Marktwertentwicklungen in Höhe von 10 Mrd € zurückzuführen. Nettomittelzuflüsse im Investmentportfolio von insgesamt 2 Mrd € wurden durch Mittelabflüsse im Einlagengeschäft in Höhe von 4 Mrd. € mehr als kompensiert.

Neunmonatsvergleich 2015 versus 2014

Das Ergebnis des Unternehmensbereichs PBC wurde in den ersten neun Monaten 2015 durch die vorgenannten Wertminderungen von 4,3 Mrd €, die auf den Geschäfts- oder Firmenwert, die immateriellen Vermögenswerte und die Beteiligung von PBC an der Hua Xia Bank Co. Ltd. vorgenommen wurde, erheblich belastet.

Die Erträge in PBC sanken um 497 Mio €, vor allem aufgrund des Ertragsrückgangs bei den Sonstigen Produkten um 491 Mio €, der die bereits erwähnte Wertminderung von 649 Mio € auf die Hua Xia Bank Co. Ltd. reflektiert. Daneben wirkte sich die Dividendenzahlung über 115 Mio € aus einer Verkaufstransaktion eines Beteiligungsunternehmens positiv aus und glich den Einmalgewinn im Vorjahr aus einem Geschäftsverkauf, der in einer vorangegangenen Berichtsperiode abgeschlossen worden war, mehr als aus. Zusätzlich wurde die Ertragsentwicklung bei den Sonstigen Produkten von einer besseren Performance der Beteiligung an der Hua Xia Bank Co. Ltd. begünstigt. Die Erträge aus Kreditprodukten stiegen um 220 Mio € (9 %), was auf höhere Kreditvolumina, insbesondere im Hypotheken- und Konsumentenfinanzierungsgeschäft, sowie einen moderaten Anstieg der Gesamtportfoliomarge zurückzuführen war. Dies wurde von spezifischen Effekten aus erfolgreichen Vertragsanpassungen mit Geschäftspartnern der Postbank sowie Sondereffekten im Zusammenhang mit der Anpassung interner Refinanzierungsmodelle in der Privat- und Geschäftskundenbank begleitet. Der Rückgang der Erträge im Einlagengeschäft um 203 Mio € (9 %) gegenüber den ersten neun Monaten des Vorjahres wurde vor allem durch das anhaltende Niedrigzinsumfeld in Europa verursacht. Die Erträge aus Postdienstleistungen und bankfremden Produkten sanken um 129 Mio € (42 %). Dies war auf einen neuen Vertrag mit der Deutschen Post DHL zurückzuführen und wurde teilweise durch geringere Kosten im Zusammenhang mit dieser Vertragsänderung kompensiert. Ursächlich für den Rückgang der Erträge aus dem Zahlungsverkehrs-, Karten- und Kontengeschäft um 24 Mio € (3 %) gegenüber den ersten neun Monaten 2014 war zum Teil die strengere Regulierung in Bezug auf Gebühren im Zahlungsverkehr und Kartengeschäft. Die gestiegenen Erträge aus dem Wertpapier- und Versicherungsgeschäft von 131 Mio € (14 %) spiegelten eine weiterhin starke Dynamik im Wertpapiergeschäft in allen Geschäftsbereichen von PBC wider.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft reduzierte sich um 85 Mio € (19 %). Dies war auf die Effekte aus dem Verkauf ausgewählter Portfolios, die Qualität des Kreditportfolios von PBC und das anhaltend günstige wirtschaftliche Umfeld in Deutschland zurückzuführen.

Die Zinsunabhängigen Aufwendungen stiegen um 3,4 Mrd €. Diese Entwicklung resultierte überwiegend aus der vorgenannten Wertminderung von 3,6 Mrd €. Darüber hinaus fielen im Jahr 2014 um 105 Mio € höhere Umsetzungskosten im Rahmen der Postbank-Integration und des OpEx-Programms sowie Aufwendungen in Höhe von 70 Mio € für die Erstattung von Kreditbearbeitungsgebühren nach einer Änderung der deutschen Rechtsprechung im Jahr 2014 an. Neben diesen Effekten erzielte PBC dank Effizienzsteigerungen im Rahmen des OpEx-Programms weiterhin inkrementelle Einsparungen. Diese Effizienzsteigerungen wurden teilweise durch höhere Kosten aufgehoben, die vor allem durch gestiegene aufsichtsrechtliche Anforderungen und inflationäre Kostensteigerungen verursacht wurden.

Der Unternehmensbereich wies einen Verlust vor Steuern von 2,6 Mrd € aus, verursacht durch zuvor genannte Wertminderungen von insgesamt 4,3 Mrd €. Im Vergleich dazu wies PBC im Vorjahr einen Gewinn von 1,2 Mrd € aus.

Die Invested Assets verringerten sich gegenüber dem 31. Dezember 2014 um 8 Mrd €. Dies war hauptsächlich auf negative Marktwertentwicklungen in Höhe von 4 Mrd € zurückzuführen. Zuflüsse aus dem Wertpapiergeschäft in Höhe von 3 Mrd € wurden durch 6 Mrd € Mittelabflüsse im Einlagengeschäft mehr als aufgehoben.

Unternehmensbereich Global Transaction Banking (GTB)

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	3. Quartal		Absolute Veränderung	Veränderung in %	Jan. – Sep.		Absolute Veränderung	Veränderung in %
	2015	2014			2015	2014		
Erträge insgesamt:								
Trade Finance & Cash Management								
Corporates	693	639	54	8	2.045	1.899	146	8
Institutional Cash & Securities Services	478	395	82	21	1.380	1.181	199	17
Sonstige Produkte	-6	-2	-4	N/A	16	0	16	N/A
Summe Erträge insgesamt	1.164	1.032	132	13	3.441	3.080	361	12
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	34	43	-9	-22	36	114	-78	-68
Zinsunabhängige Aufwendungen:								
Personalaufwand	168	159	9	6	520	474	46	10
Sachaufwand	558	502	56	11	1.794	1.580	214	14
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	0	0	0	N/A	0	0	0	N/A
Wertminderungen auf Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte	0	0	0	N/A	0	0	0	N/A
Restrukturierungsaufwand	2	-1	3	N/A	-1	8	-8	N/A
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	728	660	68	10	2.313	2.061	252	12
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	0	0	0	N/A	0	0	0	N/A
Ergebnis vor Steuern	402	329	73	22	1.092	905	187	21

N/A – Nicht aussagekräftig

Quartalsvergleich 2015 versus 2014

Im dritten Quartal 2015 blieben die Marktbedingungen mit anhaltend niedrigen Zinsen und gestiegenen geopolitischen Risiken herausfordernd. Darüber hinaus war das Geschäftsumfeld weiterhin sehr wettbewerbsintensiv und wurde durch eine erhöhte Volatilität in bestimmten GTB-Märkten beeinflusst. Die Abschwächung des Euro wirkte sich durch die in Fremdwährung denominierten Aktivitäten positiv auf den Ertragsbeitrag aus, während die zinsunabhängigen Aufwendungen negativ beeinflusst wurden.

In diesem Umfeld verzeichnete GTB Erträge in Höhe von 1,2 Mrd €, was einem Anstieg von 132 Mio € (13 %) entspricht. Die Erträge in Trade Finance profitierten von den Aktivitäten im strukturierten und traditionellen Handelsfinanzierungsgeschäft. Ferner blieb die Performance im Cash Management für Unternehmenskunden robust. In Securities Services erhöhten sich die Erträge in allen Produktbereichen vor dem Hintergrund starker Geschäftsaktivitäten in Amerika sowie allgemeiner Volumenzuwächse. Die Erträge im Bereich Institutional Cash verbesserten sich begünstigt durch Wechselkursänderungen.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft von 34 Mio € sank um 9 Mio € (22 %), vorwiegend aufgrund niedrigerer Rückstellungen im niederländischen Firmenkundengeschäft.

Die zinsunabhängigen Aufwendungen erhöhten sich um 68 Mio € (10 %). Ursache hierfür waren Währungseffekte sowie höhere Aufwendungen für die Erfüllung aufsichtsrechtlicher Anforderungen. Die Umsetzungskosten, insbesondere im Rahmen des OpEx-Programms, lagen bei 14 Mio €, verglichen mit 23 Mio € im Vorjahreszeitraum.

In der Folge erhöhte sich das Ergebnis vor Steuern um 73 Mio € (22 %) auf der Grundlage hoher Erträge sowie einer gesunkenen Risikovorsorge im Kreditgeschäft.

Neunmonatsvergleich 2015 versus 2014

Wie oben erwähnt, blieb das Marktumfeld in den ersten neun Monaten 2015 herausfordernd. Dies zeigte sich in anhaltend niedrigen Zinssätzen, einem wettbewerbsintensiven Umfeld, schwierigen geopolitischen Bedingungen sowie einer erhöhten Volatilität in bestimmten Märkten von GTB. Beide Perioden beinhalteten Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten, wobei der Aufwand im aktuellen Berichtszeitraum höher war als im Vorjahr. Während sich die Wechselkursänderungen positiv auf den in Euro ausgewiesenen Ertragsbeitrag auswirkten, wurden die Zinsunabhängigen Aufwendungen negativ beeinflusst.

In diesem anspruchsvollen Umfeld stiegen die Erträge um 361 Mio € (12 %). Darin spiegeln sich eine bessere Performance und Ertragszuwächse insbesondere in Amerika sowie der Region Asien-Pazifik wider. Trotz der weiterhin niedrigen Margen und des anhaltend niedrigen Zinsniveaus erhöhten sich die Erträge in allen Produktbereichen von Trade Finance und Cash Management mit Unternehmenskunden. In Securities Services erhöhten sich die Erträge vor dem Hintergrund von starken Geschäftsaktivitäten in Amerika sowie Volumenzuwächsen, hauptsächlich in der Region Asien-Pazifik. Die Erträge im Bereich Institutional Cash verbesserten sich begünstigt durch Wechselkursänderungen. Der Vergleichszeitraum des Vorjahres hatte einen Gewinn aus dem Verkauf der registrar services GmbH enthalten.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft von 36 Mio € sank um 78 Mio € (68 %), vorwiegend aufgrund niedrigerer Rückstellungen im niederländischen Firmenkundengeschäft.

Die Zinsunabhängigen Aufwendungen erhöhten sich um 252 Mio € (12 %). Ursache hierfür waren sowohl Währungseffekte als auch ein Anstieg der Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten. Darüber hinaus war die Entwicklung auf höhere Aufwendungen für die Erfüllung aufsichtsrechtlicher Anforderungen und für leistungsabhängige Vergütung, sowie auf ertragsabhängige Aufwendungen zurückzuführen. Die Umsetzungskosten, insbesondere im Rahmen des OpEx-Programms, lagen bei 44 Mio €, verglichen mit 74 Mio € im Vorjahreszeitraum.

Trotz der höheren Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten verbesserte sich das Ergebnis vor Steuern, vorwiegend aufgrund starker Erträge und einer geringeren Risikovorsorge im Kreditgeschäft, um 187 Mio € (21 %).

Unternehmensbereich Deutsche Asset & Wealth Management (Deutsche AWM)

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	3. Quartal		Absolute Veränderung	Veränderung in %	Jan. – Sep.		Absolute Veränderung	Veränderung in %
	2015	2014			2015	2014		
Erträge:								
Managementgebühren und sonstige laufende Erträge	768	659	109	17	2.364	1.914	450	24
Transaktionsbezogene Erträge	160	250	-89	-36	570	592	-22	-4
Zinsüberschuss	178	144	35	24	561	443	118	27
Sonstige Erträge	139	134	5	4	366	306	60	20
Marktwertanpassungen im Versicherungsgeschäft in Abbey Life	-47	80	-127	N/A	130	210	-79	-38
Erträge insgesamt	1.198	1.266	-68	-5	3.992	3.464	529	15
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	0	1	-1	-69	5	-7	11	N/A
Zinsunabhängige Aufwendungen:								
Personalaufwand	426	375	51	14	1.243	1.052	191	18
Sachaufwand	538	519	19	4	1.635	1.532	104	7
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	-29	77	-106	N/A	134	209	-75	-36
Wertminderungen auf Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte	0	0	0	N/A	0	0	0	N/A
Restrukturierungsaufwand	0	6	-6	-92	0	20	-20	-99
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	935	977	-42	-4	3.012	2.813	199	7
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	0	0	-1	N/A	-1	0	0	33
Ergebnis vor Steuern	263	287	-25	-9	976	658	318	48

N/A – Nicht aussagekräftig

Quartalsvergleich 2015 versus 2014

Deutsche AWM berichtete im dritten Quartal 2015 weitgehend unveränderte Ergebnisse. Trotz schwieriger Marktbedingungen und geringerer Kundenaktivitäten konnten höhere Nettomittelzuflüsse und hieraus folgend ein Anstieg des verwalteten Vermögens verzeichnet werden.

Die Erträge beliefen sich auf 1,2 Mrd €. Dies entspricht einem Rückgang von 68 Mio € (5 %). Die Managementgebühren und sonstigen laufenden Erträge nahmen um 109 Mio € (17 %) zu. Grund hierfür war ein Anstieg des durchschnittlichen verwalteten Vermögens im Berichtsquartal resultierend aus Mittelzuflüssen sowie positiven Markt- und Währungseffekten. Die erfolgsabhängigen und Transaktionsgebühren sowie die sonstigen transaktionsbezogenen Erträge sanken um 89 Mio € (36 %) infolge eines Rückgangs der erfolgsabhängigen Gebühren aus alternativen Produkten in der Region EMEA sowie aus niedrigeren Erträgen aus Transaktionsaktivitäten im Vermögensverwaltungsgeschäft. Ursächlich hierfür waren niedrigere Volumina bei alternativen Produkten in fast allen Regionen. Der Zinsüberschuss erhöhte sich infolge positiver Währungseffekte, reduzierter Finanzierungskosten und eines gestiegenen Kreditvolumens um 35 Mio € (24 %). Die Erträge aus Sonstigen Produkten stiegen um 5 Mio € (4 %) vor allem aufgrund einer Aufwertung um 24 Mio € zugunsten aktiver Produkte im Zusammenhang mit dem HETA-Engagement und erhöhter Erträge aus passiven Produkten. Letzteres resultierte aus starken Mittelzuflüssen und positiven Markteffekten. Marktwertanpassungen im Versicherungsgeschäft von Abbey Life gingen infolge verminderter Marktgewinne um 127 Mio € zurück.

Die Zinsunabhängigen Aufwendungen in Höhe von 935 Mio € sanken um 42 Mio € (4 %) aufgrund niedrigerer Umsetzungskosten im Zusammenhang mit dem OpEx-Programm und gesunkener Aufwendungen im Versicherungsgeschäft. Dieser Rückgang wurde teilweise neutralisiert durch nachteilige Währungseffekte und erhöhten Vergütungsaufwendungen.

Der Gewinn vor Steuern betrug 263 Mio € und lag damit 25 Mio € (9 %) unter dem Vergleichswert. Ursächlich dafür war der oben genannte Ertragsrückgang.

Die Invested Assets beliefen sich zum 30. September 2015 auf 1,1 Bio €. Dieser Rückgang um 46 Mrd € im Vergleich zum 30. Juni 2015 ist hauptsächlich auf negative Markt- und Währungsentwicklungen von jeweils 45 Mrd € und 5 Mrd € zurückzuführen. Dem stehen Nettomittelzuflüsse von 0,6 Mrd € entgegen.

Neunmonatsvergleich 2015 versus 2014

In den ersten neun Monaten 2015 hat Deutsche AWM weiterhin von steigenden Märkten, höheren Mittelzuflüssen und dem daraus folgenden Anstieg des verwalteten Vermögens im Vergleich zum Vorjahreszeitraum profitiert.

Die Erträge stiegen um 529 Mio € (15 %). Die Managementgebühren und sonstigen laufenden Erträge nahmen um 450 Mio € (24 %) zu. Grund hierfür war ein Anstieg des durchschnittlichen verwalteten Vermögens aufgrund von Zuflüssen sowie positiven Markt- und Währungseffekten. Der Zinsüberschuss stieg infolge positiver Währungseffekte, reduzierter Finanzierungskosten und eines gestiegenen Kreditvolumens um 118 Mio € (27 %). Die Erträge aus Sonstigen Produkten erhöhten sich um 60 Mio € (20 %). Diese Zunahme war hauptsächlich auf gestiegene Erträge aus alternativen Produkten zurückzuführen, die durch eine Abschreibung im Zusammenhang mit dem HETA-Engagement von 86 Mio € bei aktiven Produkten neutralisiert wurden. Die Marktwertschwankungen im Versicherungsgeschäft von Abbey Life reduzierten sich infolge negativer Marktbedingungen gegenüber dem Vorjahr um 79 Mio € (38 %).

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft blieb auf einem sehr niedrigen Niveau. Das Vergleichshalbjahr des Vorjahres beinhaltet einen hohen Erlös aus einer abgeschriebenen Position in den USA.

Die Zinsunabhängigen Aufwendungen in Höhe von 3 Mrd € lagen 199 Mio € (7 %) über dem Vergleichswert des Vorjahres. Grund dafür waren nachteilige Währungseffekte, gestiegene Vergütungsaufwendungen sowie erhöhte ertragsgetriebene Kosten. Diese Effekte wurden teilweise durch geringere Umsetzungskosten im Rahmen des OpEx-Programms und gesunkene Aufwendungen im Versicherungsgeschäft ausgeglichen.

Der Gewinn vor Steuern stieg infolge des oben genannten Ertragsanstieges um 318 Mio € (48 %) auf 976 Mio €.

Gegenüber dem 31. Dezember 2014 stiegen die Invested Assets um 50 Mrd € auf 1,1 Bio €. Dieser Anstieg war hauptsächlich auf Nettomittelzuflüsse von 33 Mrd € und Währungseffekte von 40 Mrd € zurückzuführen, die durch negative Marktwertentwicklungen von 19 Mrd € und Veräußerungen in Höhe von 6 Mrd € neutralisiert wurden.

Unternehmensbereich Non-Core Operations Unit (NCOU)

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	3. Quartal		Absolute Veränderung	Veränderung in %	Jan. – Sep.		Absolute Veränderung	Veränderung in %
	2015	2014			2015	2014		
Erträge insgesamt	169	11	158	N/A	706	20	686	N/A
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	2	42	-40	-95	35	128	-93	-73
Zinsunabhängige Aufwendungen:								
Personalaufwand	18	22	-3	-14	72	88	-16	-18
Sachaufwand	426	1.003	-577	-58	2.164	1.990	174	9
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	0	0	0	N/A	0	0	0	N/A
Wertminderungen auf Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte	0	0	0	N/A	0	0	0	N/A
Restrukturierungsaufwand	0	1	-1	N/A	2	4	-2	-40
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	444	1.026	-582	-57	2.238	2.082	156	8
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	1	0	1	N/A	1	0	1	N/A
Ergebnis vor Steuern	-278	-1.058	779	-74	-1.569	-2.190	622	-28

N/A – Nicht aussagekräftig

Quartalsvergleich 2015 versus 2014

Im dritten Quartal 2015 hat die NCOU ihre Strategie zum Risikoabbau weiter umgesetzt. Dazu gehörte auch der Abschluss des Verkaufs von Maher Prince Rupert. Beim Abbau der Risikoaktiva wurden im Berichtsquartal Nettogewinne in Höhe von 164 Mio € erzielt.

Die Erträge in der NCOU erhöhten sich im Berichtszeitraum um 158 Mio € auf 169 Mio € nach 11 Mio € im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Die Erhöhung resultiert vor allem aus Gewinnen aus Risikoabbauaktivitäten einschließlich eines Gewinnes von 195 Mio € aus dem Verkauf von Maher Prince Rupert. Die geringeren Portfolioerträge nach dem Verkauf von Beteiligungen einschließlich The Cosmopolitan of Las Vegas wurden durch den Nettoeffekt aus Bewertungs- und Marktwertanpassungen teilweise kompensiert.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft ging um 40 Mio € (95 %) auf 2 Mio € nach 42 Mio € im Vergleichszeitraum des Vorjahres zurück. Dieser Rückgang ist hauptsächlich auf eine niedrigere Risikovorsorge auf nach IAS 39 umklassifizierte Aktiva zurückzuführen inklusive Auflösungen von Risikovorsorge im Commercial Real Estate-Portfolio.

Die Zinsunabhängigen Aufwendungen gingen um 582 Mio € (57 %) auf 444 Mio € nach 1.026 Mio € im dritten Quartal 2014 zurück. Dieser Rückgang war im Wesentlichen durch niedrigere Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten bedingt. Die Zinsunabhängigen Aufwendungen ohne Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten waren um 31 % niedriger als im Vorjahr. Grund hierfür war die Veräußerung von Vermögenswerten einschließlich The Cosmopolitan of Las Vegas.

Der Verlust vor Steuern verringerte sich um 779 Mio € auf 278 Mio €. Dieser Rückgang gegenüber dem Vergleichsquartal des Vorjahres war in erster Linie auf die unterschiedlichen Zeitpunkte des Anfalls der Kosten für Rechtsstreitigkeiten zurückzuführen, die teilweise durch die vorgenannten Gewinne aus Risikoabbauaktivitäten kompensiert wurden.

Neunmonatsvergleich 2015 versus 2014

Die Ergebnisse der NCOU in den ersten neun Monaten 2015 reflektieren die großen Fortschritte beim Abbau von Risiken sowie Änderungen des beizulegenden Zeitwerts, Wertminderungen und Entwicklungen im Zusammenhang mit Rechtsstreitigkeiten. Durch den Abbau von Risikoaktiva wurden 2015 Nettogewinne in Höhe von 370 Mio € erzielt.

Die Erträge in der NCOU waren in 2015 um 686 Mio € höher, vor allem aufgrund einer Zahlung im Zusammenhang mit einer spezifischen Rechtsstreitigkeit in Höhe von 219 Mio € im ersten Quartal 2015 sowie infolge eines Gewinnes aus dem Verkauf von Maher Prince Rupert in Höhe von 195 Mio €. Die Portfolioerträge sind nach der Veräußerung von Vermögenswerten rückläufig. Dieser Rückgang wurde durch den Nettoeffekt aus Marktwertschwankungen, wie Verlusten im Rohstoffgeschäft von 151 Mio € in 2014, teilweise kompensiert.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft ist um 93 Mio € (73 %) auf 35 Mio € gesunken. Dieser Rückgang ist vor allem auf eine niedrigere Risikovorsorge für nach IAS 39 umklassifizierte Aktiva inklusive Auflösungen von Risikovorsorge im Commercial Real Estate-Portfolio zurückzuführen.

Die Zinsunabhängigen Aufwendungen stiegen um 8 % auf 156 Mio infolge höherer Kosten im Zusammenhang mit Rechtsstreitigkeiten. Die Zinsunabhängigen Aufwendungen ohne Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten waren um 34 % niedriger als im Vorjahreszeitraum. Grund hierfür war die Veräußerung von Vermögenswerten einschließlich The Cosmopolitan of Las Vegas.

Der Verlust vor Steuern verringerte sich um 622 Mio € auf 1,6 Mrd €. Dieser Rückgang gegenüber 2014 war in erster Linie auf Risikoabbauaktivitäten sowie Marktwerteffekte und Entwicklungen im Zusammenhang mit Rechtsstreitigkeiten zurückzuführen.

Consolidation & Adjustments (C&A)

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	3. Quartal		Absolute Veränderung	Veränderung in %	Jan. – Sep.		Absolute Veränderung	Veränderung in %
	2015	2014			2015	2014		
Erträge insgesamt	-224	61	-285	N/A	-74	-292	217	-74
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	-1	0	-1	N/A	0	1	-1	-70
Zinsunabhängige Aufwendungen:								
Personalaufwand	1.079	1.009	70	7	3.276	2.895	381	13
Sachaufwand	-1.187	-1.006	-181	18	-2.929	-2.888	-41	1
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	0	0	0	N/A	0	0	0	N/A
Wertminderungen auf Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte	0	0	0	N/A	0	0	0	N/A
Restrukturierungsaufwand	0	0	0	N/A	0	0	0	N/A
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	-107	3	-111	N/A	347	7	340	N/A
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	12	-3	14	N/A	-26	-24	-2	9
Ergebnis vor Steuern	-127	61	-188	N/A	-396	-276	-119	43

N/A – Nicht aussagekräftig

Quartalsvergleich 2015 versus 2014

Im dritten Quartal 2015 verzeichnete C&A einen Verlust vor Steuern von 127 Mio € gegenüber einem Gewinn von 61 Mio € im Vergleichsquarter des Vorjahres. Ursächlich für diese Entwicklung waren im Wesentlichen Bewertungs- und zeitliche Unterschiede zwischen den verschiedenen Bilanzierungsmethoden bei der Managementberichterstattung und der Berichterstattung gemäß IFRS, die zu einem negativen Effekt von 147 Mio € gegenüber positiven 4 Mio € im Vorjahresquarter führten. Ursächlich dafür waren in erster Linie Einmaleffekte, inklusive einer Bewertungsänderung von zu Marktwerten bilanziertem Fremdkapital. Außerdem beinhaltet das dritte Quartal einen negativen Effekt von 69 Mio € aus dem Squeeze-out der Postbank-Minderheitsaktionäre. Diese negativen Effekte wurden teilweise durch einen positiven Effekt von 139 Mio € aus Bankenabgaben gegenüber negativen 1 Mio € im Vorjahresquarter aufgehoben. Die in C&A im ersten Quartal 2015 gebuchte Abgrenzung für Bankenabgaben wird im Laufe des Jahres auf die Unternehmensbereiche verteilt.

Neunmonatsvergleich 2015 versus 2014

C&A verzeichnete einen Verlust vor Steuern von 396 Mio € nach einem Verlust von 276 Mio € im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Diese Entwicklung war vor allem auf Bewertungs- und zeitliche Unterschiede zwischen den verschiedenen Bilanzierungsmethoden bei der Managementberichterstattung und der Berichterstattung gemäß IFRS zurückzuführen, die zu einem positiven Effekt von 21 Mio € gegenüber negativen 143 Mio € im Vergleichszeitraum des Vorjahres führten. Dieser Effekt ist auf eine Erweiterung des Basisspreads zwischen EUR und USD und unserem Credit-Spread zurückzuführen, der jedoch durch Einmal-effekte, inklusive einer Bewertungsänderung von zu Marktwerten bilanziertem Fremdkapital, im dritten Quartal kompensiert wurde. Außerdem beinhaltet der Neunmonatszeitraum einen negativen Effekt von 161 Mio € aus dem Erwerb zusätzlicher Postbank-Aktien im zweiten Quartal und dem Squeeze-out der Postbank-Minderheitsaktionäre im dritten Quartal. Der Neunmonatszeitraum 2015 spiegelt schließlich die negativen Auswirkungen der erstmalig bilanzierten Bankenabgabe in Höhe von 148 Mio € wider. Die in C&A im ersten Quartal 2015 gebuchte Abgrenzung für Bankenabgaben wird im Laufe des Jahres auf die Unternehmensbereiche verteilt.

Vermögenslage

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	30.9.2015	31.12.2014	Absolute Veränderung	Veränderung in %
Barreserve	27.278	20.055	7.223	36
Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	75.284	63.518	11.766	19
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos) und Wertpapierleihen	56.828	43.630	13.198	30
Handelsaktiva	196.998	195.681	1.318	1
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	571.611	629.958	-58.348	-9
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	113.098	117.285	-4.187	-4
Davon:				
Forderungen aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	58.118	60.473	-2.355	-4
Forderungen aus Wertpapierleihen	18.827	20.404	-1.577	-8
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	428.337	405.612	22.725	6
Forderungen aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung	131.679	115.054	16.625	14
Übrige Aktiva	118.261	117.910	350	0
Summe der Aktiva	1.719.374	1.708.703	10.670	1
Einlagen	570.223	532.931	37.292	7
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Wertpapierpensionsgeschäften (Repos) und Wertpapierleihen	10.429	13.226	-2.797	-21
Handelsspassiva	55.995	41.843	14.152	34
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	544.440	610.202	-65.762	-11
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	38.687	37.131	1.556	4
Davon:				
Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	24.401	21.053	3.348	16
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen	1.506	1.189	317	27
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	30.194	42.931	-12.736	-30
Langfristige Verbindlichkeiten	161.187	144.837	16.349	11
Verbindlichkeiten aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung	168.927	143.210	25.716	18
Übrige Passiva	70.412	69.170	1.242	2
Summe der Verbindlichkeiten	1.650.495	1.635.481	15.014	1
Eigenkapital insgesamt	68.879	73.223	-4.344	-6

Entwicklung der Aktiva

Der berichtete geringfügige Anstieg unserer Bilanzsumme um 11 Mrd € (oder 1 %) im Laufe der ersten neun Monate in 2015 war hauptsächlich durch eine Erhöhung um 65 Mrd € aufgrund von Wechselkursveränderungen durch die Abwertung des Euro gegenüber allen anderen Hauptwährungen in der Berichtsperiode getrieben, davon entfielen 84 % auf die deutliche Aufwertung des US-Dollar gegenüber dem Euro. Diese durch Wechselkursveränderungen bedingten Erhöhungen sind auch in den Veränderungen pro Bilanzposition enthal-

ten, die in diesem Abschnitt diskutiert werden. Bereinigt um Währungseffekte hätten wir unsere Bilanzsumme im Berichtszeitraum um 55 Mrd € reduziert.

Forderungen aus dem Kreditgeschäft stiegen um 23 Mrd € an, hauptsächlich aus gestiegenen Engagements in CB&S Structured Finance, DeAWM und PBC. Fast die Hälfte des Anstiegs wurde durch Wechselkursveränderungen hervorgerufen.

Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten sowie die Barreserve erhöhten sich zusammen um 19 Mrd €, weitestgehend getrieben durch höhere Einlagen bei Zentralbanken in ausgewählten Jurisdiktionen.

Forderungen aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung erhöhten sich um 17 Mrd € infolge des üblicherweise zu verzeichnenden saisonalen Musters von niedrigeren Beständen zum Jahresende gegenüber höheren Volumina im Jahresverlauf.

Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos) sowie Wertpapierleihen, sowohl auf Basis fortgeführter Anschaffungskosten als auch zum beizulegenden Zeitwert bewertet, sind zusammen um 9 Mrd € angestiegen, vor allem getrieben durch Wechselkursveränderungen.

Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte (in den Übrigen Aktiva enthalten) erhöhten sich um 7 Mrd €, hauptsächlich bedingt durch einen Anstieg von hochliquiden Wertpapieren, die im Rahmen der strategischen Liquiditätsreserve der Gruppe gehalten werden. Dieser Anstieg resultiert aus der fortgesetzten Optimierung der Liquiditätsreserven durch den Konzern.

Diese Anstiege wurden größtenteils durch eine Reduktion der positiven Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten in Höhe von 58 Mrd € ausgeglichen, welche insbesondere auf Zinsschwankungen zurückzuführen war.

Entwicklung der Verbindlichkeiten

Zum 30. September 2015 erhöhte sich die Summe der Verbindlichkeiten geringfügig um 15 Mrd € (oder 1 %) gegenüber dem Jahresende 2014.

Ähnlich wie für die Aktivseite spiegelt die Gesamterhöhung der Verbindlichkeiten ebenfalls den Effekt aus Wechselkursveränderungen während der Berichtsperiode wider.

Einlagen erhöhten sich um 37 Mrd €, hauptsächlich bedingt durch Anstiege unserer Refinanzierung in den Bereichen Transaction Banking, im Wesentlichen aus höheren Sichteinlagen im Zusammenhang mit Clearing-Aktivitäten, Retail sowie unbesicherter Wholesale-Refinanzierung. Wechselkursveränderungen trugen ebenfalls maßgeblich zu diesem Anstieg bei.

Die Erhöhung der Verbindlichkeiten aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung um 26 Mrd € in den ersten neun Monaten des Jahres war hauptsächlich auf die gleichen Ursachen zurückzuführen, die für Forderungen aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung bereits oben beschrieben wurden.

Langfristige Verbindlichkeiten haben sich um 16 Mrd € erhöht, hauptsächlich aufgrund höherer Finanzierungsaktivitäten, die das Volumen der im Laufe des Berichtsjahres fällig gewordenen Verbindlichkeiten überstiegen, sowie aufgrund von Wechselkursschwankungen.

Handelsspassiva erhöhten sich um 14 Mrd €, davon entfallen fast 80 % auf Aktientitel, überwiegend aus Prime Finance-Geschäften, und der Rest auf Schuldverschreibungen.

Diese Erhöhungen wurden weitestgehend von einer Verringerung um 66 Mrd € der negativen Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten, welche hauptsächlich auf die gleichen Ursachen zurückzuführen waren, die für positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten bereits oben beschrieben wurden, ausgeglichen.

Darüber hinaus gingen sonstige kurzfristige Geldaufnahmen um 13 Mrd € zurück, hauptsächlich aufgrund der Reduzierung unserer Finanzierung über Finanzierungsvehikel sowie – in geringerem Umfang – in GTB.

Liquidität

Die Liquiditätsreserven beliefen sich zum 30. September 2015 auf 219 Mrd € (im Vergleich zu 184 Mrd € zum 31. Dezember 2014), woraus im Stressszenario zum 30. September 2015 ein positives Ergebnis resultierte (in einem kombinierten Szenario).

Eigenkapital

Das Eigenkapital hat sich zwischen dem 31. Dezember 2014 und dem 30. September 2015 insgesamt um 4,3 Mrd € reduziert. Diese Verminderung resultierte hauptsächlich aus dem den Deutsche Bank-Aktionären und Zusätzlichen Eigenkapitalbestandteilen zurechenbaren Konzernverlust von 4,7 Mrd €, der Dividendenzahlung an Deutsche Bank-Aktionäre von 1,0 Mrd €, unrealisierten Verlusten (per Saldo) aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten in Höhe von 365 Mio €, die hauptsächlich aus niedrigeren Marktpreisen von festverzinslichen Wertpapieren europäischer Emittenten resultierten, sowie der Kuponzahlung für Zusätzliche Eigenkapitalbestandteile von 228 Mio € nach Steuern. Teilweise gegenläufig zu dieser negativen Entwicklung war ein positiver Effekt aus Wechselkursänderungen in Höhe von 2,2 Mrd € (vor allem US-Dollar).

Aufsichtsrechtliches Eigenkapital

Unser Hartes Kernkapital gemäß CRR/CRD 4 –Übergangsregeln verringerte sich in den ersten neun Monaten 2015 um 5,5 Mrd € auf 54,6 Mrd €. Die RWA gemäß CRR/CRD 4 betragen per 30. September 2015 407,9 Mrd €, verglichen mit 396,6 Mrd € zum Jahresende 2014. Der Rückgang im CRR/CRD 4 – Kernkapital und der Anstieg in den RWA führten zu einer CRR/CRD 4 – Kernkapitalquote von 13,4 % per 30. September 2015, verglichen mit 15,2 % zum Jahresende 2014.

Unser CRR/CRD 4-Kernkapital in der Vollumsetzung betrug 46,9 Mrd € zum 30. September 2015 und lag damit um 0,8 Mrd € über den 46,1 Mrd € zum Jahresende 2014. Die risikogewichteten Aktiva gemäß CRR/CRD 4 in der Vollumsetzung beliefen sich auf 407,6 Mrd € zum 30. September 2015, verglichen mit 394,0 Mrd € zum Jahresende 2014. Aufgrund des Anstiegs der Risikoaktiva sank unsere Harte Kernkapitalquote gemäß CRR/CRD 4 -Vollumsetzung zum 30. September 2015 auf 11,5 % nach 11,7 % zum Jahresende 2014.

Weitere Einzelheiten zur Entwicklung des Aufsichtsrechtlichen Eigenkapitals und der RWA stehen im Risikobereichsteil dieses Berichtes im Abschnitt ‚Aufsichtsrechtliches Eigenkapital‘.

Änderungen zu IAS 39 und IFRS 7, „Umwidmung von finanziellen Vermögenswerten“

Zum 30. September 2015 beliefen sich die Buchwerte umgewidmeter Vermögenswerte auf 5,7 Mrd € (31. Dezember 2014: 7,4 Mrd €). Der beizulegende Zeitwert dieser Vermögenswerte betrug 5,7 Mrd € per 30. September 2015 (31. Dezember 2014: 7,4 Mrd €). Diese Vermögenswerte werden vom Unternehmensbereich NCOU gehalten.

Für zusätzliche Informationen bezüglich dieser Vermögenswerte und zu den Auswirkungen ihrer Umwidmung wird auf die Anhangangabe „Änderungen zu IAS 39 und IFRS 7, „Umwidmung von finanziellen Vermögenswerten““ verwiesen.

Risikopositionen gegenüber Monolineversicherern

Die nachfolgenden Tabellen beinhalten einen aktualisierten Überblick über die Entwicklung erworbener Monolineabsicherungen.

Risikoposition gegenüber Monolineversicherern, bezogen auf US-amerikanische Wohnungsbaukredite

in Mio €	30.9.2015				31.12.2014			
	Nominalwert	Betrag vor Bewertungsanpassungen ¹	Bewertungsanpassungen ¹	Beizulegender Zeitwert nach Bewertungsanpassungen ¹	Nominalwert	Betrag vor Bewertungsanpassungen ¹	Bewertungsanpassungen ¹	Beizulegender Zeitwert nach Bewertungsanpassungen ¹
AA Monolines: ²								
Sonstige Subprime	96	23	-4	19	95	30	-7	23
Alt-A	1.371	454	-56	398	1.405	423	-61	361
AA Monolines insgesamt³	1.467	477	-60	417	1.500	452	-68	384

¹ Für erworbene Monolineabsicherungen mit gehandelten Credit Default Swaps (CDS) werden die Bewertungsanpassungen anhand eines vollständig auf CDS basierenden Modellansatzes ermittelt. Im Gegensatz dazu werden für erworbene illiquide Monolineabsicherungen die Bewertungsanpassungen anhand eines Modellansatzes mit diversen Parametern ermittelt einschließlich marktbedingter Ausfallwahrscheinlichkeiten, potenzieller Ereignisse (entweder einer Restrukturierung oder einer Insolvenz), einer Abschätzung der möglichen Ausgleichszahlungen im Fall einer Restrukturierung und von Erlösquoten im Fall einer Restrukturierung oder einer Insolvenz.

² Die Zuordnung zu den Bonitätsklassen basiert jeweils auf den niedrigsten verfügbaren Bonitätseinstufungen von Standard & Poor's, Moody's oder unserer internen Bonitätseinstufung.

³ Ein Teil des Marktwerts der erworbenen Monolineabsicherungen wurde durch CDS mit anderen Marktteilnehmern oder durch andere Instrumente wirtschaftlich abgesichert. Die Veränderung im Nominalwert beinhalten Umrechnungskursveränderungen in der Periode.

Sonstige Risikoposition gegenüber Monolineversicherern

in Mio €	30.9.2015				31.12.2014			
	Nominalwert	Betrag vor Bewertungsanpassungen ¹	Bewertungsanpassungen ¹	Beizulegender Zeitwert nach Bewertungsanpassungen ¹	Nominalwert	Betrag vor Bewertungsanpassungen ¹	Bewertungsanpassungen ¹	Beizulegender Zeitwert nach Bewertungsanpassungen ¹
AA Monolines: ²								
TPS-CLO	1.324	332	-58	274	1.269	254	-43	210
CMBS	436	0	0	0	712	-2	0	-2
Studentenkredite	351	52	-10	42	322	44	-9	35
Sonstige	790	98	-29	69	506	72	-14	59
AA Monolines insgesamt	2.901	482	-97	385	2.810	368	-66	302
Nicht-Investment-Grade Monolines: ²								
TPS-CLO	25	6	-3	3	329	77	-16	61
CMBS	1.466	-1	0	-1	1.476	-2	0	-2
Corporate Single Name/Corporate CDO	26	4	0	4	28	5	0	5
Studentenkredite	730	91	-13	78	679	66	-9	57
Sonstige	498	98	-29	69	774	136	-50	86
Nicht-Investment-Grade Monolines insgesamt	2.745	198	-45	153	3.285	282	-75	207
Insgesamt^{3,4}	5.646	680	-142	538	6.095	650	-141	509

¹ Für erworbene Monolineabsicherungen mit gehandelten Credit Default Swaps (CDS) werden die Bewertungsanpassungen anhand eines vollständig auf CDS basierenden Modellansatzes ermittelt. Im Gegensatz dazu werden für erworbene illiquide Monolineabsicherungen die Bewertungsanpassungen anhand eines Modellansatzes mit diversen Parametern ermittelt einschließlich marktbedingter Ausfallwahrscheinlichkeiten, potenzieller Ereignisse (entweder einer Restrukturierung oder einer Insolvenz), einer Abschätzung der möglichen Ausgleichszahlungen im Fall einer Restrukturierung und von Erlösquoten im Fall einer Restrukturierung oder einer Insolvenz.

² Die Zuordnung zu den Bonitätsklassen basiert jeweils auf den niedrigsten verfügbaren Bonitätseinstufungen von Standard & Poor's, Moody's oder unserer internen Bonitätseinstufung. Diese Position beinhaltet den Übertrag der Salden von Nicht-Investment-Grade zu Investment-Grade wegen des Erwerbs von Radian Asset Assurance Inc durch Assured Guaranty Corp im 2. Quartal 2015.

³ Ein Nettoausfallrisiko gegenüber Monolineversicherern aus sogenannten „Wrapped Bonds“ von 24 Mio € zum 30. September 2015 (31. Dezember 2014: 22 Mio €) ist nicht enthalten. Dieser Wert stellt eine Schätzung der möglichen Wertanpassungen auf solche Schuldverschreibungen im Fall eines Ausfalls der Versicherer dar.

⁴ Ein Teil des Marktwerts der erworbenen Monolineabsicherungen wurde durch CDS mit anderen Marktteilnehmern oder durch andere Instrumente wirtschaftlich abgesichert. Die Veränderung im Nominalwert beinhalten Umrechnungskursveränderungen in der Periode.

Geschäfte mit nahestehenden Dritten

Wir unterhalten Geschäftsbeziehungen zu einigen Unternehmen, an denen wir bedeutenden Anteilsbesitz halten. Zudem haben wir Geschäftsbeziehungen zu einer Reihe von Unternehmen, bei denen Mitglieder unseres Vorstands Mandate in Aufsichtsräten oder Non-Executive Boards wahrnehmen. Im Rahmen unserer Geschäftsbeziehungen zu diesen Unternehmen erbringen wir diverse Finanzdienstleistungen, die wir üblicherweise unseren Kunden anbieten. Weitere Informationen sind in den „Sonstigen Finanzinformationen“ dieses Berichts enthalten.

Vorstand und Aufsichtsrat

Zum 31. Oktober 2015 verlassen Stefan Krause und Dr. Stephan Leithner unseren Vorstand.

Am 18. Oktober 2015 wurden Sylvie Matherat und Karl von Rohr mit Wirkung vom 1. November 2015 bis zum 31. Oktober 2018 vom Aufsichtsrat zu Mitgliedern des Vorstands der Deutschen Bank AG bestellt. Des Weiteren wurden Quintin Price, Garth Ritchie und Jeff Urwin mit Wirkung vom 1. Januar 2016 bis zum 31. Dezember 2018 vom Aufsichtsrat zu Mitgliedern des Vorstands der Deutschen Bank AG bestellt.

Sylvie Matherat übernimmt als Chief Regulatory Officer die neue Vorstandsverantwortung für die Bereiche Regulierung, Compliance und den Kampf gegen die Finanzkriminalität. Karl von Rohr verantwortet dann als Chief Administrative Officer die Corporate Governance Funktion, das Personalressort und den Rechtsbereich.

John Cryan gibt den Rechtsbereich ab und übernimmt die Restrukturierungseinheit NCOU und bis 31. Dezember 2015 die Vorstandsverantwortung für die Globale Transaktionsbank.

Henry Ritchotte wird zum Jahresende 2015 den Vorstand verlassen.

Christian Sewing ist ab 1. Januar 2016 im Vorstand nicht nur für die Privat- und Geschäftskundenbank zuständig, sondern auch für die Betreuung der vermögenden Privatkunden. Quintin Price wird die Vorstandsverantwortung für das Deutsche Asset Management, Garth Ritchie wird die Vorstandsverantwortung für Globale Märkte und Jeff Urwin wird die Vorstandsverantwortung für die Unternehmenskunden- und Investmentbank übernehmen.

Richard Meddings ist neues Mitglied des Aufsichtsrats der Deutsche Bank AG. Er ist gerichtlich mit Wirkung zum 13. Oktober 2015 in den Aufsichtsrat der Deutsche Bank AG bestellt worden und folgt auf John Cryan, der mit Wirkung zum 1. Juli 2015 zum Co-Vorstandsvorsitzenden der Deutsche Bank AG ernannt wurde und sein Mandat als Mitglied des Aufsichtsrats zum 30. Juni 2015 niedergelegt hat. Richard Meddings ist Vorsitzender des Prüfungsausschusses und Mitglied im Risikoausschuss des Aufsichtsrats. Richard Meddings wird sich im Mai 2016 der Hauptversammlung zur Wahl stellen.

Richard Meddings ist derzeit Non-Executive Director im Her Majesty's Treasury, dem britischen Finanz- und Wirtschaftsministerium. Er ist außerdem ein Non-Executive Director des Versicherungs- und Investment Management-Konzerns Legal & General. Er war Group Finance Director bei Standard Chartered PLC bis 2014 und verfügt über jahrelange Erfahrung auf den Gebieten Rechnungslegung sowie Abschlussprüfung.

Wesentliche Transaktionen

Um die 95 %-Schwelle für den Squeeze-out der Postbank-Minderheitsaktionäre zu erreichen, hat die Deutsche Bank am 22. April 2015 einen Vertrag zum Erwerb zusätzlicher 5,9 Millionen (2,7 %) Postbank-Aktien unterzeichnet. Damit steigt der Anteil des Konzerns an der Postbank von 94,1 % auf 96,8 %. Die Transaktion führte zu einem Verlust vor Steuern von rund 92 Mio €, der in C&A im zweiten Quartal 2015 erfasst wurde.

Am 7. Juli 2015 konkretisierte die Deutsche Bank ihr Squeeze-out-Verlangen gegenüber der Postbank, einschließlich der Höhe der Barabfindung, die auf 35,05 € je Postbank-Aktie festgelegt wurde. Die Hauptversammlung der Postbank hat den Squeeze-out am 28. August 2015 beschlossen. Demzufolge wurde im dritten Quartal 2015 ein Verlust vor Steuern von 69 Mio € erfasst.

Weitere Informationen sind in den „Sonstigen Finanzinformationen“ dieses Berichts enthalten.

Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Informationen hierzu sind in den „Sonstigen Finanzinformationen“ dieses Berichts enthalten.

Ausblick

Der folgende Abschnitt sollte in Verbindung mit dem Ausblick im Lagebericht des Finanzberichts für das Jahr 2014 und des Zwischenberichts des zweiten Quartals 2015 gelesen werden.

Die Weltwirtschaft

Im Jahr 2015 dürfte sich das Wachstum der Weltwirtschaft auf 3,1 % leicht verlangsamen und damit erneut unter der Trendwachstumsrate bleiben. Die globale Inflationsrate dürfte sich durch die schwache Entwicklung der Rohstoffpreise und weiter unterausgelastete Kapazitäten auf 3,5 % abschwächen. Für die Industrieländer rechnen wir mit einer leichten Wachstumsbeschleunigung auf 1,9 % und einem nahezu unveränderten Anstieg der Verbraucherpreise um 0,4 %. Dagegen erwarten wir in den Schwellenländern eine Wachstumsabschwächung auf 4,0 %. Die Inflationsrate dürfte dort bei 5,8 % liegen.

Das BIP der Eurozone dürfte aufgrund steigender Beschäftigung und Löhne sowie niedrigerer Ölpreise im Jahr 2015 um 1,5 % steigen. Die bestehenden geopolitischen Risiken sowie der notwendige Abbau der privaten und öffentlichen Schulden haben einen dämpfenden Effekt. Unterausgelastete Kapazitäten und die schwache Rohstoffpreisentwicklung dürften wahrscheinlich dazu führen, dass die Verbraucherpreise nur um 0,1 % steigen. Unterstützt wird die Konjunktur der Eurozone weiter durch die expansiv ausgerichtete Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB), die im März 2015 im Rahmen ihrer unkonventionellen Maßnahmen den Kauf von Vermögenswerten auf monatlich 60 Mrd € angehoben hat. Die deutsche Wirtschaft dürfte im Jahr 2015, hauptsächlich binnenwirtschaftlich getrieben, um 1,7 % und damit erneut stärker als die Eurozone insgesamt wachsen.

Für die USA erwarten wir im Jahr 2015 ein Wachstum von 2,4 %. Während die fortgesetzte Belebung des Arbeitsmarktes und des Wohnungsbaus positive Impulse liefern, dämpft das externe Umfeld infolge des aufgewerteten US-Dollar und der verhaltenen globalen Nachfrage. Die Verbraucherpreise steigen im Jahr 2015 infolge schwacher Rohstoffpreise und eines nur moderaten Lohndrucks wahrscheinlich um 0,4 %. Die Geldpolitik der Federal Reserve dürfte die US-Konjunktur weiter unterstützen. Wir rechnen mit einer ersten Erhöhung des Leitzinses im März 2016.

Die japanische Wirtschaft dürfte im Jahr 2015 um 0,6 % wachsen. Die Fiskalpolitik und die weiter extrem expansiv ausgerichtete Geldpolitik dürften Wachstumsimpulse liefern, wobei die schwache externe Nachfrage diese dämpfen könnte. Die Inflation dürfte nach dem Auslaufen des Effekts der Mehrwertsteuererhöhung und angesichts schwacher Rohstoffpreise im Jahr 2015 auf 0,8 % fallen. Wir erwarten, dass sich das Wachstum in den Schwellenländern im Jahr 2015 abschwächt. Das Wachstum in Asien (ohne Japan) dürfte sich auf 6,2 % verlangsamen und die Inflation bei 2,5 % liegen. Chinas Wirtschaft dürfte im Jahr 2015 zum Großteil durch die Abkühlung am Immobilienmarkt und schwache ausländische Nachfrage nur noch um 7,0 % zulegen und eine Inflationsrate von 1,7 % erreichen. Die Geldpolitik dürfte noch expansiver ausgerichtet werden, um die Wirtschaft zu stützen.

Hauptrisiken für unseren globalen Ausblick liegen in China, wo eine harte Landung globale Verwerfungen nach sich ziehen könnte, und in einer Verschärfung geopolitischer Risiken, insbesondere in der anhaltenden Syrien-Krise. Risiken für unsere Prognosen liegen zudem in den USA, wo der anstehende Kurswechsel der US-Geldpolitik zu einem deutlich stärker als von uns zunächst unterstellten Zinsanstieg am Rentenmarkt führen könnte. Dies hätte negative Folgen für andere Assetklassen und könnte insbesondere in den Schwellenländern zu Kapitalabflüssen führen. Zudem könnte die US-Dollar-Aufwertung den US-Außenhandel stärker als erwartet belasten. In Europa könnten eine aufflammende Diskussion über den weiteren Kurs der Geldpolitik und die Zukunft der Eurozone, eine ausbleibende fiskalische Konsolidierung und eine Verzögerung bei der Implementierung von Strukturreformen sowie eine gestiegene Zustimmung für eurokritische Parteien erhebliches Störpotenzial für unsere Prognosen entfalten. Außerdem könnte der Flüchtlingszustrom nach Europa die politische Uneinigkeit in der Europäischen Union verschärfen.

Die Bankenbranche

In den nächsten zwölf Monaten ist eine weitere Verbesserung der Geschäftsentwicklung und Profitabilität der europäischen Banken zu erwarten. Das Kreditgeschäft mit Unternehmen dürfte auf dem zu Beginn dieses Quartals eingeschlagenen Wachstumspfad bleiben, ebenso die Kreditvergabe an private Haushalte. Infolge der konjunkturellen Belebung im Euroraum ist ein weiterer Rückgang der Kreditrisikovorsorge wahrscheinlich. Die Einlagenvolumina werden voraussichtlich ebenfalls moderat ansteigen. In Deutschland ist grundsätzlich von einer ähnlichen Entwicklung wie im Euroraum insgesamt auszugehen. Die moderate Expansion des Kreditvolumens mit Unternehmen, die in Deutschland früher wieder eingesetzt hatte, sollte anhalten, ebenso wie die Ausweitung des privaten Hypothekengeschäfts.

In den USA ist im Laufe des nächsten Jahres ein anhaltendes Wachstum der Bilanzsumme zu erwarten, die soliden Konjunkturaussichten könnten insbesondere zu einer höheren Kreditvergabe an Unternehmen führen. Mit der zu erwartenden Zinswende der Federal Reserve ist mittelfristig von einer Stabilisierung der Zinsmarge auszugehen. Auch deswegen könnte die bereits auf einem hohen Niveau liegende Profitabilität der amerikanischen Banken noch weiter zulegen.

Nachdem in Japan die Kreditvergabe zuletzt über dem langjährigen Trend lag, könnte das Geschäft mit exportabhängigen Unternehmen infolge der konjunkturellen Eintrübung im asiatischen Raum nun an Dynamik verlieren. In China dürften die niedrigen zweistelligen Wachstumsraten des Kredit- und Einlagenvolumens anhalten.

Mit Blick auf Themen der Finanzmarkt-Regulierung und -Aufsicht könnten in den nächsten zwölf Monaten einerseits die globalen Debatten um weitere Maßnahmen zur Verbesserung der Eigenkapitalausstattung von Banken und ihrer Abwickelbarkeit im Krisenfall im Fokus stehen (höhere Risikogewichte für Handelsbuchpositionen, Vereinheitlichung von Risikobewertungen, "Total Loss Absorbing Capacity" (TLAC)), andererseits speziell in Europa verschiedene bereits länger diskutierte Vorhaben wie die sogenannte Bankenstrukturreform oder die Finanztransaktionssteuer. Der konkreten Ausgestaltung des Großprojekts Kapitalmarktunion wird erhebliche Bedeutung zukommen. Fest steht in jedem Fall, dass in der Bankenunion mit dem Jahr 2016 der einheitliche Abwicklungsmechanismus mitsamt Abwicklungsbehörde und Abwicklungsfonds voll zu greifen beginnt (Letzterer muss dann allerdings noch schrittweise aufgebaut werden). Am 24. September 2015 hat der Deutsche Bundestag das Abwicklungsmechanismusgesetz beschlossen, mit dem das Sanierungs- und Abwicklungsgesetz (SAG) an die SRM-Verordnung angepasst wird. Der Bundesrat hat dem Gesetz am 16. Oktober 2015 zugestimmt. Das Gesetz, das noch nicht in Kraft getreten ist, würde die Rangfolge im Insolvenzfall von deutschen Kreditinstituten, die der Kapitaladäquanzverordnung unterliegen, in der Weise ändern, dass im Abwicklungsfall vorrangige nicht-strukturierte unbesicherte Schuldverschreibungen im Rang hinter sonstigen vorrangigen Verbindlichkeiten zurücktreten.

Der Deutsche Bank-Konzern

Im April 2015 haben wir mit der „Strategie 2020“ die nächste Phase unserer Strategie angekündigt und haben dazu im Oktober 2015 weitere Details veröffentlicht, um die Schlüsselthemen der Strategie 2020 herauszuarbeiten. Diese umfassen Kostensenkungen, die Stärkung des Kapitals und der Kontrollen. Wir haben des Weiteren spezifische Durchführungsmaßnahmen für jedes Segment bekannt gegeben und unsere finanziellen Ziele aktualisiert.

Wir veröffentlichten Pläne zur Reduzierung unserer Kostenbasis auf ein strukturell vertretbares Niveau. Spezifische Maßnahmen umfassen die Einschränkung unserer regionalen Präsenz, die Verringerung der Anzahl der Kunden in Global Markets und im Corporate & Investment Banking um ungefähr die Hälfte, die Verschlinkung unseres Produktportfolios in Global Markets und in Private, Wealth and Commercial Clients, die Überarbeitung unserer IT-Architektur, und die Verringerung der organisatorischen Komplexität durch Eliminierung von Hierarchieebenen und Reduzierung der Anzahl von rechtlichen Einheiten. Unser Ziel ist es, mit den Kostensenkungsmaßnahmen Nettoeinsparungen (berechnet als Nettoveränderung gegenüber unserer Kostenbasis von 2015) von circa 1 bis 1,5 Mrd € in unseren bereinigten Zinsunabhängigen Aufwendungen bis 2018 zu erzielen (die bereinigten Zinsunabhängigen Aufwendungen definieren wir als Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt, abzüglich Abfindungszahlungen, Restrukturierungsaufwand, Wertminderung auf Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte, Aufwendungen im Versicherungsgeschäft und Aufwendungen im Zusammenhang mit Rechtsstreitigkeiten). Dem stehen Restrukturierungs- und Abfindungskosten von circa 3 bis 3,5 Mrd € gegenüber, die voraussichtlich zwischen 2015 und 2018 anfallen, so dass wir von einer geplanten bereinigten zinsunabhängigen Kostenbasis von unter 22 Mrd € ausgehen. Darüber hinaus planen wir für die nächsten 24 Monate Verkäufe von Vermögenswerten, die derzeit eine Gesamtkostenbasis von ungefähr 4 Mrd € reflektieren.

Wir planen eine organische Stärkung unserer Kapitalposition. Um dies zu erreichen, gaben wir eine Reihe spezifischer Maßnahmen bekannt, wie die Reduzierung der Risikogewichteten Aktiva (RWA) von derzeit 408 Mrd € auf circa 320 Mrd € bis zum Jahr 2018, vor RWA-Anstieg auf Grund veränderter regulatorischer Anforderungen („RWA-Inflation“). Unter Berücksichtigung dieser regulatorischen Erhöhungen erwarten wir, dass die RWAs im Jahr 2020 über 410 Mrd € liegen werden. Wir beabsichtigen, das Leverage Exposure gemäß CRD 4 um circa 170 Mrd € bis zum Jahr 2018 zu reduzieren und durch die Empfehlung an unsere Aktionäre, die Dividendenzahlungen in 2015 und 2016 auszusetzen, Kapital zu erhalten.

Wir beabsichtigen, unser Kontrollumfeld zu stärken. Dies wird Investitionen in Bereiche wie Know-Your-Customer (KYC) und Anti-Geldwäsche-Kontrollen (Anti-Money-Laundering; „AML“), die Überprüfung von Kundenbeziehungen und von Bereichen für potentielle Kontrollrisiken, und die Einführung von Maßnahmen zur Stärkung der Verantwortlichkeit für Fehlverhalten in der Organisation beinhalten.

Wir haben kürzlich ein neues Geschäftsmodell veröffentlicht, das eine Reorganisation unserer Segmente umfasst. Seitdem haben wir spezifische Maßnahmen zur Umsetzung der Strategie 2020 in den vier neuen Segmenten entwickelt. Diese beinhalten die folgenden vorgesehenen Maßnahmen mit den wie folgt konkretisierten vorgesehenen Effekten:

- **Global Markets:** Rationalisierung und Optimierung des Business-Mix, Ausstieg oder Rationalisierung mehrerer Produkte einschließlich Rates Legacy, RMBS Trading, Securitized Trading und Emerging Market Debt bei gleichzeitiger Re-investition in weniger bilanzintensive Geschäfte. Wir beabsichtigen, unser Leverage Exposure um circa 70 Mrd € und unsere RWAs um circa 30 Mrd € zu reduzieren. Wir planen des Weiteren, die Anzahl der Kundenbeziehungen zu überprüfen und materiell zu reduzieren und Handelsaktivitäten vor Ort in einer Reihe von Ländern einzustellen.
- **Corporate & Investment Banking (CIB):** Zusammenfassung von Firmenkundengeschäft, Unternehmensfinanzierung und Transaktionsgeschäft unter einheitlicher Leitung. Wir beabsichtigen, die Kundenbeziehungen zu hochkarätigen und erstklassigen Kunden zu vertiefen, die Produktdurchdringung zu erhöhen um

Erträge zu steigern, Kundenbeziehungen mit unzureichenden Erträgen einzustellen, unsere geographische Präsenz zu reduzieren und zu rationalisieren, und durch eine Verbesserung der Kapitalallokation und der Kreditvergabeprozesse eine Erhöhung der Effizienz zu erreichen.

- **Private, Wealth and Commercial Clients:** Zusammenführung von Private & Business Clients (PBC) und Wealth Management, um eine führende, stark digitalisierte Beratungsbank mit einem wachsenden Angebot an globaler Vermögensverwaltung zu schaffen. Diese Ziele beinhalten das Anbieten eines nahtlosen „One-Bank-Ansatzes“ für die Kundenabdeckung in Deutschland, die Entwicklung eines integrierten Ansatzes für den wachsenden Bereich der Unternehmer in Deutschland und Europa, und eine weitere Expansion in den Bereichen der High Net Worth- und Ultra High Net Worth-Kundensegmente in Amerika und Asien. Wir beabsichtigen, unser Portfolio, einschließlich der Veräußerung der Postbank und des Verkaufs unseres 19,99 %-igen Anteils an der Hua Xia Bank Co. Ltd. in China, zu überarbeiten. Außerdem planen wir, mit der Schließung von mehr als 200 Filialen in Deutschland, der Vereinfachung unserer deutschen regionalen Struktur und durch die Verschlankung unserer Zentrale, eine Rationalisierung unseres Netzwerkes durchzuführen. Wir beabsichtigen weiterhin, das Produktportfolio mit dem Ziel zu straffen, die Anzahl der Produkte um circa ein Drittel zu reduzieren.
- **Asset Management:** Wir planen, auf einer globalen Kundenbasis mit starkem Momentum aufzubauen, einschließlich eines diversifizierten Geschäfts mit regelmäßigen Provisionserträgen, das kapitaleffizient ist und attraktive Erträge und starke Nettomittelzuflüsse generiert. Wir streben die Entwicklung innovativer Angebote für den Ruhestand und strategischer Betaprojekte an. Ebenso werden wir passive Produktangebote (ETFs), alternative Produkte und Multi-Asset-Anlagemöglichkeiten weiterentwickeln, weiter in Kundenlösungen in Schlüsselbereichen wie der Altersvorsorge investieren, Nachhaltigkeit stärken, das Investieren als etablierte Vermögensklasse beeinflussen und die Investitionsprozesse automatisieren.
- **Non-Core Operations Unit (NCOU):** Zusätzlich planen wir in der NCOU den Abbau zu beschleunigen, der mit positiver Auswirkung auf die Tier-1-Kernkapitalquote weitestgehend bis 2016 abgeschlossen sein soll.

Wir haben auch unsere Finanzziele wie folgt aktualisiert:

- Harte Kernkapitalquote gemäß CRR/CRD 4 (Vollumsetzung) von mindestens 12,5 % ab dem Jahresende 2018,
- Verschuldungsquote gemäß CRR/CRD 4 (Vollumsetzung) von mindestens 4,5 % bis 2018 und mindestens 5 % bis 2020,
- Eigenkapitalrendite nach Steuern von mehr als 10 %, basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital, ab 2018,
- Bereinigte Zinsunabhängige Aufwendungen von unter 22 Mrd € ab 2018,
- Eine Aufwand-Ertrag-Relation von circa 70 % in 2018 und circa 65 % in 2020,
- Risikogewichtete Aktiva (RWA) von circa 320 Mrd € in 2018 und 310 Mrd € in 2020, vor Berücksichtigung der RWA-Inflation aus regulatorischen Anforderungen, die auf mindestens 100 Mrd € für den Zeitraum bis 2020 geschätzt wird.
- Des Weiteren streben wir eine marktgerechte Dividendenausschüttungsquote nach dem Geschäftsjahr 2016 an.

Die Umsetzung der Ziele unserer Strategie 2020 und die Realisierung ihres erwarteten Nutzens können durch zahlreiche interne und externe Faktoren wie Markt-, wirtschaftliche und politische Unsicherheiten beeinträchtigt oder behindert werden. Wirtschaftliche Unsicherheiten wie ein erneutes Auftreten extremer Turbulenzen an den Märkten, eine Verschlechterung der globalen, regionalen und nationalen Wirtschaftslage, ein anhaltendes Niedrigzinsumfeld, ein verstärkter Wettbewerb am Markt und politische Instabilität, besonders in Europa, können sich auf unsere Fähigkeit zur Erreichung dieser Ziele auswirken. Aufsichtsrechtliche Veränderungen könnten ebenfalls negative Auswirkungen auf unsere strategischen Ziele haben. Insbesondere könnten Aufsichtsbehörden Änderungen unseres Geschäftsmodells oder unserer Organisationsstruktur verlangen, die möglicherweise unsere Profitabilität senken.

Außerdem unterliegen wir zahlreichen Rechts-, Schlichtungs- und aufsichtsrechtlichen Verfahren sowie Untersuchungen in Deutschland und im Ausland, insbesondere in den USA, deren Ausgang äußerst unsicher ist. Obwohl wir eine Reihe wichtiger Rechtsfälle beigelegt und bei anderen Fortschritte erzielt haben, erwarten wir in dieser Hinsicht ein weiterhin herausforderndes Umfeld. Sollten Rechtsstreitigkeiten und regulatorische Angelegenheiten im selben Maße wie in den vergangenen Jahren anhalten, können wir die Ziele unserer Strategie 2020 möglicherweise nicht erreichen. Falls wir unsere strategischen Initiativen nicht oder nur teilweise implementieren können, diese nicht den erwarteten Nutzen bringen oder die Umsetzungskosten von circa 3 bis 3,5 Mrd € überschreiten, können wir unsere finanziellen Ziele unter Umständen nicht erreichen oder einen Verlust erleiden. Des Weiteren könnte auch unsere Profitabilität sinken oder sich unsere Kapitalbasis verringern. Und unsere finanzielle Konstitution, unsere Geschäftsergebnisse und unser Aktienkurs könnten wesentlich und nachteilig beeinflusst werden.

Die Segmente

Am 18. Oktober 2015 hat die Deutsche Bank Pläne bekannt gegeben, ihre Geschäftsabläufe unter einer neuen Segmentstruktur zu reorganisieren. Die folgenden Abschnitte enthalten den Ausblick der Segmente in ihrer derzeitigen organisatorischen Struktur.

Corporate Banking & Securities (CB&S) verzeichnete im Einklang mit der gesamten Investmentbankingindustrie ein starkes erstes Halbjahr 2015, während im zweiten Halbjahr mit einem Rückgang des Wachstums zu rechnen ist. Für das Gesamtjahr 2015 rechnen wir damit, dass die Erträge im Jahresvergleich aufgrund des günstigeren ökonomischen Ausblicks und der hohen Volatilität moderat steigen. Wir werden jedoch weiter vor Herausforderungen stehen, insbesondere erwarten wir schwierige Marktbedingungen im vierten Quartal 2015 und sehen uns anhaltenden hohen regulatorischen Anforderungen und einem fortgesetzten Druck auf Ressourcen ausgesetzt. Im Bereich Sales & Trading rechnen wir im Jahr 2015 mit einem leichten Anstieg der Erträge gegenüber 2014, der durch eine gestiegene Volatilität und Kundenaktivität infolge der zunehmenden Unterschiede in der Geldpolitik unterstützt wird. Die Erträge in Sales & Trading (Equity) dürften im Vergleich zum Vorjahr aufgrund der stärkeren Volatilität und der höheren Kundenaktivität ebenfalls zunehmen. In Corporate Finance erwarten wir für das Jahr 2015 ein Provisionsaufkommen, das leicht über dem Niveau des Vorjahres liegen wird. CB&S wird sich weiter auf die Umsetzung der Ziele der Strategie 2020 fokussieren.

Im Rahmen der neuen Strategie 2020 plant der Unternehmensbereich **Private & Business Clients (PBC)** sein Geschäftsmodell neu auszurichten. Mit der geplanten Entkonsolidierung der Postbank werden wir uns auf das Beratungsgeschäft refokussieren und unsere Verschuldungsquote weiter verringern. Darüber hinaus beabsichtigen wir, unser Vertriebsmodell dem veränderten Kundenverhalten anzupassen, indem wir die Kapazität unseres Omnikanal-Modells durch zusätzliche Investitionen in digitale Lösungen erhöhen und mehr als 200 Filialen in Deutschland schließen. Zudem wollen wir weiterhin in die Verbesserung unserer Effizienz und Servicequalität investieren sowie zentrale Funktionen und Front-to-Back-Prozesse optimieren. Diese Transformation wird es uns ermöglichen, PBC als eine führende, beratungsorientierte, digitale Bank für Privat- und Geschäftskunden zu positionieren. Die Umsetzung der damit verbundenen Maßnahmen wird voraussichtlich bereits in diesem Jahr beginnen und könnte damit unser Ergebnis im Jahr 2015 negativ beeinflussen. Darüber hinaus ist es unser Ziel, die Bilanzeffizienz weiter zu steigern und unseren Fokus auf Anlage- und Versicherungsprodukte auszubauen. Im Kreditgeschäft streben wir eine ausgewogene Entwicklung unter Beibehaltung der strengen Risikodisziplin und bei gezielter Optimierung unseres Kapitaleinsatzes an. Trotz dieser geschäftlichen Chancen könnten das gesamtwirtschaftliche Umfeld, das niedrige Zinsniveau sowie steigende aufsichtsrechtliche Anforderungen unsere Ergebnisentwicklung auch künftig negativ beeinflussen.

Für **Global Transaction Banking (GTB)** dürften das anhaltend niedrige Zinsniveau mit negativen Zinssätzen in wichtigen Märkten, die hohe Volatilität an den Aktienmärkten, ein äußerst starker Wettbewerb sowie Herausforderungen aufgrund geopolitischer Ereignisse auch für die verbleibenden Monate des Jahres 2015 bis in das Jahr 2016 hinein für Abwärtsdruck in unserem Geschäft sorgen. Wir erwarten jedoch, dass der Volumenzuwachs diese Entwicklungen über alle unsere Hauptprodukte hinweg ausgleicht. Wir fokussieren uns weiterhin auf den Aufbau und die Vertiefung von Kundenbeziehungen. Dies wird durch unsere umfassende Palette an hochwertigen und innovativen Produkten sowie Dienstleistungen unterstützt. Wir glauben, dass wir dadurch gut aufgestellt sind, um in dem von Herausforderungen geprägten Umfeld erfolgreich zu bestehen und das Geschäft von GTB weiter auszubauen.

Für **Deutsche Asset & Wealth Management (Deutsche AWM)** erwarten wir, dass sich im Jahr 2015 das anhaltende Wachstum in der Vermögensverwaltungsbranche weltweit fortsetzt. Dies dürfte durch langfristige Trends begünstigt werden, die sich positiv auf große lösungsorientierte Anbieter wie Deutsche AWM auswirken. Zu diesen Treibern gehören ein wachsendes Segment der sehr vermögenden Privatkunden, eine alternde Bevölkerung, die sich auf den Vermögenstransfer zwischen den Generationen vorbereitet, und die seitens der Privat- wie auch institutionellen Kunden gestiegene Nachfrage nach alternativen und passiven/Beta-Anlageprodukten. Bestimmte makroökonomischen Entwicklungen, wie die Volatilität an den Finanzmärkten, sorgen allerdings für Unsicherheiten und eine Risikoaversion der Investoren, während ein zunehmend reguliertes globales Geschäftsumfeld die Kosten erhöht und das Geschäftswachstum beeinflussen kann. Kurzfristig könnten ein Rückgang der Transaktionsaktivitäten an den Kapitalmärkten, geringere erfolgsabhängige Provisionen und das anhaltende Niedrigzinsumfeld, das sich auf die Margen im Einlagengeschäft auswirkt, einen Anstieg der Erträge und der Profitabilität dämpfen. Deutsche AWM erwartet jedoch, auch künftig die Erträge und den Marktanteil in den wichtigsten Kundensegmenten ausbauen zu können. Hierfür bietet der Bereich mithilfe eines integrierten und differenzierten Leistungsangebots und Betreuungsmodells innovative Anlagelösungen und Beratung an. Neben der Fortsetzung unseres Kosten- und Ressourcenmanagements erwarten wir, dass die Transformation unserer Betriebs- und Technologieplattformen die Komplexität verringert sowie die Systeme und Effizienz für das Anlagemanagement, den Kundenservice und die Berichterstattung verbessert.

Die **Non-Core Operations Unit (NCOU)** wird sich weiterhin auf die Verringerung der Verschuldung und der risikogewichteten Aktiva fokussieren. Ziel ist es, die verbleibenden Positionen bis zum Jahr 2018 im Wesentlichen aufzulösen. Die Herausforderungen im derzeitigen Marktumfeld können die Umsetzung der NCOU-Strategie zum Risikoabbau beeinflussen. Sie können zudem zu Abweichungen im Zeitplan für den Risikoabbau führen und sich auf künftige Ergebnisse auswirken. Neben den Unsicherheiten, die sich aus der NCOU-Strategie zum Risikoabbau ergeben, fallen in diesem Bereich weiterhin Kosten aufgrund hochverzinslicher Verbindlichkeiten an, die sich jedoch bei einer künftigen Entkonsolidierung der Postbank vermindern sollten. Das Umfeld für Rechtsstreitigkeiten und Durchsetzungen dürfte auch in absehbarer Zukunft schwierig bleiben.

Risikobericht

Einführung

Rahmenwerk für das Risikomanagement

Vor dem Hintergrund unserer breit gefächerten Geschäftsaktivitäten ist es unerlässlich, Risiken effektiv zu identifizieren, zu messen, zu aggregieren und zu steuern sowie die verschiedenen Geschäftsaktivitäten angemessen mit Eigenkapital zu unterlegen. Wir handeln als integrierter Konzern durch unsere Konzern- und Geschäftsbereiche sowie die Infrastrukturfunktionen. Wir steuern unsere Risiken und unser Kapital mithilfe eines Rahmenwerks von Grundsätzen und Organisationsstrukturen sowie Überwachungsprozessen, die eng auf die Tätigkeiten der Konzern- und Geschäftsbereiche ausgerichtet sind. Im dritten Quartal 2015 hat der Vorstand ein neues Risk Executive Committee eingerichtet, das Non-Financial Risk Executive Committee (NFR ExCo). Das NFR ExCo überwacht, steuert und koordiniert das Management von nicht finanziellen Risiken und nimmt eine risikoübergreifende und holistische Perspektive auf die wichtigsten nicht finanziellen Risiken des Konzerns ein. Dies beinhaltet die Definition eines Risikotoleranz-Rahmenwerks für nicht finanzielle Risiken, die Überwachung und Kontrolle des Operating-Modells für nicht-finanzielle Risiken, inklusive der Three Lines of Defence-Grundsätze und der gegenseitigen Abhängigkeiten zwischen den Geschäftsbereichen und Kontrollfunktionen. Weitere Informationen zu unserem Risiko- und Kapitalmanagement sind in unserem Finanzbericht 2014 enthalten.

Basel 3 und CRR/CRD 4

In der Europäischen Union wurde das neue Basel 3-Kapitalrahmenwerk durch die „Verordnung (EU) Nr. 575/2013 über Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen“ (Capital Requirements Regulation, „CRR“), wie geändert, und die „Richtlinie 2013/36/EU über den Zugang zur Tätigkeit von Kreditinstituten und die Beaufsichtigung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen“ (Capital Requirements Directive 4, „CRD 4“), wie geändert, eingeführt und am 27. Juni 2013 veröffentlicht. Das CRR/CRD 4-Rahmenwerk ersetzte die Gesetze zur Umsetzung der internationalen Eigenkapitalanforderungen entsprechend den Empfehlungen des Basler Ausschusses für Bankenaufsicht, allgemein als Basel 2 und Basel 2.5 bezeichnet. Um ein einheitliches „Regelwerk“ für Kreditinstitute und Wertpapierfirmen in der Europäischen Union zu schaffen, wurde die CRR unmittelbar zur Anwendung für Kreditinstitute und Wertpapierfirmen gestaltet, was die Notwendigkeit von einzelstaatlichen Vorschriften in Bezug auf die von ihr erfassten Regelungsbereiche vermied. Infolgedessen wurde das deutsche Kreditwesengesetz (KWG) geändert, um alle Bestimmungen zu entfernen, die durch die CRR ersetzt worden sind. Neue Bestimmungen für aufsichtsrechtliche Eigenmittelanforderungen, die aufsichtsrechtliche Bewertung des Ausfallrisikos und von Verbriefungen und viele weitere für die Deutsche Bank relevante Regelungen befinden sich nun in der CRR. Ergänzend erfolgte die Umsetzung der CRD 4 in deutsches Recht über Anpassungen im deutschen KWG und in der deutschen Solvabilitätsverordnung (SolV) sowie in den begleitenden Verordnungen. Zusammen stellen diese Gesetze und Regulierungen das neue aufsichtsrechtliche Rahmenwerk dar, welches in Deutschland unter anderem in Bezug auf das Kapital, die Verschuldung, die Liquidität und auch Veröffentlichungen anwendbar ist.

Das neue aufsichtsrechtliche Rahmenwerk trat am 1. Januar 2014 unter Berücksichtigung verschiedener Übergangsregeln in Kraft. Insofern verwenden wir bei der Darstellung der Ergebnisse unter Berücksichtigung der Übergangsregeln die Bezeichnung „CRR/CRD 4“. Bei Darstellung der Ergebnisse auf Basis einer vollständigen Anwendung des final angestrebten Rahmenwerks (und damit ohne Berücksichtigung der anwendbaren Übergangsregeln) verwenden wir den Begriff „CRR/CRD 4-Vollumsetzung“. Gleichzeitig bestehen trotz der CRR/CRD 4 unverändert Übergangsbestimmungen für die Risikogewichtung bestimmter Gruppen von Vermögenswerten, die von früheren Kapitaladäquanz-Rahmenwerken einschließlich Basel 2.5 eingeführt wurden, die zum Beispiel den Bestandsschutz von Beteiligungen mit einem Risikogewicht von 100 % ermöglichen. In diesem Fall geht unsere CRR/CRD 4-Methodik von der Annahme aus, dass die Auswirkungen des Ablaufs dieser

Übergangsregelungen durch den Verkauf von zugrunde liegenden Vermögenswerten oder andere Maßnahmen vor dem Ablauf dieser Übergangsregeln Ende 2017 gemindert werden.

Die neuen Mindestkapitalquoten wurden schrittweise bis Anfang 2015 eingeführt. Der überwiegende Teil der aufsichtsrechtlichen Anpassungen (das heißt Kapitalabzüge und aufsichtsrechtliche Filter in Korrekturposten) tritt phasenweise bis 2018 in Kraft. Kapitalinstrumente, die nach den neuen Regelungen nicht qualifiziert sind, sind bis 2022 phasenweise nicht mehr zu berücksichtigen. Neue Anforderungen zu Kapitalpuffern werden phasenweise bis 2019 eingeführt. Obwohl die aufsichtsrechtliche Berichterstattung bereits in 2014 begann, wurden bindende Mindestanforderungen für die kurzfristige Liquidität in 2015 wirksam und ein Standard für die langfristige Liquidität wird in 2018 erwartet. Die Einführung eines verpflichtenden Verschuldungsgrades wird für 2018 erwartet, während die Veröffentlichung der Kennziffer in 2015 beginnt.

Zum besseren Verständnis haben wir die Nomenklatur des CRR/CRD 4-Rahmenwerks bezüglich der Bestandteile des aufsichtsrechtlichen Eigenkapitals im gesamten Bericht angepasst.

Da hinsichtlich der CRR/CRD 4-Regelungen immer noch Interpretationsunsicherheiten bestehen und einige der darauf bezogenen verpflichtenden technischen Regulierungsstandards auch noch nicht final vorliegen, werden wir unsere Annahmen und Modelle kontinuierlich in dem Maße anpassen, wie unser sowie das Verständnis der Industrie und die Interpretation der Regeln sich entwickeln. Vor diesem Hintergrund können unsere CRR/CRD 4-Messgrößen von unseren früheren Erwartungen abweichen. Auch die Annahmen und Einschätzungen unserer Wettbewerber über die Einführung mögen sich verändern, so dass unsere CRR/CRD 4-Kennzahlen nicht mit ähnlich bezeichneten Messgrößen unserer Wettbewerber vergleichbar sind.

Konsolidierungsansatz

Die folgenden Abschnitte beziehen sich auf den Konzernabschluss in Übereinstimmung mit den „International Financial Reporting Standards“ (IFRS). Daraus resultiert, dass die Berichterstattung grundsätzlich auf den IFRS-Regeln für Bewertungen und Konsolidierung beruht. Jedoch sind insbesondere im Rahmen von Säule 3 die aufsichtsrechtlichen Regeln zur Konsolidierung relevant, die von denen für den Konzernabschluss abweichen. Diese sind in unserem Finanzbericht 2014 genauer beschrieben. In den Fällen, in denen die aufsichtsrechtliche Abgrenzung für den Konzern angewandt wird, ist dies explizit genannt.

Zusammenfassende Risikobewertung

Zu den für uns wichtigen Risikokategorien gehören das Kreditrisiko, das Marktrisiko, das operationelle Risiko (einschließlich Rechtsrisiko), das Geschäftsrisiko (einschließlich des steuerlichen und des strategischen Risikos), das Reputationsrisiko, das Liquiditätsrisiko, das Modellrisiko und das Compliance-Risiko (MaRisk, das heißt entsprechend den Mindestanforderungen an das Risikomanagement). Wir steuern die Identifikation und die Bewertung von Risiken sowie Maßnahmen zur Reduzierung der wichtigen und möglichen zukünftigen Risiken durch einen internen Governance-Prozess mithilfe von Risikomanagementtools und -prozessen. Unser Ansatz zur Identifizierung und Folgenabschätzung zielt darauf ab, Auswirkungen dieser Risiken auf unser finanzielles Ergebnis, unsere langfristigen strategischen Ziele und unsere Reputation zu reduzieren.

Im Rahmen unserer regelmäßigen Analyse von Risiken und deren Zusammenhängen werden die Sensitivitäten der wichtigsten Portfoliorisiken durch eine induktive Risikobewertung sowie eine deduktive Analyse makroökonomischer und politischer Szenarien überprüft. Dieser duale Ansatz erlaubt es uns, nicht nur Risiken zu erfassen, die sich auf unsere Risikobestände und Geschäftsbereiche auswirken, sondern auch solche, die nur für bestimmte Portfolios relevant sind.

Die aktuellen portfolioweiten Risiken, die wir beobachten, beinhalten einen signifikanten Ausverkauf an den Finanzmärkten und eine ansteigende Volatilität im dritten Quartal 2015, dies insbesondere durch eine Kombination aus Bedenken bezüglich des globalen Wachstums und idiosynkratischen Faktoren. Es bleibt Spielraum

für weitere scharfe Korrekturen und/oder Volatilitätseffekte angesichts von Unsicherheit bezüglich des Zeitpunkts von Zinserhöhungen in den USA und der kontinuierlichen Verlangsamung des Emerging-Markets-Wachstums, dies insbesondere angesichts der niedrigen Marktliquidität. Wir beobachten auch weiterhin den niedrigen Ölpreis in den wichtigsten ölproduzierenden Ländern und Branchen sowie das Risiko von geopolitischen Schocks inklusive der Spannungen zwischen Russland und der Ukraine, den Konflikt im Mittleren Osten und das Ansteckungspotenzial für andere Regionen sowie anstehende Wahlen in einer Anzahl wichtiger Volkswirtschaften. Obwohl das kurzfristige Risiko, dass Griechenland den Euro verlässt, sich reduziert hat, bleibt das politische und Implementierungsrisiko bestehen.

Die Bewertung der potenziellen Auswirkungen dieser Risiken erfolgt durch Integration in unsere konzernweiten Stresstests, die unsere Absorptionsfähigkeit dieser Ereignisse für den Fall ihres Eintritts bewerten. Die Ergebnisse dieser Tests zeigten, dass wir derzeit ausreichend Kapital und Liquiditätsreserven vorhalten, um die Auswirkungen dieser Risiken zu absorbieren, falls sie in Übereinstimmung mit den Testparametern eintreten.

In den ersten neun Monaten 2015 hielt der in 2014 beobachtete globale aufsichtsrechtliche Trend zu mehr Regulierung an, der sich aus unserer Sicht auch in den nächsten Jahren wahrscheinlich fortsetzen wird. Wir konzentrieren uns daher darauf, potenzielle aufsichtsrechtliche Änderungen zu identifizieren und deren mögliche Auswirkungen auf unser Geschäftsmodell und unsere Prozesse zu bewerten.

Risikoprofil

Die folgende Tabelle zeigt unsere Gesamtrisikoposition, gemessen am Ökonomischen Kapitalbedarf, berechnet für das Kredit-, Markt-, operationelle und Geschäftsrisiko, für die angegebenen Stichtage. Zur Ermittlung unserer (nicht aufsichtsrechtlichen) Gesamtrisikoposition ziehen wir in der Regel Diversifikationseffekte zwischen den Risikoklassen in Betracht.

Gesamtrisikoposition, gemessen am Ökonomischen Kapitalbedarf nach Risikoklasse

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	30.9.2015	31.12.2014	Veränderung 2015 gegenüber 2014	
			in Mio €	in %
Kreditrisiko	12.256	12.885	- 629	- 5
Marktrisiko	16.029	14.852	1.177	8
Marktrisiko aus Handelspositionen	4.749	4.955	- 206	- 4
Marktrisiko aus Nichthandelspositionen	11.280	9.898	1.382	14
Operationelles Risiko	9.847	7.598	2.249	30
Geschäftsrisiko	4.776	3.084	1.692	55
Diversifikationseffekte über die Risikoarten ¹	- 8.094	- 6.554	- 1.540	23
Ökonomischer Kapitalbedarf insgesamt	34.814	31.866	2.948	9

¹ Diversifikationseffekt über Kredit-, Markt-, operationelles und strategisches Risiko (größte Geschäftsrisiko-Komponente).

Zum 30. September 2015 betrug unser gesamter Ökonomischer Kapitalbedarf 34,8 Mrd €. Dies entspricht einem Anstieg um 3,0 Mrd € oder 9 % gegenüber dem Vorjahresbedarf von 31,9 Mrd € zum 31. Dezember 2014.

Unser Ökonomischer Kapitalbedarf für das Kreditrisiko reduzierte sich zum 30. September 2015 auf 12,3 Mrd €, 629 Mio € oder 5 % niedriger im Vergleich zum Jahresende 2014. Der Rückgang reflektiert hauptsächlich den geringeren Ökonomischen Kapitalbedarf für CB&S im Wesentlichen resultierend aus niedrigeren Risikopositionswerten für Derivate.

Der Ökonomische Kapitalbedarf für das Marktrisiko aus Handelspositionen reduzierte sich zum 30. September 2015 auf 4,7 Mrd € im Vergleich zu 5,0 Mrd € zum Jahresende 2014. Der Rückgang reflektiert hauptsächlich die niedrigeren Währungspositionen der Handelsbuchkomponente. Unser Ökonomischer Kapitalbedarf für das Marktrisiko aus Nichthandelspositionen erhöhte sich um 1,4 Mrd € oder 14 %. Der Anstieg

resultiert hauptsächlich aus höheren strukturellen Währungsrisiken aufgrund des gestiegenen US-Dollar-Kurses sowie aufgrund von Modellanpassungen für das Risiko aus aktienbasierten Vergütungen im ersten Quartal 2015.

Unser Ökonomischer Kapitalbedarf für operationelle Risiken betrug 9,8 Mrd € zum 30. September 2015, was einem Anstieg von 2,2 Mrd € oder 30 % gegenüber 7,6 Mrd € Ökonomischem Kapitalbedarf zum 31. Dezember 2014 entspricht. Der Anstieg resultiert hauptsächlich aus einer Erhöhung von Verlusten und Rückstellungen aus Rechtsstreitigkeiten sowie aus der Erhöhung des operationellen Verlustrisikoprofils der kompletten Branche. Dies drückt sich in den Verlustdaten aus, welche zur Erhöhung des Ökonomischen Kapitalbedarfs führten und weitgehend der Häufung von Rechtsstreitigkeiten, Untersuchungen und regulatorischen Durchsetzungsmaßnahmen geschuldet sind.

Unser Ökonomischer Kapitalbedarf für das Geschäftsrisiko besteht aus einer strategischen Risikokomponente, die implizit auch Komponenten von Nicht-Standard-Risiken wie das Refinanzierungs- und das Reputationsrisiko beinhaltet, sowie einer Steuerrisikokomponente. Der Ökonomische Kapitalbedarf für das Geschäftsrisiko erhöhte sich um 1,7 Mrd € auf 4,8 Mrd € zum 30. September 2015. Der Anstieg reflektierte einen höheren Ökonomischen Kapitalbedarf für die strategische Risikokomponente, resultierend aus dem aktualisierten Geschäftsausblick für die nächsten zwölf Monate.

Der Diversifikationseffekt des Ökonomischen Kapitalbedarfs zwischen den einzelnen Risiken über Kredit-, Markt-, operationelles und strategisches Risiko hinweg stieg zum 30. September 2015 um 1,5 Mrd € oder 23 %. Dieser Anstieg reflektiert hauptsächlich den erhöhten Ökonomischen Kapitalbedarf vor Diversifikation und eine Methoden Anpassung beim Diversifikationsmodell im ersten Quartal 2015.

Die Vielfalt unserer Geschäftsaktivitäten impliziert verschiedene Risikoübernahmen durch unsere Geschäftsbereiche. Wir messen die wesentlichen inhärenten Risiken in unseren entsprechenden Geschäftsmodellen durch unsere nicht diversifizierte Gesamtgröße für das Ökonomische Kapital. Diese spiegelt das Risikoprofil für jeden Unternehmensbereich vor risikoartenübergreifenden Effekten auf Konzernebene wider.

Risikoprofil unserer Geschäftsbereiche auf Basis des Ökonomischen Kapitals und risikogewichteter Aktiva im Vergleich zu Erfolgskennzahlen

	30.9.2015							
in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	Corporate Banking & Securities	Private & Business Clients	Global Transaction Banking	Deutsche Asset & Wealth Management	Non-Core Operations Unit	Consoli- dation & Adjustments	Insgesamt	Insgesamt (in %)
Kreditrisiko	5.243	3.510	2.302	388	778	35	12.256	35
Marktrisiko	5.231	3.169	205	2.167	774	4.483	16.029	46
Operationelles Risiko	6.516	735	989	1.153	455	0	9.847	28
Geschäftsrisiko	4.514	0	7	1	254	0	4.776	14
Diversifikationseffekte ¹	-5.215	-1.031	-581	-718	-400	-150	-8.094	-23
Ökonomischer Kapitalbedarf insgesamt	16.290	6.383	2.922	2.990	1.861	4.368	34.814	100
Ökonomischer Kapitalbedarf insgesamt (in %)	47	18	8	9	5	13	100	N/A
Risikogewichtete Aktiva ²	201.017	79.434	54.084	19.887	41.447	11.757	407.626	N/A
	Jan. – Sep. 2015							
Ergebnis vor Steuern	-882	-2.615	1.092	976	-1.569	-396	-3.393	N/A
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem Tangible Shareholders Equity) (in %) ³	-3	-19	15	33	N/A	N/A	-11	N/A
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Average Active Equity) (in %) ⁴	-4	-22	19	16	N/A	N/A	-7	N/A

N/A – Nicht aussagekräftig

¹ Diversifikationseffekt über Kredit-, Markt-, operationelles und strategisches Risiko (größte Geschäftsrisiko-Komponente).

² Risikogewichtete Aktiva basieren auf CRR/CRD 4-Vollumsetzung.

³ Für den Konzern wird die Eigenkapitalrendite nach Steuern basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity unter Berücksichtigung der berichteten effektiven Steuerquote des Konzerns ermittelt, die im Neunmonatszeitraum 2015 minus 37 % betrug. Für die Segmente wird für die Eigenkapitalrendite nach Steuern basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity eine Steuerquote von 35 % angewendet.

⁴ Die Buchkapitalallokation wird gesteuert über die risikogewichteten Aktiva und die Verschuldungsposition. Siehe auch „Segmentberichterstattung“ für eine Beschreibung der Zuordnung des durchschnittlichen aktiven Eigenkapitals zu den Geschäftsbereichen.

	30.9.2014 ¹							
in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	Corporate Banking & Securities	Private & Business Clients	Global Transaction Banking	Deutsche Asset & Wealth Management	Non-Core Operations Unit	Consoli- dation & Adjustments	Insgesamt	Insgesamt (in %)
Kreditrisiko	5.833	3.531	2.290	373	1.040	33	13.099	42
Marktrisiko	5.388	3.156	177	1.587	1.499	2.667	14.475	47
Operationelles Risiko	3.285	1.120	141	788	1.444	0	6.778	22
Geschäftsrisiko	1.885	0	5	1	606	0	2.497	8
Diversifikationseffekte ²	-3.189	-1.065	-230	-593	-922	-18	-6.017	-20
Ökonomischer Kapitalbedarf insgesamt	13.202	6.742	2.383	2.155	3.667	2.682	30.831	100
Ökonomischer Kapitalbedarf insgesamt (in %)	43	22	8	7	12	9	100	N/A
Risikogewichtete Aktiva ³	183.502	79.983	42.829	15.823	59.944	19.425	401.505	N/A
	Jan. – Sep. 2014							
Ergebnis vor Steuern	2.586	1.181	905	658	-2.190	-276	2.864	N/A
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem Tangible Shareholders Equity) (in %) ⁴	11	10	16	32	N/A	N/A	4	N/A
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Average Active Equity) (in %) ⁵	14	11	21	14	N/A	N/A	6	N/A

N/A – Nicht aussagekräftig

¹ Die Betragszuordnung für die Unternehmensbereiche wurde an die Struktur zum 30. September 2015 angepasst.

² Diversifikationseffekt über Kredit-, Markt-, operationelles und strategisches Risiko (größte Geschäftsrisiko-Komponente).

³ Risikogewichtete Aktiva basieren auf CRR/CRD 4-Vollumsetzung.

⁴ Für den Konzern wird die Eigenkapitalrendite nach Steuern basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity unter Berücksichtigung der berichteten effektiven Steuerquote des Konzerns ermittelt, die im Neunmonatszeitraum 2014 56 % betrug. Für die Segmente wird für die Eigenkapitalrendite nach Steuern basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity eine Steuerquote von 35 % angewendet.

⁵ Die Buchkapitalallokation wird gesteuert über die risikogewichteten Aktiva und die Verschuldungsposition. Siehe auch „Segmentberichterstattung“ für eine Beschreibung der Zuordnung des durchschnittlichen aktiven Eigenkapitals zu den Geschäftsbereichen.

Das Risikoprofil von Corporate Banking & Securities (CB&S) wird geprägt vom Handel zur Unterstützung der Tätigkeiten als Originator sowie Strukturierungs- und Marktpflegeaktivitäten, welche Markt- und Kreditrisiken

unterliegen. Weiterhin bestehen Kreditrisiken durch Ausleihungen an Unternehmen und Finanzinstitute. Der Anteil der operationellen Risiken am Risikoprofil von CB&S hat sich über das letzte Jahr deutlich erhöht und reflektiert ein erhöhtes Verlustrisikoprofil der kompletten Branche, interne Verluste wie auch eine Änderung in der Allokationsmethode innerhalb des Konzerns. Der übrige Teil des Risikoprofils von CB&S leitet sich aus dem Geschäftsrisiko ab, das die Ertragsschwankungsrisiken reflektiert. In den ersten neun Monaten in 2015 hat sich die Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Eigenkapital) von CB&S negativ entwickelt durch Rücklagen für Kosten für Rechtsstreitigkeiten und Ausgaben für regulatorische Programme sowie Goodwill-Abschreibungen. Die Erträge verblieben auf einem soliden Niveau beeinflusst durch eine erhöhte Markt-Volatilität und vorteilhafte Wechselkursveränderungen zu Beginn des Jahres.

Das Risikoprofil von Private & Business Clients (PBC) spiegelt Kreditrisiken aus dem Kreditgeschäft mit Privatkunden und kleinen und mittleren Unternehmen sowie Marktrisiken aus Nichthandelsaktivitäten aus Investitionsrisiken, aus der Einlagenmodellierung und aus Credit-Spread Risiken wider. Bei weitgehend unverändertem Risikoprofil von PBC über das letzte Jahr hat sich die Eigenkapitalrendite nach Steuern negativ entwickelt. Das berichtete Ergebnis vor Steuern reduzierte sich im Vergleich zu den ersten neun Monaten 2014 um 3,8 Mrd €. Darin enthalten sind 4,3 Mrd € für Wertminderungen des Geschäfts- oder Firmenwerts und immaterieller Vermögenswerte sowie PBCs Beteiligung an der Hua Xia Bank Co. Ltd.

Die Umsätze von Global Transaction Banking (GTB) umfassen mehrere Produkte mit unterschiedlichen Risikoprofilen. Der Großteil der Risiken stammt von Kreditrisiken aus Handelsfinanzierungsgeschäften, während andere Geschäftsbereiche wenig bis kein Kreditrisiko haben. Der relativ geringe Anteil von Marktrisiken ergibt sich aus der Modellierung der Kundeneinlagen. Trotz einer Steigerung des Vorsteuerergebnisses in Global Transaction Banking um 187 Mio € oder 21 %, getrieben durch eine gute Ertragssituation und einem Rückgang der Risikovorsorge im Kreditgeschäft in den ersten neun Monaten 2015 im Vergleich zu den ersten neun Monaten des Jahres 2014, reduzierte sich die Eigenkapitalrendite nach Steuern um 1 Prozentpunkt auf 15 %. Dieser Rückgang liegt vor allem an der gestiegenen Allokation des durchschnittlichen aktiven Eigenkapitals aufgrund eines Anstiegs der risikogewichteten Aktiva insbesondere für operationelles Risiko und des erhöhten Eigenkapitals auf Gruppenebene.

Der Hauptrisikotreiber in unserem Unternehmensbereich Deutsche Asset & Wealth Management (Deutsche AWM) sind Garantien auf Investmentfonds, die wir unter Marktrisiken aus Nichthandelsaktivitäten ausweisen. Weiterhin bringt das Beratungs- und Kommissionsgeschäft von Deutsche AWM entsprechende operationelle Risiken mit sich. Die Eigenkapitalrendite nach Steuern im Bereich AWM erhöhte sich um 1 Prozentpunkt auf 33 % zum 30. September 2015 im Vergleich zu den ersten neun Monaten des Jahres 2014 durch Geschäftswachstum über alle Produkte und Regionen, neue Mittelzuflüsse und dem daraus verbundenen Anstieg im verwalteten Vermögen. Der Anstieg des Ökonomischen Kapitalbedarfs resultierte hauptsächlich aus einem höheren Marktrisiko aus Nichthandelspositionen für Garantiefonds sowie einer höheren Allokation des operationellen Risikos.

Zum Portfolio der Non-Core Operations Unit (NCOU) gehören Aktivitäten, die entsprechend der Geschäftsstrategie der Bank nicht zum zukünftigen Kerngeschäft zählen, sowie Vermögenswerte, die für Risikoabbaumaßnahmen vorgesehen sind. Die NCOU umfasst auch weitere zur Abtrennung geeignete Vermögenswerte, Vermögenswerte mit erheblicher Kapitalbindung und niedrigen Renditen sowie Vermögenswerte, die Rechtsrisiken unterliegen. Das Risikoprofil der NCOU umfasst Risiken über die gesamte Bandbreite unseres Unternehmens und enthält hauptsächlich Kredit- und Marktrisiken, für die der gezielte beschleunigte Risikoabbau vorgesehen ist. Der Anteil der operationellen Risiken am Risikoprofil der NCOU hat über das letzte Jahr durch eine Änderung in der Allokationsmethode innerhalb des Konzerns deutlich abgenommen, wohingegen das ökonomische Kapital für andere Risikotypen sich durch fortlaufende Risikoabbaumaßnahmen reduzierte.

Consolidation & Adjustments beinhalten hauptsächlich Marktrisiken aus Nichthandelsaktivitäten für strukturelle Währungsrisiken, das Risiko aus Pensionsverpflichtungen sowie das Aktienvergütungsrisiko. Der Anstieg im Marktrisiko aus Nichthandelsaktivitäten im Vergleich zu den ersten neun Monaten 2014 resultiert hauptsächlich

aus einem erhöhten strukturellen Währungsrisiko im ersten Halbjahr 2015, beruhend auf einem stärkeren US-Dollar wie auch einer methodischen Änderung des Aktienvergütungsrisikos.

Behandlung von weiteren wesentlichen Risiken

Hinsichtlich der wesentlichen Risikoarten „Kreditrisiko“, „Marktrisiko“, „operationelles Risiko“ und „Liquiditätsrisiko“ sowie ihrer Entwicklung innerhalb des dritten Quartals des Jahres 2015 können weitere Details den jeweiligen Abschnitten dieses Risikoberichts entnommen werden, die den spezifischen Risikoarten gewidmet sind. In Bezug auf die weiteren wesentlichen Risikoarten „Geschäftsrisiko“, „Reputationsrisiko“, „Modellrisiko“ und „Compliance-Risiko“ finden sich Informationen zu ihrer Definition, ihrer Identifizierung und ihrem Management in verschiedenen Abschnitten unseres Finanzberichts 2014 (hier sei im Besonderen auf die dezidierten Abschnitte in der „Risikoinventur“ und dem „Rahmenwerk zum Risikomanagement – Wesentliche Risikoarten“ verwiesen). Vor kurzem wurden „Regional Reputational Risk Committees“ (RRRCs) als Unterkomitees des Group Reputational Risk Committee („GRRC“) eingerichtet. Die RRRCs verantworten die Aufsicht, Steuerung und Koordination des Managements von Reputationsrisiken in den jeweiligen Regionen in Vertretung des Vorstands. Darüber hinaus gibt es keine wesentlichen Änderungen bezüglich der Behandlung, des Managements und der Berichterstattung dieser Risikoarten im Vergleich zu den Erläuterungen und Ausführungen, die im Finanzbericht 2014 veröffentlicht wurden. Alle als wesentlich identifizierten Risikoarten werden in unserem internen Kapitaladäquanz-Bewertungsprozess (ICAAP) abgedeckt, der im Abschnitt „Interne Kapitaladäquanz“ dieses Berichts dargestellt wird. Modellierungs- und Bewertungsansätze zur Quantifizierung von Kapital und Kapitalanforderungen sind über alle wesentlichen Risikoarten implementiert. Nicht-Standard-Risikoarten (Reputationsrisiko, Modellrisiko und Compliance-Risiko) sind implizit durch unser Rahmenwerk zum Ökonomischen Kapital abgedeckt, hier primär im operationellen und strategischen Risiko.

Risikomanagement – Überblick

Kreditrisikoüberblick

- Das globale Wachstum hat sich verlangsamt, hauptsächlich angesichts des schwächeren Ausblicks in Emerging Markets. Die nachlassende Nachfrage belastet das Exportwachstum in den Industrieländern. Bedenken bezüglich des wirtschaftlichen Ausblicks gemeinsam mit der Unsicherheit bezüglich des Zeitpunkts einer Zinserhöhung in den USA und verschiedene idiosynkratische Risiken haben zu einem starken Anstieg der Marktvolatilität im August und September geführt. Für Portfoliorisiken verweisen wir auf das Kapitel „Zusammenfassende Risikobewertung“. Wir beobachten einen möglichen Einfluss dieser Risiken auf unser Kreditportfolio, erwarten aber aktuell keine wesentlichen Kreditverluste. Das Kreditengagement mit Russland nach dem Herkunftslandprinzip beträgt 3,9 Mrd € zum 30. September 2015 (im Vergleich zu 4,8 Mrd € zum 31. Dezember 2014), hauptsächlich mit Firmen in strategisch wichtigen Branchen. Das Kreditengagement für die Ukraine ist relativ klein mit 0,4 Mrd € zum 30. September 2015 (im Vergleich zu 0,4 Mrd € zum 31. Dezember 2014).
- Unser Firmenkreditportfolio hat zum 30. September 2015 ein Investment-Grade-Rating von 71,6 %, welches sich verglichen mit 71,0 % zum 31. Dezember 2014 leicht verbessert hat. Das Firmenkreditengagement stieg um 48,1 Mrd € oder 8,8 % während der ersten neun Monate 2015 an, zum Großteil bedingt durch Wechselkurseffekte und Anstiege vor allem mit Geschäftspartnern mit Investment-Grade-Rating.
- Zum 30. September 2015 ist unser Konsumentenkreditengagement gegenüber dem Jahresende 2014 um 2,1 Mrd € oder 1,1 % gestiegen, was hauptsächlich auf einen Anstieg in Deutschland zurückzuführen ist. Zum 30. September 2015 verzeichneten wir für 68 % des Gesamtengagements an Immobilienfinanzierungen einen Beleihungsauslauf kleiner oder gleich 50 %.
- Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft belief sich in den ersten neun Monaten 2015 auf 576 Mio €, was einem Rückgang von 189 Mio € (25 %) entspricht. Dieser Rückgang ist den verbesserten Vorsorgeneiveaus in nahezu allen Unternehmensbereichen (außer in CB&S) und fortlaufenden Auflösungen von Risikovorsorge zu verdanken, welche teilweise im Zusammenhang mit dem Verkauf von notleidenden Krediten

standen. Die gestiegene Risikovorsorge in CB&S war auf unsere Leveraged Finance- und Shipping-Portfolios zurückzuführen und wurde teilweise durch einen Rückgang in anderen Bereichen ausgeglichen.

- Die RWA für das Kreditrisiko haben sich seit dem 31. Dezember 2014 um 1,5 Mrd € oder 0,6 % auf 242,7 Mrd € verringert, was hauptsächlich durch die Behandlung des Pensionsfonds und einer verbesserten Portfolioqualität begründet ist. Der Rückgang bei den risikogewichteten Aktiva wurde teilweise durch Fremdwährungseffekte kompensiert.
- Der Ökonomische Kapitalbedarf für das Kreditrisiko reduzierte sich zum 30. September 2015 auf 12,3 Mrd € gegenüber 12,9 Mrd € zum Jahresende 2014. Der Rückgang reflektiert den geringeren Ökonomischen Kapitalbedarf für CB&S hauptsächlich resultierend aus niedrigeren Risikopositionswerten für Derivate.

Marktrisikouberblick

- Der durchschnittliche Value-at-Risk unserer Handelsbereiche betrug 44,9 Mio € innerhalb der ersten neun Monate des Jahres 2015 im Vergleich zu 51,6 Mio € im Jahr 2014. Der Rückgang ist durch eine Verbesserung des Diversifikationseffektes und durch die Reduzierung des Value-at-Risk Zinsrisikos zu erklären.
- Die RWA für das handelsbezogene Risiko reduzierten sich seit dem 31. Dezember 2014 um 4,6 Mrd € oder um 7,2 % auf 59,6 Mrd €. Der Rückgang ergibt sich größtenteils aufgrund geringerer Beträge für den Marktrisiko-Standardansatz für verbrieft Positionen.
- Der verwendete nicht handelsbezogene Ökonomische Kapitalbedarf für das Marktrisiko aus Nichthandelsaktivitäten erhöhte sich zum 30. September 2015 um 1,4 Mrd € auf 11,3 Mrd € gegenüber 9,9 Mrd € zum Jahresende 2014. Der Anstieg ist hauptsächlich auf ein höheres strukturelles Währungsrisiko infolge des erstarkten US-Dollars und eine veränderte Methode für das Aktienkompensationsrisiko zurückzuführen.
- Der verwendete handelsbezogene Ökonomische Kapitalbedarf für das Marktrisiko aus Handelsaktivitäten belief sich zum 30. September 2015 auf 4,7 Mrd €, verglichen mit 5,0 Mrd € am Jahresende 2014. Der Rückgang lässt sich hauptsächlich durch die Handelsbuchkomponente aufgrund niedrigerer Währungspositionen erklären.

Operationelle Risiken – Überblick

- Unser Ökonomischer Kapitalbedarf für operationelle Risiken stieg zum 30. September 2015 auf 9,8 Mrd € im Vergleich zu 7,6 Mrd € zum Jahresende 2014. Der Anstieg resultiert hauptsächlich aus einer Erhöhung von Verlusten und Rückstellungen aus Rechtsstreitigkeiten sowie aus der Erhöhung des operationellen Verlustrisikoprofils der kompletten Branche. Dies drückt sich in den Verlustdaten aus, welche zur Erhöhung des Ökonomischen Kapitalbedarfs führten und weitgehend der Häufung von Rechtsstreitigkeiten, Untersuchungen und regulatorischen Durchsetzungsmaßnahmen geschuldet sind.
- Der Ökonomische Kapitalbedarf enthält formal weiterhin die in unserem AMA-Modell (Advanced Measurement Approach) eingebettete Sicherheitsmarge, die im Jahr 2011 zur Deckung unvorhergesehener Haftungsrisiken implementiert wurde. Risikosensitive Modellverbesserungen zur Ablösung der Sicherheitsmarge wurden im zweiten Quartal 2014 bei der BaFin zur Genehmigung eingereicht. Diese Verbesserungen werden zukünftig zu einem höheren Bedarf an Ökonomischem Kapital für operationelle Risiken im Vergleich zur Sicherheitsmarge führen. Das Management hat entschieden, diese Erhöhung ab dem zweiten Quartal 2014 zu berücksichtigen.
- Die RWA für das operationelle Risiko erhöhten sich zum 30. September 2015 auf 86,9 Mrd € im Vergleich zu 67,1 Mrd € zum Jahresende 2014. Der Anstieg von 19,8 Mrd € ist durch eine Erhöhung von Verlusten und Rückstellungen aus Rechtsstreitigkeiten und durch die Erhöhung des operationellen Verlustprofils der kompletten Branche begründet.

Liquiditätsrisikouberblick

- Die Liquiditätsreserven zum 30. September 2015 beliefen sich auf 219 Mrd € (zum Vergleich: 184 Mrd € zum 31. Dezember 2014). Wir erhielten eine positive Netto-Liquiditätsposition unter Stress zum 30. September 2015 (in einem kombinierten Szenario).
- Die Emissionsaktivitäten am Kapitalmarkt in den ersten neun Monaten 2015 betragen 32,8 Mrd €, im Vergleich zu einem geplanten Gesamtvolumen für das Jahr 2015 in Höhe von 30 bis 35 Mrd €.

- Unsere Refinanzierung stammte zu 75 % aus Refinanzierungsquellen, die wir als die stabilsten einstufen. Dazu gehören Kapitalmarktemissionen und Eigenkapital sowie Einlagen von Privatkunden und Transaktionsbankkunden.

Kapitalmanagementüberblick

- Die Interne Kapitaladäquanzquote reduzierte sich auf 165 % zum 30. September 2015, verglichen mit 174 % zum 31. Dezember 2014. Der Rückgang resultierte aus dem niedrigeren Kapitalangebot.
- Die Harte Kernkapitalquote gemäß CRR/CRD 4 in der Vollumsetzung sank in den ersten neun Monaten von 11,7 % zum 31. Dezember 2014 auf 11,5 % zum 30. September 2015, im Wesentlichen verursacht durch gestiegene RWA.

Bilanzmanagementüberblick

Zum 30. September 2015 betrug unsere CRR/CRD 4-Verschuldungsquote auf Basis einer Vollumsetzung 3,6 % verglichen mit 3,5 % am 31. Dezember 2014, unter Berücksichtigung des Kernkapitals auf Basis einer Vollumsetzung in Höhe von 51,5 Mrd € im Verhältnis zum anzuwendenden Risikomaß in Höhe von 1.420 Mrd € (50,7 Mrd € sowie 1.445 Mrd € per 31. Dezember 2014).

Kreditrisiko

Klassifizierung des Kreditrisikoengagements

Wir teilen unser Kreditrisikoengagement in zwei Gruppen auf: das Firmenkreditengagement und das Konsumentenkreditengagement.

- Unser Konsumentenkreditengagement besteht aus kleineren standardisierten homogenen Krediten, insbesondere in Deutschland, Italien und Spanien. Es umfasst Privatdarlehen, Immobilienfinanzierungen für Wohnungsbau und Gewerbe sowie Kreditlinien und Kredite an Selbständige und Kleingewerbetreibende aus unserem Privatkunden- und Retailgeschäft.
- Unser Firmenkreditengagement setzt sich aus allen Engagements zusammen, die nicht als Konsumentenkreditengagements definiert werden.

Firmenkreditengagement

Wesentliche Kategorien des Firmenkreditengagements, gegliedert nach unseren internen Bonitätsklassen unserer Geschäftspartner

							30.9.2015
in Mio €	Ausfall- wahrschein- lichkeit ¹	Kredite	Unwiderrufliche Kreditzusagen ²	Eventual- verbindlich- keiten	Außerbörsliche Derivate ³	Zur Veräußerung verfügbare festverzinsliche Wertpapiere	Insgesamt
iAAA–iAA	0,00–0,04 %	50.245	23.984	4.437	25.393	57.179	161.238
iA	0,04–0,11 %	48.166	41.932	24.210	12.717	4.338	131.363
iBBB	0,11–0,50 %	63.268	46.135	14.507	7.859	1.818	133.586
iBB	0,50–2,27 %	52.808	37.494	8.998	5.917	2.433	107.649
iB	2,27–10,22 %	20.992	20.835	4.459	2.500	25	48.811
iCCC und schlechter	10,22–100 %	9.259	1.507	1.373	390	56	12.586
Insgesamt		244.738	171.887	57.985	54.776	65.848	595.234

¹ Reflektiert die Ausfallwahrscheinlichkeit für einen Zeitraum von einem Jahr.

² Beinhaltet unwiderrufliche Kreditzusagen von 9,9 Mrd € zum 30. September 2015 im Zusammenhang mit dem Konsumentenkreditengagement.

³ Beinhaltet den Effekt von Nettingverträgen und erhaltenen Barsicherheiten, soweit anwendbar.

							31.12.2014
in Mio €	Ausfall- wahrschein- lichkeit ¹	Kredite ²	Unwiderrufliche Kreditzusagen ³	Eventual- verbindlich- keiten	Außerbörsliche Derivate ⁴	Zur Veräußerung verfügbare festverzinsliche Wertpapiere	Insgesamt
iAAA–iAA	0,00–0,04 %	46.493	22.938	6.281	23.068	50.808	149.589
iA	0,04–0,11 %	44.799	39.336	17.696	9.469	3.371	114.670
iBBB	0,11–0,50 %	54.167	40.145	20.190	7.810	1.746	124.057
iBB	0,50–2,27 %	50.183	31.492	11.640	3.926	3.140	100.380
iB	2,27–10,22 %	19.359	18.924	4.929	2.253	17	45.482
iCCC und schlechter	10,22–100 %	9.417	1.612	1.352	552	50	12.983
Insgesamt		224.418	154.446	62.087	47.078	59.132	547.161

¹ Reflektiert die Ausfallwahrscheinlichkeit für einen Zeitraum von einem Jahr.

² Beinhaltet vor allem in der Kategorie „iCCC und schlechter“ wertgeminderte Kredite von 5,6 Mrd € zum 31. Dezember 2014.

³ Beinhaltet unwiderrufliche Kreditzusagen von 9,4 Mrd € zum 31. Dezember 2014 im Zusammenhang mit dem Konsumentenkreditengagement.

⁴ Beinhaltet den Effekt von Nettingverträgen und erhaltenen Barsicherheiten, soweit anwendbar.

Die obige Tabelle zeigt einen generellen Anstieg unseres Firmenkreditengagements von 48,1 Mrd € oder 8,8 % in den ersten neun Monaten 2015. Die Qualität des Firmenkreditengagements vor Kreditrisikominderung mit Investment-Grade-Bewertung ist leicht angestiegen auf 71,6 % im Vergleich zu 71,0 % zum 31. Dezember 2014.

Der Anstieg unseres Firmenkreditengagements von Dezember 2014 bis September 2015 ist vor allem durch Kredite (Anstieg um 9 % oder 20,3 Mrd €) und unwiderrufliche Kreditzusagen (Anstieg um 11 % oder 17,4 Mrd €) bedingt. Der Anstieg in den Krediten ist im Wesentlichen auf eine Erhöhung in der Investment-Grade-Klasse zurückzuführen. 59 % des Anstiegs in den unwiderruflichen Kreditzusagen ist bedingt durch einen generellen Anstieg des Geschäftsvolumens und Wechselkursänderungen sind für die restlichen 41 % des Anstiegs verantwortlich.

Konsumentencreditengagement

In unserem Konsumentencreditengagement überwachen wir den Anteil der Kredite, die 90 Tage oder mehr überfällig sind, und die auf Jahresbasis berechneten Nettokreditkosten nach Eingängen auf abgeschriebene Forderungen.

Konsumentencreditengagement

	Gesamtengagement in Mio €		90 Tage oder mehr überfällig in % des Gesamtengagements		Nettokreditkosten in % des Gesamtengagements ³	
	30.9.2015	31.12.2014 ¹	30.9.2015	31.12.2014 ¹	30.9.2015	31.12.2014 ¹
Konsumentencreditengagement Deutschland	149.708	147.647	0,95	1,15	0,18	0,22
Konsumenten- und Kleinbetriebsfinanzierungen	20.135	19.553	3,22	4,01	0,91	1,12
Immobilienfinanzierungen	129.574	128.094	0,60	0,71	0,06	0,08
Konsumentencreditengagement außerhalb Deutschlands	38.788	38.761	5,01	5,32	0,60	0,68
Konsumenten- und Kleinbetriebsfinanzierungen	13.015	13.003	9,87	10,95	1,30	1,55
Immobilienfinanzierungen	25.773	25.758	2,56	2,48	0,24	0,25
Konsumentencreditengagement insgesamt²	188.496	186.408	1,78	2,02	0,26	0,32

¹ In 2015 beginnend haben wir unsere Berichterstattung überprüft, was zu einer Reklassifizierung von 427 Mio € von Kleinbetriebsfinanzierungen in Immobilienfinanzierungen (im Wesentlichen Kredite betreffend Entwicklungsbanken) in Deutschland und von 1,1 Mrd € von Immobilienfinanzierungen nach Kleinbetriebsfinanzierungen (im Wesentlichen gewerbliche Baufinanzierungen) außerhalb Deutschlands führte.

² Beinhaltet wertgeminderte Kredite von 3,9 Mrd € zum 30. September 2015 und 4,4 Mrd € zum 31. Dezember 2014.

³ Nettokreditkosten für den zum Bilanzstichtag endenden 12-Monats-Zeitraum dividiert durch das Kreditengagement an diesem Bilanzstichtag.

Zum 30. September 2015 ist unser Konsumentencreditengagement gegenüber dem Jahresende 2014 um 2,1 Mrd € oder 1,1 % gestiegen, hauptsächlich in Deutschland (gestiegen um 2,1 Mrd €), Polen (gestiegen um 315 Mio €) und Indien (gestiegen um 298 Mio €). Im Gegensatz dazu ist das Konsumentencreditengagement in Italien um 417 Mio € gesunken, teilweise durch einen Verkauf leistungsgestörter Kredite.

Die Quote der 90 Tage oder mehr überfälligen Kredite im gesamten Konsumentencreditengagement sank von 2,02 % per Jahresende 2014 auf 1,78 % zum 30. September 2015.

Die Nettokreditkosten als Prozentsatz des Konsumentencreditengagements gingen von 0,32 % per Jahresende 2014 auf 0,26 % zum 30. September 2015 zurück. Diese Entwicklung wurde durch Portfolioverkäufe in Deutschland und Italien beeinflusst, basiert aber auf einer sich weiter verbessernden oder stabilisierenden allgemeinen Wirtschaftslage in Deutschland und in den Ländern Südeuropas, in denen wir aktiv sind.

Konsumenten-Immobilienfinanzierungsengagement, gruppiert nach Beleihungsauslaufklassen¹

	30.9.2015	31.12.2014
≤ 50 %	68 %	68 %
> 50 ≤ 70 %	16 %	16 %
> 70 ≤ 90 %	9 %	9 %
> 90 ≤ 100 %	2 %	2 %
> 100 ≤ 110 %	1 %	1 %
> 110 ≤ 130 %	1 %	1 %
> 130 %	1 %	1 %

¹ Der Ausweis des Gesamtengagements in den Beleihungsauslaufklassen erfolgt durch den relativen Anteil des Gesamtengagements an dem Immobilienwert, der der Kalkulation zugrunde liegt.

Der Beleihungsauslauf setzt das Gesamtengagement in Verhältnis zum Wert einer Immobilie.

Unser Beleihungsauslauf wird berechnet, indem das Gesamtengagement durch den aktuellen Immobilienwert der zugrunde liegenden Immobiliensicherheit geteilt wird. Diese Werte werden regelmäßig aktualisiert. Das Gesamtengagement von Transaktionen, welche zusätzlich durch liquide Sicherheiten besichert werden, wird um den Wert dieser Sicherheiten reduziert, wohingegen vorrangige Verbindlichkeiten das Gesamtengagement erhöhen. Der berechnete Beleihungsauslauf von Immobilienfinanzierungen beinhaltet lediglich durch Immobilien besicherte Gesamtengagements. Immobilienfinanzierungen, welche ausschließlich durch andere Arten als Immobiliensicherheiten besichert sind, fließen nicht in die Kalkulation ein.

Zum 30. September 2015 verzeichneten wir für 68 % des Gesamtengagements an Immobilienfinanzierungen einen Beleihungsauslauf kleiner oder gleich 50 % (zum 31. Dezember 2014: 68 %).

Kreditrisikoengagements gegenüber ausgewählten Ländern der Eurozone

Vor dem Hintergrund der Risikosituation in der Eurozone wird in nachstehenden Tabellen ein Überblick über ausgewählte Länder der Eurozone gegeben. Das erhöhte Risiko für die betroffenen Staaten wird von einer Reihe von Faktoren bestimmt, unter anderem hoher Staatsverschuldung und/oder von Budgetdefiziten, eingeschränktem Zugang zu Kapitalmärkten, anstehenden Fälligkeiten, schwachen ökonomischen Rahmendaten beziehungsweise Aussichten (einschließlich niedrigem Wachstum des Bruttoinlandsproduktes, geringer Wettbewerbsfähigkeit, hoher Arbeitslosigkeit und politischer Unsicherheit).

Das Risiko eines ansteckenden Abwärtstrends ausgehend von Griechenland hat sich reduziert. Mit den Septemberwahlen haben die Wähler eine Bestätigung für die Rettung durch die Geldgeber gegeben. Syriza erscheint als klarer Gewinner. Das Umsetzungsrisiko bleibt erhöht und kann eine Ursache für weitere Abwärtstrends werden. Wahlen in Spanien am Jahresende sind ein weiteres politisches Risiko. Eine fragmentierte Regierungskoalition erschwert politische Entscheidungen. Die wirtschaftliche Erholung für bestimmte Länder der Eurozone verläuft planmäßig und mit Ausnahme von Griechenland werden positive GDP Wachstumszahlen in 2015/16 erwartet. Insbesondere in Spanien und Irland erwarten wir eine kräftige Erholung. Die Geldpolitik in der Region sollte diese Entwicklung weiter unterstützen.

Für die Darstellung unserer Engagements gegenüber ausgewählten Ländern der Eurozone verwenden wir zwei grundsätzliche Konzepte wie folgt:

— In unserer „Risikomanagement-Perspektive“ berücksichtigen wir das Sitzland der Konzernmutter und spiegeln die Kreditnehmereinheit wider. Darunter werden alle Kreditlinien an eine Gruppe von Kreditnehmern, die miteinander verbunden sind (zum Beispiel durch eine Einheit, die eine Mehrheit der Stimmrechte oder des Kapitals an einer anderen Einheit hält), unter einem Schuldner konsolidiert. Diese Gruppe von Kreditnehmern wird in der Regel dem Herkunftsland der jeweiligen Muttergesellschaft zugeordnet. Beispielsweise ist ein Darlehen an einen Geschäftspartner in Spanien ein spanisches Risiko aus Sicht des Sitzlandes der Gesellschaft, aber ein deutsches Risiko aus Risikomanagement-Perspektive, wenn die jeweilige Gegenpartei eine Muttergesellschaft mit Sitz in Deutschland hat, die nach dem oben genannten Prinzip mit einem Schuldner verbunden ist. Aufrechnungen im Derivategeschäft sowie Sicherungsgeschäfte und Kreditsicherheiten werden in der Risikomanagement-Perspektive berücksichtigt. Die Bewertung der Sicherheiten folgt denselben Methoden und Prinzipien wie an anderer Stelle in unserem Finanzbericht 2014 aufgezeigt. Ergänzend ordnen wir aus Sicht des Risikomanagements das Engagement gegenüber Zweckgesellschaften dem Sitzland der zugrunde liegenden Vermögenswerte und nicht dem Sitzland der Zweckgesellschaft zu. Zusätzliche Überlegungen gelten für strukturierte Produkte. Wenn beispielsweise ein strukturiertes Wertpapier von einer Zweckgesellschaft in Irland ausgegeben wird, wird es als ein irisches Risiko in der „Sitzland-Perspektive“ betrachtet, aber wenn die zugrunde liegenden Vermögenswerte, die das strukturierte Wertpapier besichern, deutsche Hypothekendarlehen sind, wären die Engagements als deutsches Risiko in der Risikomanagement-Perspektive enthalten.

— In unserer „Sitzland-Perspektive“ aggregieren wir das Kreditrisikoengagement unabhängig von jeglichen Verbindungen zu anderen Kreditnehmern auf Basis des Sitzlandes des Kreditnehmers oder im Falle von Kreditabsicherungen (CDS) nach den zugrunde liegenden Vermögensgegenständen zu den entsprechenden Ländern der Eurozone. Aus diesem Grund beziehen wir auch Kunden mit ein, deren Muttergesellschaft außerhalb dieser Länder ansässig ist, sowie Engagements mit Zweckgesellschaften, deren zugrunde liegende Vermögensgegenstände ihr Sitzland außerhalb dieser Länder haben.

Zusammengefasstes Nettoengagement gegenüber ausgewählten Ländern der Eurozone – Risikomanagement-Perspektive

in Mio €	30.9.2015	31.12.2014 ¹
Griechenland	408	416
Irland	2.463	1.398
Italien	14.194	14.920
Portugal	620	1.002
Spanien	7.978	8.273
Insgesamt	25.663	26.009

¹ Die Vorjahreszahlen wurden um Risikopositionen in Höhe von 0,8 Mrd € gegenüber Irland und Italien betreffend Verbriefungstransaktionen und Kunden im Immobilienbereich angepasst, die zum 31. Dezember 2014 irrtümlicherweise nicht erfasst waren.

Das Nettokreditengagement reduzierte sich um 0,3 Mrd € seit Jahresende 2014. Haupttreiber sind gehandelte Kreditpositionen aus Italien, Spanien und Portugal, teilweise kompensiert durch Anstiege von Verbriefungen in Irland. Das Engagement gegenüber Griechenland bleibt unverändert, ausgenommen ist das Schiffsfinanzierungsportfolio in US-Dollar von 0,3 Mrd €. Das verbleibende Engagement von 0,1 Mrd € wird weiterhin streng beobachtet.

Unser oben dargestelltes Engagement besteht hauptsächlich aus stark diversifizierten, risikoarmen Retail-Portfolios, Klein- und Mittelstandskunden in Italien und Spanien sowie stärkeren Unternehmen und diversifizierten Mittelstandskunden. Unser Engagement gegenüber Finanzinstituten ist vornehmlich auf größere Banken in Spanien und Italien ausgerichtet, die typischerweise besichert sind. Das Engagement gegenüber Staaten ist unserer Ansicht nach auf einem überschaubaren Niveau. Nicht beachtet wurde dabei ein grundsätzliches Ansteckungsrisiko nach einem Ausstieg Griechenlands aus dem Euro.

Die folgenden, auf der Sitzland-Perspektive basierenden Tabellen zeigen unsere Bruttoexposition, der Anteil an nicht gezogenen Kreditlinien (ausgewiesen als „darunter“-Position) und unser Nettoengagement gegenüber diesen europäischen Ländern. Die Bruttoexposition reflektiert unser Nettoengagement vor Berücksichtigung gekaufter Besicherung über Kreditderivate mit Referenz des zugrunde liegenden Vermögenswerts auf eines dieser Länder, erhaltener Garantien und Sicherheiten. Sicherheiten werden insbesondere in unserem Retail-Portfolio gehalten, aber auch gegenüber Finanzinstituten – vorwiegend in Bezug auf Nachschussvereinbarungen für Derivate – sowie Unternehmen. Zusätzlich reflektieren die Beträge auch die Wertberichtigungen für Kreditausfälle. Die Nettoengagements werden nach Berücksichtigung von gehaltenen Sicherheiten, erhaltenen Garantien und sonstigen Kreditrisikominderungen inklusive der nominalen Nettoposition aus gekauften beziehungsweise verkauften Kreditderivaten gezeigt. Die dargestellten Brutto- und Nettoforderungen an ausgewählte Länder der Eurozone beinhalten keine Tranchen von Kreditderivaten und Kreditderivate in Bezug auf unser Korrelationsgeschäft, die konstruktionsbedingt kreditrisikoneutral sein sollen. Die Tranchenstruktur sowie die Korrelationen dieser Positionen eignen sich außerdem nicht für eine disaggregierte Darstellung der Nominalwerte je Land, da zum Beispiel identische Nominalwerte unterschiedliche Risikostufen für verschiedene Tranchenebenen repräsentieren.

Bruttoposition, darin enthaltene nicht gezogene Kreditlinien und unser Nettoengagement gegenüber ausgewählten Ländern der Eurozone – Sitzland-Perspektive

in Mio €	Staat		Finanzinstitutionen		Unternehmen		Retail		Sonstige		Insgesamt	
	30.9. 2015	31.12. 2014	30.9. 2015	31.12. 2014 ⁴	30.9. 2015	31.12. 2014 ⁴	30.9. 2015	31.12. 2014 ⁴	30.9. 2015	31.12. 2014 ⁴	30.9. 2015 ¹	31.12. 2014 ⁴
Griechenland												
Brutto	0	100	721	716	1.547	1.167	7	6	0	34	2.275	2.022
Nicht gezogen	0	0	27	20	135	63	0	1	0	0	162	84
Netto	0	89	230	107	126	125	2	2	0	34	357	357
Irland												
Brutto	419	553	1.009	1.100	9.504	8.230	36	39	3.726 ²	2.350 ²	14.693	12.273
Nicht gezogen	0	0	38	48	2.701	2.206	0	0	345 ²	476 ²	3.084	2.730
Netto	-19	-21	513	524	5.533	5.103	5	5	3.712 ²	2.350 ²	9.743	7.960
Italien												
Brutto	4.196	4.673	4.916	5.736	9.493	8.509	18.141	19.310	530	1.310	37.275	39.537
Nicht gezogen	0	0	1.148	952	3.214	3.061	172	179	24	28	4.557	4.220
Netto	1.175	244	2.719	3.431	6.241	5.897	7.044	6.749	502	1.229	17.681	17.551
Portugal												
Brutto	143	-5	302	404	1.220	1.052	1.754	2.023	77	205	3.496	3.679
Nicht gezogen	0	0	45	37	201	121	25	30	0	0	272	189
Netto	101	-76	207	357	737	503	190	220	77	205	1.313	1.209
Spanien												
Brutto	445	696	2.187	2.465	9.179	9.332	10.029	10.580	756	839	22.597	23.911
Nicht gezogen	0	0	970	738	3.735	3.819	290	476	0	15	4.996	5.048
Netto	384	275	1.243	2.084	6.418	6.824	1.854	1.890	978	790	10.877	11.863
Brutto insgesamt	5.203	6.018	9.136	10.421	30.943	28.290	29.966	31.958	5.088	4.736	80.336	81.423
Nicht gezogen	0	0	2.228	1.795	9.986	9.271	487	687	369	519	13.071	12.272
Netto insgesamt³	1.641	511	4.913	6.503	19.054	18.453	9.095	8.866	5.268	4.608	39.972	38.940

¹ Ungefähr 64 % des Gesamtengagements werden innerhalb der nächsten fünf Jahre fällig.

² Sonstige Engagements gegenüber Irland enthalten Engagements an Kreditnehmer, bei denen der Sitz der Konzernmutter außerhalb Irlands liegt, sowie Engagements gegenüber Zweckgesellschaften, deren zugrunde liegende Vermögenswerte von Kreditnehmern in anderen Ländern stammen.

³ Nettoposition insgesamt beinhaltet keine Bewertungsanpassungen für das Ausfallrisiko für Derivate in Höhe von 168 Mio € zum 30. September 2015 und 300 Mio € zum 31. Dezember 2014.

⁴ Die Vorjahreswerte wie im Finanzbericht 2014 wurden um 107 Mio € im Bruttoengagement und 101 Mio € im Nettoengagement reduziert. Der Ausschluss der widerrufenen Kreditzusagen wurde vorgenommen, um eine Vergleichbarkeit mit anderen Kreditengagementangaben in diesem Bericht sicherzustellen.

Das Nettoengagement insgesamt gegenüber den ausgewählten Ländern der Eurozone erhöhte sich in den ersten neun Monaten im Jahr 2015 um ungefähr 1 Mrd €. Der Anstieg gegenüber Sonstige in Irland und Spanien, dem Staat Italien und Unternehmen in Irland und Italien wurde teilweise durch den Rückgang gegenüber Finanzinstituten in Italien und Spanien und mit Sonstige in Italien kompensiert.

Aggregiertes Netto-Kreditrisikoengagement nach Finanzinstrumenten gegenüber Kunden mit Sitz in ausgewählten Staaten der Eurozone

in Mio €	30.9.2015						
	Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Vermögenswerte			Zur Veräußerung verfügbare Vermögenswerte ²	Zum beizulegenden Zeitwert bewertete Finanzinstrumente		
	Kredite vor Wertberichtigungen für Kreditausfälle	Kredite nach Wertberichtigungen für Kreditausfälle	Sonstige ¹		Derivate	Sonstige	Insgesamt ³
Griechenland	179	140	164	0	55	33	392
Irland	3.554	3.551	2.314	863	1.052	1.957	9.736
Italien	11.147	10.242	4.175	657	3.642	2.401	21.117
Portugal	494	436	416	13	46	630	1.541
Spanien	5.904	5.291	3.718	219	342	1.498	11.067
Insgesamt	21.278	19.660	10.787	1.751	5.137	6.519	43.854

¹ Enthält überwiegend Eventualverbindlichkeiten und nicht in Anspruch genommene Kreditzusagen.

² Ohne Aktien und sonstige Kapitalbeteiligungen.

³ Nach Wertberichtigungen für Kreditausfälle.

31.12.2014

in Mio €	Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Vermögenswerte			Zur Veräußerung verfügbare Vermögens- werte ²	Zum beizulegenden Zeitwert bewertete Finanzinstrumente		Insgesamt ^{3,4}
	Kredite vor Wertberich- tigungen für Kreditausfälle ⁴	Kredite nach Wertberich- tigungen für Kreditausfälle ⁴	Sonstige ^{1,4}		Derivate	Sonstige	
Griechenland	191	172	92	0	85	28	377
Irland	2.049	2.016	2.706	481	843	1.728	7.775
Italien	10.764	9.753	3.791	672	4.071	3.085	21.372
Portugal	638	587	306	20	36	558	1.506
Spanien	5.613	4.974	3.635	231	510	2.015	11.365
Insgesamt	19.255	17.502	10.530	1.404	5.545	7.414	42.395

¹ Enthält überwiegend Eventualverbindlichkeiten und nicht in Anspruch genommene Kreditzusagen.

² Ohne Aktien und sonstige Kapitalbeteiligungen.

³ Nach Wertberichtigungen für Kreditausfälle.

⁴ Die Vorjahreswerte wurden um 101 Mio € reduziert. Der Ausschluss der widerrufenen Kreditzusagen wurde vorgenommen, um eine Vergleichbarkeit mit anderen Kreditengagementangaben in diesem Bericht sicherzustellen.

Die obigen Tabellen enthalten keine derivativen Kreditengagements, welche separat in der folgenden Tabelle dargestellt werden. Für unsere derivativen Kreditengagements in diesen Ländern der Eurozone zeigen wir Nominalwerte für gekaufte und verkaufte Sicherungsinstrumente als Bruttowerte und die resultierenden Netto-nominalwerte sowie ihre beizulegenden Zeitwerte. Eine detailliertere Beschreibung über die Verwendung von Kreditderivaten, um unser Kreditrisiko zu steuern, befindet sich im entsprechenden Risikoabschnitt unseres Finanzberichts 2014.

Engagement in Kreditderivaten mit Sitz der Referenzaktiva in diesen europäischen Staaten

in Mio €	30.9.2015				31.12.2014			
	Eigene Verkäufer- position	Eigene Käufer- position	Netto- position	Beizu- legender Zeitwert netto	Eigene Verkäufer- position	Eigene Käufer- position	Netto- position	Beizu- legender Zeitwert netto
Griechenland	1.124	-1.159	-35	-1	901	-921	-20	2
Irland	3.615	-3.608	7	9	4.344	-4.158	186	4
Italien	44.515	-47.951	-3.436	-56	41.433	-45.253	-3.821	156
Portugal	4.933	-5.161	-228	18	5.876	-6.173	-297	6
Spanien	18.893	-19.084	-190	4	18.061	-17.563	498	10
Insgesamt	73.080	-76.963	-3.882	-27	70.614	-74.068	-3.454	177

Kreditengagements gegenüber ausgewählten Ländern der Eurozone

Die nachfolgende Darstellung reflektiert eine Netto-Sitzland-Perspektive für das Kreditengagement gegenüber Staaten.

Kreditengagement gegenüber staatlichen Kreditnehmern ausgewählter Länder der Eurozone

in Mio €	30.9.2015				31.12.2014			
	Direktes Engagement gegenüber Staaten ¹	Netto- nominal- betrag von auf Staaten referenzierten CDS	Nettokredit- engagement gegenüber Staaten	Hinweis: Beizulegender Zeitwert von CDS auf das Engagement gegenüber Staaten (Nettoposition) ²	Direktes Engagement gegenüber Staaten ¹	Netto- nominal- betrag von auf Staaten referenzierten CDS	Nettokredit- engagement gegenüber Staaten	Hinweis: Beizulegender Zeitwert von CDS auf das Engagement gegenüber Staaten (Nettoposition) ²
Griechenland	0	0	0	0	100	-11	89	1
Irland	-27	8	-19	2	-26	4	-21	2
Italien	4.132	-2.957	1.175	10	4.600	-4.356	244	133
Portugal	143	-42	101	-7	-5	-71	-76	2
Spanien	441	-57	385	-15	688	-413	275	1
Insgesamt	4.689	-3.048	1.641	-11	5.358	-4.848	511	139

¹ Beinhaltet Schuldverschreibungen, klassifiziert als zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte/Verpflichtungen, als zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte sowie Kredite zu fortgeführten Anschaffungskosten.

² Die Beträge reflektieren den beizulegenden Netto-Zeitwert (im Sinne des Kontrahentenrisikos) von Kreditabsicherungen, die sich auf staatliche Verbindlichkeiten des jeweiligen Landes beziehen.

Der Anstieg des Nettokreditengagements um 1,1 Mrd € im Vergleich zum Jahresende 2014 resultiert hauptsächlich aus Änderungen des Engagements in Kreditausfallversicherungen (CDS), Derivatepositionen und Schuldverschreibungen. Der Anstieg unseres Nettokreditengagements gegenüber ausgewählten Ländern der Eurozone ist hauptsächlich bedingt durch einen starken Anstieg gegenüber Italien. Dieser resultiert vor allem durch Anstiege bei Kreditausfallversicherungen (CDS), Handelsbeständen an Staatspapieren und positiven Marktwerten bei Derivaten.

Das oben abgebildete direkte Engagement gegenüber Staaten beinhaltet Bilanzwerte für staatliche Kredite, die zu fortgeführten Anschaffungswerten bewertet werden und sich zum 30. September 2015 für Italien auf 268 Mio € und für Spanien auf 548 Mio € belaufen (zum 31. Dezember 2014: für Italien 279 Mio € und für Spanien 580 Mio €).

Qualität von Vermögenswerten

Dieser Abschnitt beschreibt die Qualität unserer Kredite. Alle Kredite, bei denen vorliegende Informationen über mögliche Kreditprobleme von Schuldern dazu führen, dass unser Management schwerwiegende Zweifel an der Einbringlichkeit der vertraglichen Verpflichtungen des Schuldners hat, sind in diesem Abschnitt enthalten.

Übersicht über nicht leistungsgestörte, überfällige, neuverhandelte und wertgeminderte Kredite nach Kundengruppen

in Mio €	30.9.2015			31.12.2014		
	Unternehmenskredite	Konsumentenkredite	Insgesamt	Unternehmenskredite	Konsumentenkredite	Insgesamt
Kredite weder überfällig noch neuverhandelt oder wertgemindert	238.770	181.136	419.906	217.772	177.925	395.697
Überfällige Kredite, nicht neuverhandelt oder wertgemindert	1.326	2.876	4.203	1.307	3.652	4.959
Neuverhandelte, nicht wertgeminderte Kredite	410	603	1.013	349	473	821
Wertgeminderte Kredite	4.232	3.881	8.113	4.990	4.358	9.348
Insgesamt	244.738	188.496	433.234	224.418	186.408	410.825

Wertgeminderte Kredite

Unser Kreditrisikomanagement beurteilt zu jedem Bilanzstichtag, ob objektive Hinweise auf eine Wertminderung eines Kredits oder einer Gruppe von Krediten vorliegen. Ein Kredit oder eine Gruppe von Krediten gilt als wertgemindert und ein Wertminderungsverlust als entstanden, wenn:

- objektive Hinweise auf eine Wertminderung infolge eines Verlustereignisses vorliegen, die nach der erstmaligen Erfassung des Finanzinstruments bis zum Bilanzstichtag eingetreten sind („Verlustereignis“). Bei unserer Beurteilung berücksichtigen wir entsprechend den Anforderungen in IAS 10 Informationen zu solchen Ereignissen, die uns bis zum Zeitpunkt vorliegen, an dem der Geschäftsbericht zur Veröffentlichung autorisiert wird;
- das Verlustereignis einen Einfluss auf die geschätzten zukünftigen Zahlungsströme des finanziellen Vermögenswerts oder der Gruppe finanzieller Vermögenswerte hatte; und
- eine verlässliche Schätzung des Verlustbetrags zu jedem Berichtsstichtag vorgenommen werden kann.

Die Verlusteinschätzungen unseres Kreditrisikomanagements unterliegen einer regelmäßigen Prüfung, die in Zusammenarbeit mit Finance durchgeführt wird.

Wertminderungsverlust und Wertberichtigungen für Kreditausfälle

Bestehen Hinweise auf eine Wertminderung, wird der Wertminderungsverlust in der Regel auf Basis der diskontierten erwarteten künftigen Zahlungsströme unter Verwendung des ursprünglichen Effektivzinssatzes des Kredits ermittelt. Werden infolge finanzieller Schwierigkeiten des Kreditnehmers die Konditionen eines Kredits neu verhandelt oder auf sonstige Weise angepasst, ohne dass der Kredit ausgebucht wird, wird der Wertminderungsverlust auf der Grundlage des ursprünglichen Effektivzinssatzes vor Anpassung der Konditionen ermittelt. Wir reduzieren den Buchwert der wertgeminderten Kredite mittels einer Wertberichtigung und erfassen den Verlustbetrag in unserer Gewinn- und Verlustrechnung als Bestandteil der Risikovorsorge im Kreditgeschäft. Eine Erhöhung unseres Wertberichtigungsbestands für Kreditausfälle geht als Erhöhung der Wertberichtigung für Kreditausfälle in unsere Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung ein. Abschreibungen führen zu einer Ermäßigung des Wertberichtigungsbestands, während mögliche Eingänge auf abgeschriebene Kredite den Wertberichtigungsbestand erhöhen. Auflösungen von Wertberichtigungen, die als nicht mehr notwendig erachtet werden, führen zu einem entsprechenden Rückgang des Wertberichtigungsbestands und zu einer Reduzierung der Wertberichtigungen für Kreditausfälle in unserer Gewinn- und Verlustrechnung. Wenn wir feststellen, dass es keine realistische Aussicht auf Beitreibung mehr gibt, und sämtliche Sicherheiten liquidiert oder auf uns übertragen wurden, werden der Kredit und die zugehörige Wertberichtigung für Kreditausfälle abgeschrieben, wodurch der Kredit und die zugehörige Wertberichtigung für Kreditausfälle aus der Bilanz entfernt werden.

Wir beurteilen zunächst Kredite, die für sich gesehen bedeutsam sind, hinsichtlich der Frage, ob auf individueller Ebene objektive Hinweise auf eine Wertminderung vorliegen. Anschließend erfolgt eine kollektive Beurteilung für Kredite, die für sich gesehen nicht bedeutsam sind, und für Kredite, die zwar für sich gesehen bedeutsam sind, für die aber im Rahmen der Einzelbetrachtung kein Hinweis auf Wertminderung vorliegt.

Weitere Details zur Bestimmung des Wertminderungsverlusts und zu den Wertberichtigungen für Kreditausfälle sind in unserer Anhangangabe 1 „Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze und -einschätzungen“ in unserem Finanzbericht 2014 zu finden.

Wertgeminderte Kredite, Wertberichtigungsbestand für Kreditausfälle und Deckungsquoten der Geschäftsbereiche

in Mio €	30.9.2015			31.12.2014			Veränderung 2015 gegenüber 2014	
	Wertgeminderte Kredite	Wertberichtigungsbestand	Deckungsquote wertgeminderter Kredite in %	Wertgeminderte Kredite	Wertberichtigungsbestand	Deckungsquote wertgeminderter Kredite in %	Wertgeminderte Kredite	Deckungsquote wertgeminderter Kredite in %-Punkten
Corporate Banking & Securities	663	445	67	637	318	50	26	17
Private & Business Clients	3.811	2.305	60	4.269	2.486	58	-458	2
Global Transaction Banking	1.344	903	67	1.574	995	63	-230	4
Deutsche Asset & Wealth Management	52	32	62	66	33	50	-14	12
Non-Core Operations Unit	2.243	1.210	54	2.803	1.380	49	-560	5
Davon: gem. IAS 39 in Forderungen aus dem Kreditgeschäft umgewidmete Aktiva	710	395	56	986	518	53	-276	3
Insgesamt	8.113	4.897	60	9.348	5.212	56	-1.235	5

Wertgeminderte Kredite nach Branchenzugehörigkeit

in Mio €	30.9.2015			31.12.2014		
	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt
Banken und Versicherungen	1	0	1	0	0	0
Fondsmanagement	6	2	8	64	0	64
Verarbeitendes Gewerbe	440	221	661	525	232	757
Handel	302	229	530	362	229	591
Private Haushalte	366	2.864	3.231	451	3.299	3.750
Gewerbliche Immobilien	1.458	292	1.750	1.733	314	2.047
Öffentliche Haushalte	12	0	12	50	0	50
Sonstige ¹	1.647	273	1.920	1.806	284	2.090
Insgesamt	4.232	3.881	8.113	4.990	4.359	9.348

¹ Enthält vor allem Transport- und andere Dienstleistungen.

Wertgeminderte Kredite nach Regionen

in Mio €	30.9.2015			31.12.2014		
	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt
Deutschland	1.377	1.558	2.935	1.604	1.896	3.499
Westeuropa (ohne Deutschland)	2.294	2.110	4.404	2.683	2.303	4.986
Osteuropa	102	180	282	107	152	259
Nordamerika	266	1	267	423	2	425
Mittel- und Südamerika	15	6	21	2	0	3
Asien/Pazifik	152	21	173	170	5	174
Afrika	25	5	30	0	1	1
Sonstige	2	0	2	1	0	1
Insgesamt	4.232	3.881	8.113	4.990	4.359	9.348

Entwicklung der wertgeminderten Kredite

in Mio €	Jan. – Sep. 2015			Gesamtjahr 2014		
	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt
Bestand am Jahresanfang	4.990	4.359	9.348	5.922	4.221	10.143
Im Jahr als wertgemindert klassifiziert	423	962	1.386	2.112	2.181	4.293
Aufgehobene Wertminderungen im Jahr ¹	- 738	- 774	- 1.512	- 1.425	- 1.182	- 2.607
Abschreibungen	- 360	- 623	- 983	- 1.037	- 613	- 1.651
Verkäufe wertgeminderter Kredite	- 196	- 53	- 248	- 514	- 254	- 768
Wechselkursveränderungen/Sonstige	113	9	122	- 68	6	- 62
Bestand am Periodenende	4.232	3.881	8.113	4.990	4.359	9.348

¹ Unter Berücksichtigung von Rückzahlungen.

In den ersten neun Monaten 2015 reduzierten sich unsere wertgeminderten Kredite um 1,2 Mrd € (13 %) auf 8,1 Mrd €, wobei sowohl unser Portfolio einzeln-, als auch unser Portfolio kollektiv bewerteter notleidender Kredite Rückgänge aufwies. Die Reduktion unserer einzeln bewerteten notleidenden Kredite resultiert im Wesentlichen aus Abschreibungen und Verkäufen von nach IAS 39 reklassifizierten Vermögenswerten, die wir in NCOU ausweisen, während der Rückgang unserer kollektiv bewerteten notleidenden Kredite hauptsächlich auf Abschreibungen (größtenteils bezogen auf Verkäufe) in der Postbank und in Italien beruht.

Die Deckungsquote der wertgeminderten Kredite (definiert als Summe des in der Bilanz ausgewiesenen Wertberichtigungsbestands für Kreditausfälle für alle einzeln wertgeminderten oder kollektiv ermittelten Kredite im Verhältnis zu den gemäß IFRS wertgeminderten Krediten (ohne Berücksichtigung von Sicherheiten)) erhöhte sich leicht von 56 % zum Jahresende 2014 auf 60 % zum 30. September 2015.

Unsere wertgeminderten Kredite enthielten 710 Mio € an reklassifizierten Krediten und Forderungen gemäß IAS 39. Diese Position reduzierte sich um 276 Mio € oder 28 % im Vergleich zum letzten Jahresende im Wesentlichen infolge von Abschreibungen und durch Verkäufe.

Entwicklung der Risikovorsorge im Kreditgeschäft

Unsere Risikovorsorge im Kreditgeschäft besteht aus den Wertberichtigungen für Kreditausfälle sowie den Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft.

Veränderungen im Wertberichtigungsbestand

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	Wertberichtigungen für Kreditausfälle			Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft			Jan. – Sep. 2015
	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Zwischen-summe	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Zwischen-summe	Insgesamt
	Bestand am Jahresanfang	2.364	2.849	5.212	85	141	226
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	176	337	512	51	14	64	576
Davon: (Gewinne)/Verluste aus dem Abgang von wertgeminderten Krediten	- 56	- 45	- 100	0	0	0	- 100
Nettoabschreibungen:	- 319	- 535	- 854	0	0	0	- 854
Abschreibungen	- 360	- 623	- 983	0	0	0	- 983
Eingänge aus abgeschriebenen Krediten	41	87	129	0	0	0	129
Sonstige Veränderungen	30	- 4	27	2	7	9	36
Bestand am Periodenende	2.251	2.646	4.897	137	162	300	5.197
Veränderungen gegenüber Vorjahr							
Risikovorsorge im Kreditgeschäft							
In Mio €	- 125	- 105	- 230	40	1	41	- 189
In %	42	- 24	- 31	387	5	175	- 25
Nettoabschreibungen:							
In Mio €	441	- 108	333	0	0	0	333
In %	- 58	25	- 28	0	0	0	- 28

Der Wertberichtigungsbestand für Ausfälle im Kreditgeschäft betrug 5,2 Mrd € am 30. September 2015 im Vergleich zu 5,4 Mrd € zum Jahresende 2014. Dieser Rückgang wurde verursacht durch Abschreibungen, die primär im Zusammenhang mit Verkäufen wertgeminderter Kredite standen.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft reduzierte sich um 189 Mio € im Vergleich zu den ersten neun Monaten 2014, verursacht durch den Rückgang der Wertberichtigungen für Kreditausfälle um 230 Mio €. Der Rückgang der Wertberichtigung für Kreditausfälle entstand zu annähernd gleichen Teilen in unseren einzeln sowie kollektiv bewerteten Kreditportfolios. Der Rückgang der Risikovorsorge in unserem einzeln bewerteten Kreditportfolio ist die Folge eines sehr niedrigen Niveaus neuer Kreditausfälle zusammen mit anhaltend hohen Auflösungen von in Vorjahren gebildeten Wertberichtigungen und Eingängen aus abgeschriebenen Forderungen, insbesondere in GTB und der NCOU. Höhere Risikovorsorge in CB&S, verursacht durch unsere Portfolios für Schiffskredite und Leveraged Finance, hat den gesamten Rückgang leicht kompensiert. Die geringere Risikovorsorge in unserem kollektiv bewerteten Kreditportfolio folgt aus höheren Auflösungen von Wertberichtigungen im Zusammenhang mit dem Verkauf notleidender Kredite sowie einem andauernd positiven Kreditumfeld in Deutschland. Der Anstieg in der Risikovorsorge für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft um 41 Mio € im Vergleich zur Vorjahresperiode ist auf einen größeren Einzelfall zurückzuführen.

Der Rückgang der Abschreibungen im Vergleich zum dritten Quartal des Vorjahres um 333 Mio € wird hauptsächlich von der Postbank beeinflusst und ist auf das hohe Niveau des Vorjahres zurückzuführen, das durch einen einmaligen Effekt einer Prozessanpassung verursacht wurde. Der gesamte Rückgang wurde teilweise kompensiert durch höhere Abschreibungen in Italien sowie für IAS 39 reklassifizierte Kredite, die jeweils überwiegend im Zusammenhang mit Verkäufen notleidender Kredite stehen.

Unsere Wertberichtigung für Kreditausfälle, die gemäß IAS 39 umklassifiziert wurden und in der NCOU berichtet werden, betrug 395 Mio € zum 30. September 2015 und damit 8 % unserer gesamten Wertberichtigungen für Kreditausfälle, ein Rückgang um 24 % gegenüber 518 Mio € zum Jahresende 2014 (10 % unserer gesamten Wertberichtigungen für Kreditausfälle). Dieser Rückgang resultierte hauptsächlich aus Nettoabschreibungen in Höhe von 115 Mio € und Nettoauflösungen in Höhe von 40 Mio €, teilweise kompensiert durch Wechselkursveränderungen der überwiegend nicht in Euro denominierten, nach IAS 39 reklassifizierten Kredite.

Im Vergleich zu den ersten neun Monaten 2014 sank die Risikovorsorge für Kreditausfälle für nach IAS 39 umklassifizierte Vermögenswerte um 102 Mio € und die Nettoabschreibungen stiegen um 68 Mio € an. Beide Veränderungen wurden hauptsächlich durch Verkäufe wertgeminderter Kredite verursacht.

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	Jan. – Sep. 2014						Insgesamt
	Wertberichtigungen für Kreditausfälle			Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft			
	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Zwischen- summe	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Zwischen- summe	
Bestand am Jahresanfang	2.857	2.732	5.589	102	114	216	5.805
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	300	441	742	10	13	23	765
Davon: (Gewinne)/Verluste aus dem Abgang von wertgeminderten Krediten	-39	-16	-56	0	0	0	-56
Nettoabschreibungen:	-760	-427	-1.187	0	0	0	-1.187
Abschreibungen	-789	-508	-1.296	0	0	0	-1.296
Eingänge aus abgeschriebenen Krediten	29	80	109	0	0	0	109
Sonstige Veränderungen	9	0	8	-1	7	7	15
Bestand am Periodenende	2.406	2.745	5.152	112	134	246	5.398
Veränderungen gegenüber Vorjahr							
Risikovorsorge im Kreditgeschäft							
In Mio €	-556	-10	-566	0	-8	-9	-575
In %	-65	-2	-43	-2	-40	-27	-43
Nettoabschreibungen:							
In Mio €	-300	-244	-543	0	0	0	-543
In %	65	133	84	0	0	0	84

Kreditrisiko: Aufsichtsrechtliche Bewertung

Dieser Abschnitt behandelt unsere Risikopositionswerte (Exposure at Default, EAD) sowie RWA nach regulatorischer Risikopositionsklasse und Modellansatz einschließlich unserer Verbriefungspositionen. Die Tabellen basieren für den aktuellen Berichtsstichtag und die Vergleichsperiode auf dem CRR/CRD 4-Rahmenwerk. Alle dargestellten quantitativen Angaben berücksichtigen den regulatorischen Konsolidierungskreis.

Grundsätzlich wenden wir den fortgeschrittenen Internal Ratings Based Approach (IRBA) für den Großteil unseres dafür infrage kommenden Kreditportfolios zur Berechnung der aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen nach Maßgabe des CRR/CRD 4-Rahmenwerks und gemäß den von der BaFin erhaltenen Genehmigungen an. Der fortgeschrittene IRBA stellt den fortschrittlichsten Ansatz innerhalb des aufsichtsrechtlichen Regelwerks für das Kreditrisiko dar, wodurch wir sowohl interne Bonitätseinstufungsverfahren nutzen als auch interne Schätzungen von verschiedenen spezifischen Risikoparametern vornehmen können. Darüber hinaus wenden wir den IRB-Basis-Ansatz an für ein Projektfinanzierungs-Portfolio und einen Teil des Kreditportfolios der Postbank an, für den die Postbank die Genehmigung der BaFin in früheren Jahren erhalten hatte.

Wir haben die aufsichtsrechtlichen Mindestanforderungen hinsichtlich der Abdeckungsquote auf Basis von EAD und RWA gemäß § 11 SolvV zu jeder Zeit eingehalten. Da die Institute angehalten sind, den fortgeschrittenen IRBA so umfassend wie möglich anzuwenden, setzen wir unsere Anstrengungen zum weiteren Ausbau unserer Abdeckungsquote fort. Wir ordnen einige wenige verbleibende, für den fortgeschrittenen IRBA infrage kommende Portfolios vorübergehend dem Standardansatz zu. Bezüglich dieser Portfolios wurde ein Implementierungs- und Genehmigungsplan in Abstimmung mit den zuständigen Behörden, der BaFin, der Bundesbank und der EZB, erstellt.

Die im Rahmen der Überprüfungsprozesse für den fortgeschrittenen IRBA erhaltenen BaFin-Genehmigungen für unsere Adressenausfallrisikopositionen ermöglichen uns, 68 intern entwickelte Bonitätseinstufungssysteme bei der Berechnung der aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen ohne Postbank zu verwenden. Die Genehmigungen, die die Postbank von der BaFin durch deren Prüfungsprozesse für das Adressenausfallrisiko erhalten hat, ermöglichen die Anwendung von 14 intern entwickelten Bonitätseinstufungssystemen bei der Berechnung der aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen.

Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über unsere Kreditrisikopositionen, unterteilt nach Modellansätzen und Geschäftsbereichen.

Die Position „Sonstige“ im fortgeschrittenen IRBA beinhaltet Risikopositionen aus Verbriefungen im Anlagebuch, bestimmte Beteiligungspositionen und sonstige Aktiva ohne Kreditverpflichtungen. Innerhalb des Standardansatzes beinhaltet die Position „Zentralregierungen oder Zentralbanken“ Risikopositionen gegenüber „Regionalregierungen und örtliche Gebietskörperschaften“, „Öffentliche Stellen“, „Multilaterale Entwicklungsbanken“ und „Internationale Organisationen“. Die Position „Sonstige“ im Standardansatz beinhaltet „durch Immobilien besicherte Positionen“, „ausgefallene Positionen“, „Mit besonders hohem Risiko verbundene Positionen“, „Gedekte Schuldverschreibungen“, „Risikopositionen gegenüber Instituten und Unternehmen mit kurzfristiger Bonitätsbeurteilung“, „Organismen für gemeinsame Anlagen (OGA)“, „Beteiligungspositionen“ (mit Bestandsschutz) und „Sonstige Positionen“.

Risikopositionswert nach Modellansätzen für unsere Kreditrisikoportfolios

	30.9.2015						
in Mio €	Corporate Banking & Securities	Private & Business Clients	Global Transaction Banking	Deutsche Asset & Wealth Management	Non-Core Operations Unit	Consolidation & Adjustments and Other	Insgesamt
Kreditrisiko							
Fortgeschrittener IRBA	324.304	234.212	114.911	59.670	16.146	8.643	757.887
Zentralregierungen und Zentralbanken	66.501	817	22.229	3.062	318	1.872	94.799
Institute	39.804	9.961	13.241	1.217	1.188	47	65.458
Unternehmen	157.263	21.228	75.421	52.283	8.134	1.318	315.648
Mengengeschäft	1.296	193.454	89	2.506	1.617	0	198.962
Sonstige	59.441	8.752	3.931	602	4.889	5.404	83.020
IRB-Basis-Ansatz	2.799	7.518	206	0	5	0	10.527
Zentralregierungen und Zentralbanken	0	0	0	0	0	0	0
Institute	0	2	0	0	0	0	2
Unternehmen	2.799	7.516	206	0	5	0	10.525
Standardansatz	106.996	31.221	15.237	3.621	12.259	1.159	170.493
Zentralregierungen oder Zentralbanken	67.763	19.846	7.636	410	507	218	96.378
Institute	29.891	2.194	119	79	109	11	32.403
Unternehmen	6.425	1.738	4.681	1.321	5.259	467	19.891
Mengengeschäft	7	5.740	441	52	808	0	7.047
Sonstige	2.909	1.704	2.360	1.760	5.577	463	14.773
Risikopositionsbetrag für Beiträge zum Ausfallfonds einer ZGP	623	56	0	0	1	0	681
Insgesamt	434.722	273.007	130.354	63.292	28.411	9.802	939.587

							31.12.2014
in Mio €	Corporate Banking & Securities	Private & Business Clients	Global Transaction Banking	Deutsche Asset & Wealth Management	Non-Core Operations Unit	Consolidation & Adjustments and Other	Insgesamt
Kreditrisiko							
Fortgeschrittener IRBA	298.982	225.016	115.780	50.954	20.890	8.248	719.868
Zentralregierungen und Zentralbanken	58.284	989	30.048	1.694	390	574	91.978
Institute	41.988	7.651	10.662	1.000	1.497	297	63.095
Unternehmen	151.859	19.570	72.600	46.275	11.970	1.239	303.513
Mengengeschäft	823	188.652	112	1.604	1.936	0	193.127
Sonstige	46.028	8.154	2.359	380	5.097	6.138	68.156
IRB-Basis-Ansatz	2.410	7.708	142	0	10	0	10.269
Zentralregierungen und Zentralbanken	0	0	0	0	0	0	0
Institute	0	0	0	0	0	0	0
Unternehmen	2.410	7.708	142	0	10	0	10.269
Standardansatz	84.565	31.721	15.734	3.767	8.702	26.572	171.060
Zentralregierungen oder Zentralbanken	48.777	19.474	7.910	264	565	185	77.175
Institute	29.195	2.973	98	20	32	173	32.491
Unternehmen	5.323	1.522	5.720	1.529	1.340	548	15.982
Mengengeschäft	10	5.761	743	64	1.523	24	8.124
Sonstige	1.260	1.990	1.264	1.891	5.243	25.641	37.288
Risikopositionsbetrag für Beiträge zum Ausfallfonds einer ZGP	1.531	62	1	0	2	0	1.595
Insgesamt	387.487	264.506	131.656	54.720	29.603	34.820	902.793

Der Anstieg in den Risikopositionswerten in den ersten neun Monaten 2015 wird hauptsächlich durch Fremdwährungsschwankungen verursacht, die 31,0 Mrd € der Gesamtveränderung von 36,8 Mrd € ausmachen. Weiterhin sehen wir einen Anstieg der Risikopositionswerte im fortgeschrittenen Ansatz in der Risikopositionsklasse „Sonstige“, welcher hauptsächlich auf zusätzliche Aktivitäten bei synthetischen Verbriefungen zurückzuführen ist.

Die Bewegungen in den Risikopositionswerten in der Forderungskategorie „Zentralregierungen und Zentralbanken“ im fortgeschrittenen Ansatz resultieren hauptsächlich aus höheren Positionen bei verzinslichen Einlagen gegenüber Zentralbanken und deren Reallokation zwischen den Geschäftsbereichen.

Der Rückgang in den Risikopositionswerten in der Forderungskategorie „Sonstige“ im Standardansatz resultiert aus einer geänderten Behandlung von Risikopositionen von Pensionsfondsvermögen.

Interne Ratings und Ausfallwahrscheinlichkeiten

Alle internen Ratings und Bewertungen basieren auf einer einheitlichen Masterskala, die jedem Rating oder jedem Scoring-Ergebnis die Ausfallwahrscheinlichkeit zuweist, die für diese Klasse bestimmt ist.

Interne Ratings und die korrespondierenden Bandbreiten der Ausfallwahrscheinlichkeiten

Internes Rating	Ausfallwahrscheinlichkeiten in % ¹
iAAA	> 0,00 ≤ 0,01
iAA+	> 0,01 ≤ 0,02
iAA	> 0,02 ≤ 0,03
iAA-	> 0,03 ≤ 0,04
iA+	> 0,04 ≤ 0,05
iA	> 0,05 ≤ 0,07
iA-	> 0,07 ≤ 0,11
iBBB+	> 0,11 ≤ 0,18
iBBB	> 0,18 ≤ 0,30
iBBB-	> 0,30 ≤ 0,50
iBB+	> 0,50 ≤ 0,83
iBB	> 0,83 ≤ 1,37
iBB-	> 1,37 ≤ 2,27
iB+	> 2,27 ≤ 3,75
iB	> 3,75 ≤ 6,19
iB-	> 6,19 ≤ 10,22
iCCC+	> 10,22 ≤ 16,87
iCCC	> 16,87 ≤ 27,84
iCCC-	> 27,84 ≤ 99,99
Ausfall	100,00

¹ Reflektiert die Ausfallwahrscheinlichkeit über einen Einjahreszeitraum.

Risikopositionen im fortgeschrittenen IRBA gegenüber Unternehmen

Die nachfolgende Tabelle zeigt unsere Risikopositionen im fortgeschrittenen IRBA gegenüber Unternehmen einschließlich der Portfolios der Postbank. Die Darstellung beinhaltet keine Adressenausfallrisikopositionen aus Derivate- und Wertpapierfinanzierungsgeschäften (Securities Financing Transactions, auch „SFT“). Die Risikopositionen werden, unter Angabe der Bandbreite der Ausfallwahrscheinlichkeiten für jede Stufe, auf einer internen Skala der Bonitätseinstufungen verteilt. Die internen Bonitätseinstufungen entsprechen den jeweiligen externen Ratingäquivalenten von Standard & Poor's. Die aufsichtsrechtlichen Risikopositionswerte werden zusammen mit risikopositionsgewichteten Durchschnittswerten für Ausfallwahrscheinlichkeiten (Probability of Default, auch „PD“) und Verlustquoten bei Ausfall (Loss Given Default, auch „LGD“), risikogewichteten Aktiva (RWA) sowie durchschnittlichen Risikogewichten (Risk Weight, auch „RW“) dargestellt. Die Informationen werden nach der Anwendung von Kreditrisikominderungstechniken wie finanziellen, physischen und sonstigen Sicherheiten sowie Garantien und Kreditderivaten gezeigt. Die Auswirkungen eines gleichzeitigen Ausfalls („Double-Default-Effekt“), sofern relevant für Positionen außerhalb der Postbank, sind in den Angaben zu den durchschnittlichen Risikogewichten berücksichtigt. Der Double-Default-Effekt unterstellt, dass für eine garantierte Risikoposition nur dann ein Verlust auftritt, wenn sowohl der vorrangige Schuldner als auch der Gewährleistungsgeber gleichzeitig ihren Verpflichtungen nicht nachkommen.

Netto-Risikopositionswerte im fortgeschrittenen IRBA nach Ausfallwahrscheinlichkeit für Unternehmen
(ohne Derivate- und Wertpapierfinanzierungsgeschäfte)

in Mio €
(sofern
nicht
anders
angegeben)

	30.9.2015						31.12.2014					
Interne Bonitätseinstufung	Netto EAD	Durchschnittliche PD in % ¹	Durchschnittliche LGD in %	RWA	Durchschnittliche RW in %	EV/Netto EAD in %	Netto EAD	Durchschnittliche PD in % ¹	Durchschnittliche LGD in %	RWA	Durchschnittliche RW in %	EV/Netto EAD in %
iAAA	5.625	0,03	24,05	496	8,82	0,01	4.893	0,03	21,82	325	6,64	0,01
iAA+	5.880	0,03	20,05	369	6,28	0,01	5.700	0,03	20,58	326	5,72	0,01
iAA	11.040	0,03	19,81	738	6,69	0,01	11.377	0,03	16,32	534	4,69	0,00
iAA-	11.377	0,04	33,58	1.349	11,86	0,01	12.583	0,04	33,75	1.405	11,17	0,01
iA+	14.463	0,05	30,33	1.983	13,71	0,01	13.744	0,05	29,51	1.849	13,45	0,01
iA	19.081	0,07	30,66	3.280	17,19	0,02	20.367	0,07	31,06	3.363	16,51	0,02
iA-	21.442	0,09	32,82	4.851	22,62	0,03	20.146	0,09	35,14	4.756	23,61	0,03
iBBB+	22.885	0,14	35,44	6.560	28,66	0,05	19.495	0,14	34,90	5.734	29,41	0,05
iBBB	22.766	0,23	30,09	7.253	31,86	0,07	21.891	0,23	30,95	7.238	33,06	0,07
iBBB-	22.520	0,39	31,54	9.253	41,09	0,12	20.057	0,39	31,70	8.730	43,53	0,12
iBB+	14.632	0,64	28,55	6.788	46,39	0,17	13.892	0,64	29,84	6.752	48,60	0,18
iBB	15.751	1,08	28,06	9.288	58,97	0,29	13.993	1,08	26,46	7.647	54,65	0,27
iBB-	14.788	1,77	23,22	8.755	59,21	0,39	13.013	1,77	25,07	7.838	60,23	0,41
iB+	9.475	2,92	19,78	5.411	57,11	0,57	8.157	2,92	19,93	4.942	60,59	0,56
iB	9.388	4,80	21,68	7.311	77,88	1,02	8.096	4,80	20,92	6.215	76,76	1,00
iB-	4.408	7,93	17,99	3.304	74,95	1,40	4.339	7,93	17,21	3.210	73,99	1,35
iCCC+	4.829	14,88	8,74	2.079	43,06	1,19	1.382	12,99	20,65	1.420	102,72	2,69
iCCC	851	21,80	13,48	688	80,79	3,02	643	21,56	16,75	655	101,80	3,81
iCCC-	585	31,00	14,17	454	77,56	4,39	535	31,00	14,78	458	85,59	4,59
Insgesamt ohne Ausfall	231.785	1,26	29,04	80.210	34,61	0,22	214.302	0,99	28,65	73.397	34,25	0,21
Ausfall	7.297	100,00	24,42	1.994	27,33	N/A	7.531	100,00	26,72	1.963	26,07	N/A
Insgesamt mit Ausfall	239.082	4,27	27,62	82.204	34,38	0,22	221.832	4,36	28,58	75.360	33,97	0,21

N/A – Nicht aussagekräftig

¹ Eine höhere durchschnittliche PD in % als für die internen Bonitätseinstufungsskalen iAAA und iAA+ definiert resultiert aus einer Mindestausfallwahrscheinlichkeit von 3 Basispunkten für die Forderungsklasse „Unternehmen“.

Die Mehrheit dieser Engagements besteht gegenüber Kunden im Investment-Grade-Bereich. Die Engagements in niedrigeren Bonitätseinstufungen sind überwiegend besichert.

Die Risikopositionswerte haben sich innerhalb der Berichtsperiode hauptsächlich durch Fremdwährungsschwankungen erhöht. Der Rückgang der Risikopositionswerte in einigen Investment-Grade Bonitätsstufen basiert auf einer regulatorischen Änderung bezüglich der Gleichbehandlung der aufsichtsrechtlichen und regulatorischen Voraussetzungen von Nicht-EU-Ländern, wie zum Beispiel China. Dies führt dazu, dass Risikopositionen aus der Klasse Unternehmen in Institute umgeordnet werden. Der Rückgang wird zusätzlich getrieben durch neue synthetische Verbriefungstransaktionen, wobei die zugehörigen Risikopositionen von der Klasse Unternehmen in die Klasse Verbriefungen wechseln.

Der Anstieg der Risikopositionswerte in der Bonitätsstufe iCCC+ resultiert hauptsächlich aus einer Änderung des Modells zum Verwässerungsrisiko. Die Wahrscheinlichkeit, dass ein solches Ereignis eintritt, wird nun unabhängig von der Bonität des Verkäufers kalkuliert und befindet sich einheitlich in der Bonitätsstufe iCCC+.

Risikopositionen im IRB-Basis-Ansatz gegenüber Unternehmen

Die nachfolgende Tabelle zeigt unsere Risikopositionen im IRB-Basis-Ansatz gegenüber Unternehmen. Sie enthält keine Adressenausfallrisikopositionen aus Derivaten- und Wertpapierfinanzierungsgeschäften. Die Risikopositionen werden, unter Angabe der Bandbreite der Ausfallwahrscheinlichkeiten für jede Stufe, auf einer internen Skala der Bonitätseinstufungen verteilt. Die internen Bonitätseinstufungen korrespondieren mit den jeweiligen externen Standard & Poor's-Bonitätseinstufungen. Die aufsichtsrechtlichen Risikopositionswerte werden zusammen mit den ermittelten RWA sowie den durchschnittlichen RW dargestellt. Die Informationen werden nach der Anwendung von Kreditrisikominderungstechniken wie finanziellen, physischen und sonstigen Sicherheiten sowie Garantien und Kreditderivaten gezeigt.

Netto-Risikopositionswerte im IRB-Basis-Ansatz nach Ausfallwahrscheinlichkeit für Unternehmen (ohne Derivate- und Wertpapierfinanzierungsgeschäfte)

in Mio €
(sofern nicht anders
angegeben)

Interne Bonitätseinstufung	30.9.2015				31.12.2014			
	Netto EAD	Durch- schnittliche PD in %	RWA	Durch- schnittliche RW in %	Netto EAD	Durch- schnittliche PD in %	RWA	Durch- schnittliche RW in %
iAAA	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
iAA+	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
iAA	1.907	0,03	192	10,06	1.767	0,03	180	10,20
iAA-	715	0,04	63	8,79	18	0,04	2	13,26
iA+	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
iA	35	0,06	6	17,37	26	0,06	4	16,90
iA-	229	0,09	44	19,08	814	0,08	133	16,31
iBBB+	624	0,15	171	27,44	540	0,15	121	22,32
iBBB	787	0,23	303	38,49	879	0,23	379	43,12
iBBB-	628	0,38	350	55,77	549	0,38	306	55,82
iBB+	474	0,69	315	66,43	736	0,69	494	67,12
iBB	219	1,23	145	66,39	236	1,23	162	68,79
iBB-	67	2,06	51	75,77	35	2,06	28	78,64
iB+	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
iB	41	3,78	47	112,78	32	3,78	17	54,16
iB-	17	7,26	29	173,41	28	7,26	32	113,90
iCCC+	0	0,00	0	0,00	5	12,76	11	198,16
iCCC	42	18,00	114	269,97	62	18,00	156	250,41
iCCC-	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Insgesamt ohne Ausfall	5.785	0,41	1.830	30,12	5.727	0,52	2.025	35,36
Ausfall	47	100,00	0	0,12	165	100,00	0	0,11
Insgesamt mit Ausfall	5.832	1,31	1.830	31,39	5.892	3,31	2.025	34,38

Der Rückgang der risikogewichteten Aktiva resultiert hauptsächlich aus Ratingverbesserungen im Postbank-Factoring-Portfolio. Der leichte Rückgang der Risikopositionswerte resultiert aus dem Wechsel einzelner Engagements vom Basisansatz in den fortgeschrittenen Ansatz.

Verbriefungen

Überblick über unsere Verbriefungsaktivitäten

Wir engagieren uns in verschiedenen Geschäftsaktivitäten, die Verbriefungsstrukturen verwenden. Die wesentlichen Ziele sind, Anlagekunden den Zugang zu Risiko- und Ertragsprofilen bestimmter Portfolios von Vermögensgegenständen zu ermöglichen, ausleihenden Kunden Zugang zu Refinanzierungen zu gewähren sowie die Steuerung unserer eigenen Kreditrisiken.

Die in den nachfolgenden Tabellen dargestellten Beträge zeigen Details zu unseren verbrieften Forderungen jeweils für das aufsichtsrechtliche Anlage- und Handelsbuch. Details zu unseren Verbriefungspositionen im Handelsbuch, die dem Marktrisiko-Standardansatz („MRSA“) unterliegen, sind in diesem Kapitel dargestellt, während Verbriefungspositionen im Handelsbuch, die dem Umfassenden Risikoansatz („CRM“) unterliegen, im Kapitel „Marktrisiko“ beschrieben werden.

Verbriefungen im Anlagebuch

Einbehaltene oder erworbene Verbriefungspositionen im Anlagebuch nach Risikogewichtsband

in Mio €	30.9.2015			31.12.2014		
	Risiko- positions- wert	Kapital- anfor- derung, IRBA ¹	Kapitalanfor- derung, Stan- dardansatz	Risiko- posi- tions- wert	Kapital- anfor- derung, IRBA ¹	Kapitalanfor- derung, Stan- dardansatz
≤ 10 %	60.372	323	0	44.968	246	0
> 10 ≤ 20 %	3.887	30	17	4.170	37	9
> 20 ≤ 50 %	2.395	146	19	2.427	97	1
> 50 ≤ 100 %	2.795	101	62	2.313	124	53
> 100 ≤ 350 %	262	38	1	313	40	3
> 350 ≤ 650 %	169	58	0	160	51	0
> 650 < 1.250 %	369	241	0	299	202	0
≥ 1.250 % ≤ 1.325 %	591	274	20	424	266	29
Einbehaltene oder erworbene Verbriefungspositionen insgesamt	70.841	1.211	119	55.074	1.064	95

¹ Nach Berücksichtigung von Wertberichtigungen gemäß Artikel 266 (1,2) CRR. Einschließlich der Kapitalanforderungen aus Laufzeitunterschieden von synthetischen Verbriefungen nach Risikogewichtsband, definiert als nominal gewichtetes durchschnittliches Risikogewicht des verbrieften Portfolios.

Der Risikopositionswert im Risikogewichtsband ≤ 10 % erhöhte sich um 15,4 Mrd € hauptsächlich aufgrund von Aktivitäten als Originator und Wechselkursänderungen. Generell erhöhte sich der Risikopositionswert im Anlagebuch um 28,6 % auf 70,8 Mrd €, die Kapitalanforderung erhöhte sich um 15,1 % auf 1,3 Mrd €.

Der größte Anteil der verbrieften Forderungen im Anlagebuch wird durch den Aufsichtsrechtlichen Formelansatz (SFA) abgedeckt. Für die verbleibenden, dem IRBA zuzuordnenden Verbriefungspositionen, verwenden wir den ratingbasierten Ansatz (RBA).

Einbehaltene oder erworbene Verbriefungspositionen im Anlagebuch nach Risikogewichtsband gemäß IRBA-Ratingbasierter Ansatz (RBA)

in Mio €	30.9.2015				31.12.2014			
	Risikopositionswert		Kapitalanforderung, IRBA-RBA ¹		Risikopositionswert		Kapitalanforderung, IRBA-RBA ¹	
	Ver- briefungen	Wiederver- briefungen	Ver- briefungen ²	Wiederver- briefungen	Ver- briefungen	Wiederver- briefungen	Ver- briefungen ²	Wiederver- briefungen
≤ 10 %	4.074	0	26	0	5.295	0	33	0
> 10 ≤ 20 %	2.313	0	24	0	2.056	0	21	0
> 20 ≤ 50 %	915	716	114	23	854	1.064	50	34
> 50 ≤ 100 %	1.765	18	98	1	1.487	29	120	1
> 100 ≤ 350 %	179	32	29	3	78	7	7	1
> 350 ≤ 650 %	39	19	13	6	58	0	19	0
> 650 < 1.250 %	242	12	134	7	154	16	85	9
≥ 1.250 % ≤ 1.325 %	553	17	255	17	342	46	244	19
Einbehaltene oder erworbene Verbriefungspositionen insgesamt	10.080	814	692	56	10.324	1.162	579	64

¹ Nach Berücksichtigung von Wertberichtigungen gemäß Artikel 266 (1,2) CRR.

² Einschließlich der Kapitalanforderungen aus Laufzeitunterschieden von synthetischen Verbriefungen nach Risikogewichtsband, definiert als nominal gewichtetes durchschnittliches Risikogewicht des verbrieften Portfolios.

Der Risikopositionswert für Verbriefungen unter dem IRBA-RBA reduzierte sich leicht auf 10,1 Mrd €. Der Risikopositionswert für Wiederverbriefungen unter dem IRBA-RBA reduzierte sich um 29,9 % auf 0,8 Mrd €.

Einbehaltene oder erworbene Verbriefungspositionen im Anlagebuch nach Risikogewichtsband gemäß IRBA-Interner Bewertungsansatz (IAA)

in Mio €	30.9.2015				31.12.2014			
	Risikopositionswert		Kapitalanforderung, IRBA-IAA ¹		Risikopositionswert		Kapitalanforderung, IRBA-IAA ¹	
	Verbriefungen	Wiederverbriefungen	Verbriefungen	Wiederverbriefungen	Verbriefungen	Wiederverbriefungen	Verbriefungen	Wiederverbriefungen
≤ 10 %	0	0	0	0	996	0	7	0
> 10 ≤ 20 %	0	0	0	0	1.160	0	11	0
> 20 ≤ 50 %	0	0	0	0	245	33	5	1
> 50 ≤ 100 %	0	0	0	0	47	0	3	0
> 100 ≤ 350 %	0	0	0	0	166	0	28	0
> 350 ≤ 650 %	0	0	0	0	0	0	0	0
> 650 < 1.250 %	0	0	0	0	0	0	0	0
1.250 %	0	0	0	0	0	0	0	0
Einbehaltene oder erworbene Verbriefungspositionen insgesamt	0	0	0	0	2.614	33	53	1

¹ Nach Berücksichtigung von Wertberichtigungen gemäß Artikel 266 (1,2) CRR.

Die Management-Entscheidung zur Beendigung der Finanzierung von Verbriefungspositionen durch ABCP-Conduits, resultierte im dritten Quartal 2015 in der Reduzierung unserer Conduits des Risikopositionswerts unter dem IRBA-Interner Bewertungsansatz (IAA) auf null, verglichen mit 2,6 Mrd € zum 31. Dezember 2014.

Einbehaltene oder erworbene Verbriefungspositionen im Anlagebuch nach Risikogewichtsband gemäß IRBA-Aufsichtsrechtlicher Formelansatz (SFA)

in Mio €	30.9.2015				31.12.2014			
	Risikopositionswert		Kapitalanforderung, IRBA-SFA ¹		Risikopositionswert		Kapitalanforderung, IRBA-SFA ¹	
	Verbriefungen	Wiederverbriefungen	Verbriefungen	Wiederverbriefungen	Verbriefungen	Wiederverbriefungen	Verbriefungen	Wiederverbriefungen
≤ 10 %	56.298	0	297	0	38.676	0	206	0
> 10 ≤ 20 %	447	54	5	1	317	49	3	1
> 20 ≤ 50 %	299	0	10	0	217	0	7	0
> 50 ≤ 100 %	49	0	2	0	5	0	0	0
> 100 ≤ 350 %	43	0	6	0	36	0	5	0
> 350 ≤ 650 %	111	0	40	0	102	0	32	0
> 650 < 1.250 %	115	0	100	0	129	0	108	0
1.250 %	1	0	1	0	7	0	3	0
Einbehaltene oder erworbene Verbriefungspositionen insgesamt	57.363	54	462	1	39.487	49	365	1

¹ Nach Berücksichtigung von Wertberichtigungen gemäß Artikel 266 (1, 2) CRR.

Im Anlagebuch erhöhte sich der Risikopositionswert unter dem IRBA-Aufsichtsrechtlicher Formelansatz (SFA) auf 57,4 Mrd €. Diese Erhöhung resultierte im Wesentlichen aus Aktivitäten als Originator, Verbriefungspositionen, die zuvor durch ABCP Conduits finanziert wurden und noch unter den IRBA-Interner Bewertungsansatz (IAA) fielen, und Währungskursänderungen. Die Kapitalanforderung erhöhte sich auf 0,5 Mrd €.

Der Kreditrisiko-Standardansatz (KSA) wird für Verbriefungspositionen verwendet, bei denen das zugrunde liegende Portfolio vornehmlich aus Kreditrisiken besteht, die, sofern sie von uns direkt gehalten würden, als KSA-Risikopositionen eingestuft würden.

Einbehaltene oder erworbene Verbriefungspositionen im Anlagebuch nach Risikogewichtsband gemäß Kreditrisiko-Standardansatz (KSA)

in Mio €	30.9.2015				31.12.2014			
	Risikopositionswert		Kapitalanforderung, SA		Risikopositionswert		Kapitalanforderung, SA	
	Verbriefungen	Wiederverbriefungen	Verbriefungen	Wiederverbriefungen	Verbriefungen	Wiederverbriefungen	Verbriefungen	Wiederverbriefungen
≤ 10 %	0	0	0	0	0	0	0	0
> 10 ≤ 20 %	1.073	0	17	0	588	0	9	0
> 20 ≤ 50 %	465	0	19	0	14	0	1	0
> 50 ≤ 100 %	963	0	62	0	745	0	53	0
> 100 ≤ 350 %	9	0	1	0	27	0	3	0
> 350 ≤ 650 %	0	0	0	0	0	0	0	0
> 650 < 1.250 %	0	0	0	0	0	0	0	0
1.250 %	13	7	13	7	23	6	23	6
Einbehaltene oder erworbene Verbriefungspositionen insgesamt	2.523	7	112	7	1.398	6	89	6

Der Risikopositionswert unter dem KSA im Anlagebuch erhöhte sich auf 2,5 Mrd €. Diese Erhöhung resultierte im Wesentlichen aus Aktivitäten als Investor und Verbriefungspositionen, die zuvor durch ABCP Conduits finanziert wurden und noch unter den IRBA-Interner Bewertungsansatz (IAA) fielen.

Verbriefungen im Handelsbuch

Für nicht dem Umfassenden Risikoansatz zugeordnete Verbriefungspositionen wird die Kapitalanforderung für das spezifische Marktrisiko nach MRSA ermittelt. Das MRSA-Risikogewicht für Verbriefungspositionen im Handelsbuch wird generell mit den gleichen Methoden ermittelt, die auch für die Verbriefungspositionen im Anlagebuch angewandt werden.

Einbehaltene oder erworbene Verbriefungspositionen im Handelsbuch nach Risikogewichtsband, die dem Marktrisiko-Standardansatz (MRSA) unterliegen

in Mio €	30.9.2015				31.12.2014			
	Risikopositionswert		Kapitalanforderung, MRSA		Risikopositionswert		Kapitalanforderung, MRSA	
	Verbriefungen	Wiederverbriefungen	Verbriefungen	Wiederverbriefungen	Verbriefungen	Wiederverbriefungen	Verbriefungen	Wiederverbriefungen
≤ 10 %	13.156	0	20	0	4.540	0	26	0
> 10 ≤ 20 %	6.095	1	69	0	4.568	0	51	0
> 20 ≤ 50 %	830	207	25	6	1.289	249	29	8
> 50 ≤ 100 %	1.448	102	90	7	582	100	35	6
> 100 ≤ 350 %	2.201	523	34	14	533	96	73	14
> 350 ≤ 650 %	1.611	53	56	18	174	36	63	13
> 650 < 1.250 %	150	0	3	0	81	18	45	11
1.250 %	3.168	474	725	260	1.008	302	1.008	302
Einbehaltene oder erworbene Verbriefungspositionen insgesamt	28.658	1.360	1.022	304	12.774	801	1.329	353

Der Anstieg der Verbriefungspositionen im Handelsbuch seit dem letzten Jahresende ist vorwiegend auf eine regulatorische Änderung zurückzuführen, welche dazu führte, dass die Summe der netto Long und netto Short Kapitalanforderungen im Vergleich zum Maximalbetrag berücksichtigt werden muss (Artikel 337 (4) CRR). Obwohl der betrachtete Risikopositionswert um 121,1 % anstieg, sank die Kapitalanforderung um 21,2 %. Dies ist zum einen auf eine deutliche Reduzierung von mit hohen Risikogewichten bewerteten Positionen und zum anderen auf synthetische Verbriefungspositionen zurückzuführen, welche zum Risikopositionswert beitragen, jedoch einer Deckelung der Eigenmittelanforderungen gemäß Artikel 335 CRR unterliegen.

Marktrisiko

Marktrisiko der Handelsportfolios (ohne Postbank)

Die nachfolgende Tabelle zeigt den Value-at-Risk unserer Handelsbereiche mit einem Konfidenzniveau von 99 % und einer Haltedauer von einem Tag.

Value-at-Risk der Handelsbereiche nach Risikoarten

in Mio €	Insgesamt		Diversifikations- effekt		Zins- risiko	Credit-Spread Risk		Aktienkurs- risiko		Währungs- risiko ¹		Rohwarenpreis- risiko		
	2015	2014	2015	2014	2015	2014	2015	2014	2015	2014	2015	2014	2015	2014
Durchschnitt ²	44,9	51,6	-42,3	-34,9	20,4	25,1	32,0	31,2	17,5	14,8	16,0	13,2	1,3	2,2
Maximum ²	65,6	71,4	-59,2	-61,9	30,2	42,8	40,3	38,9	28,3	24,6	25,0	21,2	4,0	10,2
Minimum ²	31,5	35,4	-31,8	-24,4	16,2	15,7	27,2	25,9	9,2	9,9	6,0	6,9	0,5	0,7
Periodenende ³	40,8	49,0	-37,2	-36,0	19,2	18,1	27,2	29,6	17,7	15,5	12,9	20,5	1,0	1,3

¹ Beinhaltet Value-at-Risk für Gold- und andere Edelmetallpositionen.

² Die Werte geben die Schwankungsbreiten an, innerhalb deren sich die Werte in den ersten neun Monaten 2015 beziehungsweise im Gesamtjahr 2014 bewegten.

³ Angaben für 2015 zum 30. September 2015 und Angaben für 2014 zum 31. Dezember 2014.

Der durchschnittliche Value-at-Risk innerhalb der ersten neun Monate 2015 ging gegenüber dem Jahresdurchschnitt 2014 um 6,7 Mio € auf 44,9 Mio € zurück. Der durchschnittliche Zins-Value-at-Risk reduzierte sich und es ergab sich eine Erhöhung des durchschnittlichen Währungs-Value-at-Risk und des Aktien-Value-at-Risk. Das Währungsrisiko erhöhte sich aufgrund einer im Durchschnitt erhöhten US-Dollar-Position im Vergleich zum Durchschnitt im Jahr 2014. Das Aktienrisiko erhöhte sich aufgrund eines erhöhten Engagements in einzelnen Aktientiteln. Zusätzlich ergaben sich Zunahmen aufgrund der erhöhten Marktvolatilität innerhalb des Einjahreszeitraums, welcher für die Berechnung des Value-at-Risk verwendet wird. Dies beeinflusste insbesondere das Währungs- und Aktienkursrisiko. Der allgemeine Rückgang ist auf eine verbesserte Diversifikation zurückzuführen.

In den ersten neun Monaten 2015 erzielten unsere Handelsbereiche an 93 % der Handelstage einen positiven Ertrag gegenüber 95 % im Kalenderjahr 2014.

Aufsichtsrechtliche Kennzahlen zum handelsbezogenen Marktrisiko

Stress-Value-at-Risk

Die folgende Tabelle zeigt den Stress-Value-at-Risk (mit einem Konfidenzniveau von 99 % und einer Haltedauer von einem Tag) unserer Handelsbereiche.

Stress-Value-at-Risk nach Risikoarten

in Mio €	Insgesamt		Diversifikations- effekt		Zins- risiko	Credit-Spread Risk		Aktienkurs- risiko		Währungs- risiko ¹		Rohwarenpreis- risiko		
	2015	2014	2015	2014	2015	2014	2015	2014	2015	2014	2015	2014	2015	2014
Durchschnitt ²	107,1	109,6	-124,5	-125,4	63,3	64,4	112,9	124,0	23,1	11,5	29,8	29,7	2,5	5,4
Maximum ²	135,7	161,1	-186,7	-168,0	84,2	85,9	154,5	142,8	68,7	42,6	59,8	70,3	7,6	16,7
Minimum ²	82,4	81,6	-71,7	-102,3	50,1	48,8	91,1	100,7	0,1	0,0	5,7	13,7	0,7	1,4
Periodenende ³	121,7	120,7	-78,0	-139,3	69,0	52,3	91,1	140,8	27,0	18,8	10,9	46,2	1,8	1,8

¹ Beinhaltet Value-at-Risk für Gold- und andere Edelmetallpositionen.

² Die Werte geben die Schwankungsbreiten an, innerhalb deren sich die Werte in den ersten neun Monaten 2015 beziehungsweise im Gesamtjahr 2014 bewegten.

³ Angaben für 2015 zum 30. September 2015 und Angaben für 2014 zum 31. Dezember 2014.

Der durchschnittliche Stress-Value-at-Risk in den ersten neun Monaten 2015 betrug 107,1 Mio € und reduzierte sich um 2,5 Mio € gegenüber dem Durchschnitt für das Jahr 2014. Es ergab sich eine Reduzierung des Credit-Spread-Stress-Value-at-Risk, welche teilweise durch Erhöhungen des Aktienkursrisiko-Stress-Value-at-Risk aufgewogen wurde. Der im Durchschnitt erhöhte Aktienkursrisiko-Stress-Value-at-Risk lässt sich auf erhöhte Positionen in einzelnen Aktientiteln und eine reduzierte Verlustabsicherung im Vergleich zum Jahr 2014 zurückführen. Die Reduzierung des Credit-Spread-Stress-Value-at-Risk im Durchschnitt und zum Periodenende lässt sich auf eine Verbesserung des Korrelationsansatzes zurückführen, welcher zur Aggregation der Komponenten innerhalb des Credit-Spread-Value-at-Risk verwendet wird.

Inkrementeller Risikoaufschlag (Incremental Risk Charge, „IRC“)

Zum Zweck der aufsichtsrechtlichen Berichterstattung repräsentiert der inkrementelle Risikoaufschlag den jeweils höheren Wert des Stichtags- oder des Durchschnittswerts der letzten zwölf Wochen vor dem Stichtag. Der inkrementelle Risikoaufschlag für die in der nachstehenden Tabelle aufgeführten Berichtstage ist der Stichtagswert sowie der Durchschnitts-, Maximum- und Minimumwert für den Zeitraum von zwölf Wochen vor dem jeweiligen Stichtag.

Inkrementeller Risikoaufschlag der Handelsbereiche (mit einem Konfidenzniveau von 99,9 % und einem Anlagehorizont von einem Jahr)³

in Mio €	Insgesamt		Fixed Income & Currencies		Structured Finance		Emerging Markets - Debt		NCOU		Sonstige	
	2015	2014	2015	2014	2015	2014	2015	2014	2015	2014	2015	2014
Durchschnitt ¹	959,3	811,9	643,2	532,8	248,9	152,2	196,8	164,1	4,7	-3,6	-134,4	-33,5
Maximum ¹	1.093,9	1.065,4	780,9	719,3	329,3	189,3	249,3	220,2	16,8	39,4	-103,8	64,7
Minimum ¹	920,1	647,9	580,5	381,8	227,7	106,3	167,7	119,5	-7,1	-25,8	-184,3	-88,0
Periodenende ²	980,7	1.037,8	648,5	603,4	257,2	159,8	178,9	170,5	-0,2	39,4	-103,8	64,7

¹ Die Werte wurden auf Basis eines Zeitraums von zwölf Wochen berechnet, der am 30. September 2015 beziehungsweise am 31. Dezember 2014 endete.

² Angaben für 2015 zum 30. September 2015 und Angaben für 2014 zum 31. Dezember 2014.

³ Die Aufteilung auf die Geschäftsfelder wurde für das Reporting in 2015 angepasst, um die aktuelle Geschäftsstruktur besser abzubilden.

Der Inkrementelle Risikoaufschlag zum Ende der ersten neun Monate des Jahres 2015 betrug 0,98 Mrd € und reduzierte sich um 57 Mio € (6 %) gegenüber dem Jahresende 2014. Der Zwölf-Wochen-Durchschnitt Inkrementelle Risikoaufschlag für die ersten neun Monate 2015 belief sich auf 0,96 Mrd € und lag damit 147 Mio € (18 %) über dem Zwölf-Wochen-Durchschnitt für die am 31. Dezember 2014 endende Periode. Dieser Anstieg ist zurückzuführen auf einen Anstieg der Risikopositionen in konzentrierten Einzeladressen, vornehmlich betreffend staatliche Emittenten, die in besonderer Weise den Inkrementellen Risikoaufschlag beeinflussen.

Umfassender Risikoansatz (Comprehensive Risk Measure, „CRM“)

Zum Zweck der aufsichtsrechtlichen Berichterstattung entspricht der Umfassende Risikoansatz für die jeweiligen Berichtsstichtage dem höheren Wert aus dem Tageswert an den Berichtstagen, dem Durchschnittswert während der vorhergegangenen zwölf Wochen sowie dem Minimumwert (Floor). Dieser Minimumwert beträgt 8 % des äquivalenten Kapitalabzugs nach dem Verbriefungsrahmenwerk.

Umfassender Risikoansatz der Handelsbereiche (mit einem Konfidenzniveau von 99,9 % und einem Anlagehorizont von zwölf Monaten)

in Mio €	2015	2014
Durchschnitt ¹	204,3	246,9
Maximum ¹	221,2	257,5
Minimum ¹	178,6	223,0
Periodenende ²	178,6	222,0

¹ Der Wert für den aufsichtsrechtlichen Umfassenden Risikoansatz wurde auf Basis eines Zeitraums von zwölf Wochen berechnet, der am 30. September 2015 beziehungsweise am 31. Dezember 2014 endete.

² „Spot“-Betrag des internen Modells auf Basis des Umfassenden Risikoansatzes zum Periodenende.

Der Umfassende Risikoansatz am Periodenende der ersten neun Monate im Jahr 2015 betrug 179 Mio € und reduzierte sich um 43 Mio € (20 %) gegenüber dem Jahresende 2014. Der Zwölf-Wochen-Durchschnitt des Umfassenden Risikoansatzes für die ersten neun Monate 2015 betrug 204 Mio € und lag um 43 Mio € (17 %) unter dem Zwölf-Wochen-Durchschnittswert für die am 31. Dezember 2014 endende Periode. Der Rückgang erfolgte durch kontinuierlichen Risikoabbau in das Korrelationshandelsportfolio.

Marktrisiko-Standardansatz (Market Risk Standardized Approach, „MRSA“)

Zum 30. September 2015 führten Verbrieferpositionen, für die das spezifische Zinsrisiko gemäß dem Marktrisiko-Standardansatz berechnet wird, zu Eigenkapitalanforderungen in Höhe von 1.347 Mio €, die risikogewichteten Aktiva in Höhe von 16,8 Mrd € entsprachen. Zum 31. Dezember 2014 erzeugten diese Positionen Eigenkapitalanforderungen von 1.682 Mio € mit entsprechenden risikogewichteten Aktiva in Höhe von 21,0 Mrd €. Der Rückgang ist im Wesentlichen auf Risikoabbau zurückzuführen. Allerdings wurde dieser zum Teil durch einen Anstieg aufgewogen, welcher sich auf das Ende der Übergangsfristen, die in Artikel 337 (4) CRR festgeschrieben sind, zurückführen lässt, da die nun geltende Berechnung auf der Summe der gewichte-

ten Netto-Kauf-Positionen sowie der Summe der gewichteten Netto-Verkaufs-Positionen basiert anstatt auf der größeren der beiden Summen. Zusätzlich ergab sich eine Erhöhung aufgrund von Währungseffekten.

Die Eigenkapitalanforderungen für nth-to-Default-Derivate stiegen auf 21,4 Mio €, was risikogewichteten Aktiva in Höhe von 267,6 Mio € entsprach, verglichen mit 1 Mio € und 19 Mio € zum 31. Dezember 2014. Grund für die Anstiege sind die zuvor erwähnten regulatorischen Änderungen.

Des Weiteren beliefen sich die Eigenkapitalanforderungen für Investmentanteile im Marktrisiko-Standardansatz zum 30. September 2015 auf 73 Mio €, was risikogewichteten Aktiva in Höhe von 917 Mio € entsprach, im Vergleich zu 91 Mio € und 1.139 Mio € zum 31. Dezember 2014.

Die Eigenkapitalanforderungen für das Langlebkeitsrisiko im Marktrisiko-Standardansatz betragen für NCOU und PIRM 36 Mio € zum 30. September 2015, was risikogewichteten Aktiva in Höhe von 444 Mio € entsprach, im Vergleich zu 26 Mio € und 326 Mio € zum 31. Dezember 2014.

Marktrisiko des Handelsbuchs der Postbank

Der Value-at-Risk des Postbank-Handelsbuchs betrug bei einem Konfidenzniveau von 99 % und einer Halte-dauer von einem Tag 0 € am 30. September 2015 sowie am 31. Dezember 2014. Die derzeitige Handelsbuch-Strategie der Postbank erlaubt keine neuen Handelsaktivitäten in Bezug auf das Handelsbuch. Daher enthielt das Handelsbuch der Postbank zum 30. September 2015 und zum 31. Dezember 2014 keine Positionen. Gleichwohl wird die Postbank als Handelsbuchinstitut klassifiziert.

Operationelle Risiken

In den ersten neun Monaten 2015 waren unsere operationellen Risikoverluste weiterhin durch Verluste aus Rechtsstreitigkeiten und durch Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten bestimmt. Für einen Überblick über unsere bestehenden rechtlichen und regulatorischen Verfahren verweisen wir auf das Kapitel „Sonstige Finanzinformationen“ in diesem Zwischenbericht. Unsere nicht auf Rechtsstreitigkeiten beruhenden operationellen Risikoverluste waren weiterhin geringer als in den ersten neun Monaten 2014. Der Ausblick für das verbleibende Jahr bleibt aufgrund des rechtlichen und regulatorischen Umfeldes, das sich unseres Erachtens weiterhin auf unser Geschäft auswirken wird, verhalten. Die zukunftsorientierte Steuerung unseres operationellen Risikos wird durch die Überwachung der potenziellen Gewinn- und Verlustsituation auf Basis von regulären Überprüfungen von Rechtsrisiken, Trendanalysen zu eingetretenen Verlusten und Risikoindikatoren gefördert.

Ökonomischer Kapitalbedarf für operationelle Risiken nach Geschäftsbereichen

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	30.9.2015	31.12.2014	Veränderung 2015 gegenüber 2014	
			in Mio €	in %
Corporate Banking & Securities	6.516	3.569	2.947	83
Private & Business Clients	735	1.088	- 354	- 32
Global Transaction Banking	989	150	839	559
Deutsche Asset & Wealth Management	1.153	722	431	60
Non-Core Operations Unit	455	2.070	- 1.615	- 78
Ökonomischer Kapitalbedarf für operationelle Risiken insgesamt	9.847	7.598	2.249	30

Der Ökonomische Kapitalbedarf für operationelle Risiken erhöhte sich im Vergleich zum Jahresende 2014 um 2,2 Mrd € oder 30 % und betrug zum 30. September 2015 9,8 Mrd €. Der Anstieg resultiert im Wesentlichen aus internen und externen Verlusten aus Rechtsstreitigkeiten, die in unserem Kapitalmodell genutzt werden und ein erhöhtes operationelles Risikoverlustprofil der gesamten Branche widerspiegeln. Abgesehen von der Gesamtzunahme des Ökonomischen Kapitals wurden die geschäftsbereichsbezogenen Veränderungen auf periodischer Basis durch eine Änderung der Allokationsmethode hervorgerufen. Insbesondere wurde die Kapitalallokationsmethode für die Non-Core Operations Unit (NCOU) auf eine vermögenswertbasierte Methode angepasst. Die neue Allokation ersetzt die komplexere, jedoch ungenauere bisherige Allokation und berücksichtigt unseres Erachtens das zurückgehende Restrisiko bei dem Abbau von Geschäftseinheiten in angemessener Art und Weise. Dies führt zu einem Anstieg im Ökonomischen Kapital von CB&S.

Entwicklung des Rahmenwerks im operationellen Risikomanagement

Um das Risikoprofil angemessen widerzuspiegeln, wird unser AMA-Modell (Advanced Measurement Approach) fortlaufend validiert und optimiert. Im Zuge der kontinuierlichen Verbesserung und Validierung unseres Modells wurden Modellveränderungen entwickelt, die wir zur Genehmigung bei der BaFin eingereicht haben. Wir haben einen vorläufigen Genehmigungsbrief erhalten und erwarten den finalen Genehmigungsbrief zu diesen Änderungen in naher Zukunft. Diese Veränderungen beinhalten eine verbesserte Methode zur Validierung und Rekalibrierung der Versicherungsparameter, Modifizierungen bei der Modellierung der Verlustfrequenz sowie verbesserte Bewertungsmechanismen für die Self Assessment Ergebnisse unseres AMA-Modells.

Ferner haben wir einen weiteren Antrag auf Modellveränderung bei der BaFin eingereicht, um die in unserem AMA-Modell seit 2011 berücksichtigte Sicherheitsmarge auf das Ökonomische Kapital von 1 Mrd € durch eine zukunftsgerichtete, risikosensitivere Komponente zu ersetzen. Im Ergebnis führt diese Modellveränderung, auch nach Herausnahme der Sicherheitsmarge, zu einem höheren Ökonomischen Kapitalbedarf. Diese Modellveränderung verbessert unseren fortgeschrittenen Messansatz (AMA-Modell) dahingehend, dass unsere „relevanten Verlustdaten“ um die Berücksichtigung von hinreichend wahrscheinlichen Verlusten aus Rechtsstreitigkeiten erweitert werden. Diese hinreichend wahrscheinlichen Verluste aus Rechtsstreitigkeiten, welche aus anhängigen und auch künftigen Rechtsstreitigkeiten resultieren können, werden jedes Quartal überprüft und basieren auf Bewertungen unserer Rechtsexperten.

Ogleich unsere Gespräche mit der gemeinschaftlichen Aufsicht über diese Modellverbesserungen noch andauern, hat die Geschäftsführung beschlossen, die Auswirkungen dieser Änderungen im zweiten Quartal 2014 zu berücksichtigen, was zu einem Anstieg des Kapitalbedarfs gegenüber den derzeit von der BaFin genehmigten Modellen führen wird.

Im ersten Quartal 2015 erlaubte uns die gemeinschaftliche Aufsicht (BaFin und EZB) die Nutzung einer erweiterten divisionalen Kapitalallokationsmethode, die durch eine divisionsspezifische Verlusthöhenverteilung der Kerngeschäftsfelder sowie durch eine verbesserte Allokation auf die Non-Core Operations Unit gekennzeichnet ist. Die sich unseres Erachtens aus der Nutzung der neuen Methode ergebenden wesentlichen Vorteile sind ein gesteigertes Augenmerk auf eigenständige divisionale Risikoprofile sowie eine maßgebliche Reduzierung geschäftsfeldübergreifender Effekte. Darüber hinaus sind wir von der Nutzung einer komplexen, die Abwicklung des NCOU-Geschäfts nicht vollständig widerspiegelnden Allokation, auf eine neue vermögenswertbasierte NCOU-Allokation übergegangen. Überdies wurde die Allokation der Sicherheitsmarge für das Ökonomische Kapital von 1 Mrd €, die RWA von Kerngeschäftsfeldern zur Non-Core Operations Unit verschiebt, als nicht mehr angemessen erachtet und entfernt. Diese Veränderungen sind bereits umgesetzt und spiegeln sich in den Ergebnissen seit dem ersten Quartal 2015 wider.

Liquiditätsrisiko

Zusammensetzung unserer externen Finanzierungsquellen in Milliarden Euro sowie als prozentualer Anteil an den externen Finanzierungsquellen insgesamt

in Mrd € (sofern nicht anders angegeben)	30.9.2015		31.12.2014	
Kapitalmarktmissionen und Eigenkapital	213	22 %	214	23 %
Privatkunden	311	32 %	301	33 %
Transaction Banking	205	21 %	184	20 %
Sonstige Kunden ¹	79	8 %	74	8 %
Unbesicherte Wholesale Refinanzierung	58	6 %	55	6 %
Besicherte Refinanzierung und Shortpositionen	105	11 %	81	9 %
Finanzierungsvehikel ²	5	1 %	12	1 %
Externe Finanzierungsquellen insgesamt	977	100 %	919	100 %

¹ „Sonstige Kunden“ enthält treuhänderische, sich selbst finanzierende Strukturen (zum Beispiel X-Markets), Margen/Barguthaben aus dem Prime-Brokerage-Geschäft (netto).

² Enthält ABCP-Conduits.

Hinweis: Zum Abgleich zur Bilanzsumme sind zu berücksichtigen: Derivate- und Abwicklungssalden 611 Mrd € (660 Mrd €), Nettingeffekte für Margin- und Prime-Brokerage-Barsalden (auf Nettobasis) 73 Mrd € (75 Mrd €) und sonstige nicht der Refinanzierung dienende Verbindlichkeiten 59 Mrd € (54 Mrd €), jeweils zum 30. September 2015 und zum 31. Dezember 2014.

Der Anstieg von 21 Mrd € bei den Transaction-Banking-Einlagen und von 24 Mrd € im Bereich besicherte Refinanzierung und Shortpositionen spiegelt ein erhöhtes Geschäftsvolumen im Vergleich zum niedrigen Jahresendniveau wider. Höhere Einlagen von Vermögensverwaltungskunden wurden in der 10 Mrd € Erhöhung im Privatkundenbereich reflektiert. Effekte in den Fremdwährungswechselkursen leisten einen Beitrag zur Erhöhung in den meisten Refinanzierungsquellen.

Im dritten Quartal 2015 haben wir Mittel in Höhe von 10,4 Mrd € zu einem durchschnittlichen Spread von 61 Basispunkten gegenüber dem relevanten variablen Index, zum Beispiel LIBOR, aufgenommen. Insgesamt emittierten wir in den ersten neun Monaten 2015 32,8 Mrd €, ungefähr der mittlere Punkt des gesamten Refinanzierungsplans für 2015 von 30 bis 35 Mrd €. Der durchschnittliche Aufschlag in den ersten neun Monaten des Jahres waren 54 Basispunkte gegenüber dem relevanten variablen Index, zum Beispiel LIBOR, mit einer durchschnittlichen Laufzeit von 6,3 Jahren. Die bedeutendste Transaktion im dritten Quartal war eine 1,375 Mrd US-\$ Emission mit einer Laufzeit von 5 Jahren, aufgeteilt in eine 1 Mrd US-\$ Tranche mit festem Zinssatz, die zu einem Preis von T+143 Basispunkten begeben wurde und eine 375 Mio US-\$ variable Zins-Tranche, die bei US-\$-Libor zuzüglich eines Aufschlages von 131 Basispunkten gepreist wurde. Eine weitere wichtige kürzliche Entwicklung war die Implementierung der EU-Richtlinie zur Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten in deutsches Recht, die eine Vorschrift, welche die Rangfolge von nicht-strukturiertem unbesichertem Fremdkapital zu denjenigen Verbindlichkeiten ändert, mit dem es vorher gleichgestellt war (z.B. strukturiertes unbesichertes Fremdkapital, Verbindlichkeiten, die an Derivate gelinkt sind und bestimmte Einlagen; siehe Abschnitt „Ausblick – die Bankenbranche“ für weitere Informationen). Für das restliche Jahr beabsichtigen wir, den Rest unserer Anforderungen durch eine Vielzahl von Möglichkeiten einschließlich Emissionen gezielt an Privatanleger, Privatplatzierungen mit institutionellen Investoren und weiteren öffentlichen Benchmark-Emissionen sicherzustellen.

Regelmäßige Stresstestanalysen stellen sicher, dass wir zu jeder Zeit ausreichende Barreserven und liquide Aktiva zur Verfügung haben, um eine potenzielle Finanzierungslücke schließen zu können, die in einem kombinierten idiosynkratischen und marktbezogenen Stressszenario auftreten kann. Zu diesem Zweck halten wir Liquiditätsreserven vor, die verfügbare Barmittel und Barmitteläquivalente, hochliquide Wertpapiere (unter anderem Staatsanleihen, von Staaten garantierte Anleihen und Anleihen staatlicher Einrichtungen) sowie weitere unbelastete und zentralbankfähige Vermögenswerte umfassen. Das Volumen der Liquiditätsreserve ist eine Funktion des erwarteten Stresstest-Ergebnisses, sowohl auf einer aggregierten als auch auf einer individuellen Währungsebene. Wenn wir zunehmend kurzfristige Wholesale-Verbindlichkeiten erhalten, die einen hohen Liquiditätsabfluss unter Stress mit sich bringen, so halten wir diese Liquidität zur Absicherung überwiegend in Barmitteln oder hochliquiden Wertpapieren. Somit schwankt das Gesamtvolumen der Liquiditätsreserven mit den erhaltenen kurzfristigen Wholesale-Verbindlichkeiten, obwohl dies keine materiellen Auswirkungen auf unsere Gesamtliquiditätsposition unter Stress hat. Liquiditätsreserven beinhalten nur Aktiva, die innerhalb

des Konzerns frei übertragbar sind oder zur Schließung von Liquiditätsabflüssen in lokalen Geschäftseinheiten verwendet werden können. Diese Reserven werden in den wichtigsten Währungen und an den Hauptstandorten gehalten, an denen die Bank aktiv ist. Die überwiegende Mehrheit unserer Liquiditätsreserven wird zentral auf Gruppenebene oder in unseren ausländischen Niederlassungen gehalten. Die Größe und Zusammensetzung der Liquiditätsreserven unterliegt einer regelmäßigen Überprüfung durch die Geschäftsführung. Die angewandten Sicherheitsabschläge spiegeln unsere Annahmen des aktuellen Liquiditätswerts wider, der primär durch besicherte Refinanzierung erzielt werden könnte, und berücksichtigen die Erfahrungen, die in den besicherten Refinanzierungsmärkten unter Stress gemacht wurden.

Zusammensetzung unserer Liquiditätsreserven nach Muttergesellschaft (inklusive Zweigstellen) und Tochtergesellschaften

in Mrd €	30.9.2015		31.12.2014	
	Buchwert	Liquiditätswert	Buchwert	Liquiditätswert
Verfügbare Barsalden und Äquivalente (vorwiegend bei Zentralbanken)	90	90	65	65
Muttergesellschaft (inklusive Auslandsfilialen)	69	69	54	54
Tochtergesellschaften	21	21	11	11
Hochliquide Wertpapiere (enthalten Staatsanleihen, von Staaten garantierte Anleihen und Anleihen staatlicher Einrichtungen)	112	104	103	96
Muttergesellschaft (inklusive Auslandsfilialen)	88	83	81	75
Tochtergesellschaften	23	21	23	20
Sonstige unbelastete zentralbankfähige Wertpapiere	18	13	16	11
Muttergesellschaft (inklusive Auslandsfilialen)	15	11	14	10
Tochtergesellschaften	3	2	2	1
Gesamte Liquiditätsreserven	219	206	184	171
Muttergesellschaft (inklusive Auslandsfilialen)	172	163	149	139
Tochtergesellschaften	47	44	35	32

Während der ersten neun Monate im Jahr 2015 haben sich unsere Liquiditätsreserven um 35 Mrd € oder 19 % gegenüber dem Jahresende 2014 erhöht.

Kapitalmanagement

Die ordentliche Hauptversammlung 2014 erteilte dem Vorstand die Ermächtigung, bis zu 101,9 Millionen Aktien bis Ende April 2019 zurückzukaufen. Davon können 51,0 Millionen Aktien über den Einsatz von Derivaten erworben werden. Diese Ermächtigungen ersetzen die Genehmigungen der Hauptversammlung 2013. Wir haben von der BaFin die Zustimmung zur Umsetzung dieser Genehmigungen für das Jahr 2014 erhalten, wie es nach Vorschriften der CRR/CRD 4 erforderlich ist. Während des Zeitraums von der Hauptversammlung 2014 bis zur Hauptversammlung 2015 (21. Mai 2015) haben wir 25,6 Millionen Aktien zurückgekauft. Die zurückgekauften Aktien wurden im gleichen Zeitraum zu Aktienvergütungszwecken verwendet, so dass der Bestand an zurückgekauften Eigenen Aktien zur Hauptversammlung 2015 0,2 Millionen betrug.

Unser Vorstand erhielt von der Hauptversammlung 2015 die Ermächtigung, bis zu 137,9 Millionen Aktien bis Ende April 2020 zurückzukaufen. Davon können 69,0 Millionen Aktien über den Einsatz von Derivaten erworben werden. Diese Ermächtigungen ersetzen die Genehmigungen des Vorjahres. Wir haben von der BaFin die Genehmigung für Aktienrückkäufe im Jahr 2015 gemäß neuen CRR/CRD 4-Regeln erhalten. Während des Zeitraums von der Hauptversammlung 2015 bis zum 30. September 2015 wurden 20,7 Millionen Aktien zurückgekauft, davon 4,7 Millionen Aktien durch die Ausübung von Call Optionen. Die zurückgekauften Aktien wurden im gleichen Zeitraum oder werden im anstehenden Zeitraum zu Aktienvergütungszwecken verwendet. Zum 30. September 2015 war der Bestand an zurückgekauften Eigenen Aktien in Treasury 0,7 Millionen.

Bis zur Hauptversammlung 2015 betrug der Nennwert des dem Vorstand zur Verfügung stehenden genehmigten Kapitals 257 Mio € (100 Millionen Aktien). Das verfügbare bedingte Kapital betrug 486 Mio € (190 Millionen Aktien). Darüber hinaus hat die Hauptversammlung 2014 die Begebung von Genussscheinen als Zusätzliches Tier-1-Kapital genehmigt.

Neues genehmigtes Kapital in Höhe von 1.760 Mio € (688 Millionen Aktien), welches alte Genehmigungen ersetzt, wurde von der Hauptversammlung 2015 bewilligt und im Handelsregister eingetragen. Das verfügbare bedingte Kapital bleibt unverändert 486 Mio € (190 Millionen Aktien).

Unsere ehemals emittierten Hybriden Kernkapital-Instrumente (im Wesentlichen alle nicht kumulativen Vorzugsaktien) werden unter CRR/CRD 4-Vollumsetzungsregeln nicht mehr voll anerkannt – hauptsächlich, da sie über keinen Abschreibungs- oder Eigenkapitalwandlungsmechanismus verfügen. Allerdings werden sie während der CRR/CRD 4-Übergangsphase großteils als Zusätzliches Kernkapital (Additional Tier-1) und unter den CRR/CRD 4-Vollumsetzungsregeln teilweise als Ergänzungskapital anerkannt. Während der Übergangsphase reduziert sich der maximal anerkenbare Betrag an Zusätzlichen Kernkapital-Instrumenten aus Basel 2.5-konformen Emissionen zum 31. Dezember 2012 jeweils zum Jahresanfang um 10 % oder 1,3 Mrd € bis 2022. Zum 30. September 2015 führte dies zu anrechenbaren Zusätzlichen Kernkapital-Instrumenten in Höhe von 11,7 Mrd € (4,6 Mrd € der neu begebenen AT1-Anleihen sowie noch übergangsweise anrechenbare Hybride Kernkapital-Instrumente von 7,1 Mrd €). 5,8 Mrd € ehemals emittierter Hybrider Kernkapital-Instrumente können unter CRR/CRD 4-Vollumsetzung noch als Ergänzungskapital angerechnet werden.

Am 1. April 2015 haben wir neue festverzinsliche nachrangige Tier-2-Anleihen mit einem Nominalvolumen von 1,50 Mrd US-\$ begeben, die als Ergänzungskapital anrechenbar sind. Die Anleihen werden mit 4,50 % verzinst, haben eine Stückelung von 200.000 US-\$ sowie darüber hinausgehende ganze Vielfache von 1.000 US-\$ und werden am 1. April 2025 fällig. Sie wurden in Transaktionen unter den Registrierungsanforderungen des US Securities Act von 1933 emittiert.

Weiterhin haben wir am 10. April 2015 neue kündbare, festverzinsliche, nachrangige Tier-2-Anleihen mit einmaliger Zinsrücksetzung mit einem Nominalvolumen von 1,41 Mrd CNY begeben, die als Ergänzungskapital anrechenbar sind. Die Anleihen haben eine Stückelung von 1.000.000 CNY und werden am 10. April 2025 fällig. Sie wurden in Transaktionen außerhalb der USA emittiert und waren nicht Bestandteil der Registrierungsanforderungen des US Securities Act von 1933, in seiner geänderten Fassung, und wurden nicht in den USA angeboten oder verkauft.

Die Summe unserer Ergänzungskapital-Instrumente, die während der CRR/CRD 4-Übergangsphase anerkannt sind, betrug 6,8 Mrd € zum 30. September 2015. Es gibt zum 30. September 2015 keine ehemals emittierten Hybriden Kernkapital-Instrumente mehr, die während der CRR/CRD 4-Übergangsphase noch als Ergänzungskapital anerkannt werden. Der Nominalbetrag der Ergänzungskapital-Instrumente beträgt 8,7 Mrd €. Seit dem 30. Juni 2015 wurden keine Ergänzungskapital-Instrumente gekündigt.

Aufsichtsrechtliches Eigenkapital

Die Ermittlung unseres aufsichtsrechtlichen Eigenkapitals berücksichtigt die Kapitalanforderungen gemäß der „Verordnung (EU) Nr. 575/2013 über Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen“ (Capital Requirements Regulation oder „CRR“) und die „Richtlinie 2013/36/EU über den Zugang zur Tätigkeit von Kreditinstituten und die Beaufsichtigung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen“ (Capital Requirements Directive 4 oder „CRD 4“), die in deutsches Recht Eingang gefunden haben. Die Informationen in diesem Kapitel und im Kapitel „Entwicklung der risikogewichteten Aktiva“ basieren auf der aufsichtsrechtlichen Konsolidierung.

Gemäß den CRR/CRD 4-Übergangsregeln werden Kapitalinstrumente, die nicht mehr anrechnungsfähig sind, schrittweise eliminiert, während die neuen Regeln zu den aufsichtsrechtlichen Anpassungen sukzessive eingeführt werden. Diese Übergangsregeln sind zur Erleichterung des Übergangs der Banken zu den vollständig umgesetzten Regeln zugelassen. Die CRR/CRD 4-Werte bei Anwendung der Vollumsetzung berücksichtigen die Übergangsregeln nicht, das heißt, alle nicht mehr anrechnungsfähigen Kapitalinstrumente werden eliminiert und alle neuen aufsichtsrechtlichen Anpassungen werden angewendet. Gleichzeitig bestehen trotz der

CRR/CRD 4 unverändert Übergangsbestimmungen für die Risikogewichtung bestimmter Gruppen von Vermögenswerten, die von früheren Kapitaladäquanz-Rahmenwerken einschließlich Basel 2.5 eingeführt wurden, die zum Beispiel den Bestandsschutz von Beteiligungen mit einem Risikogewicht von 100 % ermöglichen. In diesem Fall geht unsere CRR/CRD 4-Methodik von der Annahme aus, dass die Auswirkungen des Ablaufs dieser Übergangsregelungen durch den Verkauf von zugrunde liegenden Vermögenswerten oder andere Maßnahmen vor dem Ablauf dieser Übergangsregeln Ende 2017 gemindert werden.

Mindestkapitalanforderungen und zusätzliche Kapitalpuffer

Die für den Deutsche Bank-Konzern anwendbare Mindestkapitalanforderung für das Harte Kernkapital von 4 % der risikogewichteten Aktiva (RWA) im Jahr 2014 erhöhte sich und von 2015 an beträgt sie 4,5 % der RWA.

Im März 2015 wurde die Deutsche Bank von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) im Einvernehmen mit der Deutschen Bundesbank als global systemrelevantes Institut (G-SII) eingestuft, was zu einer zusätzlichen Anforderung von 2 % Hartem Kernkapital der RWA führt, die ab 2019 vollumfänglich in Kraft tritt. Dies steht im Einklang mit der vom Financial Stability Board (FSB) getroffenen Beurteilung der Systemrelevanz auf der Grundlage der Indikatoren, welche im Jahr 2014 veröffentlicht wurden. Diese zusätzliche Kapitalpufferanforderung wird auf Basis einer Übergangsregelung ab 2016 eingeführt.

Ferner kann die Europäische Zentralbank (EZB) gemäß dem aufsichtlichen Überprüfungs- und Bewertungsprozess (Supervisory Review and Evaluation Process, SREP) einzelnen Banken Eigenkapitalanforderungen auferlegen, die strenger als die gesetzlichen Anforderungen sind. Am 20. Februar 2015 hat die EZB uns mitgeteilt, dass wir verpflichtet sind, eine Harte Kernkapitalquote von mindestens 10 % (basierend auf den Übergangsregelungen) zu jeder Zeit aufrechtzuerhalten.

Weitere Informationen zu den für uns anwendbaren Mindestkapitalanforderungen und zusätzlichen Kapitalpuffern sind in unserem Finanzbericht 2014 enthalten.

Entwicklung des Aufsichtsrechtlichen Eigenkapitals

Unser Kernkapital gemäß CRR/CRD 4 betrug per 30. September 2015 61,3 Mrd €, bestehend aus Hartem Kernkapital (CET1) in Höhe von 54,6 Mrd € und Zusätzlichem Kernkapital (AT1) von 6,7 Mrd €. Das Kernkapital gemäß CRR/CRD 4 war damit 2,6 Mrd € niedriger als am Jahresende 2014 aufgrund eines Rückgangs im CET1-Kapital von 5,5 Mrd € und einem Anstieg im AT1-Kapital in derselben Periode von 2,9 Mrd €.

Der Rückgang um 5,5 Mrd € im Harten Kernkapital gemäß CRR/CRD 4 war das Ergebnis der erstmaligen Berücksichtigung der zusätzlicher Bewertungsanpassungen (basierend auf dem technischen Regulierungsstandard der EBA zur vorsichtigen Bewertung) in Höhe von 2,0 Mrd € per 30. September 2015, geringfügig ausgeglichen durch den reduzierten Fehlbetrag zwischen Wertberichtigungen und erwartetem Verlust, sowie von gestiegenen aufsichtsrechtlichen Anpassungen auf Grund der höheren Phase-in Rate (40 % in 2015, 20 % in 2014), zum Beispiel in Form eines im Vergleich zum Jahresende 2014 um 0,8 Mrd € höheren Abzugs latenter Steueransprüche, die nicht aus temporären Differenzen resultieren. Das den Deutsche Bank-Aktionären und Zusätzlichem Eigenkapitalbestandteilen zurechenbare negative Konzernergebnis in Höhe von 4,7 Mrd € in den ersten neun Monaten 2015 war zu einem großen Teil neutral in seiner Auswirkung auf das aufsichtsrechtliche Kapital, da es zu einem großen Teil auf Wertberichtigungen von Firmenwerten und anderen immateriellen Vermögenswerten zurückging, die bereits schon vor der Wertberichtigung vom Harten (CET 1) und Zusätzlichem Kernkapital (AT1) abgezogen waren. Im Harten Kernkapital zum 30. September 2015 ist die Auflösung der Dividendenabgrenzung aufgrund des negativen Konzernergebnisses enthalten.

Der Anstieg im AT1-Kapital gemäß CRR/CRD4 um 2,9 Mrd € resultierte im Wesentlichen aus verringerten aufsichtsrechtlichen Anpassungen (5,8 Mrd € niedriger als zum Jahresende 2014, auch auf Grund der Wertberichtigungen von Firmenwerten und anderen immateriellen Vermögenswerten), die schrittweise abnehmend vom Zusätzlichen Kernkapital abgesetzt werden. Diese Abzüge stellen den Restbetrag von bestimmten Kapitalabzügen vom Harten Kernkapital dar, die bei Anwendung der CRR/CRD 4 in der Vollumsetzung vom Harten Kernkapital abgezogen werden, während der Übergangszeit jedoch vom Zusätzlichen Kernkapital abgezogen werden dürfen. Die Phase-in Rate für diese Abzüge im CET1-Kapital erhöhte sich auf 40 % in 2015 (20 % in 2014) und verringerte sich entsprechend auf Ebene des AT1-Kapitals auf 60 % in 2015 (80 % in 2014). Die geringeren aufsichtsrechtlichen Anpassungen im AT1-Kapital überstiegen den Rückgang in unseren Instrumenten des Zusätzlichen Kernkapitals (AT1) gemäß CRR/CRD 4 (um 2,9 Mrd € im Vergleich zum 31. Dezember 2014), der im Wesentlichen verursacht war durch unsere Kündigungen von ehemals emittierten Hybriden Kernkapital-Instrumenten.

Unser Kernkapital in der Vollumsetzung betrug 51,5 Mrd € per 30. September 2015, geringfügig erhöht im Vergleich zu 50,7 Mrd € per Jahresende 2014. Unser Hartes Kernkapital in der Vollumsetzung betrug 46,9 Mrd € zum 30. September 2015, verglichen mit 46,1 Mrd € zum 31. Dezember 2014. Unser AT1-Kapital in der Vollumsetzung betrug 4,6 Mrd € zum 30. September 2015, nahezu unverändert im Vergleich zum Jahresende 2014.

Der leichte Anstieg unseres Harten Kernkapitals gemäß Vollumsetzung in Höhe von 0,8 Mrd € im Vergleich zum Jahresende 2014 begründete sich darin, dass die negativen Einflussgrößen (Konzern-Verlust in Höhe von 4,7 Mrd €, Abzüge aus der Erstanwendung der vorsichtigen Bewertung in Höhe von 2,0 Mrd €) durch gegenläufige Effekte überkompensiert wurden. Hierbei handelt es sich in erster Linie um einen reduzierten Abzug von Geschäfts- und Firmenwerten sowie sonstigen immateriellen Vermögenswerten aufgrund von Abschreibungen (4,7 Mrd € niedrigerer Abzug im Vergleich zum Jahresende 2014) sowie um einen verringerten Abzug eines Fehlbetrages zwischen Wertberichtigungen und erwartetem Verlust (0,7 Mrd € niedrigerer Abzug aufgrund der vorsichtigen Bewertung im Vergleich zum Jahresende 2014). Darüber hinaus ergab sich ein positiver Effekt aus Fremdwährungsschwankungen seit dem Jahresende 2014.

Zusammenfassung des aufsichtsrechtlichen Eigenkapitals, der RWA und Kapitalquoten

in Mio €	30.9.2015		31.12.2014	
	CRR/CRD 4 Vollumsetzung	CRR/CRD 4	CRR/CRD 4 Vollumsetzung	CRR/CRD 4
Hartes Kernkapital vor aufsichtsrechtlichen Anpassungen	63.165	63.432	65.750	66.175
Gesamte aufsichtsrechtliche Anpassungen des Harten Kernkapitals	- 16.246	- 8.800	- 19.674	- 6.072
Hartes Kernkapital	46.918	54.632	46.076	60.103
Zusätzliches Kernkapital vor aufsichtsrechtlichen Anpassungen	4.676	11.787	4.676	14.696
Gesamte aufsichtsrechtliche Anpassungen des zusätzlichen Kernkapitals (AT1)	- 125	- 5.101	- 57	- 10.902
Zusätzliches Kernkapital	4.551	6.686	4.619	3.794
Kernkapital (T1 = CET 1 + AT1)	51.469	61.318	50.695	63.898
Ergänzungskapital vor aufsichtsrechtlichen Anpassungen	12.359	6.891	12.412	4.891
Gesamte aufsichtsrechtliche Anpassungen des Ergänzungskapitals (T2)	- 83	- 160	- 36	- 496
Ergänzungskapital	12.276	6.731	12.376	4.395
Gesamtkapital (TC = T1 + T2)	63.745	68.049	63.072	68.293
Risikogewichtete Aktiva insgesamt	407.626	407.860	393.969	396.648
Kapitalquoten				
Harte Kernkapitalquote (als prozentualer Anteil der risikogewichteten Aktiva)	11,5	13,4	11,7	15,2
Kernkapitalquote (als prozentualer Anteil der risikogewichteten Aktiva)	12,6	15,0	12,9	16,1
Gesamtkapitalquote (als prozentualer Anteil der risikogewichteten Aktiva)	15,6	16,7	16,0	17,2

Überleitung der konsolidierten Bilanz nach IFRS zur aufsichtsrechtlichen Bilanz (nicht testiert)

in Mio €	30.9.2015			31.12.2014			Referenzen ¹
	Konzernbilanz lt. Konzernabschluss	Dekonsolidierung/Konsolidierung von Gesellschaften	Aufsichtsrechtliche Konzernbilanz	Konzernbilanz lt. Konzernabschluss	Konsolidierungsentscheidung von Gesellschaften	Aufsichtsrechtliche Konzernbilanz	
Aktiva:							
Barreserve	27.278	- 489	26.789	20.055	- 246	19.809	
Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	75.284	- 2.552	72.732	63.518	- 1.358	62.160	
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	23.720	- 69	23.651	17.796	0	17.796	
Forderungen aus Wertpapierleihen	33.109	- 5	33.104	25.834	- 11	25.823	
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte							
Handelsaktiva	196.998	- 5.423	191.575	195.681	- 7.846	187.835	
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	571.611	2.500	574.110	629.958	421	630.379	
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	113.098	- 12.334	100.765	117.285	- 12.490	104.795	
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte insgesamt	881.707	- 15.257	866.450	942.924	- 19.915	923.009	
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	71.088	20.289	91.377	64.297	434	64.731	
Nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligungen	4.082	- 207	3.875	4.143	- 218	3.925	h
davon: Geschäfts- oder Firmenwert	26	0	26	430	0	430	e
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	428.337	825	429.162	405.612	- 3.348	402.264	
Sachanlagen	2.894	- 194	2.701	2.909	- 193	2.716	
Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte	9.932	- 1.330	8.603	14.951	- 1.817	13.134	e
Sonstige Aktiva	153.544	- 785	152.759	137.980	- 1.027	136.953	
davon: Vermögenswerte leistungsdefinierter Pensionsfonds	1.013	0	1.013	961	0	961	g
Ertragsteuerforderungen ²	8.398	- 163	8.235	8.684	- 131	8.553	f
Summe der Aktiva	1.719.374	63	1.719.437	1.708.703	- 27.832	1.680.872	
Passiva:							
Einlagen	570.223	5.620	575.843	532.931	4.823	537.754	
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	7.086	0	7.086	10.887	0	10.887	
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen	3.344	- 6	3.338	2.339	- 10	2.329	
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen							
Handelspassiva	55.995	- 161	55.834	41.843	- 200	41.643	
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	544.440	582	545.022	610.202	603	610.805	
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	38.687	- 2.087	36.600	37.131	- 2.315	34.816	
Investmentverträge	8.268	- 8.268	0	8.523	- 8.523	0	
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen insgesamt	647.390	- 9.934	637.456	697.699	- 10.435	687.264	
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	30.194	- 1.829	28.365	42.931	- 8.780	34.151	
Sonstige Passiva	213.437	- 14.522	198.916	183.823	- 12.628	171.195	
Rückstellungen	8.122	- 76	8.046	6.677	- 81	6.596	
Ertragsteuerverbindlichkeiten ²	2.581	- 445	2.136	2.783	- 483	2.300	
Langfristige Verbindlichkeiten	161.187	21.622	182.809	144.837	772	145.609	
davon: Nachrangige Verbindlichkeiten ³	8.515	0	8.515	6.392	0	6.392	j, k
Hybride Kapitalinstrumente ³	6.931	379	7.310	10.573	516	11.089	j, k
Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	0	0	0	0	0	0	
Summe der Verbindlichkeiten	1.650.495	809	1.651.304	1.635.481	- 26.308	1.609.173	
Stammaktien, ohne Nennwert, rechnerischer Nominalwert 2,56 €	3.531	0	3.531	3.531	0	3.531	a
Kapitalrücklage	33.447	- 5	33.442	33.626	- 5	33.621	a
Gewinnrücklagen	23.170	- 342	22.828	29.279	- 1.107	28.171	b
Eigene Aktien im Bestand zu Anschaffungskosten	- 30	0	- 30	- 8	0	- 8	a
Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	0	0	0	0	0	0	a
Kumulierte sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung, nach Steuern	3.831	- 294	3.537	1.923	- 306	1.617	c
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Eigenkapital	63.949	- 641	63.307	68.351	- 1.419	66.932	
Zusätzliche Eigenkapitalbestandteile	4.674	0	4.674	4.619	0	4.619	i
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	256	- 105	151	253	- 105	148	d
Eigenkapital einschließlich Anteile ohne beherrschenden Einfluss	68.879	- 746	68.133	73.223	- 1.523	71.699	
Summe der Passiva	1.719.374	63	1.719.437	1.708.703	- 27.832	1.680.872	

¹ Referenzen ordnen die aufsichtsrechtlichen Bilanzpositionen, die zur Berechnung des aufsichtsrechtlichen Kapitals angegeben werden, in der Spalte „Referenzen“ in der Tabelle „Offenlegung des aufsichtsrechtlichen Eigenkapitals, der RWA und Kapitalquoten (nicht testiert)“ ein. Gegebenenfalls werden weitere detaillierte Informationen im jeweiligen Fußnotenreferenz-Abschnitt zur Verfügung gestellt.

² Ertragsteuerforderungen und -verbindlichkeiten umfassen latente und laufende Steuern.

³ Anrechenbare Instrumente für Zusätzliches Kernkapital und Ergänzungskapital sind in diesen Bilanzpositionen mit ihren Werten nach IFRS dargestellt.

Offenlegung des aufsichtsrechtlichen Eigenkapitals, der RWA und Kapitalquoten (nicht testiert)

in Mio €	30.9.2015		31.12.2014		Referenzen ¹
	CRR/CRD 4 Voll- umsetzung	CRR/CRD 4	CRR/CRD 4 Voll- umsetzung	CRR/CRD 4	
Hartes Kernkapital (CET 1): Instrumente und Rücklagen					
Kapitalinstrumente und Emissionsagiokonto	36.943	36.943	37.144	37.144	a
Davon: Aktien ²	36.943	36.943	37.144	37.144	a
Gewinnrücklagen	27.502	27.502	26.509	26.509	b
Kumulierte sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderungen, nach Steuern	3.537	3.714	1.617	1.923	c
Fonds für allgemeine Bankrisiken	0	0	0	0	
Betrag der Posten im Sinne von Art. 484 (3) CRR zuzüglich der entsprechenden Emissionsagiokonten, deren Anrechnung im CET 1-Kapital ausläuft	N/A	0	N/A	0	
Staatliche Kapitalzuführungen mit Bestandsschutz bis 1. Januar 2018	N/A	N/A	N/A	N/A	
Anteile ohne beherrschenden Einfluss (zulässiger Betrag in konsolidiertem CET 1)	0	91	0	118	d
Von unabhängiger Seite geprüfte Zwischengewinne, abzüglich aller vorhersehbarer Abgaben oder Dividenden ³	-4.817	-4.817	481	481	b
Hartes Kernkapital vor aufsichtsrechtlichen Anpassungen	63.165	63.432	65.750	66.175	
Hartes Kernkapital: aufsichtsrechtliche Anpassungen					
Zusätzliche Bewertungsanpassungen (negativer Betrag) ⁴	-1.986	-1.986	0	0	
Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte (abzüglich der damit verbundenen Steuerverbindlichkeiten) (negativer Betrag)	-8.287	-3.315	-12.979	-2.596	e
Von der künftigen Rentabilität abhängige latente Steueransprüche, ausgenommen diejenigen, die aus temporären Differenzen resultieren (abzüglich der damit verbundenen Steuerverbindlichkeiten, wenn die Bedingungen von Art. 38 (3) CRR erfüllt sind) (negativer Betrag)	-3.197	-1.279	-2.620	-524	f
Rücklagen aus Gewinnen oder Verlusten aus zeitwertbilanzierten Geschäften zur Absicherung von Zahlungsströmen	-190	-190	-181	-181	
Negative Beträge aus der Berechnung der erwarteten Verlustbeträge	0	-7	-712	-147	
Anstieg des Eigenkapitals durch verbriefte Vermögenswerte (negativer Betrag)	-39	-39	0	0	
Durch Veränderungen der eigenen Bonität bedingte Gewinne oder Verluste aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten eigenen Verbindlichkeiten ⁵	-501	-183	-544	-210	
Vermögenswerte leistungsdefinierter Pensionsfonds (negativer Betrag)	-1.013	-405	-961	-192	g
Direkte, indirekte und synthetische Positionen des Instituts in eigenen Instrumenten des Harten Kernkapitals (negativer Betrag) ⁶	-72	-33	-54	-11	
Direkte, indirekte und synthetische Positionen in Instrumenten des Harten Kernkapitals von Unternehmen der Finanzbranche, die eine Überkreuzbeteiligung mit dem Institut eingegangen sind, die dem Ziel dient, dessen Eigenmittel künstlich zu erhöhen (negativer Betrag)	0	0	0	0	
Direkte, indirekte und synthetische Positionen des Instituts in Instrumenten des Harten Kernkapitals von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut keine wesentliche Beteiligung hält (Betrag liegt über der 10 %-Schwelle und ist abzüglich anrechenbarer Verkaufspositionen) (negativer Betrag) ⁷	0	0	0	0	
Direkte, indirekte und synthetische Positionen des Instituts in Instrumenten des Harten Kernkapitals von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut eine wesentliche Beteiligung hält (Betrag liegt über der 10 %-Schwelle und ist abzüglich anrechenbarer Verkaufspositionen) (negativer Betrag)	0	0	0	0	
Forderungsbetrag aus folgenden Posten, denen ein Risikogewicht von 1.250 % zuzuordnen ist, wobei das Institut die Abzugsalternative wählt	0	0	0	0	
Davon:					
Qualifizierte Beteiligungen außerhalb des Finanzsektors (negativer Betrag)	0	0	0	0	
Verbriefungspositionen (negativer Betrag)	0	0	0	0	
Vorleistungen (negativer Betrag)	0	0	0	0	
Von der künftigen Rentabilität abhängige latente Steueransprüche, die aus temporären Differenzen resultieren (über dem Schwellenwert von 10 % abzüglich der damit verbundenen Steuerverbindlichkeiten, wenn die Bedingungen von Art. 38 (3) CRR erfüllt sind) (negativer Betrag)	0	0	-78	-16	f
Betrag, der über dem Schwellenwert von 15 % liegt (negativer Betrag)	-613	-209	-1.199	-202	
Davon:					
Direkte, indirekte und synthetische Positionen des Instituts in Instrumenten des Harten Kernkapitals von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut eine wesentliche Beteiligung hält	-297	-101	-499	-84	h
Von der künftigen Rentabilität abhängige latente Steueransprüche, die aus temporären Differenzen resultieren	-316	-108	-700	-118	f
Verluste des laufenden Geschäftsjahres (negativer Betrag)	0	0	0	0	

in Mio €	30.9.2015		31.12.2014		Referenzen ¹
	CRR/CRD 4 Voll- umsetzung	CRR/CRD 4	CRR/CRD 4 Voll- umsetzung	CRR/CRD 4	
Aufsichtsrechtliche Anpassungen des Harten Kernkapitals in Bezug auf Beträge, die der Vor-CRR-Behandlung unterliegen	N/A	0	N/A	0	
Aufsichtsrechtliche Anpassungen in Zusammenhang mit nicht realisierten Gewinnen und Verlusten gemäß Art. 467 und 468 CRR	N/A	- 807	N/A	- 1.648	
Vom Harten Kernkapital in Abzug zu bringender oder hinzuzurechnender Betrag in Bezug auf zusätzliche Abzugs- und Korrekturposten und gemäß der Vor-CCR-Behandlung erforderlicher Abzüge ⁸	- 349	- 349	- 345	- 345	
Betrag der von den Posten des zusätzlichen Kernkapitals in Abzug zu bringenden Posten, der das zusätzliche Kernkapital des Instituts überschreitet (negativer Betrag)	0	0	0	0	
Sonstige aufsichtsrechtliche Anpassungen	0	0	0	0	
Gesamte aufsichtsrechtliche Anpassungen des Harten Kernkapitals (CET 1)	- 16.246	- 8.800	- 19.674	- 6.072	
Hartes Kernkapital (CET 1)	46.918	54.632	46.076	60.103	
Zusätzliches Kernkapital (AT1): Instrumente					
Kapitalinstrumente und Emissionsagiotkonto	4.676	4.676	4.676	4.676	i
Davon:					
Gemäß anwendbaren Rechnungslegungsstandards als Eigenkapital eingestuft	4.676	4.676	4.676	4.676	i
Gemäß anwendbaren Rechnungslegungsstandards als Passiva eingestuft	0	0	0	0	
Betrag der Posten im Sinne von Art. 484 (4) CRR zuzüglich der entsprechenden Emissionsagiotkonten, deren Anrechnung im AT1-Kapital ausläuft	N/A	7.111	N/A	10.021	j
Staatliche Kapitalzuführungen mit Bestandsschutz bis 1. Januar 2018	N/A	N/A	N/A	N/A	
Zum konsolidierten zusätzlichen Kernkapital zählende Instrumente des qualifizierten Kernkapitals, die von Tochterunternehmen begeben worden sind und von Drittparteien gehalten werden	0	0	0	0	
Davon: von Tochterunternehmen begebene Instrumente, deren Anrechnung ausläuft	N/A	0	N/A	0	
Zusätzliches Kernkapital (AT1) vor aufsichtsrechtlichen Anpassungen	4.676	11.787	4.676	14.696	
Zusätzliches Kernkapital (AT1): aufsichtsrechtliche Anpassungen					
Direkte, indirekte und synthetische Positionen des Instituts in eigenen Instrumenten des zusätzlichen Kernkapitals (negativer Betrag)	- 125	- 48	- 57	- 57	i
Direkte, indirekte und synthetische Positionen in Instrumenten des zusätzlichen Kernkapitals von Unternehmen der Finanzbranche, die eine Überkreuzbeteiligung mit dem Institut eingegangen sind, die dem Ziel dient, dessen Eigenmittel künstlich zu erhöhen (negativer Betrag)	0	0	0	0	
Direkte, indirekte und synthetische Positionen des Instituts in Instrumenten des zusätzlichen Kernkapitals von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut keine wesentliche Beteiligung hält (Betrag liegt über der 10 %-Schwelle und ist abzüglich anrechenbarer Verkaufspositionen) (negativer Betrag) ⁷	0	0	0	0	
Direkte, indirekte und synthetische Positionen des Instituts in Instrumenten des zusätzlichen Kernkapitals von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut eine wesentliche Beteiligung hält (Betrag liegt über der 10 %-Schwelle und ist abzüglich anrechenbarer Verkaufspositionen) (negativer Betrag)	0	0	0	0	
Aufsichtsrechtliche Anpassungen des zusätzlichen Kernkapitals in Bezug auf Beträge, die der Vor-CRR-Behandlung und Behandlungen während der Übergangsphase unterliegen, für die Auslaufregelungen gemäß CRR gelten (d.h. CRR-Restbeträge)	N/A	0	N/A	0	
Vom zusätzlichen Kernkapital in Abzug zu bringende Restbeträge in Bezug auf vom harten Kernkapital in Abzug zu bringende Posten während der Übergangsphase gemäß Art. 472 CRR	N/A	- 5.053	N/A	- 10.845	
Davon:					
Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte	N/A	- 4.972	N/A	- 10.383	e
Fehlbetrag zwischen Wertberichtigungen und erwartetem Verlust	N/A	- 5	N/A	- 294	
Direkte, indirekte und synthetische Positionen des Instituts in Instrumenten des Harten Kernkapitals von anderen Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut eine wesentliche Beteiligung hält	N/A	- 76	N/A	- 168	h
Vom zusätzlichen Kernkapital in Abzug zu bringende Restbeträge in Bezug auf vom Ergänzungskapital in Abzug zu bringende Posten während der Übergangsphase gemäß Art. 475 CRR	N/A	0	N/A	0	
Vom zusätzlichen Kernkapital in Abzug zu bringender oder hinzuzurechnender Betrag in Bezug auf zusätzliche Abzugs- und Korrekturposten und gemäß der Vor-CRR-Behandlung erforderliche Abzüge	N/A	0	N/A	0	

in Mio €	30.9.2015		31.12.2014		Referenzen ¹
	CRR/CRD 4 Voll- umsetzung	CRR/CRD 4	CRR/CRD 4 Voll- umsetzung	CRR/CRD 4	
Betrag der von den Posten des Ergänzungskapitals in Abzug zu bringenden Posten, der das Ergänzungskapital des Instituts überschreitet (negativer Betrag)	0	0	0	0	
Gesamte aufsichtsrechtliche Anpassungen des zusätzlichen Kernkapitals (AT1)	- 125	- 5.101	- 57	- 10.902	
Zusätzliches Kernkapital (AT1)	4.551	6.686	4.619	3.794	
Kernkapital (T1 = CET1 + AT1)	51.469	61.318	50.695	63.898	
Ergänzungskapital (T2): Instrumente und Rücklagen					
Kapitalinstrumente und Emissionsagiotkonto ⁹	11.592	5.772	11.505	2.942	k
Betrag der Posten im Sinne von Art. 484 (5) CRR zuzüglich der entsprechenden Emissionsagiotkonten, deren Anrechnung im T2-Kapital ausläuft	N/A	189	N/A	721	k
Staatliche Kapitalzuführungen mit Bestandsschutz bis 1. Januar 2018	N/A	N/A	N/A	N/A	
Zum konsolidierten Ergänzungskapital zählende qualifizierte Eigenmittelinstrumente, die von Tochterunternehmen begeben worden sind und von Drittparteien gehalten werden	767	931	908	1.228	k
Davon: von Tochterunternehmen begebene Instrumente, deren Anrechnung ausläuft	N/A	0	N/A	0	
Kreditrisikoanpassungen	0	0	0	0	
Ergänzungskapital (T2) vor aufsichtsrechtlichen Anpassungen	12.359	6.891	12.412	4.891	
Ergänzungskapital (T2): aufsichtsrechtliche Anpassungen					
Direkte, indirekte und synthetische Positionen des Instituts in eigenen Instrumenten des Ergänzungskapitals und nachrangigen Darlehen (negativer Betrag)	- 83	- 79	- 36	- 34	k
Direkte, indirekte und synthetische Positionen in Instrumenten des Ergänzungskapitals und nachrangigen Darlehen von Unternehmen der Finanzbranche, die eine Überkreuzbeteiligung mit dem Institut eingegangen sind, die dem Ziel dient, dessen Eigenmittel künstlich zu erhöhen (negativer Betrag)	0	0	0	0	
Direkte, indirekte und synthetische Positionen des Instituts in Instrumenten des Ergänzungskapitals und nachrangigen Darlehen von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut keine wesentliche Beteiligung hält (Betrag liegt über der 10 %-Schwelle und ist abzüglich anrechenbarer Verkaufspitionen) (negativer Betrag) ⁷	0	0	0	0	
Davon:					
Neue Positionen, die keinen Übergangsbestimmungen unterliegen	N/A	N/A	N/A	N/A	
Positionen, die vor dem 1. Januar 2013 bestanden und Übergangsbestimmungen unterliegen	N/A	N/A	N/A	N/A	
Direkte, indirekte und synthetische Positionen des Instituts in Instrumenten des Ergänzungskapitals und nachrangigen Darlehen von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut eine wesentliche Beteiligung hält (abzüglich anrechenbarer Verkaufspitionen) (negativer Betrag)	0	0	0	0	
Aufsichtsrechtliche Anpassungen des Ergänzungskapitals (T2) in Bezug auf Beträge, die der Vor-CRR-Behandlung und Behandlungen während der Übergangsphase unterliegen, für die Auslaufregeln gemäß CRR gelten (d.h. CRR-Restbeträge)	N/A	0	N/A	0	
Vom Ergänzungskapital in Abzug zu bringende Restbeträge in Bezug auf vom harten Kernkapital in Abzug zu bringende Posten während der Übergangsphase gemäß Art. 472 CRR	N/A	- 81	N/A	- 462	
Davon:					
Negative Beträge aus der Berechnung der erwarteten Verlustbeträge	N/A	- 5	N/A	- 294	
Direkte, indirekte und synthetische Positionen des Instituts in Instrumenten des Harten Kernkapitals von anderen Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut eine wesentliche Beteiligung hält	N/A	- 76	N/A	- 168	h
Vom Ergänzungskapital in Abzug zu bringende Restbeträge in Bezug auf vom zusätzlichen Kernkapital in Abzug zu bringende Posten während der Übergangsphase gemäß Art. 475 CRR	N/A	0	N/A	0	
Davon:					
Überkreuzbeteiligungen an Instrumenten des zusätzlichen Kernkapitals	N/A	0	N/A	0	
Direkte Positionen in Kapitalinstrumenten von anderen Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut keine wesentliche Beteiligung hält	N/A	0	N/A	0	
Vom Ergänzungskapital in Abzug zu bringender oder hinzuzurechnender Betrag in Bezug auf zusätzliche Abzugs- und Korrekturposten und gemäß der Vor-CRR-Behandlung erforderliche Abzüge	0	0	0	0	
Gesamte aufsichtsrechtliche Anpassungen des Ergänzungskapitals (T2)	- 83	- 160	- 36	- 496	
Ergänzungskapital (T2)	12.276	6.731	12.376	4.395	
Gesamtkapital (TC = T1 + T2)	63.745	68.049	63.072	68.293	

in Mio €	30.9.2015		31.12.2014		Referenzen ¹
	CRR/CRD 4 Voll- umsetzung	CRR/CRD 4	CRR/CRD 4 Voll- umsetzung	CRR/CRD 4	
Risikogewichtete Aktiva in Bezug auf Beträge, die der Vor-CRR-Behandlung und Behandlungen während der Übergangsphase unterliegen, für die Auslaufregelungen gemäß CRR gelten (d.h. CRR-Restbeträge) ¹⁰	N/A	0	N/A	0	
Davon:					
Nicht vom harten Kernkapital in Abzug zu bringende Posten (CRR-Restbeträge)	N/A	0	N/A	0	
Nicht von Posten des zusätzlichen Kernkapitals in Abzug zu bringende Posten (CRR-Restbeträge)	N/A	0	N/A	0	
Posten, die nicht vom T2 in Abzug gebracht werden (CRR-Restbeträge)	N/A	0	N/A	0	
Davon:					
Indirekte und synthetische Positionen in eigenen T2-Instrumenten	N/A	0	N/A	0	
Indirekte und synthetische Positionen in Kapitalinstrumenten von anderen Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut keine wesentliche Beteiligung hält	N/A	0	N/A	0	
Indirekte und synthetische Positionen in Kapitalinstrumenten von anderen Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut eine wesentliche Beteiligung hält	N/A	0	N/A	0	
Risikogewichtete Aktiva insgesamt	407.626	407.860	393.969	396.648	
Davon:					
Kreditrisiko (einschließlich Abwicklungsrisiko)	242.426	242.660	241.475	244.155	
Kreditrisikobezogene Bewertungsanpassung (CVA)	18.719	18.719	21.203	21.203	
Marktrisiko	59.609	59.609	64.209	64.209	
Operationelles Risiko	86.871	86.871	67.082	67.082	
Kapitalquoten und -puffer					
Harte Kernkapitalquote (als prozentualer Anteil der risikogewichteten Aktiva)	11,5	13,4	11,7	15,2	
Kernkapitalquote (als prozentualer Anteil der risikogewichteten Aktiva)	12,6	15,0	12,9	16,1	
Gesamtkapitalquote (als prozentualer Anteil der risikogewichteten Aktiva)	15,6	16,7	16,0	17,2	
Institutsspezifische Kapitalpufferanforderung (Mindestanforderungen an die harte Kernkapitalquote gemäß Art. 92 (1) (a) CRR zuzüglich eines Kapitalerhaltungspuffers und eines antizyklischen Kapitalpuffers, zuzüglich eines Systemrisikopuffers, zuzüglich des Puffers für systemrelevante Institute (G-SII- oder O-SII-Puffer), ausgedrückt als Prozentsatz der risikogewichteten Aktiva)	9,0	4,5	9,0	4,0	
Davon:					
Kapitalerhaltungspuffer	2,5	0,0	2,5	0,0	
Antizyklischer Kapitalpuffer ¹¹	N/A	N/A	N/A	N/A	
Systemrisikopuffer	0,0	0,0	0,0	0,0	
Puffer für globale systemrelevante Institute (G-SII) oder Puffer für sonstige systemrelevante Institute (O-SII) ¹²	2,0	0,0	2,0	0,0	
Verfügbares Kernkapital für die Puffer (ausgedrückt als Prozentsatz der risikogewichteten Aktiva) ¹³	6,6	8,5	6,9	9,2	
Beträge unterhalb der Schwellenwerte für Abzüge (vor Risikogewichtung)					
Direkte, indirekte und synthetische Positionen des Instituts in Kapitalinstrumenten von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut keine wesentliche Beteiligung hält (Betrag liegt unter der 10 %-Schwelle und ist abzüglich anrechenbarer Verkaufspositionen) ⁷	2.143	2.143	3.148	3.148	
Direkte, indirekte und synthetische Positionen des Instituts in Instrumenten des Harten Kernkapitals von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut eine wesentliche Beteiligung hält (Betrag liegt unter der 10 %-Schwelle und ist abzüglich anrechenbarer Verkaufspositionen)	3.413	3.457	2.877	2.956	
Von der künftigen Rentabilität abhängige latente Steueransprüche, die aus temporären Differenzen resultieren (unter dem Schwellenwert von 10 % abzüglich der damit verbundenen Steuerverbindlichkeiten, wenn die Bedingungen von Art. 38 (3) CRR erfüllt sind)	3.626	3.673	4.035	4.146	
Anwendbare Obergrenzen für die Einbeziehung von Wertberichtigungen im Ergänzungskapital					
Auf das Ergänzungskapital anrechenbare Kreditrisikoanpassungen in Bezug auf Forderungen, für die der Standardansatz gilt (vor Anwendung der Obergrenze)	0	0	0	0	
Obergrenze für die Anrechnung von Kreditrisikoanpassungen auf das Ergänzungskapital im Rahmen des Standardansatzes	321	321	454	454	
Auf das Ergänzungskapital anrechenbare Kreditrisikoanpassungen in Bezug auf Forderungen, für die der auf internen Beurteilungen basierende Ansatz gilt (vor Anwendung der Obergrenze)	0	0	0	0	
Obergrenze für die Anrechnung von Kreditrisikoanpassungen auf das Ergänzungskapital im Rahmen des auf internen Beurteilungen basierenden Ansatzes	1.036	1.036	991	991	

in Mio €	30.9.2015		31.12.2014		Referenzen ¹
	CRR/CRD 4 Voll- umsetzung	CRR/CRD 4	CRR/CRD 4 Voll- umsetzung	CRR/CRD 4	
Kapitalinstrumente, für die Auslaufregelungen gelten					
Aktuelle Obergrenze für Instrumente des CET 1-Kapitals, für die Auslaufregelungen gelten	N/A	0	N/A	0	
Vom CET 1-Kapital aufgrund der Obergrenze ausgenommener Betrag (Betrag über Obergrenze nach Tilgungen und Fälligkeiten)	N/A	0	N/A	0	
Aktuelle Obergrenze für Instrumente des AT1-Kapitals, für die Auslaufregelungen gelten	N/A	8.768	N/A	10.021	
Vom AT1-Kapital aufgrund der Obergrenze ausgenommener Betrag (Überschuss über der Obergrenze nach Tilgungen und Fälligkeiten)	N/A	0	N/A	446	
Aktuelle Obergrenze für Instrumente des T2-Kapitals, für die Auslaufregelungen gelten	N/A	2.363	N/A	2.701	
Vom T2-Kapital aufgrund der Obergrenze ausgenommener Betrag (Überschuss über der Obergrenze nach Tilgungen und Fälligkeiten)	N/A	0	N/A	0	

N/A – Nicht aussagekräftig

¹ Referenzen ordnen die aufsichtsrechtlichen Bilanzpositionen, die zur Berechnung des aufsichtsrechtlichen Kapitals angegeben werden, in der Spalte „Referenzen“ in der Tabelle „Überleitung der konsolidierten Bilanz nach IFRS zur aufsichtsrechtlichen Bilanz (nicht testiert)“ ein. Gegebenenfalls werden weitere detaillierte Informationen im jeweiligen Fußnoten-referenz-Abschnitt zur Verfügung gestellt.

² Basierend auf der Liste der EBA gemäß Artikel 26 (3) CRR.

³ Berücksichtigt die Entscheidung (EU) (2015/4) der EZB vom 4. Februar 2015 über die Anrechnung von Jahresend- und Zwischengewinnen im Harten Kernkapital. Die Deutsche Bank hat die Dividenden-Abgrenzung für die ersten neun Monate 2015 wieder aufgelöst.

⁴ Die 2,0 Mrd € Zusätzlichen Bewertungsanpassungen wurden gemäß dem Technischen Regulierungsstandard zur Prudentiellen Bewertung der EBA ermittelt, vor Berücksichtigung einer damit einhergehenden Ermäßigung des Abzugspostens für Unterdeckung des Erwarteten Verlustes durch Wertberichtigungen in Höhe von 0,7 Mrd €. Die Deutsche Bank hat mit der EZB vereinbart, diesen Standard in der Berechnung ihres aufsichtsrechtlichen Eigenkapitals mit Wirkung zum 30. September 2015 anzuwenden, vor seiner Verabschiedung und Veröffentlichung durch die Europäische Kommission.

⁵ Durch Veränderungen der eigenen Bonität bedingte Gewinne oder Verluste aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten eigenen Verbindlichkeiten gemäß Artikel 33 (1) (b) CRR sowie Gewinne und Verluste aus zum Zeitwert bilanzierten derivativen Verbindlichkeiten, die aus dem eigenen Kreditrisiko des Instituts gemäß Artikel 33 (1) (c) CRR resultieren.

⁶ Ohne eigene Instrumente, die bereits im bilanziellen Ausweis der Kapitalinstrumente als Abzug berücksichtigt sind.

⁷ Basierend auf unserer gegenwärtigen Interpretation werden keine Abzüge erwartet.

⁸ Prudentielle Filter für Fonds zur baupartechnischen Absicherung.

⁹ Amortisationen werden berücksichtigt.

¹⁰ Nicht enthalten sind die risikogewichteten Aktiva von Positionen im Handelsbuch, die der Behandlung während der Übergangsphase unterliegen (d.h. CRR-Restbeträge), da die Kalkulation der risikogewichteten Aktiva auf Portfolioebene erfolgt.

¹¹ Antizyklische Pufferraten sind noch nicht verfügbar.

¹² G-SII-Puffer von der BaFin seit März 2015 gefordert, der auf Basis einer Übergangsregelung ab 2016 eingeführt wird.

¹³ Berechnet als Hartes Kernkapital abzüglich aller Harten Kernkapitalposten, die zur Erfüllung der Harten Kernkapital- und Gesamtkapitalanforderungen verwendet werden.

^a Stammaktien, Kapitalrücklage und Eigene Aktien im Bestand sind aufsichtsrechtlich als Hartes Kernkapital anrechenbar.

^b Die Position Gewinnrücklagen in der aufsichtsrechtlichen Konzernbilanz beinhaltet ein den Deutsche Bank-Aktionären und Zusätzlichen Eigenkapitalbestandteilen zurechenbares negatives Konzernergebnis per Ende September 2015 in Höhe von 4.674 Mio € (positives Ergebnis 2014: 1.663 Mio €). Diese Komponente ist in der Position Gewinnrücklagen innerhalb dieser Tabelle zur Offenlegung des aufsichtsrechtlichen Eigenkapitals nicht enthalten und wird separat mit der Abgrenzung für Dividenden und AT1-Kupons in Höhe von 143 Mio € per 30. September 2015 (2014: 1.182 Mio €) in der Position „Von unabhängiger Seite geprüfte Zwischengewinne abzüglich aller vorhersehbaren Abgaben oder Dividenden“ ausgewiesen.

^c Unterschiede zur aufsichtsrechtlichen Konzernbilanz beruhen auf prudentiellen Filtern für unrealisierte Gewinne und Verluste.

^d Phase-out, das heißt das schrittweise Auslaufen von Anteilen ohne beherrschenden Einfluss, die nach den neuen Regeln nicht mehr anrechenbar sind, mit einem Prozentsatz von 60 % in 2015 (2014: 80 %).

^e Der aufsichtsrechtlich anrechenbare Betrag ist Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte in Höhe von 8.603 Mio € (2014: 13.134 Mio €) sowie Geschäfts- oder Firmenwert für nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligungen in Höhe von 26 Mio € (2014: 430 Mio €), gemäß der aufsichtsrechtlichen Konzernbilanz, abzüglich Steuerverbindlichkeiten aus latenten Steuern für immaterielle Vermögenswerte in Höhe von 342 Mio € (2014: 585 Mio €). Die Abzüge vom Harten Kernkapital werden mit einem Prozentsatz von 40 % in 2015 (20 % in 2014) stufenweise berücksichtigt. Der verbleibende Betrag wird vom Zusätzlichen Kernkapital abgezogen.

^f Unterschiede zur aufsichtsrechtlichen Konzernbilanz beruhen auf aufsichtsrechtlichen Anpassungen gemäß Artikel 38 (2) bis (5) CRR (beispielsweise besondere Vorschriften zur Saldierung).

^g Phase-in, das heißt die schrittweise Berücksichtigung von aufsichtsrechtlichen Anpassungen mit einem Prozentsatz von 40 % in 2015 (2014: 20 %).

^h Hua Xia Bank Company Limited ist unsere wesentliche nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligung und stellt den Großteil der wesentlichen Beteiligungen an den Harten Kernkapital-Instrumenten des Finanzsektors, vorbehaltlich der Schwellenwert-Abzüge. Die Abzüge vom Harten Kernkapital werden mit einem Prozentsatz von 40 % stufenweise berücksichtigt. Der verbleibende Betrag wird vom Zusätzlichen Kernkapital und Ergänzungskapital abgezogen.

ⁱ Zusätzliche Eigenkapitalbestandteile sind aufsichtsrechtlich als Zusätzliches Kernkapital anrechenbar.

^j Unterschiede zur aufsichtsrechtlichen Konzernbilanz beruhen auf aufsichtsrechtlichen Anpassungen gemäß Artikel 51 bis 61 CRR (beispielsweise die aktuelle Obergrenze für Instrumente des Zusätzlichen Kernkapitals, für die Auslaufregelungen gelten).

^k Unterschiede zur aufsichtsrechtlichen Konzernbilanz beruhen auf aufsichtsrechtlichen Anpassungen gemäß Artikel 62 bis 71 CRR (beispielsweise Restlaufzeit-Abschläge, Minderheitenanteile).

Überleitung vom bilanziellen Eigenkapital auf das aufsichtsrechtliche Eigenkapital

in Mio €	30.9.2015	31.12.2014
	CRR/CRD 4	CRR/CRD 4
Eigenkapital per Bilanzausweis	63.949	68.351
Dekonsolidierung / Konsolidierung von Gesellschaften	- 641	- 1.419
Davon:		
Kapitalrücklage	- 5	- 5
Gewinnrücklage	- 342	- 1.107
Kumulierte sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung nach Steuern	- 294	- 306
Eigenkapital in der aufsichtsrechtlichen Bilanz	63.307	66.932
Anteile ohne beherrschenden Einfluss unter Anwendung der Übergangsregeln	91	118
Abgrenzung für Dividenden und AT1 Kupons	- 143	- 1.182
Umkehrerffekt der Dekonsolidierung/Konsolidierung der Position Kumulierte sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung, nach Steuern, während der Übergangsphase	177	306
Hartes Kernkapital vor aufsichtsrechtlichen Anpassungen	63.432	66.175
Prudentielle Filter	- 3.204	- 2.039
Davon:		
Zusätzliche Bewertungsanpassungen	- 1.986	0
Anstieg des Eigenkapitals durch verbriefte Vermögenswerte	- 39	0
Rücklagen aus Gewinnen oder Verlusten aus zeitwertbilanzierten Geschäften zur Absicherung von Zahlungsströmen und durch Veränderungen der eigenen Bonität bedingte Gewinne oder Verluste aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten eigenen Verbindlichkeiten	- 372	- 391
Aufsichtsrechtliche Anpassungen in Zusammenhang mit nicht realisierten Gewinnen und Verlusten gemäß Art. 467 und 468 CRR	- 807	- 1.648
Aufsichtsrechtliche Anpassungen	- 5.596	- 4.032
Davon:		
Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte (abzüglich der damit verbundenen Steuerverbindlichkeiten)	- 3.315	- 2.596
Von der künftigen Rentabilität abhängige latente Steueransprüche	- 1.386	- 657
Fehlbetrag zwischen Wertberichtigungen und erwartetem Verlust	- 7	- 147
Vermögenswerte leistungsdefinierter Pensionsfonds	- 405	- 192
Direkte, indirekte und synthetische Positionen des Instituts in Instrumenten des Harten Kernkapitals von anderen Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut eine wesentliche Beteiligung hält	- 101	- 84
Verbriefungspositionen, nicht in risikogewichteten Aktiva enthalten	0	0
Sonstiges ¹	- 382	- 356
Hartes Kernkapital	54.632	60.103
Zusätzliches Kernkapital	6.686	3.794
Zusätzliche Kernkapital-Anleihen	4.628	4.619
Gemäß Bilanz	4.674	4.619
Dekonsolidierung/Konsolidierung von Gesellschaften	0	0
Aufsichtsrechtliche Anpassungen zum Bilanzausweis	- 47	0
Hybride Kapitalinstrumente	7.094	10.002
Gemäß Bilanz	6.931	10.573
Dekonsolidierung/Konsolidierung von Gesellschaften	379	516
Aufsichtsrechtliche Anpassungen zum Bilanzausweis	- 216	- 1.087
Davon:		
Vom AT1-Kapital aufgrund der Obergrenze ausgenommener Betrag	0	- 446
Sonstiges	- 216	- 640
Sonstige aufsichtsrechtliche Anpassungen	17	19
Abzüge vom zusätzlichen Kernkapital	- 5.053	- 10.845
Kernkapital	61.318	63.898
Ergänzungskapital	6.731	4.395
Nachrangige Verbindlichkeiten	6.526	4.120
Gemäß Bilanz	8.515	6.392
Dekonsolidierung/Konsolidierung von Gesellschaften	0	0
Aufsichtsrechtliche Anpassungen zum Bilanzausweis	- 1.989	- 2.272
Davon:		
Abschreibungen gemäß Art. 64 CRR	- 1.734	- 2.101
Sonstiges	- 255	- 171
Sonstige aufsichtsrechtliche Anpassungen	286	737
Davon:		
Berücksichtigung des vom AT1-Kapital aufgrund der Obergrenze ausgenommenen Betrags	0	446
Sonstiges	286	291
Abzüge vom Ergänzungskapital	- 81	- 462
Gesamtkapital	68.049	68.293

N/A – Nicht aussagekräftig

¹ Bezieht sich im Wesentlichen auf prudentielle Filter für Fonds zur baupartechnischen Absicherung.

Entwicklung der risikogewichteten Aktiva

Die RWA gemäß CRR/CRD 4 betragen 407,9 Mrd € zum 30. September 2015 im Vergleich zu 396,6 Mrd € zum Jahresende 2014. Der Anstieg von 11,2 Mrd € resultiert größtenteils auf einem Anstieg der RWA aus dem operationellen Risiko von 19,8 Mrd € welcher in Teilen durch Rückgänge in den anderen Risikoarten kompensiert wird. Der Anstieg bei den RWA des operationellen Risikos ergibt sich durch die Berücksichtigung von Verlusten und Rückstellungen aus Rechtsstreitigkeiten sowie durch die Erhöhung des operationellen Verlustprofils der kompletten Branche entstehen. Die RWA aus dem Kreditrisiko verringerten sich um 1,5 Mrd € als Ergebnis aus der geänderten Behandlung unseres leistungsorientierten Pensionsfondsvermögens sowie durch positive Effekte aus Rekalibrierungen der Risikoparameter und Ratingveränderungen. Die geringeren RWA im Marktrisiko sind auf zurückgegangene Risikovolumen im Marktrisiko Standardansatz bei Verbriefungspositionen zurückzuführen. Ein weiterer Rückgang von 2,5 Mrd € RWA resultierte aus den Kreditrisikobezogenen Bewertungsanpassungen (CVA), der durch weitere Reduzierung unseres Portfolios erzielt werden konnte, jedoch teilweise durch Veränderungen der Risikovolumen ausgeglichen wurde.

Die RWA gemäß CRR/CRD 4-Vollumsetzung betragen 407,6 Mrd € zum 30. September 2015 im Vergleich zu 394,0 Mrd € zum Jahresende 2014. Der Anstieg resultiert aus den gleichen Veränderungen wie zuvor für die risikogewichteten Aktiva unter Anwendung der Übergangsbestimmungen beschrieben. Die risikogewichteten Aktiva gemäß CRR/CRD 4-Vollumsetzung waren um 234 Mio € geringer als die RWA unter Anwendung der Übergangsbestimmungen. Der Unterschiedsbetrag kommt zu gleichen Teilen aus niedrigeren risikogewichteten Aktiva aus unseren latenten Steueransprüchen, die aus temporären Differenzen resultieren, und unseren signifikanten Beteiligungen in Instrumente des Harten Kernkapitals von Unternehmen der Finanzbranche, welche beide in die Schwellenwert-Ausnahmeregelung gemäß Artikel 48 CRR einbezogen werden.

Die nachfolgenden Tabellen zeigen die RWA nach Modell und Geschäftsbereich. Sie beinhalten die aggregierten Effekte der segmentellen Reallokation von infrastrukturbezogenen Positionen, soweit anwendbar, sowie Reallokationen zwischen den Segmenten.

Die Kategorie „Sonstige“ im Kreditrisiko im fortgeschrittenen IRBA enthält RWA aus Verbriefungspositionen im regulatorischen Bankbuch, spezifische Beteiligungspositionen und kreditrisikounabhängige Aktiva. Im Standardansatz entfällt der größte Teil der Kategorie „Sonstige“ auf RWA aus unseren Pensionsverpflichtungen und der Rest auf RWA aus Verbriefungen im regulatorischen Bankbuch sowie Positionen, welche weiteren Risikopositionswerten zugeordnet werden, ausgenommen solche von Zentralstaaten, Zentralbanken, Instituten, Unternehmen und dem Mengengeschäft.

Risikogewichtete Aktiva nach Modell und Geschäftsbereich

30.9.2015

in Mio €	Corporate Banking & Securities	Private & Business Clients	Global Transaction Banking	Deutsche Asset & Wealth Management	Non-Core Operations Unit	Consolidation & Adjustments and Other	Insgesamt
Kreditrisiko	89.168	72.461	45.125	7.968	16.063	11.869	242.654
Verrechnung zwischen den Geschäftssegmenten	- 3.410	500	4.644	355	72	- 2.161	0
Fortgeschrittener IRBA	83.966	62.058	34.682	4.594	10.635	13.091	209.026
Zentralstaaten und Zentralbanken	3.798	38	1.237	0	11	228	5.313
Institute	9.429	1.452	4.051	136	551	11	15.631
Unternehmen	58.906	10.446	28.931	3.306	3.646	1.396	106.631
Mengengeschäft	175	38.784	22	130	711	0	39.822
Sonstige	11.658	11.337	442	1.021	5.716	11.456	41.630
IRB-Basis-Ansatz	2.260	2.969	163	0	0	0	5.392
Zentralstaaten und Zentralbanken	0	0	0	0	0	0	0
Institute	0	5	0	0	0	0	5
Unternehmen	2.260	2.964	163	0	0	0	5.387
Standardansatz	5.385	6.805	5.634	3.020	5.354	938	27.137
Zentralstaaten oder Zentralbanken	20	64	16	2	0	0	102
Institute	617	132	29	22	5	2	808
Unternehmen	2.600	1.488	3.784	1.190	764	467	10.295
Mengengeschäft	6	4.186	264	34	606	0	5.095
Sonstige	2.141	935	1.541	1.772	3.980	469	10.837
Risikopositionsbetrag für Beiträge zum Ausfallfonds einer ZGP	968	129	0	0	1	0	1.099
Abwicklungsrisiko	6	0	0	0	0	0	6
Kreditrisikobezogene							
Bewertungsanpassung (CVA)	14.173	540	2	146	3.858	0	18.719
Interner Modell-Ansatz (IMA)	14.133	507	2	140	3.854	0	18.636
Standardansatz	41	33	0	6	4	0	83
Marktrisiko	40.194	56	236	1.609	17.515	0	59.609
Interner Modell-Ansatz (IMA)	32.100	1	236	691	8.322	0	41.349
Standardansatz	8.094	56	0	918	9.192	0	18.260
Operationelles Risiko¹	57.486	6.480	8.724	10.170	4.012	0	86.871
Fortgeschrittener Messansatz	57.486	6.480	8.724	10.170	4.012	0	86.871
Insgesamt	201.028	79.538	54.086	19.892	41.447	11.869	407.860

¹ Die geschäftsbereichsbezogenen Veränderungen wurden durch eine Änderung der Allokationsmethode im 1. Quartal 2015 hervorgerufen.

	31.12.2014						
in Mio €	Corporate Banking & Securities	Private & Business Clients	Global Transaction Banking	Deutsche Asset & Wealth Management	Non-Core Operations Unit	Consolidation & Adjustments and Other	Insgesamt
Kreditrisiko	83.548	69.584	41.740	7.310	19.280	22.666	244.128
Verrechnung zwischen den Geschäftssegmenten	- 2.200	520	3.327	330	94	- 2.071	0
Fortgeschrittener IRBA	77.263	58.786	31.763	3.910	13.062	14.638	199.422
Zentralstaaten und Zentralbanken	3.948	124	1.020	0	74	218	5.385
Institute	8.359	1.538	3.103	73	623	171	13.869
Unternehmen	55.678	9.938	26.916	2.740	5.062	1.199	101.533
Mengengeschäft	121	37.852	30	91	773	0	38.867
Sonstige	9.157	9.334	694	1.006	6.529	13.049	39.769
IRB-Basis-Ansatz	2.079	3.303	107	0	1	0	5.491
Zentralstaaten und Zentralbanken	0	0	0	0	0	0	0
Institute	0	0	0	0	0	0	0
Unternehmen	2.079	3.303	107	0	1	0	5.490
Standardansatz	4.804	6.884	6.542	3.070	6.122	10.099	37.522
Zentralstaaten oder Zentralbanken	21	63	27	3	0	0	114
Institute	593	124	51	4	3	35	810
Unternehmen	2.841	1.401	4.747	1.111	1.075	584	11.759
Mengengeschäft	7	4.064	422	45	1.141	18	5.697
Sonstige	1.341	1.232	1.296	1.908	3.903	9.462	19.142
Risikopositionsbetrag für Beiträge zum Ausfallfonds einer ZGP	1.601	90	1	0	1	0	1.693
Abwicklungsrisiko	25	0	0	0	0	1	27
Kreditrisikobezogene Bewertungsanpassung (CVA)	16.024	445	7	445	4.019	262	21.203
Interner Modell-Ansatz (IMA)	15.953	417	7	443	3.953	1	20.774
Standardansatz	71	28	0	2	66	261	428
Marktrisiko	44.469	92	199	2.483	16.967	0	64.209
Interner Modell-Ansatz (IMA)	31.439	0	199	1.339	8.625	0	41.602
Standardansatz	13.029	92	0	1.144	8.342	0	22.607
Operationelles Risiko	31.512	9.605	1.321	6.368	18.275	0	67.082
Fortgeschrittener Messansatz	31.512	9.605	1.321	6.368	18.275	0	67.082
Insgesamt	175.578	79.725	43.268	16.607	58.541	22.929	396.648

Die nachfolgenden Tabellen stellen eine Analyse der wesentlichen Einflussgrößen auf die RWA-Berechnungen für das Kredit-, Markt-, und operationelle Risiko sowie die kreditrisikobezogene Bewertungsanpassung in der Berichtsperiode dar.

Entwicklung der risikogewichteten Aktiva für das Kreditrisiko

in Mio €	Jan. – Sep. 2015 CRR/CRD 4		Jan. – Dez. 2014 CRR/CRD 4	
	Kreditrisiko	Davon: Derivate- und Wertpapier- finanzierungs- geschäfte	Kreditrisiko	Davon: Derivate- und Wertpapier- finanzierungs- geschäfte
RWA-Bestand für Kreditrisiko am Periodenanfang	244.128	41.117	202.186¹	29.454¹
Portfoliogröße	986	- 3.807	- 5.024	- 5.327
Portfolioqualität	- 1.708	- 95	- 2.348	1.841
Modellanpassungen	728	0	11.676	11.676
Methoden und Grundsätze	- 6.997	0	24.110	297
Akquisitionen und Verkäufe	- 206	0	- 3.198	- 62
Fremdwährungsbewegungen	7.839	2.032	11.752	3.237
Sonstige	- 2.116	0	4.974	0
RWA-Bestand für Kreditrisiko am Periodenende	242.654	39.246	244.128	41.117

¹ Der RWA-Bestand am Jahresende 2013 basiert auf Basel 2.5.

Die Klassifizierung der Kategorien für die Entwicklung der RWA für das Kreditrisiko ist mit den Anforderungen aus der „Enhanced Disclosure Task Force“ (EDTF) vollständig abgestimmt. Die Kategorie „Portfolioqualität“ zeigt hauptsächlich Effekte aufgrund von Veränderungen der Bonitätseinstufungen, der Verlustquoten bei Ausfall, der regelmäßigen Parameter-Rekalibrierungen sowie zusätzlichen Anwendungen von Sicherheitenvereinbarungen. Die Kategorie „Portfoliogröße“ beinhaltet organische Veränderungen im Umfang wie auch in der Zusammensetzung der Portfolios. Die Kategorie „Modellanpassungen“ zeigt vornehmlich den Einfluss von Modellverbesserungen und der zusätzlichen Anwendung fortgeschrittener Modelle. RWA-Veränderungen aufgrund externer, aufsichtsrechtlich bestimmter Veränderungen, wie zum Beispiel der Anwendung neuer Regelwerke, werden in der Kategorie „Methoden und Grundsätze“ berücksichtigt. Die Kategorie „Akquisitionen und Verkäufe“ beinhaltet signifikante Veränderungen der Portfoliozusammensetzung, welche durch neue Geschäftsaktivitäten oder Veräußerungen von bestehenden Geschäften gekennzeichnet sind. Die Kategorie „Sonstige“ enthält alle weiteren Änderungen, welche nicht den zuvor genannten Positionen zugeordnet werden können.

Der RWA Rückgang für das Kreditrisiko um 1,5 Mrd € (0.6 %) seit dem 31. Dezember 2014 ergibt sich hauptsächlich aus der Veränderung der Behandlung unseres leistungsorientierten Pensionsfondsvermögens in der Kategorie „Methoden und Grundsätze“. Der Rückgang in der Kategorie „Sonstige“ reflektiert vornehmlich den Effekt aus Veränderungen der Behandlung unseres leistungsorientierten Pensionsfondsvermögens im Zusammenhang mit den Übergangsregelungen im ersten Quartal. Weiterhin tragen in der Kategorie „Portfolioqualität“ einerseits Prozessverbesserungen und die Auswirkung von risikorelevanten Parameter-Rekalibrierungen zu diesem Rückgang bei. Dies wird teilweise kompensiert aus den Fremdwährungsbewegungen, insbesondere der Stärkung des US-Dollar.

Entwicklung der risikogewichteten Aktiva für kreditrisikobezogene Bewertungsanpassung (CVA)

in Mio €	Jan. – Sep. 2015 CRR/CRD 4	Jan. – Dez. 2014 CRR/CRD 4
RWA-Bestand für CVA am Periodenanfang	21.203	0¹
Veränderungen des Risikovolumens	-2.600	2.017
Veränderungen der Marktdaten und Rekalibrierungen	-1.249	-1.914
Modellverbesserungen	0	7.400
Methoden und Grundsätze	-77	12.330
Akquisitionen und Verkäufe	0	0
Fremdwährungsbewegungen	1.442	1.370
RWA-Bestand für CVA am Periodenende	18.719	21.203

¹ Der Wert für die RWA zum 31. Dezember 2013 war 0 €, da die Berechnung der kreditrisikobezogenen Bewertungsanpassungen eine neue Anforderung aus dem CRR/CRD 4-Rahmenwerk ist, welche erst zum 1. Januar 2014 eingeführt wurde.

Auf Basis des CRR/CRD 4-aufsichtsrechtlichen Rahmenwerks berechnen wir RWA für die CVA, welche die Kreditqualität unserer Kontrahenten berücksichtigt. Die RWA für die CVA bilden das Risiko von Marktwertverlusten auf das erwartete Gegenparteirisiko für alle OTC-Derivate ab. Wir berechnen den überwiegenden Teil der CVA auf Basis unseres eigenen internen Modells, das von der BaFin genehmigt wurde. Zum 30. September 2015 reduzierten sich die RWA für die CVA um 2,5 Mrd € oder 11,7 %. Damit ergibt sich der Betrag von 18,7 Mrd € gegenüber 21,2 Mrd € zum 31. Dezember 2014. Diese Reduzierung war im Wesentlichen auf den Rückgang unseres OTC-Derivate Portfolios zurückzuführen, welche teilweise durch Fremdwährungsbewegungen kompensiert worden ist.

Entwicklung der risikogewichteten Aktiva für das Marktrisiko

in Mio €	Jan. – Sep. 2015 CRR/CRD 4	Jan. – Dez. 2014 CRR/CRD 4
RWA-Bestand für Marktrisiko am Periodenanfang	64.209	47.259¹
Risikovolumen	-15.896	-10.161
Marktdaten und Rekalibrierungen	4.001	-730
Modellverbesserungen	158	5.101
Methoden und Grundsätze	5.707	20.089
Akquisitionen und Verkäufe	0	-81
Fremdwährungsbewegungen	1.429	2.732
RWA-Bestand für Marktrisiko am Periodenende	59.609	64.209

¹ Der RWA-Bestand am Jahresende 2013 basiert auf Basel 2.5.

Die Analyse für das Marktrisiko umfasst Bewegungen in unseren internen Modellen für den Value-at-Risk, den Stress-Value-at-Risk, den inkrementellen Risikoaufschlag, den umfassenden Risikoansatz sowie Ergebnisse vom Marktrisiko-Standardansatz, zum Beispiel für Handelsbuchverbriefungen und nth-to-default-Kreditderivate oder Handelspositionen der Postbank. Die Marktrisiko-RWA-Bewegungen, die sich durch Veränderungen in Marktdaten, Volatilitäten, Korrelationen, Liquidität und Bonitätseinstufungen ergeben, sind in der Kategorie „Marktdaten und Rekalibrierungen“ enthalten. Veränderungen in unseren internen Modellen für Marktrisiko-RWA, wie Methodenverbesserungen oder die Erweiterungen des Umfangs der erfassten Risiken, werden in die Kategorie „Modellverbesserungen“ einbezogen. In der Kategorie „Methoden und Grundsätze“ werden aufsichtsrechtlich vorgegebene Anpassungen unserer RWA-Modelle oder -Berechnungen berücksichtigt. Signifikante neue Geschäftstätigkeiten und Verkäufe würden in der Zeile „Akquisitionen und Verkäufe“ einbezogen.

Der RWA-Rückgang für Marktrisiken um 4,6 Mrd € (7,2 %) seit dem 31. Dezember 2014 ergab sich im Wesentlichen aus einem Rückgang der Kategorie „Risikovolumen“, welcher aus Rückgängen der Komponenten Marktrisiko-Standardansatz, Stressed-Value-at-Risk und Value-at-Risk resultierte. Dieser wurde teilweise durch Anstiege in den Kategorien „Marktdaten und Rekalibrierungen“, „Methoden und Grundsätze“ sowie „Fremdwährungsbewegungen“ aufgewogen. Die Erhöhung in der Kategorie „Methoden und Grundsätze“ resultiert hauptsächlich aus dem Marktrisiko-Standardansatz aufgrund des Auslaufens des Übergangszeitraums, welcher in Artikel 337 (4) CRR gewährt wurde. Im Ergebnis basiert die nun geltende Berechnung auf der Summe der gewichteten Netto-Long-Positionen sowie der Summe der gewichteten Netto-Short-Positionen anstatt auf der größeren der beiden Summen. Des Weiteren ergab sich eine Zunahme in der Kategorie Fremdwährungsbewegungen, welche sich im Marktrisiko-Standardansatz widerspiegelt.

Entwicklung der risikogewichteten Aktiva für das operationelle Risiko

in Mio €	Jan. – Sep. 2015 CRR/CRD 4	Jan. – Dez. 2014 CRR/CRD 4
RWA-Bestand für das operationelle Risiko am Periodenanfang	67.082	50.891¹
Veränderungen des Verlustprofils (intern und extern)	20.371	9.345
Veränderung der erwarteten Verluste	-2.182	37
Zukunftsgerichtete Risikokomponente	877	-734
Modellverbesserungen	724	7.652
Methoden und Grundsätze	0	0
Akquisitionen und Verkäufe	0	-109
RWA-Bestand für das operationelle Risiko am Periodenende	86.871	67.082

¹ Der RWA-Bestand am Jahresende 2013 basiert auf Basel 2.5.

Der Anstieg der risikogewichteten Aktiva um insgesamt 19,8 Mrd € resultierte vorrangig aus großen operationellen Risikoereignissen wie beispielsweise aufsichtlich bedingte Vergleichszahlungen von Finanzinstituten, die in unserem AMA-Modell berücksichtigt werden. Als Folge der proaktiven Berücksichtigung von Modelländerungen reagiert das AMA-Modell hinsichtlich der Entwicklung erwarteter Verluste risikosensitiver, was zu einem höheren erwarteten Verlustabzug führt. Im ersten Quartal 2015 erlaubte uns die gemeinschaftliche Aufsicht die Nutzung eines erweiterten divisionalen Allokationsschlüssels, der eine RWA-Zunahme in Höhe von 0,7 Mrd € zur Folge hatte.

Weitere in den Modellverbesserungen enthaltene Auswirkungen auf die übrigen RWA-Komponenten des operationellen Risikos werden sich voraussichtlich im Anschluss an die erwartete Genehmigung der gemeinschaftlichen Aufsicht und Umsetzung der Modelländerungen einstellen.

Bilanzmanagement

Wir steuern unsere Bilanz auf Konzernebene und gegebenenfalls in den einzelnen Regionen lokal. Wir weisen unsere Finanzressourcen bevorzugt den Geschäftsportfolios zu, die sich am positivsten auf unsere Rentabilität und unseren Shareholder Value auswirken. Wir überwachen und analysieren die Bilanzentwicklung und beobachten bestimmte marktrelevante Bilanzkennzahlen. Diese dienen als Basis für Diskussionen und Managemententscheidungen des Capital and Risk Committee. Mit der Veröffentlichung des CRR/CRD 4-Rahmenwerks am 27. Juni 2013 haben wir die Berechnung unserer Verschuldungsquote an dieses Rahmenwerk angepasst. Unsere Berechnung des Risikomaßes der Verschuldungsquote berücksichtigt den am 10. Oktober 2014 von der Europäischen Kommission verabschiedeten und am 17. Januar 2015 im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlichten delegierten Rechtsakt.

Verschuldungsquote gemäß dem CRR/CRD 4-Rahmenwerk auf Basis einer Vollumsetzung

Im Rahmen der CRR/CRD 4 wurde eine nicht risikobasierte Verschuldungsquote eingeführt, die neben den risikobasierten Kapitalanforderungen als zusätzliche Kennzahl genutzt werden soll. Ziel ist es, die Zunahme der Verschuldung in der Bankenbranche zu begrenzen, das Risiko eines destabilisierenden Schuldenaufbaus, der dem Finanzsystem und der Wirtschaft schaden kann, in einer Krise zu mindern und die risikobasierten Anforderungen durch einen einfachen, nicht risikobasierten Sicherheitsmechanismus zu ergänzen.

Um die Offenlegung der Verschuldungsquote und ihrer Komponenten mit den Anforderungen basierend auf dem Basel-Komitee-Rahmenwerk und Offenlegungspflichten für die Basel 3-Verschuldungsquote in Einklang zu bringen, hat die European Banking Authority (EBA) gemäß Artikel 451 (2) CRR das Mandat erhalten, Entwürfe technischer Durchführungsstandards (ITS) zu entwickeln. Die vor diesem Hintergrund am 5. Juni 2014 veröffentlichten ITS-Entwürfe enthalten einheitliche Vorlagen zur Offenlegung der Verschuldungsquote und ihren Komponenten. Wie zuvor beschrieben wurde durch die Europäische Kommission ein delegierter Rechtsakt verabschiedet und am 15. Juni 2015 wurden durch die EBA finale ITS-Entwürfe zur Offenlegung der Verschuldungsquote veröffentlicht. Da die finalen ITS-Entwürfe noch nicht von der Europäischen Kommission verabschiedet wurden, berichten wir weiterhin die Risikomaße der Verschuldungsquote basierend auf den angepassten ITS-Entwürfen vom 5. Juni 2014.

Die folgenden Tabellen zeigen die Risikomaße der Verschuldungsquote auf Basis der gültigen CRR/CRD 4-Regeln:

Überleitung der Bilanzsumme nach IFRS zum Risikomaß der Verschuldungsquote

in Mrd €	30.9.2015	31.12.2014
Bilanzsumme gemäß dem veröffentlichten Konzernabschluss	1.719	1.709
Anpassungen für Unternehmen, die für Zwecke der Rechnungslegung konsolidiert werden, aber nicht in den Anwendungsbereich der aufsichtsrechtlichen Konsolidierung fallen	0	- 28
Anpassungen bei derivativen Finanzinstrumenten	- 290	- 276
Anpassungen bei Wertpapierfinanzierungsgeschäften	22	16
Anpassungen bei außerbilanziellen Positionen (z.B. Umrechnung der Kreditäquivalenzbeträge von außerbilanzielle Risikopositionen)	109	127
Andere Anpassungen	- 140	- 103
Risikomaß der Verschuldungsquote	1.420	1.445

Veröffentlichung der Verschuldungsquote

in Mrd €

(soweit nicht anders angegeben)

	30.9.2015	31.12.2014
Risikomaß aus Derivativen:		
Wiederbeschaffungswert im Zusammenhang mit Derivatetransaktionen nach Aufrechnung von in bar erhaltenen variablen Nachschusszahlungen	66	72
Aufschlag auf Wiederbeschaffungswerte im Zusammenhang mit Derivatetransaktionen	177	221
Nominalwert geschriebener Kreditderivate	42	65
Summe Risikomaß aus Derivativen	285	358
Risikomaß aus Wertpapierfinanzierungsgeschäften:		
Wertpapierfinanzierungsgeschäfte (brutto)	153	138
Aufschlag auf Wertpapierfinanzierungsgeschäfte für Kontrahentenrisiko	14	14
Summe Risikomaß aus Wertpapierfinanzierungsgeschäften	167	152
Risikomaß aus außerbilanziellen Positionen:		
Mit 10 % Gewichtungsfaktor	5	4
Mit 20 % Gewichtungsfaktor	14	10
Mit 50 % Gewichtungsfaktor	77	69
Mit 100 % Gewichtungsfaktor	13	44
Summe Risikomaß aus außerbilanziellen Positionen	109	127
Sonstige Aktiva	875	827
Aktiva, die bei der Bestimmung des Kernkapitals auf Basis einer Vollumsetzung abgezogen werden	- 15	- 19
Kapital und Summe Risikomaß:		
Kernkapital auf Basis einer Vollumsetzung	51,5	50,7
Summe Risikomaß	1.420	1.445
CRR/CRD 4-Verschuldungsquote auf Basis einer Vollumsetzung in Bezug auf das CRR/CRD 4-Kernkapital (Vollumsetzung) (in %)	3,6	3,5

Aufriss der Risikomaße der Bilanzpositionen (ohne Derivate und Wertpapierfinanzierungsgeschäfte)

in Mrd €

	30.9.2015	31.12.2014
Bilanzielles Risikomaß (ohne Derivate und Wertpapierfinanzierungsgeschäfte)	875	827
Davon:		
Risikomaß des Handelsbuchs nach Aufrechnung von in Bar gezahlten variablen Nachschusszahlungen	209	206
Risikomaß des Anlagebuchs	665	621
Davon:		
Gedekte Schuldverschreibungen	4	5
Staaten	169	147
Risikomaß gegenüber Regionalregierungen, multilateralen Entwicklungsbanken, internationalen Organisationen und Unternehmen öffentlichen Rechts, die nicht bereits in der Kategorie Staaten berücksichtigt wurden	2	2
Institute	24	19
Durch Immobilien besichert	162	159
Mengengeschäft	36	35
Unternehmen	183	170
Ausgefallene Positionen	10	11
Sonstige (z.B. Beteiligungspositionen, Verbriefungen und sonstige kreditunabhängige Aktiva)	75	73

Zum 30. September 2015 betrug unsere CRR/CRD 4-Verschuldungsquote 3,6 % verglichen mit 3,5 % am 31. Dezember 2014, unter Berücksichtigung des Kernkapitals auf Basis einer Vollumsetzung in Höhe von 51,5 Mrd € im Verhältnis zum anzuwendenden Risikomaß in Höhe von 1.420 Mrd € (50,7 Mrd € sowie 1.445 Mrd € per 31. Dezember 2014).

In den ersten neun Monaten des Jahres ging unser Risikomaß der Verschuldungsquote um 25 Mrd € zurück unter Berücksichtigung von Währungseffekten in Höhe von 61 Mrd €. Ohne den bereits erwähnten Währungseffekt verringerte sich das Risikomaß der Verschuldungsquote um 86 Mrd €. Dies beinhaltet hauptsächlich Reduzierungen bei Derivaten (67 Mrd €) und dem Risikoabbau bei unserer NCOU (35 Mrd €). Dem Abbau standen Erhöhungen bei Forderungen aus dem Kreditgeschäft, Wertpapierfinanzierungsgeschäften und übrige Aktiva (16 Mrd €) gegenüber.

Unsere Verschuldungsquote berechnet auf Basis der gesamten IFRS-Aktiva im Vergleich zum gesamten IFRS-Eigenkapital betrug 25 zum 30. September 2015 (23 zum 31. Dezember 2014).

Für die zentralen Treiber der Kernkapitalentwicklung verweisen wir auf den Unterabschnitt „Aufsichtsrechtliches Eigenkapital“ in Abschnitt „Vermögenslage“ dieses Berichts.

Interne Kapitaladäquanz

Die von uns im Rahmen unseres internen Prozesses zur Sicherstellung der Risikotragfähigkeit („Internal Capital Adequacy Assessment Process“, auch ICAAP) auf Basis eines unterstellten Liquidationsszenarios („Gone Concern Approach“) verwendete primäre Messgröße zur Ermittlung unserer internen Kapitaladäquanz ist das Verhältnis unseres Kapitalangebots zu unserer Kapitalanforderung, wie in der nachstehenden Tabelle dargestellt. Die Definition des Kapitalangebots ist an die Vorschriften des CRR/CRD 4-Kapitalrahmenwerks angepasst. Abzüge vom Kapitalangebot nach Säule 2 (ICAAP) wurden an die Definition nach Säule 1 (CRR /CRD4) angeglichen. Im Ergebnis werden jetzt Zusätzliche Bewertungsanpassung, Fehlbetrag zwischen Wertberichtigungen und erwartetem Verlust, Fonds für baupartechnische Absicherung und Eigene Instrumente des Harten Kernkapitals vom Säule 2 Kapitalangebot abgezogen. Der Vorjahresvergleich wurde angepasst.

Interne Kapitaladäquanz

in Mio €
(sofern nicht anders angegeben)

	30.9.2015	31.12.2014
Kapitalangebot		
Den Aktionären zurechenbares Eigenkapital	63.949	68.351
Gewinne aus beizulegenden Zeitwerten eigener Verbindlichkeiten und Debt Valuation Adjustments, in Bezug auf eigenes Kreditrisiko ¹	- 501	- 544
Vermögenswerte leistungsdefinierter Pensionsfonds ²	- 1.013	- 961
Aktive latente Steuern	- 6.826	- 6.865
Zusätzliche Bewertungsanpassung ³	- 1.986	0
Fehlbetrag zwischen Wertberichtigungen und erwartetem Verlust	0	- 712
Fonds baupartechnische Absicherung	- 349	- 345
Eigene Instrumente des Harten Kernkapitals	- 66	- 54
Anpassungen des beizulegenden Zeitwerts für umklassifizierte Finanzinstrumente ⁴	- 7	0
Anteile ohne beherrschenden Einfluss ⁵	0	0
Hybride Tier-1-Kapitalinstrumente	11.865	16.158
Tier-2-Kapitalinstrumente	8.728	6.620
Kapitalangebot	73.793	81.648
Kapitalanforderung		
Ökonomischer Kapitalbedarf	34.814	31.866
Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte	9.932	14.951
Kapitalanforderung	44.746	46.817
Interne Kapitaladäquanzquote in %	165	174

¹ Beinhaltet Abzüge von Fair-Value-Erträgen auf eigene Krediteffekte in Bezug auf eigene Verbindlichkeiten, die zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, sowie Debt Valuation Adjustments.

² Beinhaltet Netto-Vermögenswerte (Aktiva abzüglich Verbindlichkeiten) leistungsdefinierter Pensionsfonds, im vorliegenden Beispiel angewandt auf den Fall einer Überdeckung von Pensionsverpflichtungen.

³ Analog zum Abschnitt Kapitalmanagement.

⁴ Beinhaltet Adjustierungen des beizulegenden Zeitwerts für in Übereinstimmung mit IAS 39 umgewidmete Vermögenswerte sowie für Anlagevermögen, für das keine kongruente Refinanzierung vorliegt. Positive Beträge werden nicht berücksichtigt.

⁵ Beinhaltet Anteile ohne beherrschenden Einfluss bis zum Betrag des Ökonomischen Kapitalbedarfs für jede Tochtergesellschaft.

Eine Quote von mehr als 100 % bestätigt, dass unser gesamtes Kapitalangebot ausreicht, die über die Risikopositionen ermittelte Kapitalanforderung abzudecken. Diese Quote betrug 165 % zum 30. September 2015 im Vergleich zu 174 % zum 31. Dezember 2014. Die Änderung der Quote resultierte aus dem reduzierten Kapitalangebot. Der Rückgang des den Aktionären zurechenbaren Eigenkapitals um 4,4 Mrd € resultierte hauptsächlich aus den Wertminderungen auf die immateriellen Vermögenswerten. Der Rückgang der Hybriden Tier-1-Instrumente um 4,3 Mrd € resultierte im Wesentlichen aus gekündigten Kapitalinstrumenten. Der Anstieg der Tier-2-Kapitalinstrumente um 2,1 Mrd. € reflektiert vornehmlich die Neuemission von Kapitalinstrumenten. Der Rückgang der Kapitalanforderung resultiert aus den Wertminderungen auf die immateriellen Vermögenswerten (siehe Abschnitt: Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte), teilweise kompensiert durch den höheren Ökonomischen Kapitalbedarf, der im Abschnitt „Risikoprofil“ näher erläutert ist.

Die obigen Messgrößen zur Risikotragfähigkeit werden auf den konsolidierten Konzern (inklusive Postbank) angewandt und bilden einen integralen Teil unseres Rahmenwerks für das Risiko- und Kapitalmanagement.

Bescheinigung nach prüferischer Durchsicht

An die Deutsche Bank Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main

Wir haben den verkürzten Konzernzwischenabschluss – bestehend aus Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung, Konzern-Gesamtergebnisrechnung, Konzernbilanz, Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung und Konzern-Kapitalflussrechnung sowie ausgewählten erläuternden Anhangangaben – und den Konzernzwischenlagebericht der Deutsche Bank Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main, für den Zeitraum vom 1. Januar bis 30. September 2015, die Bestandteile des Quartalsfinanzberichts nach § 37x Abs. 3 WpHG sind, einer prüferischen Durchsicht unterzogen. Die Aufstellung des verkürzten Konzernzwischenabschlusses nach den IFRS für Zwischenberichterstattung, wie sie in der EU anzuwenden sind, und nach den IFRS für Zwischenberichterstattung, wie sie vom International Accounting Standards Board (IASB) verlautbart worden sind, und des Konzernzwischenlageberichts nach den für Konzernzwischenlageberichte anwendbaren Vorschriften des WpHG liegt in der Verantwortung des Vorstands der Deutsche Bank Aktiengesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, eine Bescheinigung zu dem verkürzten Konzernzwischenabschluss und dem Konzernzwischenlagebericht auf der Grundlage unserer prüferischen Durchsicht abzugeben.

Wir haben die prüferische Durchsicht des verkürzten Konzernzwischenabschlusses und des Konzernzwischenlageberichts unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze für die prüferische Durchsicht von Abschlüssen vorgenommen. Danach ist die prüferische Durchsicht so zu planen und durchzuführen, dass wir bei kritischer Würdigung mit einer gewissen Sicherheit ausschließen können, dass der verkürzte Konzernzwischenabschluss in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den IFRS für Zwischenberichterstattung, wie sie in der EU anzuwenden sind, und nach den IFRS für Zwischenberichterstattung, wie sie vom IASB verlautbart worden sind, und der Konzernzwischenlagebericht in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den für Konzernzwischenlageberichte anwendbaren Vorschriften des WpHG aufgestellt worden sind. Eine prüferische Durchsicht beschränkt sich in erster Linie auf Befragungen von Mitarbeitern der Gesellschaft und auf analytische Beurteilungen und bietet deshalb nicht die durch eine Abschlussprüfung erreichbare Sicherheit. Da wir auftragsgemäß keine Abschlussprüfung vorgenommen haben, können wir einen Bestätigungsvermerk nicht erteilen.

Auf der Grundlage unserer prüferischen Durchsicht sind uns keine Sachverhalte bekannt geworden, die uns zu der Annahme veranlassen, dass der verkürzte Konzernzwischenabschluss in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den IFRS für Zwischenberichterstattung, wie sie in der EU anzuwenden sind, und nach den IFRS für Zwischenberichterstattung, wie sie vom IASB verlautbart worden sind, oder dass der Konzernzwischenlagebericht in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den für Konzernzwischenlageberichte anwendbaren Vorschriften des WpHG aufgestellt worden ist.

Frankfurt am Main, den 28. Oktober 2015

KPMG AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Pukropski
Wirtschaftsprüfer

Beier
Wirtschaftsprüfer

Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung (nicht testiert)

Gewinn- und Verlustrechnung

in Mio €	3. Quartal		Jan. – Sep.	
	2015	2014	2015	2014
Zinsen und ähnliche Erträge	6.661	5.909	20.054	18.517
Zinsaufwendungen	2.968	2.496	8.029	8.063
Zinsüberschuss	3.693	3.413	12.025	10.454
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	207	269	576	765
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge im Kreditgeschäft	3.486	3.144	11.448	9.689
Provisionsüberschuss	3.108	3.132	9.836	9.240
Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen	700	830	4.279	3.700
Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	59	82	297	179
Ergebnis aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen	- 542	166	- 121	493
Sonstige Erträge	312	241	568	51
Zinsunabhängige Erträge insgesamt	3.637	4.451	14.858	13.663
Personalaufwand	3.309	3.190	10.189	9.530
Sachaufwand und sonstiger Aufwand	4.171	4.049	13.575	10.624
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	- 29	77	134	209
Wertminderungen auf Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte	5.770	0	5.770	0
Restrukturierungsaufwand	2	13	31	125
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	13.224	7.328	29.700	20.488
Ergebnis vor Steuern	- 6.101	266	- 3.393	2.864
Ertragsteueraufwand/-ertrag (-)	- 77	358	1.254	1.614
Gewinn/Verlust (-) nach Steuern	- 6.024	- 92	- 4.647	1.250
Den Anteilen ohne beherrschenden Einfluss zurechenbares Konzernergebnis	- 12	3	26	24
Den Deutsche Bank-Aktionären und Zusätzlichen Eigenkapitalbestandteilen zurechenbares Konzernergebnis	- 6.013	- 94	- 4.674	1.225

Ergebnis je Aktie

	3. Quartal		Jan. – Sep.	
	2015	2014	2015	2014
Ergebnis je Aktie:¹				
Unverwässert	- 4,35 € ²	- 0,07 €	- 3,53 € ²	1,03 €
Verwässert	- 4,35 € ²	- 0,07 €	- 3,53 € ²	1,00 €
Anzahl der Aktien in Millionen:¹				
Gewichteter Durchschnitt der ausstehenden Aktien – Nenner für die Berechnung des Ergebnisses je Aktie (unverwässert)	1.383,3	1.381,6	1.388,3	1.193,1
Bereinigter gewichteter Durchschnitt der ausstehenden Aktien nach angenommener Wandlung – Nenner für die Berechnung des Ergebnisses je Aktie (verwässert) ³	1.383,3	1.381,6	1.388,3	1.221,6

¹ Die Anzahl der durchschnittlich ausstehenden Aktien (unverwässert und verwässert) wurde für alle Perioden vor Juni 2014 angepasst, um den Effekt der Bonuskomponente von Bezugsrechten, die im Juni 2014 im Rahmen der Kapitalerhöhung ausgegeben wurden, zu berücksichtigen.

² Im Zusammenhang mit den im April 2015 gezahlten Kupons auf Zusätzliche Tier-1-Anleihen wurde das Ergebnis um 228 Mio € nach Steuern angepasst.

³ Aufgrund der Verlustsituation im dritten Quartal 2015, im dritten Quartal 2014 sowie in den ersten neun Monaten 2015 werden potentiell verwässernde Aktien grundsätzlich nicht für die Berechnung des Ergebnisses je Aktie berücksichtigt, da diese nach angenommener Wandlung den Nettoverlust je Aktie verringern würden. In einer Gewinnsituation hingegen wäre der bereinigte gewichtete Durchschnitt der ausstehenden Aktien nach angenommener Wandlung für das dritte Quartal 2015 um 26,2 Millionen, für das dritte Quartal 2014 um 25,7 Millionen sowie für die ersten neun Monate 2015 um 27,5 Millionen Aktien höher gewesen.

Konzern-Gesamtergebnisrechnung (nicht testiert)

in Mio €	3. Quartal		Jan. – Sep.	
	2015	2014	2015	2014
In der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung berücksichtigter Gewinn/Verlust (–), nach Steuern	- 6.024	- 92	- 4.647	1.250
Sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung				
Sachverhalte, die nicht in die Gewinn- und Verlustrechnung reklassifiziert werden				
Neubewertungsgewinne/-verluste (–) in Bezug auf leistungsdefinierte Versorgungszusagen, vor Steuern	87	- 221	- 26	- 234
Ertragsteuern auf Sachverhalte, die nicht in die Gewinn- und Verlustrechnung reklassifiziert werden	- 89	119	- 117	327
Sachverhalte, die in die Gewinn- und Verlustrechnung reklassifiziert werden oder werden können				
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte				
Unrealisierte Gewinne/Verluste (–) der Periode, vor Steuern	87	433	- 197	1.203
In die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliederte Gewinne (–)/Verluste, vor Steuern	- 68	- 64	- 282	- 139
Derivate, die Schwankungen zukünftiger Zahlungsströme absichern				
Unrealisierte Gewinne/Verluste (–) der Periode, vor Steuern	23	21	4	2
In die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliederte Gewinne (–)/Verluste, vor Steuern	5	7	15	333
Zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte				
Unrealisierte Gewinne/Verluste (–) der Periode, vor Steuern	0	0	0	0
In die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliederte Gewinne (–)/Verluste, vor Steuern	0	- 4	0	- 3
Anpassungen aus der Währungsumrechnung				
Unrealisierte Gewinne/Verluste (–) der Periode, vor Steuern	- 323	1.934	2.320	2.087
In die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliederte Gewinne (–)/Verluste, vor Steuern	4	0	4	- 1
Nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligungen				
Gewinne/Verluste (–) der Periode, vor Steuern	- 1	5	66	- 33
Ertragsteuern auf Sachverhalte, die in die Gewinn- und Verlustrechnung reklassifiziert werden oder werden können	- 145	- 115	- 5	- 433
Sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung, nach Steuern	- 421	2.116	1.783	3.108
Gesamtergebnis, nach Steuern	- 6.446	2.024	- 2.864	4.357
Zurechenbar:				
Den Anteilen ohne beherrschenden Einfluss	- 13	21	44	42
Den Deutsche Bank-Aktionären und Zusätzlichen Eigenkapitalbestandteilen	- 6.433	2.004	- 2.908	4.314

Konzernbilanz (nicht testiert)

Aktiva

in Mio €	30.9.2015	31.12.2014
Barreserve	27.278	20.055
Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	75.284	63.518
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	23.720	17.796
Forderungen aus Wertpapierleihen	33.109	25.834
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte		
Handelsaktiva	196.998	195.681
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	571.611	629.958
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	113.098	117.285
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte insgesamt	881.707	942.924
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	71.088	64.297
Nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligungen	4.082	4.143
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	428.337	405.612
Sachanlagen	2.894	2.909
Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte	9.932	14.951
Sonstige Aktiva	153.544	137.980
Ertragsteuerforderungen ¹	8.398	8.684
Summe der Aktiva	1.719.374	1.708.703

Passiva

in Mio €	30.9.2015	31.12.2014
Einlagen	570.223	532.931
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	7.086	10.887
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen	3.344	2.339
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen		
Handelspassiva	55.995	41.843
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	544.440	610.202
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	38.687	37.131
Investmentverträge	8.268	8.523
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen insgesamt	647.390	697.699
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	30.194	42.931
Sonstige Passiva	213.437	183.823
Rückstellungen ²	8.122	6.677
Ertragsteuerverbindlichkeiten ¹	2.581	2.783
Langfristige Verbindlichkeiten	161.187	144.837
Hybride Kapitalinstrumente	6.931	10.573
Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	0	0
Summe der Verbindlichkeiten	1.650.495	1.635.481
Stammaktien, ohne Nennwert, rechnerischer Nominalwert 2,56 €	3.531	3.531
Kapitalrücklage	33.447	33.626
Gewinnrücklagen	23.170	29.279
Eigene Aktien im Bestand zu Anschaffungskosten	-30	-8
Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	0	0
Kumulierte sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung, nach Steuern ³	3.831	1.923
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Eigenkapital	63.949	68.351
Zusätzliche Eigenkapitalbestandteile ⁴	4.674	4.619
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	256	253
Eigenkapital insgesamt	68.879	73.223
Summe der Passiva	1.719.374	1.708.703

¹ Ertragsteuerforderungen und -verbindlichkeiten umfassen latente und laufende Steuern.

² Beinhalten Rückstellungen für operationelle Risiken/Rechtsstreitigkeiten von 5,2 Mrd € zum 30. September 2015 und von 3,6 Mrd € zum 31. Dezember 2014.

³ Ohne Neubewertungseffekte in Bezug auf leistungsdefinierte Versorgungszusagen, nach Steuern.

⁴ Beinhaltet Zusätzliche Tier-1-Anleihen, die unbesicherte und nachrangige Anleihen der Deutschen Bank darstellen und unter IFRS als Eigenkapital klassifiziert sind.

Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung (nicht testiert)

in Mio €	Stammaktien (ohne Nennwert)	Kapital- rücklage	Gewinn- rücklagen	Eigene Aktien im Bestand zu Anschaffungs- kosten	Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	Unrealisierte Gewinne/Verluste (-) aus zur Veräußerung verfügbaren finanziel- len Vermögenswerten, nach Steuern und sonstigen Anpassungen ¹
Bestand zum 31. Dezember 2013	2.610	26.204	28.376	- 13	0	303
Gesamtergebnis, nach Steuern ²	0	0	1.225	0	0	763
Begebene Stammaktien	921	7.587	0	0	0	0
Gezahlte Bardividende	0	0	- 765	0	0	0
Coupon auf Zusätzliche Eigenkapitalbestandteile, nach Steuern	0	0	0	0	0	0
Neubewertungsgewinne/-verluste (-) in Bezug auf leistungsdefinierte Versorgungszusagen, nach Steuern	0	0	93	0	0	0
Nettoveränderung der aktienbasierten Vergütung in der Berichtsperiode	0	- 367	0	0	0	0
Im Rahmen von aktienbasierten Vergütungsplänen ausgegebene Eigene Aktien	0	0	0	822	0	0
Steuervorteile im Zusammenhang mit aktienbasierten Vergütungsplänen	0	- 32	0	0	0	0
Zugänge zu der Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	0	0	0	0	0	0
Abgänge von der Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	0	0	0	0	0	0
Optionsprämien und sonstige Veränderungen aus Optionen auf Deutsche Bank-Aktien	0	- 47	0	0	0	0
Kauf Eigener Aktien	0	0	0	- 7.983	0	0
Verkauf Eigener Aktien	0	0	0	7.157	0	0
Gewinne/Verluste (-) aus dem Verkauf Eigener Aktien	0	- 4	0	0	0	0
Sonstige	0	29	0	0	0	0
Bestand zum 30. September 2014	3.531	33.370	28.930	- 17	0	1.066
Bestand zum 31. Dezember 2014	3.531	33.626	29.279	- 8	0	1.675
Gesamtergebnis, nach Steuern ²	0	0	- 4.674	0	0	- 365
Begebene Stammaktien	0	0	0	0	0	0
Gezahlte Bardividende	0	0	- 1.034	0	0	0
Coupon auf Zusätzliche Eigenkapitalbestandteile, nach Steuern	0	0	- 228	0	0	0
Neubewertungsgewinne/-verluste (-) in Bezug auf leistungsdefinierte Versorgungszusagen, nach Steuern	0	0	- 143	0	0	0
Nettoveränderung der aktienbasierten Vergütung in der Berichtsperiode	0	- 221	0	0	0	0
Im Rahmen von aktienbasierten Vergütungsplänen ausgegebene Eigene Aktien	0	0	0	780	0	0
Steuervorteile im Zusammenhang mit aktienbasierten Vergütungsplänen	0	0	0	0	0	0
Zugänge zu der Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	0	0	0	0	0	0
Abgänge von der Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	0	0	0	0	0	0
Optionsprämien und sonstige Veränderungen aus Optionen auf Deutsche Bank-Aktien	0	- 34	0	0	0	0
Kauf Eigener Aktien	0	0	0	- 8.340	0	0
Verkauf Eigener Aktien	0	0	0	7.538	0	0
Gewinne/Verluste (-) aus dem Verkauf Eigener Aktien	0	1	0	0	0	0
Sonstige	0	75	- 31	0	0	0
Bestand zum 30. September 2015	3.531	33.447	23.170	- 30	0	1.309

¹ Ohne unrealisierte Gewinne/Verluste aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen.

² Ohne Neubewertungsgewinne/-verluste in Bezug auf leistungsdefinierte Versorgungszusagen, nach Steuern.

Unrealisierte Gewinne/Verluste (-) aus Derivaten, die Schwankungen zukünftiger Zahlungsströme absichern, nach Steuern ¹	Unrealisierte Gewinne/Verluste (-) aus zum Verkauf bestimmten Vermögenswerten, nach Steuern ¹	Anpassungen aus der Währungsumrechnung, nach Steuern ¹	Unrealisierte Gewinne/Verluste (-) aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen	Kumulierte sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung, nach Steuern ²	Den Aktionären zurechenbares Eigenkapital	Zusätzliche Eigenkapitalbestandteile ³	Anteile ohne beherrschenden Einfluss	Eigenkapital insgesamt
- 101	2	- 2.713	53	- 2.457	54.719	0	247	54.966
182	- 2	2.085	- 33	2.996	4.221	0	42	4.264
0	0	0	0	0	8.508	0	0	8.508
0	0	0	0	0	- 765	0	- 4	- 769
0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	93	0	0	93
0	0	0	0	0	- 367	0	0	- 367
0	0	0	0	0	822	0	0	822
0	0	0	0	0	- 32	0	0	- 32
0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	- 47	0	0	- 47
0	0	0	0	0	- 7.983	0	0	- 7.983
0	0	0	0	0	7.157	0	0	7.157
0	0	0	0	0	- 4	0	0	- 4
0	0	0	0	0	29	3.468 ⁴	0	3.497
81	0	- 628	20	539	66.352	3.468	286	70.106
79	0	151	18	1.923	68.351	4.619	253	73.223
13	0	2.194	66	1.908	- 2.765	0	44	- 2.721
0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	- 1.034	0	- 6	- 1.040
0	0	0	0	0	- 228	0	0	- 228
0	0	0	0	0	- 143	0	0	- 143
0	0	0	0	0	- 221	0	0	- 221
0	0	0	0	0	780	0	0	780
0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	- 34	0	0	- 34
0	0	0	0	0	- 8.340	0	0	- 8.340
0	0	0	0	0	7.538	0	0	7.538
0	0	0	0	0	1	0	0	1
0	0	0	0	0	44	56 ⁵	- 35	65
93	0	2.345	84	3.831	63.949	4.674	256	68.879

³ Beinhaltet Zusätzliche Tier-1-Anleihen, die unbesicherte und nachrangige Anleihen der Deutschen Bank darstellen und unter IFRS als Eigenkapital klassifiziert sind.

⁴ Beinhaltet die Nettoerlöse aus der Ausgabe, dem Rückkauf und dem Verkauf von Zusätzlichen Eigenkapitalbestandteilen.

⁵ Beinhaltet die Nettoerlöse aus dem Rückkauf und dem Verkauf von Zusätzlichen Eigenkapitalbestandteilen.

Konzern-Kapitalflussrechnung (nicht testiert)

in Mio €	Jan. – Sep	
	2015	2014
Gewinn/Verlust (-) nach Steuern	- 4.647	1.250
Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit:		
Überleitung auf den Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit:		
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	576	765
Restrukturierungsaufwand	31	125
Ergebnis aus dem Verkauf von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten, nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen und Sonstigem	- 422	- 283
Latente Ertragsteuern, netto	144	782
Abschreibungen, Wertberichtigungen und Zuschreibungen	8.319	3.641
Anteilige Gewinne aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen	- 572	- 446
Gewinn/Verlust (-) nach Steuern, bereinigt um nicht liquiditätswirksamen Aufwand/Ertrag und sonstige Posten	3.428	5.834
Anpassungen aufgrund einer Nettoveränderung der operativen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten:		
Verzinsliche Termineinlagen bei Kreditinstituten	28.928	11.552
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen, aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos) und Wertpapierleihen	- 11.105	- 5.314
Zum beizulegenden Zeitwert bilanzierte finanzielle Vermögenswerte	8.698	43.531
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	- 14.839	- 17.299
Sonstige Aktiva	- 12.358	- 66.634
Einlagen	30.086	13.462
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen und Investmentverträge ¹	- 210	- 31.827
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Wertpapierpensionsgeschäften (Repos) und Wertpapierleihen	- 3.679	- 3.320
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	- 13.870	- 9.802
Sonstige Passiva	25.495	52.616
Vorrangige langfristige Verbindlichkeiten ²	14.026	15.646
Handelsaktiva und -passiva, positive und negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten, per Saldo	10.523	12.341
Sonstige, per Saldo	- 17.171	- 2.597
Nettocashflow aus operativer Geschäftstätigkeit	47.952	18.189
Cashflow aus Investitionstätigkeit:		
Erlöse aus:		
Verkauf von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	14.250	10.582
Endfälligkeit von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	2.836	7.174
Verkauf von nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen	29	107
Verkauf von Sachanlagen	96	117
Erwerb von:		
Zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	- 22.238	- 27.827
Nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen	- 5	- 7
Sachanlagen	- 311	- 444
Nettocashflow aus Unternehmensakquisitionen und -verkäufen	518	352
Sonstige, per Saldo	- 720	- 405
Nettocashflow aus Investitionstätigkeit	- 5.545	- 10.351
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit:		
Emission von nachrangigen langfristigen Verbindlichkeiten	2.883	43
Rückzahlung/Rücklauf nachrangiger langfristiger Verbindlichkeiten	- 949	- 2.935
Emission von hybriden Kapitalinstrumenten	784	48
Rückzahlung/Rücklauf hybrider Kapitalinstrumente	- 601	- 91
Begebene Stammaktien	0	8.508
Kauf Eigener Aktien	- 8.340	- 7.983
Verkauf Eigener Aktien	7.568	7.125
Nettoerlöse aus Zusätzlichen Eigenkapitalbestandteilen ³	56	3.468
Coupon auf Zusätzliche Eigenkapitalbestandteile, nach Steuern	- 228	0
Dividendenzahlung an Anteile ohne beherrschenden Einfluss	- 6	- 4
Nettoveränderung der Anteile ohne beherrschenden Einfluss	- 35	23
Gezahlte Bardividende	- 1.034	- 765
Nettocashflow aus Finanzierungstätigkeit	98	7.437
Nettoeffekt aus Wechselkursveränderungen der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	2.841	485
Nettoveränderung der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	45.346	15.760
Anfangsbestand der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	51.960	56.041
Endbestand der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	97.306	71.801
Der Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit beinhaltet		
Gezahlte Ertragsteuern, netto	761	110
Gezahlte Zinsen	8.438	8.910
Erhaltene Zinsen und Dividenden	20.183	19.032
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente beinhalten		
Barreserve	27.278	20.866
Verzinsliche Sichteinlagen bei Banken (nicht eingeschlossen: Termineinlagen in Höhe von 5.256 Mio € per 30. September 2015 und von 28.266 Mio € per 30. September 2014)	70.028	50.935
Insgesamt	97.306	71.801

¹ Einschließlich Emissionen von vorrangigen langfristigen Verbindlichkeiten in Höhe von 6.783 Mio € und Rückzahlungen/Rückläufen in Höhe von 6.564 Mio € bis zum 30. September 2015 (bis 30. September 2014: 5.766 Mio € und 5.818 Mio €).

² Einschließlich Emissionen in Höhe von 53.697 Mio € und Rückzahlungen/Rückläufen in Höhe von 38.933 Mio € bis zum 30. September 2015 (bis 30. September 2014: 39.297 Mio € und 26.931 Mio €).

³ Beinhaltet die Nettoerlöse aus dem Rückkauf und dem Verkauf von zusätzlichen Eigenkapitalbestandteilen.

Grundlage der Erstellung (nicht testiert)

Der vorliegende verkürzte Konzernzwischenabschluss beinhaltet die Abschlüsse der Deutschen Bank AG sowie ihrer Tochtergesellschaften (zusammen der „Konzern“) und wird in Euro, der Berichtswährung des Konzerns, erstellt. Dieser Abschluss wird in Übereinstimmung mit dem IFRS-Standard zur Zwischenberichterstattung (IAS 34, „Interim Financial Reporting“) dargestellt und steht im Einklang mit den International Financial Reporting Standards („IFRS“), wie sie vom International Accounting Standards Board („IASB“) veröffentlicht und durch die Europäische Union („EU“) in europäisches Recht übernommen wurden. Die Anwendung der IFRS führt zu keinen Unterschieden zwischen den von der EU übernommenen IFRS und den vom IASB veröffentlichten IFRS.

Einige im Lagebericht enthaltene IFRS-Anhangangaben sind ein wesentlicher Bestandteil des Konzernzwischenabschlusses. Diese sind die Segmentergebnisse in den Angaben zur Segmentberichterstattung, die im „Überblick zur Finanz- und Ertragslage: Segmentüberblick“ des Lageberichts dargestellt sind. Die Darstellung dieser Informationen erfolgt in Übereinstimmung mit IAS 34 und IFRS 8, „Operating Segments“.

Der verkürzte Konzernzwischenabschluss der Deutschen Bank ist nicht testiert und beinhaltet zusätzliche Angaben zur Segmentberichterstattung, zur Gewinn- und Verlustrechnung, zur Bilanz und zu Sonstigen Finanzinformationen. Er sollte in Verbindung mit dem testierten Konzernabschluss der Deutschen Bank für das Geschäftsjahr 2014 gelesen werden, der mit Ausnahme der in der Anhangangabe „Effekt aus Änderungen der Bilanzierungsmethoden“ dargelegten erstmals angewandten Rechnungslegungsvorschriften nach den gleichen Rechnungslegungsgrundsätzen und wesentlichen Rechnungslegungseinschätzungen aufgestellt wurde.

Die Erstellung von Abschlüssen gemäß IFRS verlangt vom Management, Beurteilungen und Annahmen hinsichtlich bestimmter Kategorien von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten zu treffen.

Diese Beurteilungen und Annahmen beeinflussen den Ausweis von Aktiva und Passiva, von Eventualforderungen und -verbindlichkeiten am Bilanzstichtag sowie von Erträgen und Aufwendungen der Berichtsperiode. Die tatsächlichen Ergebnisse können von den Einschätzungen des Managements abweichen. Die veröffentlichten Ergebnisse können nicht notwendigerweise als Indikatoren für ein zu erwartendes Gesamtergebnis des Geschäftsjahres gewertet werden.

Effekt aus Änderungen der Bilanzierungsmethoden (nicht testiert)

Erstmals angewandte Rechnungslegungsvorschriften

Nachstehend werden diejenigen Rechnungslegungsvorschriften erläutert, die für den Konzern von Bedeutung sind und bei der Erstellung dieses verkürzten Konzernzwischenabschlusses zur Anwendung kamen.

Änderungen der IFRS 2010–2012 und 2011–2013 („Improvements to IFRS 2010–2012 and IFRS 2011–2013 Cycles“)

Zum 1. Januar 2015 setzte der Konzern mehrere Änderungen bestehender IFRS Standards um. Diese resultierten aus den IASB-Annual-Improvement-Projekten „Improvements to IFRS 2010–2012 and IFRS 2011–2013 Cycles“. Sie umfassen Änderungen verschiedener IFRS mit Auswirkung auf den Ansatz, die Bewertung und den Ausweis von Geschäftsvorfällen als auch terminologische oder redaktionelle Korrekturen. Die Umsetzung der Änderungen hatte keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss.

Neue Rechnungslegungsvorschriften

IFRS 9, „Classification and Measurement“, „Impairment“ und „Hedge Accounting“

Im Juli 2014 veröffentlichte das IASB IFRS 9, „Financial Instruments“ („IFRS 9“). Der Standard ersetzt IAS 39, „Financial Instruments: Recognition and Measurement“ („IAS 39“). IFRS 9 führt neue Vorschriften für die Klassifizierung und Bewertung von finanziellen Vermögenswerten für Unternehmen ein, erfordert Änderungen der Bilanzierung der Effekte aus der Veränderung des eigenen Kreditrisikos für aus zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen, ersetzt die derzeitigen Regelungen zur Wertminderung von finanziellen Vermögenswerten und ändert die Bilanzierungsvorschriften für die Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen.

Klassifizierung und Bewertung von finanziellen Vermögenswerten und –verpflichtungen

IFRS 9 verlangt, dass das Geschäftsmodell des Unternehmens und die Charakteristika der Zahlungsströme des jeweiligen finanziellen Vermögenswerts die Klassifizierung und dessen Bewertung bestimmen. Zum erstmaligen Ansatz wird der jeweilige finanzielle Vermögenswert entweder als „zum beizulegenden Zeitwert mit Wertänderungen in der Gewinn- und Verlustrechnung“, als „zu fortgeführten Anschaffungskosten“ oder als „zum beizulegenden Zeitwert mit Wertänderungen in den Sonstigen Erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen“ klassifiziert. Da die Anforderungen an die Klassifizierung von den bestehenden Beurteilungen unter IAS 39 abweichen, sind einige Unterschiede zur Klassifizierung und Bewertung von finanziellen Vermögenswerten unter IAS 39 zu erwarten.

Die Klassifizierung und Bewertung von finanziellen Verpflichtungen unter IFRS 9 bleibt weitgehend unverändert zu den derzeitigen Regelungen. Allerdings werden die aus dem eigenen Kreditrisiko resultierenden Zeitwertveränderungen von zum beizulegenden Zeitwert klassifizierten ausgegebenen Schuldverschreibungen unter IFRS 9 in den Sonstigen Erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen und nicht in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

Wertminderung von finanziellen Vermögenswerten

Die Regelungen zur Wertminderung unter IFRS 9 werden auf zu fortgeführten Anschaffungskosten oder auf zum beizulegenden Zeitwert mit Wertänderungen in den Sonstigen Erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen bewertete Vermögenswerte und auf außerbilanzielle Kreditzusagen wie Kreditzusagen und Finanzgarantien angewandt. Das Wertminderungsmodell ändert sich von einem Modell, bei dem Kreditausfälle bei Eintritt eines auslösenden Ereignisses unter IAS 39 erfasst werden, hin zu einem Modell, bei dem Rückstellungen für Kreditausfälle bei Erstansatz des finanziellen Vermögenswerts (oder dem Zeitpunkt an dem der Konzern Ver-

tragspartner der Kreditzusage oder der Finanzgarantie wird) auf Basis der zu diesem Zeitpunkt herrschenden Erwartungen potentieller Kreditausfälle erfasst werden.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft bei Erstansatz basiert auf den erwarteten Kreditausfällen für die ersten 12 Monate. Zu jedem Quartalsabschluss muss der Konzern anschließend beurteilen, ob sich das Kreditrisiko des Vermögenswerts signifikant erhöht hat. In diesem Fall muss die Risikovorsorge die über die Laufzeit zu erwartenden gesamten Kreditausfälle des finanziellen Vermögenswerts (üblicherweise als „lifetime expected losses“ bezeichnet) widerspiegeln. Als Folge der Regelungsänderungen zur Wertminderung kommt es unter IFRS 9 zu einer erhöhten Subjektivität, da die Risikovorsorge auf zukunftsorientierten und wahrscheinlichkeitsgewichteten Informationen basiert, die fortlaufend überwacht und über die Laufzeit des finanziellen Vermögenswerts aktualisiert werden. Das steht im Gegensatz zur Erfassung von Wertminderungen unter IAS 39, dessen Regeln für die Erfassung einer Risikovorsorge den Eintritt eines oder mehrerer Verlustereignisse erfordern. Es wird erwartet, dass IFRS 9 insgesamt zu einer übergreifenden Erhöhung des Risikovorsorgelevels führen wird. Diese Einschätzung beruht auf der Anforderung zum Ansatz einer Risikovorsorge in Höhe der erwarteten Kreditausfälle für die ersten 12 Monate auch für solche Instrumente, bei denen sich das Kreditrisiko seit Erstansatz nicht wesentlich erhöht hat. Darüber hinaus beruht es auf der Einschätzung, dass der Bestand an Vermögenswerten, auf die der „lifetime expected loss“ angewendet wird, wahrscheinlich größer ist als der Bestand an Vermögenswerten, bei denen Verlustereignisse nach IAS 39 bereits eingetreten sind.

Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen

IFRS 9 beinhaltet auch neue Regeln zur Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen mit dem Ziel, die Bilanzierung mit dem Risikomanagement in Einklang zu bringen. Grundsätzlich sind einige der Einschränkungen der derzeitigen Regelungen beseitigt worden, so dass eine größere Auswahl von Sicherungsinstrumenten und gesicherten Grundgeschäften für die Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen verfügbar wird.

IFRS 9 tritt für die Geschäftsjahre in Kraft, die am oder nach dem 1. Januar 2018 beginnen. Der Konzern beurteilt im Moment die Auswirkungen der Bilanzierungsvorschriften von IFRS 9. Die Vorschriften bedürfen noch der Übernahme durch die EU in europäisches Recht.

IFRS 15, „Revenue from Contracts with Customers“

Im Mai 2014 veröffentlichte das IASB IFRS 15, „Revenue from Contracts with Customers“ („IFRS 15“). Die Bilanzierungsvorschriften bestimmen, wie und wann Erträge vereinnahmt werden, haben aber keine Auswirkungen auf die Vereinnahmung von Erträgen, die im Zusammenhang mit Finanzinstrumenten des Regelungs-bereiches von IFRS 9/IAS 39 entstehen. IFRS 15 ersetzt mehrere andere IFRS-Vorschriften und -Interpretationen, die im Moment die Ertragsvereinnahmung unter IFRS bestimmen, und stellt ein einzelnes, auf Prinzipien basiertes Fünf-Stufen-Modell dar, das auf alle Kundenvereinbarungen angewendet wird. Zudem verlangen die Vorschriften von Unternehmen die Bereitstellung von aussagefähigeren und relevanteren Anhangangaben an die Nutzer von Finanzabschlüssen. IFRS 15 tritt für die Geschäftsjahre in Kraft, die am oder nach dem 1. Januar 2018 beginnen. Der Konzern prüft derzeit die Auswirkungen von IFRS 15. Die Vorschriften bedürfen noch der Übernahme durch die EU in europäisches Recht.

Änderungen der IFRS 2012–2014 („Improvements to IFRS 2012–2014 Cycles“)

Im September 2014 veröffentlichte das IASB im Rahmen seines Annual-Improvement-Projektes „Improvements to IFRS 2012–2014 Cycles“ mehrere Änderungen bestehender IFRS. Diese umfassen sowohl Änderungen verschiedener IFRS mit Auswirkung auf den Ansatz, die Bewertung und den Ausweis von Geschäftsvorfällen als auch terminologische oder redaktionelle Korrekturen. Die Änderungen treten für die Geschäftsjahre in Kraft, die am oder nach dem 1. Januar 2016 beginnen. Eine vorzeitige Anwendung ist zulässig. Es wird nicht erwartet, dass die Änderungen wesentliche Auswirkungen auf den Konzernabschluss haben werden. Die Änderungen bedürfen noch der Übernahme durch die EU in europäisches Recht.

IAS 1

Im Dezember 2014 veröffentlichte das IASB, als Teil einer Initiative zur Verbesserung von Finanzabschlüssen bezüglich Darstellung und Anhangangaben, Änderungen zu IAS 1, „Presentation of Financial Statements“ („IAS 1“). Diese Änderungen stellen klar, dass das Prinzip der Wesentlichkeit auf den gesamten Finanzabschluss anzuwenden ist, dass professionelle Einschätzungen bei der Bestimmung von Anhangangaben anzuwenden sind und dass die Aufnahme von nicht materiellen Informationen zu einer reduzierten Effektivität der Anhangangaben führen kann. Die Änderungen treten für die Geschäftsjahre in Kraft, die am oder nach dem 1. Januar 2016 beginnen. Eine vorzeitige Anwendung ist zulässig. Die Änderungen zu IAS 1 haben nur Einfluss auf die Anhangangaben des Konzerns. Die Änderungen bedürfen noch der Übernahme durch die EU in europäisches Recht.

Segmentberichterstattung (nicht testiert)

Die nachfolgenden Segmentinformationen basieren auf dem sogenannten „Managementansatz“, demzufolge diese auf Basis der internen Managementberichterstattung darzustellen sind. Der Vorstand der Deutschen Bank als sogenannter Chief Operating Decision Maker überprüft sie regelmäßig, um den verschiedenen Segmenten Ressourcen zuzuteilen und ihre Performance zu bewerten.

Zu Beginn des ersten Quartals 2014 wurde der Zinsüberschuss als Teil der Erträge, des Ergebnisses vor Steuern und darauf bezogener Kennzahlen für US-amerikanische steuerfreie Wertpapiere im Bereich CB&S als voll steuerpflichtig ausgewiesen. Dadurch ist es dem Management möglich, die Performance steuerpflichtiger und steuerfreier Wertpapiere in CB&S zu vergleichen. Durch diese Modifizierung des Bilanzausweises erhöhte sich der Zinsüberschuss in CB&S im dritten Quartal 2015 um 33 Mio € (im dritten Quartal 2014: 20 Mio €) beziehungsweise 88 Mio € in den ersten neun Monaten 2015 (in den ersten neun Monaten 2014: 42 Mio €). Dieser Anstieg wird in den konsolidierten Konzernzahlen durch einen umgekehrten Betrag in Consolidation & Adjustments (C&A) ausgeglichen. Der für die Ermittlung des Zinsüberschusses – bei einer unterstellten vollen Steuerpflicht – angewandte Steuersatz beträgt für den überwiegenden Teil der steuerfreien US-Wertpapiere 35 %. Die in der NCOU gehaltenen US-amerikanischen steuerfreien Wertpapiere werden aufgrund unterschiedlicher Methoden bei der Steuerung von zum Kerngeschäft und nicht zum Kerngeschäft gehörenden Aktivitäten als nicht voll steuerpflichtig ausgewiesen.

Mit Beginn des ersten Quartals 2015 werden spezifische Ertrags- und Kostenpositionen, wie die Bankenabgabe, die bisher in C&A erfasst wurden, den Geschäftsbereichen zugewiesen. Die Allokation der Bankenabgabe erfolgt über das Geschäftsjahr hinweg. Der Steuersatz der bei der Berechnung der Eigenkapitalrendite nach Steuern zugrunde gelegt wurde, wurde ebenfalls angepasst. Die Vergleichswerte des Vorjahres wurden entsprechend angeglichen, um diese Änderungen widerzuspiegeln.

Segmente

Die Segmentberichterstattung folgt der den internen Managementberichtssystemen zugrunde liegenden Organisationsstruktur des Konzerns. Auf dieser Basis wird die finanzielle Performance der Segmente beurteilt und über die Zuteilung der Ressourcen zu den Segmenten entschieden. Vergleichszahlen für frühere Perioden wurden bei geringfügigen organisatorischen Änderungen angepasst, wenn diese in den Managementberichtssystemen des Konzerns berücksichtigt wurden.

Im dritten Quartal 2015 haben sich die nachstehenden organisatorischen Änderungen auf die Zusammensetzung der Segmente ausgewirkt:

GTB hat die drei bisher zu „Transaction Services“ gehörigen Ertragskategorien „Trade Finance and Cash Management Corporates“, „Institutional Cash and Securities Services“ und „Sonstige Produkte“ eingeführt, um die Zusammensetzung der Erträge in GTB transparenter zu machen.

Im dritten Quartal 2015 haben wir die nachstehenden Investitionen oder Desinvestitionen getätigt:

Im August hat der Deutsche Bank-Konzern bekannt gegeben, dass er vorbehaltlich der üblichen Abschlussbedingungen und aufsichtsbehördlichen Genehmigungen eine Vereinbarung über den Verkauf seines indischen Vermögensverwaltungsgeschäfts an Pramerica Asset Managers Pvt. Ltd., geschlossen hat.

Im April hat die Deutsche Bank vorbehaltlich der aufsichtsbehördlichen Genehmigungen eine Vereinbarung über den Verkauf des Fairview Container Terminal in Port of Prince Rupert, Kanada (ein Geschäftssegment von Maher Terminals) an DP World (einen in Dubai domizilierten Hafenterminalbetreiber) geschlossen. Inzwischen liegen alle aufsichtsbehördlichen Genehmigungen mit Wirkung ab August vor, und die Deutsche Bank hat den Verkauf erfolgreich abgeschlossen.

Allokation des durchschnittlichen Active Equity

Der zugewiesene Gesamtbetrag des durchschnittlichen Active Equity wird nach dem höheren Wert des ökonomischen Risikos und des aufsichtsrechtlichen Kapitalbedarfs des Konzerns bestimmt. Ab 2015 berücksichtigt der Konzern bei der Allokation des durchschnittlichen Active Equity auf die Segmente die bekannt gegebenen Kapital- und Verschuldungsziele. Nach der neuen Methode wird der interne Bedarf an aufsichtsrechtlichem Kapital auf Basis einer angestrebten Tier-1-Kernkapitalquote von 10 % (11 % ab Juni 2015) und einer Zielverschuldungsquote nach CRD 4 von 3,5 % (5 % ab Juni 2015), jeweils auf Konzernebene und ausgehend von einem voll implementierten CRR/CRD 4-Regelwerk, berechnet. Übersteigen die Tier-1-Kernkapitalquote und die Verschuldungsquote des Konzerns die Zielwerte, wird das überschüssige durchschnittliche Active Equity C&A zugeordnet. Das durchschnittliche Active Equity ist der Mittelwert aus den vorgenannten unterschiedlichen Zielen.

Segmentergebnisse

Weitere Informationen zu den Segmentergebnissen einschließlich der Überleitung auf den Konzernabschluss nach IFRS enthält der Abschnitt „Lagebericht: Überblick über die Geschäftsentwicklung: Geschäftsergebnisse: Segmentergebnisse“ dieses Zwischenberichts.

Angaben zur Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung (nicht testiert)

Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen

in Mio €	3. Quartal		Jan. – Sep.	
	2015	2014	2015	2014
Zinsüberschuss	3.693	3.413	12.025	10.454
Handelsergebnis ¹	145	710	3.688	3.713
Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert klassifizierten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen ²	555	119	591	- 13
Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen	700	830	4.279	3.700
Zinsüberschuss sowie Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen	4.392	4.243	16.304	14.153
Sales & Trading (Equity)	457	596	2.110	1.743
Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte)	2.059	1.361	6.698	5.113
Sales & Trading insgesamt	2.516	1.957	8.808	6.856
Kreditgeschäft	128	213	471	514
Übrige Produkte ³	- 631	- 208	- 194	- 227
Corporate Banking & Securities	2.012	1.962	9.085	7.143
Private & Business Clients	1.556	1.478	4.555	4.510
Global Transaction Banking ⁴	561	532	1.547	1.687
Deutsche Asset & Wealth Management	286	412	1.214	1.113
Non-Core Operations Unit	- 109	- 252	- 252	- 447
Consolidation & Adjustments	86	111	154	146
Zinsüberschuss sowie Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen insgesamt	4.392	4.243	16.304	14.153

¹ Das Handelsergebnis beinhaltet Gewinne und Verluste aus zu Handelszwecken gehaltenen Derivaten sowie aus Derivaten, die die Anforderungen für eine Bilanzierung als Sicherungsbeziehung nicht erfüllen.

² Beinhaltet Verluste von 32 Mio € für das dritte Quartal 2015 (drittes Quartal 2014: Gewinne von 1 Mio €) und Gewinne von 29 Mio € für den Neunmonatszeitraum 2015 (Neunmonatszeitraum 2014: Verluste von 1 Mio €) aus strukturierten Verbriefungen. Die Änderungen des beizulegenden Zeitwerts korrespondierender Instrumente in Höhe von -34 Mio € für das dritte Quartal 2015 (drittes Quartal 2014: 163 Mio €) und von 22 Mio € für den Neunmonatszeitraum 2015 (Neunmonatszeitraum 2014: 208 Mio €) werden im Handelsergebnis gezeigt. Beide Komponenten werden unter Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte) ausgewiesen. Die Summe dieser Gewinne und Verluste stellt den Anteil der Deutschen Bank an den Verlusten dieser konsolidierten strukturierten Verbriefungen dar.

³ Enthält sowohl die Zinsspanne für Forderungen aus dem Kreditgeschäft als auch die Veränderungen des beizulegenden Zeitwerts von Credit Default Swaps und von zum beizulegenden Zeitwert klassifizierten Forderungen aus dem Kreditgeschäft.

⁴ Enthält den Zinsüberschuss und das Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen aus dem Emissions- und Beratungsgeschäft sowie Sonstigen Produkten.

Provisionsüberschuss

in Mio €	3. Quartal		Jan. – Sep.	
	2015	2014	2015	2014
Provisionsüberschuss aus Treuhandgeschäften	1.169	977	3.355	2.746
Provisionsüberschuss des Wertpapiergeschäfts	1.009	937	3.334	2.990
Provisionsüberschuss für sonstige Dienstleistungen	931	1.218	3.147	3.504
Provisionsüberschuss insgesamt	3.108	3.132	9.836	9.240

Pensions- und sonstige Versorgungszusagen

in Mio €	3. Quartal		Jan. – Sep.	
	2015	2014	2015	2014
Dienstzeitaufwand	79	70	242	207
Nettozinsaufwand/-ertrag (-)	-1	0	-3	2
Gesamtaufwand leistungsdefinierter Pläne	78	70	239	209
Gesamtaufwand beitragsdefinierter Pläne	101	91	316	290
Pensionsaufwendungen insgesamt	179	161	555	499
Arbeitgeberbeiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung in Deutschland	55	56	171	172

Die erwarteten regulären Zuführungen des Konzerns zum Planvermögen der leistungsdefinierten Pensionspläne werden im Geschäftsjahr 2015 voraussichtlich 300 Mio € betragen. Rückübertragungen aus dem Planvermögen an den Konzern während des Geschäftsjahres 2015 werden nicht erwartet.

Diskontierungszinssatz zur Bestimmung der leistungsdefinierten Verpflichtung

in %	30.9.2015	31.12.2014
Deutschland	2,3	2,0
Großbritannien	3,8	3,7
USA	4,2	3,9

Sachaufwand und sonstiger Aufwand

in Mio €	3. Quartal		Jan. – Sep.	
	2015	2014	2015	2014
EDV-Aufwendungen	849	806	2.572	2.507
Mieten und Aufwendungen für Gebäude, Betriebs- und Geschäftsausstattung	447	490	1.424	1.495
Aufwendungen für Beratungsleistungen ¹	507	525	1.575	1.434
Kommunikation und Datenadministration ¹	196	183	601	535
Aufwendungen für Reisen und Repräsentation ¹	121	133	364	379
Aufwendungen für Bank- und Transaktionsdienstleistungen ¹	145	159	430	485
Marketingaufwendungen ¹	66	71	200	195
Konsolidierte Beteiligungen	103	216	320	624
Sonstige Aufwendungen ^{1,2}	1.738	1.465	6.088	2.971
Sachaufwand und sonstiger Aufwand insgesamt	4.171	4.049	13.575	10.624

¹ Vorjahresangaben wurden angepasst, um Änderungen in der Kostenberichterstattung des Konzerns zu berücksichtigen.

² Einschließlich Belastungen im Zusammenhang mit Rechtsstreitigkeiten von 1,2 Mrd € für das dritte Quartal 2015 (drittes Quartal 2014: Belastungen von 894 Mio €) und von 4 Mrd € für den Neunmonatszeitraum 2015 (Neunmonatszeitraum 2014: Belastungen von 1.363 Mio €) sowie Bankenabgaben von 4 Mio € für das dritte Quartal 2015 (drittes Quartal 2014: 41 Mio €) und von 581 Mio € für den Neunmonatszeitraum 2015 (Neunmonatszeitraum 2014: 126 Mio €).

Restrukturierung

Restrukturierung ist Teil des Operational Excellence (OpEx)-Programms des Konzerns. Der Restrukturierungsaufwand beinhaltet sowohl Abfindungszahlungen und Aufwand zur beschleunigten Amortisation von noch nicht amortisierten aufgeschobenen Vergütungskomponenten aufgrund der Verkürzung der zukünftigen Restdienstzeiten als auch Aufwendungen für vorzeitige Kündigungen von Immobilienmietverträgen.

Restrukturierungsaufwand aufgegliedert nach Bereichen

in Mio €	3. Quartal		Jan. – Sep.	
	2015	2014	2015	2014
Corporate Banking & Securities	-1	-6	-31	-86
Private & Business Clients	1	-1	2	-7
Global Transaction Banking	-2	1	1	-8
Deutsche Asset & Wealth Management	0	-6	0	-20
Non-Core Operations Unit	0	-1	-2	-4
Infrastructure/ Regional Management	0	0	0	0
Consolidation & Adjustments	0	0	0	0
Restrukturierungsaufwand insgesamt	-2	-13	-31	-125

Restrukturierungsaufwand aufgegliedert nach Aufwandsart

in Mio €	3. Quartal		Jan. – Sep.	
	2015	2014	2015	2014
Restrukturierungsaufwand - Personalaufwand	-1	-11	-32	-116
davon:				
Abfindungsleistungen	-3	-10	-25	-94
Beschleunigte Amortisation aufgeschobener Vergütung	1	-1	-7	-20
Sozialversicherung	0	0	0	-1
Restrukturierungsaufwand - Sachaufwand ¹	-1	-1	1	-10
Restrukturierungsaufwand insgesamt	-2	-13	-31	-125

¹ Aufwand für vorzeitige Vertragsbeendigung, vornehmlich für Mietverhältnisse für vom Konzern genutzte Gebäude und Technologien.

Die Restrukturierungsrückstellungen betragen am 30. September 2015 71 Mio € (31. Dezember 2014: 120 Mio €). Der überwiegende Teil der aktuellen Restrukturierungsrückstellung wird voraussichtlich bis Ende 2015 verbraucht werden.

Im den ersten neun Monaten des Jahres 2015 wurde die Mitarbeiterzahl auf Basis von Vollzeitkräften durch Restrukturierungsmaßnahmen um 457 reduziert. Diese Reduzierungen betreffen die Bereiche wie folgt:

	Jan. – Sep.
	2015
Corporate Banking & Securities	63
Private & Business Clients	125
Global Transaction Banking	18
Deutsche Asset & Wealth Management	28
Non-Core Operations Unit	0
Infrastructure/Regional Management	223
Mitarbeiterzahl insgesamt	457

Effektive Steuerquote

Quartalsvergleich 2015 versus 2014

Der Steuerertrag lag bei 77 Mio € gegenüber einem Steueraufwand in Höhe von 358 Mio € im Vorjahresquartal. Die effektive Steuerquote in Höhe von 1 % wurde im Wesentlichen durch steuerlich nicht abzugsfähige Wertminderungen auf den Geschäfts- oder Firmenwert sowie Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten beeinflusst. Die effektive Steuerquote des Vorjahresquartals in Höhe von 134 % wurde im Wesentlichen durch steuerlich nicht abzugsfähige Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten beeinflusst.

Neunmonatsvergleich 2015 versus 2014

Der Ertragsteueraufwand lag bei 1,3 Mrd € (3Q2014: 1,6 Mrd €). Die effektive Steuerquote in Höhe von minus 37 % (3Q2014: 56 %) wurde im Wesentlichen durch steuerlich nicht abzugsfähige Wertminderungen auf den Geschäfts- oder Firmenwert sowie Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten beeinflusst.

Angaben zur Konzernbilanz (nicht testiert)

Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte/Verpflichtungen

in Mio €	30.9.2015	31.12.2014
Finanzielle Vermögenswerte des Handelsbestands:		
Handelsaktiva:		
Wertpapiere	179.042	177.639
Sonstige Handelsaktiva ¹	17.957	18.041
Handelsaktiva insgesamt	196.998	195.681
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	571.611	629.958
Finanzielle Vermögenswerte des Handelsbestands insgesamt	768.609	825.639
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte:		
Forderungen aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	58.118	60.473
Forderungen aus Wertpapierleihen	18.827	20.404
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	13.876	15.331
Sonstige zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	22.278	21.078
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte insgesamt	113.098	117.285
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte insgesamt	881.707	942.924

¹ Einschließlich handelbarer Kredite in Höhe von 16,3 Mrd € zum 30. September 2015 (31. Dezember 2014: 16,7 Mrd €).

in Mio €	30.9.2015	31.12.2014
Finanzielle Verpflichtungen des Handelsbestands:		
Handelsspassiva:		
Wertpapiere	54.886	41.112
Sonstige Handelsspassiva	1.110	731
Handelsspassiva insgesamt	55.995	41.843
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	544.440	610.202
Finanzielle Verpflichtungen des Handelsbestands insgesamt	600.435	652.045
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen:		
Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	24.401	21.053
Kreditzusagen	84	99
Langfristige Verbindlichkeiten	8.858	9.919
Sonstige zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	5.344	6.061
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen insgesamt	38.687	37.131
Investmentverträge ¹	8.268	8.523
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen insgesamt	647.390	697.699

¹ Aufgrund der Vertragsbedingungen entsprechen bei diesen Investmentverträgen die Rückkaufswerte den beizulegenden Zeitwerten.

Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte

in Mio €	30.9.2015	31.12.2014
Festverzinsliche Wertpapiere	65.847	59.132
Nicht festverzinsliche Wertpapiere	1.184	1.283
Sonstiger Anteilsbesitz	1.000	976
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	3.057	2.906
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte insgesamt	71.088	64.297

Equity Method Investments

Zum 30. September 2015 lag der beizulegende Zeitwert der Hua Xia Bank Co. Ltd. unter dem Buchwert unserer Beteiligung. Deshalb wurde im dritten Quartal 2015 ein Werthaltigkeitstest durchgeführt. Aufgrund der neuen strategischen Ausrichtung der Deutschen Bank wird die Hua Xia Bank Co. Ltd. nicht mehr als ein strategisches Investment betrachtet. Der erzielbare Betrag der Hua Xia Bank Co. Ltd. in Höhe von 3.038 Mio € stellt daher den beizulegenden Zeitwert abzüglich der Veräußerungskosten dar, welcher durch einen beobachtbaren Marktpreis abzüglich Veräußerungskosten auf einem aktiven Markt (Level 1) ermittelt wurde. Ende September 2015 und vor der Wertminderung reflektierte der Buchwert der nach der Equity-Methode bilanzierten Beteiligung in Höhe von 3.687 Mio € neben anteiligen Eigenkapitalveränderungen auch erhaltene Dividenden seit Ende des letzten Jahres. Dementsprechend wurde eine Wertberichtigung in Höhe von 649 Mio € gebildet.

Änderungen zu IAS 39 und IFRS 7, „Umwidmung von finanziellen Vermögenswerten“

In Übereinstimmung mit den im Oktober 2008 veröffentlichten Änderungen zu IAS 39 und IFRS 7 wurden im zweiten Halbjahr 2008 und im ersten Quartal 2009 bestimmte finanzielle Vermögenswerte aus den Bilanzkategorien „Zum beizulegenden Zeitwert bewertet“ und „Zur Veräußerung verfügbar“ in die Bilanzposition „Forderungen aus dem Kreditgeschäft“ umgewidmet. Seit dem ersten Quartal 2009 wurden keine weiteren Umwidmungen vorgenommen.

Es wurden gemäß den Änderungen qualifizierende Vermögenswerte umgewidmet, für die sich zum Umwidmungstichtag die Zweckbestimmung eindeutig geändert hatte. Statt einer kurzfristigen Verkaufs- oder Handelsabsicht bestand die Absicht und Möglichkeit, die umgewidmeten Vermögenswerte auf absehbare Zeit zu halten. Die Umwidmungen erfolgten zum beizulegenden Zeitwert des Vermögenswerts zum jeweiligen Umwidmungstichtag.

Umgewidmete finanzielle Vermögenswerte

in Mrd € (sofern nicht anders angegeben)	Handelsaktiva, umgewidmet zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft	Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte, umgewidmet zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft
Buchwert am Umwidmungstichtag	26,6	11,4
Unrealisierte Verluste aus der Bewertung zum beizulegenden Zeitwert, die direkt in der Kumulierten sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung erfasst wurden	0,0	- 1,1
Effektivzinssätze am Umwidmungstichtag:		
Obere Grenze	13,1 %	9,9 %
Untere Grenze	2,8 %	3,9 %
Erwartete erzielbare Zahlungsströme am Umwidmungstichtag	39,6	17,6

Buchwerte und beizulegende Zeitwerte der in 2008 und 2009 umgewidmeten Vermögenswerte je Bilanzkategorie

in Mio €	30.9.2015		31.12.2014	
	Buchwert	Beizulegender Zeitwert	Buchwert	Beizulegender Zeitwert
Handelsaktiva, umgewidmet zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft:				
Verbriefte Vermögenswerte	1.988	2.078	1.983	2.124
Schuldtitel	536	558	1.067	1.160
Kredite	954	862	1.146	888
Handelsaktiva, umgewidmet zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft, insgesamt	3.479	3.499	4.197	4.171
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte, umgewidmet zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft:				
Verbriefte Vermögenswerte	1.697	1.636	1.782	1.743
Schuldtitel	531	566	1.378	1.493
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte, umgewidmet zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft, insgesamt	2.228	2.202	3.160	3.236
Summe der finanziellen Vermögenswerte, die zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft umgewidmet wurden	5.707¹	5.700	7.357¹	7.408

¹ Zusätzlich zu den Buchwerten der umgewidmeten Vermögenswerte, die in der Tabelle dargestellt werden, existiert ein dazugehöriger Effekt auf die Buchwerte der Derivate, die zur Absicherung des beizulegenden Zeitwerts, hier zur Absicherung gegen Marktinsänderungen, genutzt werden. Dieser Effekt führte zu einem Anstieg der Buchwerte um 65 Mio € zum 30. September 2015 (31. Dezember 2014: 86 Mio €).

Alle umgewidmeten Vermögenswerte werden in der NCOU verwaltet und Verkaufsentscheidungen über dieses Portfolio werden von der NCOU entsprechend ihrer Zuständigkeit, Entscheidungen zum Risikoabbau zu fällen, getroffen. In den ersten neun Monaten 2015 verkaufte der Konzern umgewidmete Vermögenswerte mit einem Buchwert von 1,6 Mrd €. Die Verkäufe haben im Berichtszeitraum zu einem Gewinn von 130 Mio € geführt und zu weiteren 30 Mio € in Zusammenhang mit Wertaufholungen verkaufter Positionen.

Zusätzlich zu den erwähnten Verkäufen reduzierte sich der Buchwert umgewidmeter Vermögenswerte, die aus der Bilanzkategorie „Handelsaktiva“ umgewidmet worden sind, aufgrund von Rückzahlungen um 313 Mio €. Der Buchwert der Vermögenswerte, die aus der Bilanzkategorie „Zur Veräußerung verfügbar“ umgewidmet worden waren, reduzierte sich aufgrund von Rückzahlungen um 132 Mio €. Die Buchwertminderung wurde in diesem Zeitraum teilweise durch gegenläufige Währungseffekte aufgehoben.

Unrealisierte Gewinne/Verluste aus der Bewertung zum beizulegenden Zeitwert, die in der Gewinn- und Verlustrechnung vereinnahmt worden wären, sowie Nettogewinne/-verluste, die in der Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung erfasst worden wären, wenn keine Umwidmungen vorgenommen worden wären

in Mio €	3. Quartal		Jan. – Sep.	
	2015	2014	2015	2014
Unrealisierte Gewinne/Verluste (–) aus der Bewertung zum beizulegenden Zeitwert aus umgewidmeten Handelsaktiva – vor Risikovorsorge im Kreditgeschäft	150	74	132	286
Wertminderungen (–) aus umgewidmeten zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten, bei denen eine Wertminderung vorlag	0	2	0	– 6
Unrealisierte Gewinne/Verluste (–) aus der Bewertung zum beizulegenden Zeitwert in der Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung aus umgewidmeten zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten, bei denen keine Wertminderung vorlag	– 25	– 1	– 30	141

Ergebnisbeitrag vor Steuern der umgewidmeten Vermögenswerte

in Mio €	3. Quartal		Jan. – Sep.	
	2015	2014	2015	2014
Zinserträge	29	22	108	98
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	15	-23	37	-60
Sonstige Erträge ¹	6	0	56	5
Ergebnis vor Steuern aus umgewidmeten Handelsaktiva	50	-1	202	42
Zinserträge	-5	25	37	62
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	1	-4	1	-9
Sonstige Erträge ¹	22	0	73	0
Ergebnis vor Steuern aus umgewidmeten zur Veräußerung verfügbaren Vermögenswerten	17	20	111	53

¹ Dies ist auf Gewinne und Verluste aus der Veräußerung umgewidmeter Vermögenswerte zurückzuführen.

Umgewidmete finanzielle Vermögenswerte: Buchwerte und beizulegende Zeitwerte je Bilanzkategorie

Alle gemäß IAS 39 umgewidmeten Vermögenswerte wurden in die NCOU übertragen, nachdem dieser neue Unternehmensbereich im vierten Quartal 2012 gegründet worden war. Die NCOU wurde damit beauftragt, den Risikoabbau zu beschleunigen, um den Kapitalbedarf und die bereinigte Bilanzsumme zu reduzieren. Zur Bestimmung, ob und wann Vermögenswerte verkauft werden sollen, werden zahlreiche Faktoren berücksichtigt. Dazu zählen die Auswirkungen auf die Gewinn- und Verlustrechnung, das Aufsichtsrechtliche Eigenkapital und Auswirkungen auf die Verschuldungsquote. Die Veränderungen des Buchwerts und des beizulegenden Zeitwerts werden in der folgenden Tabelle dargestellt:

Buch- und Marktwerte von in 2008 und 2009 umgewidmeten Vermögenswerten

in Mio €	30.9.2015			31.12.2014		
	Buchwert	Marktwert	Unrealisierte Gewinne/ (Verluste)	Buchwert	Marktwert	Unrealisierte Gewinne/ (Verluste)
Umgewidmete Verbriefungen und mit Forderungen aus dem Kreditgeschäft besicherte Wertpapiere						
US-Kommunalschuldverschreibungen	911	966	55	2.302	2.503	201
Durch Studentenkredite besicherte Wertpapiere	1.579	1.593	14	1.464	1.529	65
CDO/CLO	570	531	-38	717	689	-28
Pfandbriefe	898	974	76	893	987	95
Durch gewerbliche Hypothekendarlehen besicherte Wertpapiere	159	164	5	187	192	5
Durch Wohn-Hypothekendarlehen besicherte Wertpapiere	89	92	3	83	92	9
Andere ¹	547	518	-29	566	528	-38
Summe Umgewidmete Verbriefungen und mit Forderungen aus dem Kreditgeschäft besicherte Wertpapiere	4.753	4.838	85	6.211	6.520	309
Umgewidmete Forderungen aus dem Kreditgeschäft						
Gewerbliche Hypothekendarlehen	59	59	0	227	226	0
Wohn-Hypothekendarlehen	845	754	-91	871	616	-255
Andere	50	49	-1	49	46	-3
Summe Umgewidmete Forderungen aus dem Kreditgeschäft	954	862	-92	1.146	888	-259
Summe Finanzielle Vermögenswerte, die zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft umgewidmet wurden	5.707	5.700	-6	7.357	7.408	51

¹ Enthält durch Wertpapiere abgesicherte Vermögenswerte der Luftfahrtindustrie und andere verbrieftete Vermögenswerte und Schuldverschreibungen.

Zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesene Finanzinstrumente

Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts

Die zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesenen Finanzinstrumente wurden den drei Kategorien gemäß der IFRS-Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts zugeordnet.

Level 1 – mittels notierter Preise in aktiven Märkten bewertete Finanzinstrumente, deren beizulegender Zeitwert direkt von Preisen an aktiven, liquiden Märkten abgeleitet werden kann und bei denen das im Markt beobachtbare Finanzinstrument repräsentativ für das im Inventar des Konzerns zu bewertende ist.

Hierzu zählen Staatsanleihen, börslich gehandelte Derivate sowie Eigenkapitaltitel, die in aktiven und sehr liquiden Märkten gehandelt werden.

Level 2 – mittels Bewertungsverfahren auf Basis beobachtbarer Marktdaten bewertete Finanzinstrumente, deren beizulegender Zeitwert aus gleichartigen, an aktiven Märkten gehandelten Finanzinstrumenten oder mittels Bewertungsverfahren, deren sämtliche Eingangsparameter beobachtbar sind, ermittelt werden kann.

Hierzu zählen eine Vielzahl der außerbörslichen Derivate, börsennotierte Investment-Grade-Kreditanleihen, einige Credit Default Swaps (CDS), eine Vielzahl der forderungsbesicherten Schuldverschreibungen sowie viele der weniger liquiden Aktien.

Level 3 – mittels Bewertungsverfahren auf Basis nicht beobachtbarer Parameter bewertete Finanzinstrumente, deren beizulegender Zeitwert nicht aus am Markt beobachtbaren Daten ermittelt werden kann und die ein anderes Bewertungsverfahren benötigen. Die Finanzinstrumente dieser Kategorie weisen eine Wertkomponente auf, die nicht beobachtbar ist und einen wesentlichen Einfluss auf den beizulegenden Zeitwert hat.

Hierzu zählen komplexere außerbörsliche Derivate, notleidende Kredite, hochgradig strukturierte Anleihen, illiquide Asset Backed Securities (ABS), illiquide forderungsbesicherte Schuldverschreibungen (Kassa und synthetisch), Risikopositionen gegenüber Monolineversicherern, Private-Equity-Investments, viele gewerbliche Immobilienkredite, illiquide Kredite und einige Kommunalanleihen.

Zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesene Finanzinstrumente¹

in Mio €	30.9.2015			31.12.2014		
	In aktiven Märkten notierte Preise (Level 1)	Auf Marktdaten basierende Bewertungsmethode (Level 2)	Nicht auf Marktdaten basierende Bewertungsmethode (Level 3)	In aktiven Märkten notierte Preise (Level 1)	Auf Marktdaten basierende Bewertungsmethode (Level 2)	Nicht auf Marktdaten basierende Bewertungsmethode (Level 3)
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte:						
Handelsaktiva	79.960	104.201	12.837	82.020	100.505	13.155
Wertpapiere des Handelsbestands	79.667	91.586	7.789	81.789	86.894	8.957
Sonstige Handelsaktiva	294	12.614	5.049	232	13.611	4.198
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	6.930	554.317	10.363	5.439	614.960	9.559
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	8.037	100.789	4.272	8.826	104.307	4.152
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	42.667	23.925	4.496	36.272	23.597	4.427
Sonstige zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte	0	3.232 ²	0	0	4.335 ²	0
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte insgesamt	137.595	786.464	31.968	132.558	847.705	31.294
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen:						
Handelspassiva	43.835	12.142	19	25.290	16.510	43
Wertpapiere des Handelsbestands	43.792	11.074	19	25.244	15.826	43
Sonstige Handelspassiva	42	1.068	0	46	685	0
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	6.611	530.225	7.604	5.890	597.759	6.553
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	0	34.766	3.921	2	34.763	2.366
Investmentverträge ³	0	8.268	0	0	8.523	0
Sonstige zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen	0	5.150 ²	-624 ⁴	0	5.561 ²	-552 ⁴
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen insgesamt	50.446	590.551	10.920	31.181	663.117	8.410

¹ Die Beträge in dieser Tabelle werden generell brutto ausgewiesen. Dies steht im Einklang mit den in der Anhangangabe 1 „Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze“ im Finanzbericht 2014 dargestellten Rechnungslegungsgrundsätzen zur Aufrechnung von Finanzinstrumenten des Konzerns.

² Dies bezieht sich hauptsächlich auf zu Sicherungszwecken gehaltene Derivate.

³ Aufgrund der Vertragsbedingungen entspricht bei diesen Investmentverträgen der Rückkaufswert dem beizulegenden Zeitwert. Siehe Anhangangabe 41 „Versicherungs- und Investmentverträge“ im Finanzbericht 2014 für nähere Informationen zu diesen Verträgen.

⁴ Dies bezieht sich auf Derivate, die in Verträge eingebettet sind, deren Basisvertrag zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet wird, für die das eingebettete Derivat jedoch getrennt ausgewiesen wird. Die getrennt ausgewiesenen eingebetteten Derivate können sowohl positive als auch negative Marktwerte aufweisen, werden aber aus Konsistenzgründen in obiger Tabelle in der Kategorie des beizulegenden Zeitwerts des Basisvertrags ausgewiesen. Die getrennt ausgewiesenen eingebetteten Derivate werden laufend zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Zum Zweck dieser Angabe wird das getrennt ausgewiesene eingebettete Derivat auf verschiedene Kategorien des beizulegenden Zeitwerts aufgeteilt.

Im Berichtszeitraum gab es, basierend auf liquiditätsbezogenen Prüfverfahren, Umklassifizierungen in der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts von Level 2 in Level 1 bei den Wertpapieren des Handelsbestands (436 Mio € Vermögenswerte und 473 Mio € Verbindlichkeiten).

Bewertungsverfahren

Nachstehend werden die Bewertungsmethoden erläutert, die zur Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts der verschiedenen Arten von Finanzinstrumenten eingesetzt werden.

Festverzinsliche Wertpapiere von staatlichen und quasistaatlichen Emittenten und Unternehmen sowie Eigenkapitaltitel – Sofern es keine in jüngster Zeit durchgeführten Transaktionen gibt, kann der beizulegende Zeitwert auf Basis des letzten Marktpreises, bereinigt um alle seither erfolgten Risiko- und Informationsänderungen, ermittelt werden. Werden auf einem aktiven Markt vergleichbare Instrumente notiert, wird der beizulegende Zeitwert durch Anpassung des Vergleichswerts um die jeweiligen Differenzen in den Risikoprofilen dieser Instrumente bestimmt. Sind keine vergleichbaren Werte verfügbar, wird der beizulegende Zeitwert anhand komplexerer Modellierungstechniken bestimmt. Diese Techniken umfassen DCF-Verfahren, die die

aktuellen Marktkonditionen für Kredit-, Zins-, Liquiditäts- und sonstige Risiken berücksichtigen. Bei Modellierungstechniken für Eigenkapitaltitel können auch Ertragsmultiplikatoren eingesetzt werden.

Hypothekarisch besicherte und durch andere Vermögenswerte unterlegte Wertpapiere („MBS/ABS“) – Zu diesen Instrumenten gehören private und gewerbliche MBS sowie sonstige ABS einschließlich CDOs. ABS weisen besondere Merkmale auf, da sie mit unterschiedlichen zugrunde liegenden Vermögenswerten besichert sind und die Kapitalstruktur der Emittenten variiert. Die Komplexität steigt darüber hinaus, wenn die zugrunde liegenden Vermögenswerte selbst ABS sind, wie dies beispielsweise bei vielen forderungsbesicherten Schuldverschreibungen der Fall ist.

Wenn es keine zuverlässigen externen Preisermittlungen gibt, werden ABS entweder anhand einer vergleichenden Analyse auf der Grundlage ähnlicher am Markt beobachtbarer Transaktionen oder anhand branchenüblicher Modelle unter Berücksichtigung verfügbarer beobachtbarer Daten bewertet. Die externen, branchenüblichen Modelle kalkulieren die Zins- und Tilgungszahlungen im Rahmen einer Transaktion auf der Grundlage von Annahmen, die unabhängigen Preistests unterzogen werden können. Die Eingangsparameter beinhalten Annahmen über vorzeitige Tilgungen, Verlustannahmen (Zeitpunkt und Verlusthöhe) und einen Diskontierungszinssatz (Spread, Rendite oder Diskontierungsmarge). Diese Eingangsgrößen/Annahmen basieren auf tatsächlichen Transaktionen, externen Marktanalysen und gegebenenfalls Marktindizes.

Kredite – Bei bestimmten Krediten lässt sich der beizulegende Zeitwert anhand des Marktpreises einer erst kürzlich erfolgten Transaktion unter Einbeziehung sämtlicher Risiko- und Informationsveränderungen seit dem Transaktionsdatum ermitteln. Sofern keine aktuellen Markttransaktionen vorliegen, wird der beizulegende Zeitwert anhand von Kursangaben von Brokern, Konsenspreisfeststellungen, vergleichbaren Instrumenten oder mithilfe von DCF-Verfahren bestimmt. In den DCF-Verfahren werden je nach Angemessenheit Eingangsparameter für Kredit-, Zins- und Währungsrisiken, geschätzte Ausfallverluste und die bei Ausfällen ausgenutzten Beträge verwendet. Die Parameter Kreditrisiko, geschätzte Ausfallverluste und Ausnutzung zum Zeitpunkt des Ausfalls werden, sofern verfügbar und angemessen, anhand von Informationen über die betreffenden Kredit- oder CDS-Märkte ermittelt.

Leveraged-Finance-Kredite können sich durch transaktionsspezifische Merkmale auszeichnen, die die Relevanz der am Markt beobachtbaren Transaktionen einschränken. Gibt es vergleichbare Transaktionen, für die beobachtbare Parameter externer Pricing Services vorliegen, werden diese Informationen entsprechend den Transaktionsunterschieden angepasst. Gibt es keine vergleichbaren Transaktionen, wird ein DCF-Verfahren angewandt, bei dem die Kreditrisikoaufschläge aus dem entsprechenden Index für Leveraged-Finance-Kredite abgeleitet werden. Dabei werden die Branchenklassifizierung, die Nachrangigkeit des Kredits sowie sonstige relevante Informationen über den Kredit und den jeweiligen Kontrahenten berücksichtigt.

Außerbörsliche derivative Finanzinstrumente – Transaktionen, die dem Marktstandard entsprechen und an liquiden Märkten gehandelt werden – wie Zinsswaps, Devisentermingeschäfte und Optionskontrakte in G-7-Währungen –, sowie Aktienswaps und Optionskontrakte auf börsennotierte Wertpapiere oder Indizes werden anhand von branchenüblichen Standardmodellen mit notierten Eingangsparametern bewertet. Die Eingangsparameter können, soweit möglich, von Pricing Services oder Konsens-Pricing-Services eingeholt beziehungsweise aus kürzlich durchgeführten Transaktionen an aktiven Märkten abgeleitet werden.

Für komplexere Finanzinstrumente werden differenziertere Modellierungstechniken verwendet, die für das Finanzinstrument spezifisch und anhand verfügbarer Marktpreise kalibriert sind. Ist eine Kalibrierung des Bewertungsergebnisses anhand relevanter Marktreferenzen nicht möglich, werden Bewertungsanpassungen genutzt, um das Bewertungsergebnis um alle Differenzen zu bereinigen. In weniger aktiven Märkten werden Informationen aus weniger häufig stattfindenden Markttransaktionen, Kursangaben von Brokern sowie Extrapolations- und Interpolationsverfahren abgeleitet. Sind keine beobachtbaren Preise oder Eingangsgrößen vorhanden, ist eine Einschätzung durch das Management erforderlich, um den beizulegenden Zeitwert mithilfe anderer relevanter Informationsquellen zu bestimmen, die historische Daten, die Fundamentalanalyse der wirtschaftlichen Eckdaten der Transaktion und vergleichbare Daten von ähnlichen Transaktionen beinhalten.

Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen unter der Fair Value Option – Der beizulegende Zeitwert der zum beizulegenden Zeitwert klassifizierten finanziellen Verpflichtungen, die unter Anwendung der Fair Value Option in diese Kategorie klassifiziert wurden, enthält sämtliche Marktrisikofaktoren einschließlich des mit dieser finanziellen Verpflichtung in Verbindung stehenden Kreditrisikos des Konzerns. Zu den finanziellen Verpflichtungen gehören strukturierte Anleihen, strukturierte Einlagen und sonstige durch konsolidierte Gesellschaften emittierte strukturierte Wertpapiere, die unter Umständen nicht an einem aktiven Markt gehandelt werden. Der beizulegende Zeitwert dieser finanziellen Verpflichtungen wird durch die Abzinsung der vertraglichen Zahlungsströme mithilfe der relevanten kreditrisikoadjustierten Zinsstrukturkurve ermittelt. Die Marktrisikoparameter werden entsprechend vergleichbaren Finanzinstrumenten bewertet, die als Vermögenswerte gehalten werden. So werden Derivate, die in die strukturierten Finanzinstrumente eingebettet sind, anhand der im Abschnitt „Außerbörsliche derivative Finanzinstrumente“ erläuterten Methode bewertet.

Sind die zum beizulegenden Zeitwert klassifizierten finanziellen Verpflichtungen, die unter der Fair Value Option klassifiziert wurden, wie beispielsweise Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos), besichert, wird die Verbesserung der Kreditqualität bei der Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts der Verpflichtung berücksichtigt.

Verbindlichkeiten aus Investmentverträgen – Der Konzern hält Vermögenswerte, die mit Verbindlichkeiten aus Investmentverträgen im Zusammenhang stehen. Der Konzern ist vertraglich verpflichtet, diese Vermögenswerte zu nutzen, um seinen Verpflichtungen nachzukommen. Aus diesem Grund wird der beizulegende Zeitwert für die Verbindlichkeiten aus den Investmentverträgen, das heißt der Rückkaufswert der Verträge, durch den beizulegenden Zeitwert der zugrunde liegenden Vermögenswerte bestimmt.

Analyse der Finanzinstrumente mit einem beizulegenden Zeitwert, der mithilfe von Bewertungsverfahren ermittelt wurde, die wesentliche nicht beobachtbare Parameter enthalten (Level 3)

Zu einigen der Finanzinstrumente in der dritten Kategorie bestehen identische oder ähnliche kompensierende Positionen bezüglich der nicht beobachtbaren Parameter. Die diesbezüglichen IFRS-Vorschriften fordern jedoch, dass diese Vermögenswerte und Verbindlichkeiten brutto dargestellt werden.

Zu Handelszwecken gehaltene Wertpapiere – In dieser Kategorie der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts sind bestimmte illiquide Unternehmensanleihen aus Wachstumsmärkten und illiquide strukturierte Unternehmensanleihen enthalten. Darüber hinaus werden hier bestimmte Bestände an Anleihen ausgewiesen, die von Verbriefungsgesellschaften emittiert wurden, sowie private und gewerbliche MBS, forderungsbesicherte Schuldverschreibungen und andere ABS. Der Rückgang im Berichtszeitraum war hauptsächlich auf eine Kombination aus Verkäufen und Umklassifizierungen von Vermögenswerten zwischen den Kategorien 2 und 3 der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts aufgrund von Veränderungen in den nicht beobachtbaren Eingangsparametern zur Bewertung dieser Instrumente zurückzuführen.

Positive und negative Marktwerte aus derivativen Instrumenten dieser Kategorie der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts werden auf Basis eines oder mehrerer wesentlicher nicht beobachtbarer Parameter bewertet. Diese nicht beobachtbaren Parameter können bestimmte Korrelationen umfassen, bestimmte langfristige Volatilitäten, bestimmte Raten für vorzeitige Tilgungen sowie bestimmte Kreditrisikoaufschläge und andere transaktionsspezifische Faktoren.

Level-3-Derivate enthalten kundenspezifische Derivate forderungsbesicherter Schuldverschreibungen, deren zugrunde liegender Referenzpool aus Unternehmensvermögenswerten nicht mit regelmäßig gehandelten Indizes vergleichbar ist, bestimmte Tranchen von Indexkreditderivaten, bestimmte Optionen, deren Volatilität nicht beobachtbar ist, bestimmte Basketoptionen, in denen die Korrelationen zwischen den zugrunde liegenden Vermögenswerten nicht beobachtbar sind, langfristige Zinsoptionen und Fremdwährungsderivate, die sich auf mehrere Währungen beziehen, sowie bestimmte Credit Default Swaps, für die der Kreditrisikoaufschlag nicht beobachtbar ist.

Der Anstieg im Berichtszeitraum war hauptsächlich auf Umklassifizierungen von Vermögenswerten zwischen den Kategorien 2 und 3 der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts aufgrund von Veränderungen in den nicht beobachtbaren Eingangsparametern zur Bewertung dieser Instrumente zurückzuführen.

Andere zu Handelszwecken gehaltene Instrumente in der dritten Kategorie der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts beinhalten in erster Linie handelbare Kredite, deren Wert anhand von Bewertungsmodellen auf Basis eines oder mehrerer wesentlicher nicht beobachtbarer Parameter bestimmt wird. Level-3-Kredite umfassen illiquide Leveraged Loans und illiquide private und gewerbliche Hypothekendarlehen. Der Anstieg im Berichtszeitraum war im Wesentlichen durch neue Emissionen und Umklassifizierungen von Vermögenswerten zwischen den Kategorien 2 und 3 der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts aufgrund von Veränderungen in den nicht beobachtbaren Eingangsparametern zur Bewertung dieser Instrumente verursacht.

Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte Vermögenswerte/Verpflichtungen – Bestimmte Unternehmenskredite und strukturierte Verbindlichkeiten, welche unter der Fair Value Option als zum beizulegenden Zeitwert designiert wurden, sind in dieser Kategorie der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts enthalten. Die Unternehmenskredite werden mithilfe von Bewertungsmethoden bewertet, die beobachtbare Kreditrisikoaufschläge, Erlösquoten und nicht beobachtbare Ausnutzungsgrade berücksichtigen. Revolvierende Kreditzusagen werden der dritten Kategorie der Hierarchie zugewiesen, da der Ausnutzungsgrad bei einem Ausfall einen wesentlichen Parameter darstellt, der nicht beobachtbar ist.

Darüber hinaus enthalten bestimmte emittierte Hybridanleihen, die zum beizulegenden Zeitwert klassifiziert wurden, eingebettete Derivate, die auf Basis wesentlicher nicht beobachtbarer Parameter bewertet wurden. Diese nicht beobachtbaren Parameter umfassen die Korrelationen der Volatilitäten einzelner Aktien. Der Anstieg der Vermögenswerte im Berichtszeitraum beruht hauptsächlich auf Emissionen und Käufe neuer Instrumente. Der Anstieg der Verpflichtungen war im Wesentlichen auf neue Emissionen zurückzuführen.

Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte enthalten notleidende Kredite, für die keine Handelsabsicht besteht, sowie börsennotierte Eigenkapitalinstrumente, wenn es keine angemessenen Vergleichsinstrumente gibt und der Markt als sehr illiquide angesehen wird. Der Anstieg der Vermögenswerte im Berichtszeitraum war hauptsächlich durch Käufe neuer Instrumente verursacht.

Überleitung der Finanzinstrumente in der Level-3-Kategorie

	30.9.2015									
in Mio €	Bestand am Jahres- anfang	Verände- rung des Konsoli- dierungs- kreises	Gewinne/ Verluste insgesamt ¹	Käufe	Verkäufe	Emissionen ²	Abwick- lungen ³	Umklassi- fizierungen in Level 3 ⁴	Um- klassifi- zierungen aus Level 3 ⁴	Bestand am Perioden- ende
Zum Zeitwert bewertete finanzielle Vermögens- werte:										
Wertpapiere des Handelsbestands	8.957	0	472	1.659	-1.645	0	-779	720	-1.596	7.789
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	9.559	0	648	0	0	0	-873	1.855	-826	10.363
Sonstige Handelsaktiva	4.198	0	344	714	-1.178	1.149	-882	926	-224	5.049
Zum Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	4.152	0	209	305	-33	895	-1.010	247	-493	4.272
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	4.427	0	265 ⁵	755	-258	0	-850	173	-16	4.496
Sonstige zum Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Zum Zeitwert bewertete finanzielle Vermögens- werte insgesamt	31.294	0	1.938^{6,7}	3.433	-3.114	2.044	-4.394	3.922	-3.155	31.968
Zum Zeitwert bewertete finanzielle Verpflich- tungen:										
Wertpapiere des Handelsbestands	43	0	4	0	0	0	10	0	-38	19
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	6.553	0	572	0	0	0	-613	1.834	-743	7.604
Sonstige Handelsspassiva	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Zum Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	2.366	0	84	0	0	1.761	-402	160	-48	3.921
Sonstige zum Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen	-552	0	-356	0	0	0	-103	-16	403	-624
Zum Zeitwert bewertete finanzielle Verpflich- tungen insgesamt	8.410	0	304^{6,7}	0	0	1.761	-1.108	1.979	-425	10.920

¹ Die Gewinne und Verluste sind im Wesentlichen im Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen in der Gewinn- und Verlustrechnung enthalten. Der Betrag umfasst ebenfalls Gewinne und Verluste aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten, die in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen sind, sowie unrealisierte Gewinne/Verluste (-) aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten, nach Steuern, und Wechselkursänderungen, die in der Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung, nach Steuern, erfasst werden. Weitere Finanzinstrumente sind durch Instrumente der Level-1- oder Level-2-Kategorie der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts abgesichert, die obige Tabelle beinhaltet aber nicht die Gewinne und Verluste aus diesen Absicherungsinstrumenten. Zur Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts eines Instruments in der Level-3-Kategorie der Hierarchie werden beobachtbare und nicht beobachtbare Parameter herangezogen. Die Gewinne und Verluste, die in der Tabelle gezeigt werden, sind auf Veränderungen sowohl der beobachtbaren als auch der nicht beobachtbaren Parameter zurückzuführen.

² Die Spalte „Emissionen“ zeigt die bei einer Begebung von Schuldtiteln erhaltenen Barmittel sowie den an den Kreditnehmer gezahlten Barbetrag bei der Gewährung eines Kredits.

³ Die Spalte „Abwicklungen“ beinhaltet die Zahlungen, die bei der Abwicklung der finanziellen Vermögenswerte/Verpflichtungen fällig sind. Für Schuldtitel und Kredite beinhaltet dies den Rückzahlungsbetrag zum Fälligkeitstermin, Abschreibungen auf den Kapitalbetrag sowie Tilgungen. Für Derivate werden in dieser Spalte alle Zahlungen berücksichtigt.

⁴ Umwidmungen in und Umwidmungen aus Level 3 der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts im Berichtszeitraum werden zu ihrem beizulegenden Zeitwert zum Jahresanfang ausgewiesen. Für Instrumente, die in die Level-3-Kategorie der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts transferiert wurden, zeigt die Tabelle die Gewinne und Verluste und die Zahlungsströme der Instrumente, als hätte der Wechsel zum Jahresanfang stattgefunden. Ebenso werden Gewinne und Verluste sowie Zahlungsströme der Instrumente, die im Berichtszeitraum aus Level 3 der Hierarchie transferiert wurden, nicht berücksichtigt, weil sie in der Tabelle so dargestellt sind, als hätte der Wechsel zum Jahresanfang stattgefunden.

⁵ Das Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten enthält einen Gewinn von 43 Mio €, der in der Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung, nach Steuern, ausgewiesen wird, sowie einen Verlust von 4 Mio €, der in der Gewinn- und Verlustrechnung im Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten ausgewiesen wird.

⁶ Der Betrag beinhaltet Wechselkursänderungen. Für zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte beträgt die Veränderung einen Gewinn von 370 Mio € und für zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen einen Gewinn von 123 Mio €. Die Wechselkursänderungen werden in der Kumulierten sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung, nach Steuern, ausgewiesen.

⁷ Bei den Vermögenswerten stehen positive Beträge für Gewinne und negative Beträge für Verluste. Bei den Verbindlichkeiten stehen positive Beträge für Verluste und negative Beträge für Gewinne.

	30.9.2014									
in Mio €	Bestand am Jahresanfang	Veränderung des Konsolidierungskreises	Gewinne/Verluste insgesamt ¹	Käufe	Verkäufe	Emissionen ²	Abwicklungen ³	Umklassifizierungen in Level 3 ⁴	Umklassifizierungen aus Level 3 ⁴	Bestand am Periodenende
Zum Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte:										
Wertpapiere des Handelsbestands	6.960	0	478	2.569	-1.522	0	-296	1.728	-1.556	8.361
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	10.556	0	-94	0	0	0	-976	1.088	-2.068	8.506
Sonstige Handelsaktiva	5.064	0	59	1.800	-1.672	375	-376	826	-1.149	4.927
Zum Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	3.123	0	227	240	-5	1.408	-1.543	139	-130	3.458
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	3.329	0	294 ⁵	960	-256	0	-662	367	-200	3.831
Sonstige zum Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte ⁶	1	-1	0	0	0	0	0	0	0	0
Zum Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte insgesamt	29.032	-1	963^{7,8}	5.568	-3.456	1.783	-3.853	4.148	-5.103	29.083
Zum Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen:										
Wertpapiere des Handelsbestands	24	0	2	0	0	0	-10	2	-6	12
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	8.321	0	-7	0	0	0	-1.077	1.067	-2.410	5.893
Sonstige Handelspassiva	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Zum Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	1.442	0	-77	0	0	31	-16	1.201	-149	2.431
Sonstige zum Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen	-247	0	-39	0	0	0	-123	24	-92	-478
Zum Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen insgesamt	9.539	0	-121^{7,8}	0	0	31	-1.226	2.294	-2.658	7.858

¹ Die Gewinne und Verluste sind im Wesentlichen im Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen in der Gewinn- und Verlustrechnung enthalten. Der Betrag umfasst ebenfalls Gewinne und Verluste aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten, die in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen sind, sowie unrealisierte Gewinne/Verluste (-) aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten, nach Steuern, und Wechselkursänderungen, die in der Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung, nach Steuern, erfasst werden. Weitere Finanzinstrumente sind durch Instrumente der Level-1- oder Level-2-Kategorie der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts abgesichert, die obige Tabelle beinhaltet aber nicht die Gewinne und Verluste aus diesen Absicherungsinstrumenten. Zur Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts eines Instruments in der Level-3-Kategorie der Hierarchie werden beobachtbare und nicht beobachtbare Parameter herangezogen. Die Gewinne und Verluste, die in der Tabelle gezeigt werden, sind auf Veränderungen sowohl der beobachtbaren als auch der nicht beobachtbaren Parameter zurückzuführen.

² Die Spalte „Emissionen“ zeigt die bei einer Begebung von Schuldtiteln erhaltenen Barmittel sowie den an den Kreditnehmer gezahlten Barbetrag bei der Gewährung eines Kredits.

³ Die Spalte „Abwicklungen“ beinhaltet die Zahlungen, die bei der Abwicklung der finanziellen Vermögenswerte/Verpflichtungen fällig sind. Für Schuldtitel und Kredite beinhaltet dies den Rückzahlungsbetrag zum Fälligkeitstermin, Abschreibungen auf den Kapitalbetrag sowie Tilgungen. Für Derivate werden in dieser Spalte alle Zahlungen berücksichtigt.

⁴ Umwidmungen in und Umwidmungen aus Level 3 der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts im Berichtszeitraum werden zu ihrem beizulegenden Zeitwert zum Jahresanfang ausgewiesen. Für Instrumente, die in die Level-3-Kategorie der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts transferiert wurden, zeigt die Tabelle die Gewinne und Verluste und die Zahlungsströme der Instrumente, als hätte der Wechsel zum Jahresanfang stattgefunden. Ebenso werden Gewinne und Verluste sowie Zahlungsströme der Instrumente, die im Berichtszeitraum aus Level 3 der Hierarchie transferiert wurden, nicht berücksichtigt, weil sie in der Tabelle so dargestellt sind, als hätte der Wechsel zum Jahresanfang stattgefunden.

⁵ Das Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten enthält einen Gewinn von 52 Mio €, der in der Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung, nach Steuern, ausgewiesen wird, sowie einen Gewinn von 23 Mio €, der in der Gewinn- und Verlustrechnung im Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten ausgewiesen wird.

⁶ Beinhaltet eine Umklassifizierung aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten in zum Verkauf bestimmte langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen hinsichtlich der BHF-BANK.

⁷ Der Betrag beinhaltet Wechselkursänderungen. Für zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte beträgt die Veränderung einen Gewinn von 489 Mio € und für zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen einen Gewinn von 106 Mio €. Die Wechselkursänderungen werden in der Kumulierten sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung, nach Steuern, ausgewiesen.

⁸ Bei den Vermögenswerten stehen positive Beträge für Gewinne und negative Beträge für Verluste. Bei den Verbindlichkeiten stehen positive Beträge für Verluste und negative Beträge für Gewinne.

Sensitivitätsanalyse von nicht beobachtbaren Parametern

Basiert der Wert eines Finanzinstruments auf nicht beobachtbaren Eingangsparametern, kann der hierfür zu verwendende Wert dieser Parameter zum Bilanzstichtag aus einer Bandbreite von angemessenen möglichen Alternativen ausgewählt werden. Im Rahmen der Erstellung des Konzernabschlusses werden für diese nicht beobachtbaren Parameter angemessene Werte ausgewählt, die den herrschenden Marktgegebenheiten und dem vorstehend ausgeführten Bewertungskontrollansatz des Konzerns entsprechen. Hätte der Konzern am 30. September 2015 zur Bewertung der betreffenden Finanzinstrumente Parameterwerte zugrunde gelegt, die am äußeren Ende der Bandbreite von angemessenen möglichen Alternativen lagen und zu diesem Zeitpunkt verfügbar waren, hätte sich der ausgewiesene beizulegende Zeitwert um bis zu 2,2 Mrd € erhöht beziehungsweise um bis zu 1,7 Mrd € verringert. Zum 31. Dezember 2014 wäre der beizulegende Zeitwert um bis zu 3,3 Mrd € gestiegen beziehungsweise um bis zu 2,9 Mrd € gesunken.

Während des dritten Quartals 2015 wurde die Bewertungsschätzung für die Sensitivitätsanalyse nicht beobachtbarer Eingangsparameter verbessert. Durch Anwendung einer ausgereifteren Methode, die im Einklang mit dem sich entwickelnden marktüblichen Vorgehen ist, sollen Bewertungsunsicherheiten bei Finanzinstrumenten der Level-3-Kategorie wiedergespiegelt werden. Die Veränderungen der Beträge in der Sensitivitätsanalyse vom 31. Dezember 2014 bis 30. September 2015 sind hauptsächlich auf Schätzungsänderungen und weniger auf wesentliche Veränderungen der Finanzinstrumenten der Level-3-Kategorie oder des Risikoprofils zurückzuführen. Gleichzeitig mit der verbesserten Schätzung und um besser widerspiegeln zu können, wie Risiken bewertet werden, wurde die Sensitivitätsschätzungen nicht beobachtbarer Eingangsparameter von Schuldtitelstaatlicher und quasistaatlicher Emittenten sowie Unternehmensschuldtitle und andere Schuldtitel zusammengefasst. Die Sensitivität bezogen auf diese beiden zusammengefassten Einselformen ist unter Unternehmensschuldinstrumente, Schuldinstrumente staatlicher Emittenten und andere Schuldinstrumente angegeben.

Die vorliegenden Angaben sollen die möglichen Auswirkungen darstellen, die sich aus der relativen Unsicherheit bei der Bestimmung der beizulegenden Zeitwerte von Finanzinstrumenten ergeben, deren Bewertung auf nicht beobachtbaren Eingangsparametern basiert. Dennoch ist es unwahrscheinlich, dass in der Praxis alle nicht beobachtbaren Parameter gleichzeitig am jeweils äußeren Ende ihrer Bandbreite von angemessenen möglichen Alternativen liegen. Aus diesem Grund dürften die vorgenannten Schätzwerte bezüglich der Unsicherheitsfaktoren die tatsächlichen Unsicherheitsfaktoren bei der Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts zum Bilanzstichtag übertreffen. Ferner sind die vorliegenden Angaben weder eine Vorhersage noch eine Indikation für künftige Änderungen des beizulegenden Zeitwerts.

Für viele der hier berücksichtigten Finanzinstrumente, insbesondere für Derivate, stellen nicht beobachtbare Parameter lediglich eine Teilmenge der Parameter dar, die für die Preisermittlung des Finanzinstruments erforderlich sind. Bei der verbleibenden Teilmenge handelt es sich um beobachtbare Parameter. Daher dürfte der Gesamteffekt für diese Instrumente, der aus der Verschiebung der nicht beobachtbaren Parameter an das äußere Ende ihrer Bandbreite resultiert, im Vergleich zum gesamten beizulegenden Zeitwert relativ gering ausfallen. Für andere Instrumente wird der beizulegende Zeitwert auf der Grundlage des Preises für das gesamte Instrument ermittelt. Dies erfolgt beispielsweise durch Anpassung des beizulegenden Zeitwerts eines angemessenen Vergleichsinstruments. Zusätzlich werden alle Finanzinstrumente bereits zu solchen beizulegenden Zeitwerten bilanziert, die Bewertungsanpassungen für die Kosten der Schließung beinhalten und daher bereits die Unsicherheitsfaktoren berücksichtigen, mit denen Marktpreise behaftet sind. Ein in den vorliegenden Angaben ermittelter negativer Effekt aus diesen Unsicherheitsfaktoren wird daher stets das Ausmaß der Auswirkungen übersteigen, das bereits für die Berechnung des beizulegenden Zeitwerts im Konzernabschluss berücksichtigt wird.

Sensitivitätsanalyse von nicht beobachtbaren Parametern¹

in Mio €	30.9.2015		31.12.2014	
	Positive Änderung des beizulegenden Zeitwerts durch Nutzung angemessener möglicher Alternativen	Negative Änderung des beizulegenden Zeitwerts durch Nutzung angemessener möglicher Alternativen	Positive Änderung des beizulegenden Zeitwerts durch Nutzung angemessener möglicher Alternativen	Negative Änderung des beizulegenden Zeitwerts durch Nutzung angemessener möglicher Alternativen
Wertpapiere:				
Schuldtitel	252	179	833	725
Mit Gewerbeimmobilien unterlegte Wertpapiere	14	12	57	47
Hypothekarisch besicherte und durch andere Vermögenswerte unterlegte Wertpapiere	59	53	235	229
Unternehmensschuldinstrumente, Schuldinstrumente staatlicher Emittenten und andere Schuldinstrumente	180	114	541	449
Durch Grundpfandrechte und andere Vermögenswerte unterlegte Wertpapiere	147	99	124	224
Derivate:				
Kreditderivate	434	747	432	457
Aktienderivate	164	124	157	115
Zinsderivate	353	148	392	184
Wechselkursderivate	15	14	4	2
Sonstige	134	81	75	74
Forderungen aus dem Kreditgeschäft:				
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	736	269	1.175	988
Kreditzusagen	0	0	6	5
Sonstige	0	0	79	79
Insgesamt	2.234	1.662	3.277	2.854

¹ Gleicht sich eine aufgrund eines nicht beobachtbaren Parameters bestehende Risikoposition innerhalb verschiedener Instrumente aus, wird lediglich der Nettoeffekt in der Tabelle ausgewiesen.

Quantitative Informationen zur Sensitivität wesentlicher nicht beobachtbarer Parameter

Die nicht beobachtbaren Parameter für die Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts von Level-3-Vermögenswerten sind häufig voneinander abhängig. Ferner bestehen oft dynamische Zusammenhänge zwischen nicht beobachtbaren und beobachtbaren Parametern sowie zwischen den Erstgenannten. Wirken sich diese wesentlich auf den beizulegenden Zeitwert eines bestimmten Instruments aus, werden sie explizit über Korrelationsparameter erfasst oder alternativ über Bewertungsmodelle und -verfahren überprüft. Basiert ein Bewertungsverfahren auf mehreren Parametern, schränkt die Wahl eines bestimmten Parameters häufig die Spanne anderer Parameter ein. Allgemeine Marktfaktoren (wie Zinssätze, Aktien-, Anleihe- oder Rohstoffindizes und Wechselkurse) können ebenfalls Auswirkungen haben.

Die unten aufgeführte Spanne zeigt den höchsten und niedrigsten Wert, der der Bewertung signifikanter Engagements in der Level-3-Kategorie zugrunde gelegt wird. Die Diversität der Finanzinstrumente, aus denen die Anhangangabe besteht, ist signifikant und deshalb können die Spannen bestimmter Parameter groß sein. Beispielsweise repräsentiert die Spanne der Bonitätsaufschläge auf hypothekarisch besicherte Wertpapiere nicht leistungsgestörte, liquidiere Positionen mit niedrigeren Aufschlägen als weniger liquide, leistungsgestörte Positionen mit höheren Aufschlägen. Diese umfasst die zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Instrumente mit geringerer Liquidität. Die unten aufgeführte weite Spanne ist zu erwarten, da bei der Bewertung der verschiedenen Engagementarten eine starke Differenzierung erfolgt, um relevante Marktentwicklungen zu erfassen. Im Folgenden werden die wesentlichen Parameterarten kurz beschrieben und signifikante Zusammenhänge zwischen diesen erläutert.

Kreditparameter werden verwendet, um die Bonität eines Geschäftspartners durch die Ermittlung der Ausfallwahrscheinlichkeit und der daraus resultierenden Verluste zu bewerten. Der Bonitätsaufschlag ist die Hauptkennzahl zur Bewertung der Bonität. Er stellt die Prämie auf das referenzierte Benchmark-Instrument (üblicherweise den LIBOR oder das jeweilige Treasury-Instrument, abhängig vom bewerteten Vermögenswert) oder die im Vergleich zum referenzierten Benchmark-Instrument höhere Rendite dar, die ein Anleiheinhaber als Gegenleistung für den Bonitätsunterschied zwischen dem Vermögenswert und der entsprechenden Benchmark fordern würde. Höhere Bonitätsaufschläge sind ein Zeichen für geringere Bonität und senken den Wert von

Anleihen oder Krediten, die vom Kreditnehmer an die Bank zurückzuzahlen sind. Die Erlösquote entspricht einer Schätzung des Betrags, den ein Kreditgeber beim Ausfall eines Kreditnehmers beziehungsweise ein Anleiheinhaber beim Ausfall eines Anleiheemittenten erhalten würde. Eine höhere Erlösquote führt dazu, dass eine Anleiheposition besser bewertet wird, sofern die anderen Parameter unverändert bleiben. Die konstante Ausfallrate (Constant Default Rate – „CDR“) und die konstante Rate der vorzeitigen Tilgungen (Constant Prepayment Rate – „CPR“) ermöglichen eine Bewertung komplexerer Kredite und Schuldtitel. Diese Parameter dienen zur Schätzung der kontinuierlichen Ausfälle bei geplanten Rück- und Zinszahlungen oder zeigen, ob der Kreditnehmer zusätzliche (normalerweise freiwillige) vorzeitige Rückzahlungen vornimmt. Sie sind bei der Schätzung des beizulegenden Zeitwerts von Hypotheken- oder anderen Krediten besonders relevant, die der Kreditnehmer über einen bestimmten Zeitraum zurückzahlt oder vorzeitig zurückzahlen kann, wie zum Beispiel bei einigen Wohnungsbaukrediten. Eine höhere CDR hat eine schlechtere Kreditbewertung zur Folge, da der Kreditgeber letztlich eine geringere Rückzahlung erhalten wird.

Zinssätze, Bonitätsaufschläge, Inflationsraten, Wechsel- und Aktienkurse liegen einigen Optionsinstrumenten oder anderen komplexen Derivaten zugrunde, bei denen die Zahlung an den Derivateinhaber von der Entwicklung der zugrunde liegenden Referenzwerte abhängig ist. Volatilitätsparameter beschreiben wesentliche Attribute der Entwicklung von Optionen, indem sie eine Bewertung der Schwankungen bei den Erträgen aus dem zugrunde liegenden Instrument ermöglichen. Diese Volatilität ist ein Indikator für die Wahrscheinlichkeit einer Entwicklung. Eine höhere Volatilität bedeutet eine höhere Wahrscheinlichkeit, dass ein bestimmtes Ergebnis eintritt. Die zugrunde liegenden Referenzwerte (Zinssätze, Bonitätsaufschläge etc.) wirken sich auf die Bewertung von Optionen aus. Sie beschreiben die Höhe der Zahlung, die bei einer Option erwartet werden kann. Daher ist der Wert einer Option vom Wert des zugrunde liegenden Instruments und von dessen Volatilität abhängig, die die Höhe und Wahrscheinlichkeit der Zahlung bestimmt. Bei einer hohen Volatilität ist der Wert einer Option höher, da die Wahrscheinlichkeit eines positiven Ertrags höher ist. Der Optionswert ist ebenfalls höher, wenn die entsprechende Zahlung signifikant ist.

Korrelationen werden verwendet, um Zusammenhänge zwischen zugrunde liegenden Referenzwerten zu beschreiben, wenn ein Derivat oder anderes Instrument mehr als einen Referenzwert hat. Einige dieser Zusammenhänge, zum Beispiel die Korrelation zwischen Rohstoffen sowie die Korrelation zwischen Zinssätzen und Wechselkursen, basieren üblicherweise auf makroökonomischen Faktoren wie den Auswirkungen der globalen Nachfrage auf die Rohstoffpreise oder dem Effekt der Zinsparität auf Wechselkurse. Bei Kreditderivaten und Aktienkorb-Derivaten können spezifischere Zusammenhänge zwischen Kreditreferenzwerten und Aktien bestehen. Kreditkorrelationen werden verwendet, um den Zusammenhang zwischen der Performance mehrerer Kredite zu bewerten. Aktienkorrelationen sollen den Zusammenhang zwischen den Renditen mehrerer Aktien beschreiben. Ein Derivat mit einem Korrelationsrisiko ist entweder eine Kauf- oder eine Verkaufsoption auf das Korrelationsrisiko. Eine hohe Korrelation legt nahe, dass ein starker Zusammenhang zwischen den zugrunde liegenden Referenzwerten besteht. Dadurch steigt der Wert dieser Derivate. Bei einer negativen Korrelation entwickeln sich die zugrunde liegenden Referenzwerte gegensätzlich, das heißt, ein Kursanstieg bei einem zugrunde liegenden Referenzwert führt zu einem Kursrückgang bei dem anderen.

Ein EBITDA („Earnings before interest, taxes, depreciation and amortization“ – Ertrag vor Zinsen, Steuern und Abschreibungen) multipler Ansatz kann für die Bewertung weniger liquider Wertpapiere genutzt werden. Bei diesem Ansatz wird der Unternehmenswert einer Gesellschaft geschätzt, indem die Kennzahl von Unternehmenswert zu EBITDA einer vergleichbaren, beobachtbaren Gesellschaft mit dem EBITDA der Gesellschaft, für die eine Bewertung erfolgen soll, ins Verhältnis gesetzt wird. Hierbei wird eine Liquiditätsanpassung vorgenommen, um dem Unterschied in der Liquidität des notierten Vergleichsunternehmens gegenüber der zu bewertenden Gesellschaft Rechnung zu tragen. Ein höheres Vielfaches eines Unternehmenswerts/EBITDA resultiert in einem höheren beizulegenden Zeitwert.

Finanzinstrumente, die der dritten Kategorie der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts zugeordnet wurden, und Zusammenhänge zwischen nicht beobachtbaren Parametern

30.9.2015

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	Beizulegender Zeitwert		Bewertungsverfahren ¹	Signifikante nicht beobachtbare Parameter (Level 3)	Spanne
	Vermögenswerte	Verbindlichkeiten			
Zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesene Finanzinstrumente – Handelsbestand, zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte und zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte:					
Hypothekarisch besicherte und durch andere Vermögenswerte unterlegte Wertpapiere des Handelsbestands:					
Mit Gewerbeimmobilien unterlegte Wertpapiere	220	0	Kursverfahren DCF-Verfahren	Kurs Bonitätsaufschlag (Bp.)	0 % 134 1.500
Hypothekarisch besicherte und durch andere Vermögenswerte unterlegte Wertpapiere	2.176	0	Kursverfahren DCF-Verfahren	Kurs Bonitätsaufschlag (Bp.) Erlösquote Konstante Ausfallrate Konstante Rate der vorzeitigen Tilgungen	0 % 35 99 % 0 % 16 % 0 % 73 %
Hypothekarisch besicherte und durch andere Vermögenswerte unterlegte Wertpapiere insgesamt	2.396	0			
Festverzinsliche Wertpapiere und andere					
Schuldtitel	5.746	2.365	Kursverfahren	Kurs	0 % 340 %
Handelsbestand	5.211	19	DCF-Verfahren	Bonitätsaufschlag (Bp.)	23 616
Unternehmensschuldinstrumente, Schuldinstrumente staatlicher Emittenten und andere Schuldinstrumente	5.211				
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	375				
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	160	2.346			
Eigenkapitaltitel	1.049	0	Marktansatz	Kurs-/Nettoinventarwert Unternehmenswert/EBITDA (Vielfaches)	78 % 1 100 % 15
Handelsbestand	182	0			
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	31				
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	836		DCF-Verfahren	Gewichtete durchschnittliche Kapitalkosten	8 % 13 %
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	11.380	0	Kursverfahren	Kurs	0 % 139 %
Handelsbestand	5.042	0	DCF-Verfahren	Bonitätsaufschlag (Bp.)	100 4.452
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	3.466			Konstante Ausfallrate	1 % 23 %
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	2.872			Erlösquote	0 % 81 %
Kreditzusagen	0	89	DCF-Verfahren	Bonitätsaufschlag (Bp.) Erlösquote Ausnutzungsgrad	4 20 % 0 % 972 75 % 100 %
Sonstige finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen	1.034 ²	1.485 ³	DCF-Verfahren	IRR	4 % 24 %
Zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesene nicht derivative Finanzinstrumente insgesamt	21.605	3.940			

¹ Die Bewertungsverfahren und die anschließenden signifikanten nicht beobachtbaren Parameter beziehen sich jeweils auf die Gesamtposition.

² Die sonstigen finanziellen Vermögenswerte beinhalten 7 Mio € sonstige Handelsaktiva, 615 Mio € sonstige zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte Vermögenswerte und 412 Mio € sonstige zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte.

³ Die sonstigen finanziellen Verpflichtungen beinhalten 1,4 Mrd € zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte Wertpapierpensionsgeschäfte (Repos) und 105 Mio € sonstige zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen.

31.12.2014						
in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	Beizulegender Zeitwert		Bewertungsverfahren ¹	Signifikante nicht beobachtbare Parameter (Level 3)	Spanne	
	Vermögenswerte	Verbindlichkeiten				
Zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesene Finanzinstrumente – Handelsbestand, zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte und zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte:						
Hypothekarisch besicherte und durch andere Vermögenswerte unterlegte Wertpapiere des Handelsbestands:						
Mit Gewerbeimmobilien unterlegte Wertpapiere	342	0	Kursverfahren DCF-Verfahren	Kurs Bonitätsaufschlag (Bp.)	0 % 246	106 % 1.375
Hypothekarisch besicherte und durch andere Vermögenswerte unterlegte Wertpapiere	2.342	0	Kursverfahren DCF-Verfahren	Kurs Bonitätsaufschlag (Bp.) Erlösquote Konstante Ausfallrate Konstante Rate der vorzeitigen Tilgungen	0 % 72 0 % 0 % 0 %	184 % 1.648 97 % 13 % 22 %
Hypothekarisch besicherte und durch andere Vermögenswerte unterlegte Wertpapiere insgesamt	2.684	0				
Festverzinsliche Wertpapiere und andere Schuldtitel	5.936	1.202	Kursverfahren	Kurs	0 %	286 %
Handelsbestand	5.477	43	DCF-Verfahren	Bonitätsaufschlag (Bp.)	32	1.629
Unternehmensschuldinstrumente, Schuldinstrumente staatlicher Emittenten und andere Schuldinstrumente	5.477					
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	459					
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	0	1.159				
Eigenkapitaltitel	1.719	0	Marktansatz	Kurs-/Nettoinventarwert Unternehmenswert/EBITDA (Vielfaches)	49 % 1	100 % 18
Handelsbestand	795	0				
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	29					
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	895		DCF-Verfahren	Gewichtete durchschnittliche Kapitalkosten	6 %	13 %
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	10.648	0	Kursverfahren	Kurs	0 %	137 %
Handelsbestand	4.148	0	DCF-Verfahren	Bonitätsaufschlag (Bp.)	95	3.040
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	3.719			Konstante Ausfallrate	2 %	21 %
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	2.781			Erlösquote	0 %	67 %
Kreditzusagen	0	87	DCF-Verfahren	Bonitätsaufschlag (Bp.) Erlösquote	115 20 %	1.000 80 %
			Kreditpreismodell	Ausnutzungsgrad	0 %	100 %
Sonstige finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen	748 ²	1.121 ³	DCF-Verfahren	IRR	2 %	24 %
Zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesene nicht derivative Finanzinstrumente insgesamt	21.735	2.409				

¹ Die Bewertungsverfahren und die anschließenden signifikanten nicht beobachtbaren Parameter beziehen sich jeweils auf die Gesamtposition.

² Die sonstigen finanziellen Vermögenswerte beinhalten 50 Mio € sonstige Handelsaktiva, 405 Mio € sonstige zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte Vermögenswerte und 293 Mio € sonstige zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte.

³ Die sonstigen finanziellen Verpflichtungen beinhalten 1 Mrd € zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte Wertpapierpensionsgeschäfte (Repos) und 104 Mio € sonstige zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen.

30.9.2015						
in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	Beizulegender Zeitwert		Bewertungsverfahren	Signifikante nicht beobachtbare Parameter (Level 3)	Spanne	
	Vermögens- werte	Verbind- lichkeiten				
Zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesene Finanzinstrumente:						
Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten:						
Zinsderivate	3.886	2.426	DCF-Verfahren	Zinssatz bei Swaps (Bp.)	5	1.061
				Zinssatz bei Inflationsswaps	0 %	8 %
				Konstante Ausfallrate	1 %	16 %
				Konstante Rate der vorzeitigen Tilgungen	3 %	20 %
			Optionspreismodell	Inflationsvolatilität	0 %	8 %
				Zinsvolatilität	4 %	262 %
				Korrelation zwischen Zinssätzen	-31 %	100 %
				Korrelation zwischen Basiswerten hybrider Kapitalinstrumente	-70 %	95 %
Kreditderivate	3.229	1.790	DCF-Verfahren	Bonitätsaufschlag (Bp.)	2	7.830
				Erlösquote	0 %	100 %
			Korrelationspreismodell	Kreditkorrelation	13 %	92 %
Aktienderivate	784	1.033	Optionspreismodell	Aktienvolatilität	13 %	96 %
				Indexvolatilität	12 %	67 %
				Korrelation zwischen Indizes	44 %	92 %
				Korrelation zwischen Aktien	5 %	93 %
Devisenderivate	1.633	1.516	Optionspreismodell	Volatilität	1 %	32 %
Sonstige Derivate	831	214 ¹	DCF-Verfahren	Bonitätsaufschlag (Bp.)	0	0
			Optionspreismodell	Indexvolatilität	7 %	41 %
				Korrelation zwischen Rohstoffen	-21 %	90 %
Zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesene derivative Finanzinstrumente insgesamt	10.363	6.980				

¹ Beinhaltet Derivate, die in Verträge eingebettet sind, deren Basisvertrag zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet wird, für die das eingebettete Derivat jedoch getrennt ausgewiesen wird.

31.12.2014						
in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	Beizulegender Zeitwert		Bewertungsverfahren	Signifikante nicht beobachtbare Parameter (Level 3)	Spanne	
	Vermögens- werte	Verbind- lichkeiten				
Zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesene Finanzinstrumente:						
Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten:						
Zinsderivate	3.324	2.211	DCF-Verfahren	Zinssatz bei Swaps (Bp.)	42	2.418
				Zinssatz bei Inflationsswaps	- 1 %	8 %
				Konstante Ausfallrate	2 %	27 %
				Konstante Rate der vorzeitigen Tilgungen	2 %	21 %
			Optionspreismodell	Inflationsvolatilität	0 %	8 %
				Zinsvolatilität	1 %	101 %
				Korrelation zwischen Zinssätzen	- 2 %	100 %
				Korrelation zwischen Basiswerten hybrider Kapitalinstrumente	- 70 %	95 %
Kreditderivate	3.586	1.921	DCF-Verfahren	Bonitätsaufschlag (Bp.)	155	9.480
				Erlösquote	0 %	100 %
			Korrelationspreismodell	Kreditkorrelation	13 %	96 %
Aktienderivate	1.118	1.258	Optionspreismodell	Aktienvolatilität	8 %	84 %
				Indexvolatilität	8 %	99 %
				Korrelation zwischen Indizes	48 %	98 %
				Korrelation zwischen Aktien	9 %	95 %
Devisenderivate	264	242	Optionspreismodell	Volatilität	6 %	26 %
Sonstige Derivate	1.267	368 ¹	DCF-Verfahren	Bonitätsaufschlag (Bp.)	44	1.500
			Optionspreismodell	Indexvolatilität	7 %	138 %
				Korrelation zwischen Rohstoffen	- 30 %	60 %
Zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesene derivative Finanzinstrumente insgesamt	9.559	6.001				

¹ Beinhaltet Derivate, die in Verträge eingebettet sind, deren Basisvertrag zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet wird, für die das eingebettete Derivat jedoch getrennt ausgewiesen wird.

Unrealisiertes Ergebnis aus zum Bilanzstichtag gehaltenen Finanzinstrumenten der Level-3-Kategorie

Die unrealisierten Ergebnisse basieren nicht ausschließlich auf nicht beobachtbaren Parametern, sondern zahlreiche der Parameter, die zur Bewertung der Finanzinstrumente in dieser Kategorie herangezogen werden, sind beobachtbar. Somit basiert die Veränderung der Ergebnisse teilweise auf Veränderungen der beobachtbaren Parameter im Laufe der Berichtsperiode. Viele der Positionen in dieser Kategorie der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts sind ökonomisch durch Finanzinstrumente abgesichert, die den anderen Kategorien der Hierarchie zugeordnet sind. Die kompensierenden Gewinne und Verluste, die aus den entsprechenden Absicherungsgeschäften erfasst wurden, sind nicht in der folgenden Tabelle reflektiert. Diese beinhaltet gemäß IFRS 13 nur die Gewinne und Verluste, die aus den am Bilanzstichtag gehaltenen, originären Level-3-Instrumenten resultieren. Das unrealisierte Ergebnis aus Finanzinstrumenten der Level-3-Kategorie ist sowohl im Zinsüberschuss als auch im Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung enthalten.

in Mio €	Jan. – Sep.	
	30.9.2015	30.9.2014
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte:		
Wertpapiere des Handelsbestands	483	448
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	777	121
Sonstige Handelsaktiva	241	- 11
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	51	142
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	94	73
Sonstige zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte	0	0
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte insgesamt	1.647	772
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen:		
Wertpapiere des Handelsbestands	0	0
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	- 792	102
Sonstige Handelspassiva	0	0
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	- 31	- 32
Sonstige zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen	359	17
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen insgesamt	- 464	88
Insgesamt	1.184	860

Erfassung des Handelstaggewinns („Trade Date Profit“)

Soweit in erheblichem Umfang nicht beobachtbare Parameter für Bewertungsmodelle zugrunde gelegt werden, erfolgt die Erfassung des betreffenden Finanzinstruments zum Transaktionspreis und jeglicher am Handelstag ermittelte Gewinn wird abgegrenzt. Die nachfolgende Tabelle zeigt die Veränderung der Handelstaggewinne seit Jahresbeginn, die aufgrund der Anwendung wesentlicher nicht beobachtbarer Parameter für zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesene Finanzinstrumente abgegrenzt wurden. Die Bestände setzen sich vorwiegend aus Derivaten zusammen.

in Mio €	30.9.2015	30.9.2014
Bestand am Jahresanfang	973	796
Neue Geschäfte während der Periode	345	601
Abschreibung	- 267	- 204
Ausgelaufene Geschäfte	- 109	- 106
Nachträgliche Veränderung der Beobachtbarkeit	- 27	- 52
Wechselkursveränderungen	3	8
Bestand am Periodenende	918	1.043

Beizulegender Zeitwert von Finanzinstrumenten, die nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanziert werden

Dieser Abschnitt sollte in Zusammenhang mit der Anhangangabe 15 „Beizulegender Zeitwert von Finanzinstrumenten, die nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanziert werden“ im Finanzbericht 2014 des Konzerns gelesen werden.

Die Bewertungstechniken zur Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts von Finanzinstrumenten des Konzerns, die in der Bilanz nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanziert werden, entsprechen denen, die in Anhangangabe 14 „Zum beizulegenden Zeitwert bewertete Finanzinstrumente“ des Finanzberichts 2014 aufgeführt sind. Wie im Abschnitt „Änderungen zu IAS 39 und IFRS 7, „Umwidmung von finanziellen Vermögenswerten““ erläutert, hat der Konzern bestimmte geeignete Vermögenswerte aus „zu Handelszwecken gehalten“ und „zur Veräußerung verfügbar“ in „Forderungen aus dem Kreditgeschäft“ umgewidmet. Der Konzern wendet weiterhin die in Anhangangabe 14 „Zum beizulegenden Zeitwert bewertete Finanzinstrumente“ des Finanzberichts 2014 erläuterten relevanten Bewertungstechniken auf die umgewidmeten Vermögenswerte an.

Andere Finanzinstrumente, die nicht zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, werden nicht auf Basis des beizulegenden Zeitwerts gesteuert. Dies gilt zum Beispiel für Konsumentenkredite, Einlagen und an Firmenkunden ausgegebene Kreditfazilitäten. Für solche Instrumente wird der beizulegende Zeitwert nur für Zwecke der Anhangangabe kalkuliert und hat weder einen Einfluss auf die Konzernbilanz noch auf die Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung. Zusätzlich sind zur Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts in erheblichem Umfang Einschätzungen durch das Management notwendig, da diese Instrumente normalerweise nicht gehandelt werden.

Ermittelte beizulegende Zeitwerte der in der Bilanz nicht zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesenen Finanzinstrumente¹

in Mio €	30.9.2015		31.12.2014	
	Buchwert	Beizulegender Zeitwert	Buchwert	Beizulegender Zeitwert
Finanzaktiva:				
Barreserve	27.278	27.278	20.055	20.055
Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	75.284	75.287	63.518	63.518
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	23.720	23.720	17.796	17.796
Forderungen aus Wertpapierleihen	33.109	33.109	25.834	25.834
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	428.337	427.820	405.612	410.769
Sonstige Finanzaktiva	139.482	139.448	120.838	120.827
Finanzpassiva:				
Einlagen	570.223	569.885	532.931	532.581
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	7.086	7.086	10.887	10.887
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen	3.344	3.344	2.339	2.339
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	30.194	30.190	42.931	42.929
Sonstige Finanzpassiva	187.840	187.840	159.930	159.930
Langfristige Verbindlichkeiten	161.187	160.884	144.837	146.215
Hybride Kapitalinstrumente	6.931	7.996	10.573	12.251

¹ Die Beträge werden generell brutto ausgewiesen. Dies steht im Einklang mit dem in Anhangangabe 1 „Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze und -einschätzungen“ des Finanzberichts 2014 dargestellten Rechnungslegungsgrundsatz zur Aufrechnung von Finanzinstrumenten des Konzerns.

Aufrechnung von finanziellen Vermögenswerten und Verpflichtungen

Der Konzern ist berechtigt, bestimmte finanzielle Vermögenswerte und finanzielle Verpflichtungen nach Maßgabe der Kriterien im Sinne von Anhangangabe 1 „Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze und -einschätzungen: Aufrechnung von Finanzinstrumenten“ unseres Finanzberichts 2014 zum Nettowert in seiner Bilanz auszuweisen.

Die nachfolgenden Tabellen enthalten Angaben zu den Aufrechnungseffekten auf die Konzernbilanz sowie die finanziellen Auswirkungen einer Aufrechnung im Fall von Instrumenten, die Gegenstand einer rechtlich durchsetzbaren Aufrechnungs-Rahmenvereinbarung oder einer ähnlichen Vereinbarung sind, sowie zu verfügbaren Barmitteln und Sicherheiten in Form von Finanzinstrumenten.

Vermögenswerte

30.9.2015

in Mio €	Finanzielle Vermögenswerte (brutto)	Aufgerechnete bilanzierte Beträge (brutto)	Bilanzierte finanzielle Vermögenswerte (netto)	Nicht bilanzierte Beträge			Nettobetrag
				Effekt von Aufrechnungs-Rahmenvereinbarungen	Barsicherheiten	Sicherheiten in Form von Finanzinstrumenten ¹	
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos) (rechtlich durchsetzbar)	19.913	- 2.605	17.308	0	0	- 17.280	28
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos) (rechtlich nicht durchsetzbar)	6.412	0	6.412	0	0	- 6.110	301
Forderungen aus Wertpapierleihen (rechtlich durchsetzbar)	13.543	0	13.543	0	0	- 13.229	315
Forderungen aus Wertpapierleihen (rechtlich nicht durchsetzbar)	19.565	0	19.565	0	0	- 19.230	336
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte							
Handelsaktiva	197.435	- 437	196.998	0	- 10	- 1.545	195.443
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten (rechtlich durchsetzbar)	685.006	- 133.364	551.643	- 452.456	- 61.164	- 13.703	24.320
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten (rechtlich nicht durchsetzbar)	19.968	0	19.968	0	0	0	19.968
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte (rechtlich durchsetzbar)	96.429	- 35.104	61.325	- 2.182	- 1.155	- 49.319	8.670
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte (rechtlich nicht durchsetzbar)	51.773	0	51.773	0	0	- 29.946	21.827
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte insgesamt	1.050.612	- 168.904	881.707	- 454.638	- 62.329	- 94.513	270.228
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	428.355	- 18	428.337	0	- 16.434	- 48.700	363.203
Sonstige Aktiva	186.635	- 33.091	153.544	- 60.288	- 62	0	93.194
Davon: Positive Marktwerte aus zu Sicherungszwecken gehaltenen Derivaten (rechtlich durchsetzbar)	9.142	- 5.776	3.367	- 2.575	0	0	792
Übrige nicht aufzurechnende Vermögenswerte	198.957	0	198.957	0	- 762	- 431	197.764
Summe der Aktiva	1.923.992	- 204.618	1.719.374	- 514.926	- 79.588	- 199.492	925.368

¹ Enthält keine Immobiliensicherheiten oder andere nicht finanzielle Sicherheiten.

Verbindlichkeiten

	30.9.2015						
				Nicht bilanzierte Beträge			
in Mio €	Finanzielle Verpflichtungen (brutto)	Aufge- rechnete bilanzierte Beträge (brutto)	Bilanzierte finanzielle Verpflich- tungen (netto)	Effekt von Aufrech- nungs- Rahmenver- einbarungen	Bar- sicherheiten	Sicherheiten in Form von Finanz- instrumenten	Nettobetrag
Einlagen	570.241	- 18	570.223	0	0	0	570.223
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentral- bankeinlagen und aus Wertpapierpensionsge- schäften (Repos) (rechtlich durchsetzbar)	5.139	- 2.605	2.534	0	0	- 2.534	0
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentral- bankeinlagen und aus Wertpapierpensionsge- schäften (Repos) (rechtlich nicht durchsetzbar)	4.551	0	4.551	0	0	- 4.080	471
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen (rechtlich durchsetzbar)	1.827	0	1.827	0	0	- 1.827	0
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen (rechtlich nicht durchsetzbar)	1.517	0	1.517	0	0	- 1.045	472
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen							
Handelspassiva	56.903	- 908	55.995	0	0	0	55.995
Negative Marktwerte aus derivativen Finanz- instrumenten (rechtlich durchsetzbar)	650.805	- 133.800	517.004	- 450.012	- 57.713	- 9.279	0
Negative Marktwerte aus derivativen Finanz- instrumenten (rechtlich nicht durchsetzbar)	27.436	0	27.436	0	0	- 3.789	23.647
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen (rechtlich durchsetzbar)	48.947	- 34.196	14.751	- 2.160	0	- 12.591	0
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen (rechtlich nicht durchsetzbar)	32.204	0	32.204	0	- 3.837	- 10.466	17.902
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen insgesamt	816.294	- 168.904	647.390	- 452.172	- 61.550	- 36.125	97.543
Sonstige Passiva	246.528	- 33.091	213.437	- 71.202	0	0	142.236
Davon: Negative Marktwerte aus zu Sicherungszwecken gehaltenen Derivaten (rechtlich durchsetzbar)	10.795	- 5.776	5.019	- 5.019	0	0	0
Übrige nicht aufzurechnende Verpflichtungen	209.015	0	209.015	0	0	0	209.015
Summe der Passiva	1.855.113	- 204.618	1.650.495	- 523.374	- 61.550	- 45.611	1.019.960

Vermögenswerte

31.12.2014

in Mio €	Finanzielle Vermögenswerte (brutto)	Aufgerechnete bilanzierte Beträge (brutto)	Bilanzierte finanzielle Vermögenswerte (netto)	Nicht bilanzierte Beträge			Nettobetrag
				Effekt von Aufrechnungs-Rahmenvereinbarungen	Barsicherheiten	Sicherheiten in Form von Finanzinstrumenten ¹	
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos) (rechtlich durchsetzbar)	17.051	- 2.419	14.632	0	0	- 14.602	29
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos) (rechtlich nicht durchsetzbar)	3.164	0	3.164	0	0	- 2.386	779
Forderungen aus Wertpapierleihen (rechtlich durchsetzbar)	11.891	0	11.891	0	0	- 11.406	485
Forderungen aus Wertpapierleihen (rechtlich nicht durchsetzbar)	13.943	0	13.943	0	0	- 13.294	649
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte							
Handelsaktiva	196.157	- 476	195.681	0	- 11	- 1.049	194.621
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten (rechtlich durchsetzbar)	823.578	- 217.158	606.421	- 519.590	- 61.518	- 15.330	9.982
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten (rechtlich nicht durchsetzbar)	23.537	0	23.537	0	0	0	23.537
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte (rechtlich durchsetzbar)	101.845	- 37.075	64.770	- 2.782	- 1.924	- 50.245	9.819
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte (rechtlich nicht durchsetzbar)	52.516	0	52.516	0	0	- 31.358	21.158
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte insgesamt	1.197.633	- 254.708	942.924	- 522.373	- 63.453	- 97.982	259.117
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	405.673	- 61	405.612	0	- 16.259	- 46.112	343.242
Sonstige Aktiva	157.771	- 19.792	137.980	- 67.009	- 239	- 13	70.720
Davon: Positive Marktwerte aus zu Sicherungszwecken gehaltenen Derivaten (rechtlich durchsetzbar)	10.723	- 6.320	4.403	- 3.837	0	0	566
Übrige nicht aufzurechnende Vermögenswerte	178.557	0	178.557	0	- 874	- 451	177.231
Summe der Aktiva	1.985.683	- 276.980	1.708.703	- 589.381	- 80.825	- 186.246	852.252

¹ Enthält keine Immobiliensicherheiten oder andere nicht finanzielle Sicherheiten.

Verbindlichkeiten

	31.12.2014						
				Nicht bilanzierte Beträge			
in Mio €	Finanzielle Verpflichtungen (brutto)	Aufge- rechnete Beträge (brutto)	Bilanzierte Verpflichtungen (netto)	Effekt von Aufrech- nungs- Rahmenver- einbarungen	Bar- sicherheiten	Sicherheiten in Form von Finanz- instrumenten	Nettobetrag
Einlagen	532.992	- 61	532.931	0	0	0	532.931
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentral- bankeinlagen und aus Wertpapierpensionsge- schäften (Repos) (rechtlich durchsetzbar)	5.673	- 2.419	3.254	0	0	- 2.966	288
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentral- bankeinlagen und aus Wertpapierpensionsge- schäften (Repos) (rechtlich nicht durchsetzbar)	7.633	0	7.633	0	0	- 2.278	5.356
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen (rechtlich durchsetzbar)	1.791	0	1.791	0	0	- 1.614	177
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen (rechtlich nicht durchsetzbar)	549	0	549	0	0	- 209	339
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen							
Handelsspassiva	42.960	- 1.117	41.843	0	0	0	41.843
Negative Marktwerte aus derivativen Finanz- instrumenten (rechtlich durchsetzbar)	803.073	- 217.597	585.475	- 518.364	- 63.172	- 3.939	0
Negative Marktwerte aus derivativen Finanz- instrumenten (rechtlich nicht durchsetzbar)	24.726	0	24.726	0	0	- 11.996	12.731
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen (rechtlich durchsetzbar)	52.517	- 35.994	16.523	- 2.782	0	- 13.741	0
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen (rechtlich nicht durchsetzbar)	29.132 ¹	0	29.132 ¹	0	- 3.130	- 5.718	20.283 ¹
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen insgesamt	952.408 ¹	- 254.708	697.699 ¹	- 521.146	- 66.302	- 35.394	74.856 ¹
Sonstige Passiva	203.614 ¹	- 19.792	183.823 ¹	- 71.645	0	0	112.178 ¹
Davon: Negative Marktwerte aus zu Sicherungszwecken gehaltenen Derivaten (rechtlich durchsetzbar)	11.383	- 6.320	5.063	- 5.063	0	0	0
Übrige nicht aufzurechnende Verpflichtungen	207.801	0	207.801	0	0	0	207.801
Summe der Passiva	1.912.461	- 276.980	1.635.481	- 592.791	- 66.302	- 42.460	933.927

¹ Die Zahlen wurden angepasst, indem 67 Mrd € aus der Zeile Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen (rechtlich nicht durchsetzbar) in Sonstige Passiva verschoben wurden.

In der Spalte „Aufgerechnete bilanzierte Beträge (brutto)“ sind die Beträge ausgewiesen, die nach Maßgabe der in Anhangangabe 1 „Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze und -einschätzungen: Aufrechnung von Finanzinstrumenten“ des Finanzberichts 2014 beschriebenen Kriterien aufgerechnet wurden.

In der Spalte „Effekt von Aufrechnungs-Rahmenvereinbarungen“ werden die Beträge ausgewiesen, die Gegenstand einer Aufrechnungs-Rahmenvereinbarung sind, aber wegen Nichterfüllung der Voraussetzungen zur Abwicklung auf Nettobasis/Simultanabwicklung oder weil die Rechte zur Aufrechnung abhängig vom Ausfall der Kontrahenten sind, nicht aufgerechnet wurden. Die Beträge für sonstige Aktiva und Passiva beinhalten Forderungen beziehungsweise Verbindlichkeiten aus Sicherheitsleistungen.

In den Spalten „Barsicherheiten“ und „Sicherheiten in Form von Finanzinstrumenten“ sind die bezogen auf die Gesamtsumme der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten erhaltenen beziehungsweise verpfändeten Beträge von Barsicherheiten und Sicherheiten in Form von Finanzinstrumenten ausgewiesen, einschließlich solcher, die sich auf Vermögenswerte und Verbindlichkeiten beziehen, die nicht aufgerechnet worden sind.

Rechtlich nicht durchsetzbare Aufrechnungs-Rahmenvereinbarungen gelten für Verträge in Jurisdiktionen, in denen die Aufrechnungsansprüche nach Maßgabe des dort geltenden Konkursrechts möglicherweise nicht anerkannt werden.

Die als Absicherung für positive Marktwerte von Derivaten erhaltenen und für negative Marktwerte von Derivaten verpfändeten Barsicherheiten werden unter den Sonstigen Passiva beziehungsweise Sonstigen Aktiva bilanziert.

Die Sicherheiten in Form von Finanzinstrumenten und die Barsicherheiten zeigen deren beizulegenden Zeitwert. Das Recht zur Aufrechnung von Sicherheiten in Form von Finanzinstrumenten und Barsicherheiten bedingt den vorherigen Ausfall der Gegenpartei.

Risikovorsorge im Kreditgeschäft

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	Wertberichtigungen für Kreditausfälle			Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft			Jan. – Sep. 2015
	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Zwischen- summe	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Zwischen- summe	Insgesamt
	Bestand am Jahresanfang	2.364	2.849	5.212	85	141	226
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	176	337	512	51	14	64	576
Davon: (Gewinne)/Verluste aus dem Abgang von wertgeminderten Krediten	- 56	- 45	- 100	0	0	0	- 100
Nettoabschreibungen:	- 319	- 535	- 854	0	0	0	- 854
Abschreibungen	- 360	- 623	- 983	0	0	0	- 983
Eingänge aus abgeschriebenen Krediten	41	87	129	0	0	0	129
Sonstige Veränderungen	30	- 4	27	2	7	9	36
Bestand am Periodenende	2.251	2.646	4.897	137	162	300	5.197
Veränderungen gegenüber Vorjahr							
Risikovorsorge im Kreditgeschäft							
In Mio €	- 125	- 105	- 230	40	1	41	- 189
In %	42	- 24	- 31	387	5	175	- 25
Nettoabschreibungen:							
In Mio €	441	- 108	333	0	0	0	333
In %	- 58	25	- 28	0	0	0	- 28

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	Wertberichtigungen für Kreditausfälle			Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft			Jan. – Sep. 2014
	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Zwischen- summe	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Zwischen- summe	Insgesamt
	Bestand am Jahresanfang	2.857	2.732	5.589	102	114	216
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	300	441	742	10	13	23	765
Davon: (Gewinne)/Verluste aus dem Abgang von wertgeminderten Krediten	- 39	- 16	- 56	0	0	0	- 56
Nettoabschreibungen:	- 760	- 427	- 1.187	0	0	0	- 1.187
Abschreibungen	- 789	- 508	- 1.296	0	0	0	- 1.296
Eingänge aus abgeschriebenen Krediten	29	80	109	0	0	0	109
Sonstige Veränderungen	9	0	8	- 1	7	7	15
Bestand am Periodenende	2.406	2.745	5.152	112	134	246	5.398
Veränderungen gegenüber Vorjahr							
Risikovorsorge im Kreditgeschäft							
In Mio €	- 556	- 10	- 566	0	- 8	- 9	- 575
In %	- 65	- 2	- 43	- 2	- 40	- 27	- 43
Nettoabschreibungen:							
In Mio €	- 300	- 244	- 543	0	0	0	- 543
In %	65	133	84	0	0	0	84

Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte

Geschäfts- oder Firmenwert

Veränderungen des Geschäfts- oder Firmenwerts

Die Veränderungen des Buchwertes sowie die Bruttobeträge und die kumulierten Wertminderungen des Geschäfts- oder Firmenwerts haben sich zum 30. September 2015 nach zahlungsmittelgenerierenden Einheiten („ZGE“) wie unten dargestellt entwickelt.

Geschäfts- oder Firmenwert, zahlungsmittelgenerierenden Einheiten zugeordnet

in Mio €	Corporate Banking & Securities	Private & Business Clients	Global Transaction Banking	Deutsche Asset & Wealth Management	Non-Core Operations Unit ¹	Sonstige	Insgesamt
Bestand zum 1. Januar 2015	2.016	2.763	474	4.131	0	134	9.518
Zugänge	0	0	0	0	0	0	0
Anpassungen des im Vorjahr erworbenen Geschäfts- oder Firmenwerts zum Erwerbszeitpunkt	0	0	0	0	0	0	0
Umklassifizierungen	0	0	0	0	0	0	0
Umklassifizierung aus/in (-) zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte	0	-1	0	-16	0	-138	-155
Abgänge, die nicht als zum Verkauf bestimmt klassifiziert werden	0	0	0	0	0	0	0
Wertminderungen ²	-2.168	-2.765	0	0	0	0	-4.933
Wechselkursveränderungen/Sonstige	152	3	34	216	0	5	411
Bestand zum 30. September 2015	0	0	508	4.331	0	1	4.841
Bruttobetrag des Geschäfts- oder Firmenwerts	3.499	2.765	508	4.331	652	592	12.348
Kumulierte Wertminderungen	-3.499	-2.765	0	0	-652	-591	-7.507

¹ Beinhaltet die primären ZGEs „NCOU Wholesale Assets“ und „NCOU Operating Assets“.

² Wertminderungen des Geschäfts- oder Firmenwerts werden als Wertminderungen auf Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen.

Neben den primären ZGEs weisen die Segmente CB&S und NCOU einen Geschäfts- oder Firmenwert aus, der aus dem Erwerb von nicht integrierten Investments resultiert und deshalb nicht den primären ZGEs der jeweiligen Segmente zugeordnet wurde. Ein solcher Geschäfts- oder Firmenwert ist in der obigen Tabelle unter „Sonstige“ zusammengefasst. Das nicht integrierte Investment in der NCOU besteht aus der Beteiligung an der Maher Terminals LLC und der Maher Terminals of Canada Corp. Die letztgenannte Beteiligung wurde im dritten Quartal 2015 veräußert.

Die Veränderungen des Geschäfts- oder Firmenwertes in den ersten neun Monaten des Jahres 2015 (mit Ausnahme derjenigen, die auf Wechselkursveränderungen beruhen) beinhalteten im Wesentlichen die Wertminderungen von 2.168 Mio € in CB&S und von 2.765 Mio € in PBC. Diese Aufwendungen sind das Ergebnis der im dritten Quartal 2015 durchgeführten Werthaltigkeitsprüfung des Geschäfts- oder Firmenwertes. Der Test wurde durch die weitere Konkretisierung der Strategie 2020 im dritten Quartal ausgelöst, vor allem durch die Auswirkungen der erwarteten höheren Eigenkapitalanforderungen für beide Segmente als auch die aktuellen Erwartungen zu Veräußerungen in PBC. Im Zusammenhang mit dem Verkauf des kanadischen Hafenbetriebs von Maher Terminals wurde der Veräußerungsgruppe im ersten Quartal 2015 ein Geschäfts- oder Firmenwert von 138 Mio € zugeordnet.

Werthaltigkeitsprüfung des Geschäfts- oder Firmenwerts

Ein bei einem Unternehmenszusammenschluss erworbener Geschäfts- oder Firmenwert wird für die Überprüfung der Werthaltigkeit ZGEs zugewiesen. Der Definition in Anhangangabe 1 „Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze und -einschätzungen“ des Finanzberichtes 2014 folgend, sind die primären ZGEs des Konzerns wie oben dargestellt. Ein Geschäfts- oder Firmenwert, der auf „Sonstige“ ZGEs entfällt, wird einzeln auf der Ebene jedes nicht integrierten Investments auf seine Werthaltigkeit hin untersucht. Der Geschäfts- oder Firmenwert wird im vierten Quartal jedes Geschäftsjahres auf seine Werthaltigkeit hin überprüft, indem der erzielbare Betrag jeder ZGE, die Geschäfts- oder Firmenwerte ausweist, mit deren Bilanzwert verglichen wird. Darüber hinaus und in Einklang mit IAS 36 wird der Geschäfts- oder Firmenwert auf Werthaltigkeit hin über-

prüft, falls ein testauslösendes Ereignis vorliegt. Der erzielbare Betrag einer ZGE entspricht dem jeweils höheren Wert aus dem beizulegenden Zeitwert abzüglich der Veräußerungskosten und dem Nutzungswert.

Die Fortentwicklung der neuen Strategie 2020 des Konzerns stellte ein testauslösendes Ereignis dar, aufgrund dessen ein Werthaltigkeitstest durchgeführt wurde. Die Überprüfung der Werthaltigkeit der Geschäfts- oder Firmenwerte im dritten Quartal 2015 resultierte in Wertminderungen von insgesamt 4.933 Mio €, bestehend aus 2.168 Mio € und 2.765 Mio € in den ZGEs CB&S und PBC. Die Wertminderung in CB&S wurde vor allem durch Änderungen der Geschäftsaktivitäten im Zuge der erwarteten höheren Eigenkapitalanforderungen getrieben, die zu einem erzielbaren Betrag von rund 26,1 Mrd € führte. Die Wertminderung in PBC war, zusätzlich zu den veränderten Kapitalanforderungen, vor allem von den derzeitigen Erwartungen in Bezug auf Veräußerungen bestimmt, die zu einem erzielbaren Betrag von rund 12,3 Mrd € für die ZGE führte.

Bilanzwert

Der Bilanzwert einer primären ZGE wird unter Verwendung eines Kapitalzuordnungs-Modells hergeleitet. Das Kapitalzuordnungs-Modell verwendet das gesamte Eigenkapital des Konzerns zum jeweiligen Bewertungsstichtag, einschließlich der Anteile ohne beherrschenden Einfluss sowie zusätzlicher Eigenkapitalbestandteile („Zusätzliche Tier-1-Anleihen“), welche unbesicherte und nachrangige Anleihen der Deutschen Bank darstellen und unter IFRS als Eigenkapital klassifiziert sind. Dieses gesamte Eigenkapital wird um spezifische Effekte im Zusammenhang mit nicht integrierten Investments bereinigt, die, wie oben beschrieben, individuell auf Werthaltigkeit überprüft werden, und beinhaltet eine Anpassung für Geschäfts- oder Firmenwerte, welche auf Anteile ohne beherrschenden Einfluss zurückzuführen sind.

Der Bilanzwert (ohne die Zusätzlichen Tier-1-Anleihen) wird in einem zweistufigen Verfahren auf die primären ZGEs zugeordnet, welches sowohl mit der Ermittlung des erzielbaren Betrags als auch mit der derzeitigen internen Kapitalallokationsmethode abgestimmt ist. Das zweistufige Verfahren funktioniert wie folgt: Zunächst unter Nutzung einer solvenz-basierten Allokation des den Deutschen Bank Aktionären zurechenbaren Eigenkapitals, bis das gegenwärtige Zielniveau von 11 % Tier-1-Kernkapitalquote (CRR/CRD 4 Vollumsetzung) erreicht ist. Danach erfolgt, falls anwendbar, eine inkrementelle Zuordnung von Kapital, um die Anforderungen an die Verschuldungsquote zu berücksichtigen. Die solvenz-basierte Allokation beinhaltet Geschäfts- oder Firmenwerte (plus den Zuschlag für Anteile ohne beherrschenden Einfluss) und nicht abzuschreibende immaterielle Vermögenswerte. Des Weiteren wird Kapital auf Basis des relativen Anteils der ZGE an den Risikoaktiva, der Kapitalabzüge sowie der regulatorischen Überleitungspositionen allokiert. Im zweiten Schritt, falls anwendbar, erhalten die ZGEs Kapital im Verhältnis ihres Beitrags zum Risikomaß der Verschuldungsquote des Konzerns allokiert. Zusätzlich werden die Anteile ohne beherrschenden Einfluss im Bilanzwert der jeweils betreffenden primären ZGE berücksichtigt. Die Zusätzlichen Tier-1-Anleihen werden auf die primären ZGEs im Verhältnis ihrer jeweiligen Unterschreitung des Maßes für die Verschuldungsquote zugeordnet, welche von der Zielverschuldungsquote des Konzerns, dem jeweiligen Risikomaß für die Verschuldungsquote einer ZGE und dem allokierten Tier-1-Kernkapital abhängt.

Der Bilanzwert für nicht integrierte Investments wird auf Basis des entsprechenden Eigenkapitals bestimmt.

Erzielbarer Betrag

Der Konzern ermittelt die erzielbaren Beträge der primären ZGEs auf der Grundlage des beizulegenden Zeitwerts abzüglich Veräußerungskosten (Level 3 in der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts) und verwendet dazu ein Bewertungsmodell auf DCF-Basis. Dieses reflektiert die Besonderheiten des Bankgeschäftes und dessen aufsichtsrechtliches Umfeld. Mithilfe des Modells wird der Barwert der geschätzten zukünftigen Ergebnisse berechnet, die nach Erfüllung der entsprechenden aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen an die Anteilseigner ausgeschüttet werden können. Die erzielbaren Beträge enthalten auch die beizulegenden Zeitwerte der Zusätzlichen Tier-1-Anleihen, welche, konsistent mit der Zuordnungsmethodik für die Bilanzwerte, auf die primären ZGEs verteilt wurden. Die erzielbaren Beträge der ZGEs, welche von DCF-Modellen abgeleitet sind, wurden mit externen Analystenbewertungen verglichen und befinden sich innerhalb einer plausiblen Bandbreite.

Das DCF-Modell verwendet Ergebnisprognosen und entsprechende Kapitalisierungsannahmen (steigende Kapitalquoten, ausgehend von einem gegenwärtigen Niveau auf eine mittelfristige Tier-1-Kernkapitalquote von 12,5 % und einer Tier-1-Verschuldungsquote von 5,0 %) auf der Grundlage von Finanzplänen für einen Fünfjahreszeitraum. Diese wurden vom Management beschlossen und werden auf ihren Barwert abgezinst. Die Schätzung der zukünftigen Ergebnisse und Kapitalanforderungen erfordert neben einer Berücksichtigung der bisherigen und aktuellen Performance eine Einschätzung der voraussichtlichen Entwicklungen der entsprechenden Märkte sowie des gesamtwirtschaftlichen und aufsichtsrechtlichen Umfelds. Die Ergebnisprognosen über den ursprünglichen Fünfjahreszeitraum hinaus werden, sofern erforderlich, auf ein nachhaltiges Ergebnisniveau angepasst. Danach wird, im Falle einer dauerhaften Fortführung, von einem konstanten oder einem Übergang auf einen konstanten Anstieg ausgegangen. Grundlage hierfür ist eine langfristige Wachstumsrate in Höhe von 3,2 % (2014: 3,2 %), die auf den Erwartungen für die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts und der Inflationsrate basiert. Der Barwert dieser Ergebnisprognosen wird mithilfe einer ewigen Rente erfasst.

Wesentliche Annahmen

Der DCF-Wert einer ZGE reagiert sensitiv auf die Schätzung der zukünftigen Ergebnisse, auf den Diskontierungszinssatz (Eigenkapitalkosten) sowie in deutlich geringerem Maße auf die langfristige Wachstumsrate. Die angewandten Diskontierungszinssätze wurden auf Basis des Capital Asset Pricing Model ermittelt, das einen risikolosen Zinssatz, eine Marktrisikoprämie und einen Faktor für das systematische Marktrisiko (Betafaktor) beinhaltet. Die Werte für den risikolosen Zinssatz, die Marktrisikoprämie und die Betafaktoren werden mithilfe externer Informationsquellen festgelegt. ZGE-spezifische Betafaktoren basieren auf den Daten einer entsprechenden Gruppe von Vergleichsunternehmen. Schwankungen der vorgenannten Komponenten könnten sich auf die Berechnung der Diskontierungszinssätze auswirken.

Primäre zahlungsmittelgenerierende Einheiten mit Geschäfts- oder Firmenwert

	Diskontierungszinssatz (Nachsteuersätze)	
	2015	2014
Corporate Banking & Securities	9,7 %	10,3 %
Private & Business Clients	9,2 %	10,0 %
Global Transaction Banking	8,1 %	8,5 %
Deutsche Asset & Wealth Management	9,1 %	9,5 %

Das Management hat die den wesentlichen Annahmen zugrunde liegenden Werte in der nachfolgenden Tabelle anhand einer Kombination aus internen und externen Analysen bestimmt. Schätzungen zu Effizienzsteigerungen und dem Kostensenkungsprogramm beruhen auf den bislang erzielten Fortschritten sowie den geplanten Projekten und Initiativen.

Primäre zahlungsmittel-generierende Einheit mit Geschäfts- oder Firmenwert	Beschreibung der wesentlichen Annahmen	Unsicherheiten, die mit den wesentlichen Annahmen einhergehen, sowie mögliche Ereignisse und Umstände, die negative Auswirkungen haben könnten
Corporate Banking & Securities	<ul style="list-style-type: none"> - Fokus auf das kundenbezogene Geschäft im Rahmen eines umfassenden Angebots von Investment Banking Produkten in den Bereichen Fixed Income, Equities sowie Corporate Finance Beratung und Origination - Fokus auf Kunden mit einem höheren Potenzial zur echten Wertschöpfung aus der Geschäftsbeziehung - Moderate wirtschaftliche Erholung in Europa, während Nord- und Südamerika auf einen soliden Erholungspfad zurückkehrt, begleitet von einer allmählich restriktiveren Geldpolitik - Leichter Anstieg des Ertragsaufkommens in Sales & Trading (Fixed Income) angesichts der Normalisierung der Geldpolitik und steigender Volatilität; weitgehend unverändertes Provisionsaufkommen in Equities und Corporate Finance in der Zukunft - Aufgabe von Geschäftsfeldern und Managementmaßnahmen in Produktportfolio zur Entschärfung der Auswirkungen regulatorischer Änderungen auf risikogewichtete Aktiva - Reduktion des Kapitalbedarfs insgesamt und Reinvestitionen zur Ertragssteigerung - Verbesserte Kosteneffizienz durch Portfolio-Maßnahmen, die Anpassung des Plattformumfangs und Prüfung der regionalen Präsenz 	<ul style="list-style-type: none"> - Belastungen des Marktumfelds bleiben bestehen - Struktur und Inhalt verschiedener regulatorischer Änderungen, die zurzeit in verschiedenen Ländern umgesetzt werden, könnten einen stärkeren Einfluss haben als angenommen - Die strategische Optimierung des Geschäftsportfolios könnte nicht das erwartete Ertragswachstum generieren und die Optimierung der Ressourcen könnte die Erträge stärker als erwartet negativ beeinflussen - Über erwartetes Ausmaß hinausgehender potenzieller Margenrückgang und verstärkter Wettbewerb in Geschäften mit weniger kapitalintensiven Produkten - Ausgang von bedeutenden Rechtsstreitigkeiten - Kosteneinsparungen aus der strategischen Optimierung des Geschäftsportfolios, dem Rückzug aus bestimmten Ländern und Effizienzinsparungen treten nicht im geplanten Umfang ein - Höherer Kostendruck aus Aufwendungen zur Umsetzung regulatorischer Anforderungen - Strukturelle Risiken in Verbindung mit nicht vorhergesehenen regulatorischen Anforderungen, zusätzlichen Kosten für die Erfüllung der CCAR Richtlinien und dem Aufbau der IHC in den USA sowie strenger als erwartete Trennbank-Regelungen in einzelnen Jurisdiktionen
	Private & Business Clients	<ul style="list-style-type: none"> - Marktführerschaft im Heimatmarkt Deutschland, starke Positionierung in fünf anderen europäischen Märkten - Dekonsolidierung der Postbank - Ausbau des digitalen Angebots als eine der Schlüsselinitiativen in PBC sowie Neuausrichtung und Optimierung des Filialnetzwerks - Reduzierung von Komplexität und wettbewerbsfähige Kosteneffizienz - Ausbau des Anlage- und Versicherungsgeschäfts wirken zum Teil den Auswirkungen des Niedrigzinsumfelds, Leverage-Maßnahmen und der Neujustierung bei Kreditprodukten entgegen
Global Transaction Banking	<ul style="list-style-type: none"> - Kosteneinsparungen im Rahmen der Überprüfung des Produkt- und Kundenumfangs sowie regionaler Abdeckung - Nutzung von Synergien aus der engeren Zusammenarbeit mit anderen Bereichen der Bank - Gesamtwirtschaftliche Erholung führt zu einem schrittweisen Anstieg des Zinsniveaus sowie zu einer positiven Entwicklung der Volumina im internationalen Handel, im grenzüberschreitenden Zahlungsverkehr und bei Kapitalmaßnahmen von Unternehmen - Vertiefung der Geschäftsbeziehungen mit komplexen Unternehmen und institutionellen Kunden in bestehenden Regionen sowie Vorantreiben des Wachstums in den Schwellenländern 	<ul style="list-style-type: none"> - Schwächere Erholung der Weltwirtschaft sowie deren Auswirkung auf Handelsvolumina, Zinsen und Wechselkurse - Ungünstige Margenentwicklung und über das angenommene Maß hinausgehende nachteilige Wettbewerbsintensität in Schlüsselmärkten und -produkten - Unsicherheiten in Bezug auf das regulatorische Umfeld und mögliche Auswirkungen, die noch nicht antizipiert wurden - Kosteneinsparungen im Rahmen der Überprüfung des Produkt- und Kundenumfangs sowie regionaler Abdeckung treten nicht im geplanten Umfang ein - Ausgang von potenziellen Rechtsstreitigkeiten

Primäre zahlungsmittel-generierende Einheit mit Geschäfts- oder Firmenwert	Beschreibung der wesentlichen Annahmen	Unsicherheiten, die mit den wesentlichen Annahmen einhergehen, sowie mögliche Ereignisse und Umstände, die negative Auswirkungen haben könnten
Deutsche Asset & Wealth Management	<ul style="list-style-type: none"> - Strategie weiterhin an Trends und Entwicklungen in den Märkten ausgerichtet, einschließlich Zuwachs globaler Vermögen, Wachstum des Altersvorsorgemarkts und rasanter Ausweitung des Angebots von alternativen und passiven Anlagen - Ausweitung des Geschäfts mit sehr vermögenden Kunden mit starker Abdeckung in Industrie- und Schwellenländern - Ausbau des Geschäfts mit alternativen Anlagen, des passiven/ETF- und des Kreditgeschäfts - Führungsposition im Heimatmarkt Deutschland durch Wealth Management und die DWS - Organische Wachstumsstrategie in Asien/Pazifik, Nord- und Südamerika sowie intensivere Zusammenarbeit mit CB&S und GTB - Halten oder Ausbau der Marktanteile in einem fragmentierten Wettbewerbsumfeld - Kosteneinsparungen im Rahmen der Optimierung der AWM Plattform - Gezielte Investitionen in die Erweiterung der IT Plattform und digitalen Möglichkeiten 	<ul style="list-style-type: none"> - Wesentliche branchenspezifische Risiken, zum Beispiel Volatilität, hohe Staatsverschuldung, erhöhte Kosten infolge regulatorischer Änderungen - Anleger halten Vermögenswerte weiterhin außerhalb der Märkte, flüchten in liquide Mittel oder einfachere Produkte mit niedrigeren Provisionserträgen - Geschäftsspezifische oder Umsetzungsrisiken, das heißt Nichterreichung der Ziele für Nettoneumittelzuflüsse aufgrund von Unsicherheit an den Finanzmärkten, Verlust hochqualifizierter Relationship Manager - Schwierigkeiten bei der Umsetzung organischer Wachstumsstrategien aufgrund gewisser Restriktionen, zum Beispiel Probleme bei der Neueinstellung von Relationship Manager - Kosteneinsparungen infolge der Effizienzgewinne sowie erwarteter IT- und Prozessverbesserungen werden nicht im geplanten Umfang erzielt - Unsicherheiten in Bezug auf das regulatorische Umfeld und mögliche Auswirkungen, die noch nicht antizipiert wurden

Eine Überprüfung der Konzernstrategie oder gewisse politische oder globale Risiken für die Bankenbranche könnten die Ergebnisprognosen für einige ZGEs des Konzerns negativ beeinflussen. Dazu zählen unter anderem eine Rückkehr der europäischen Staatsschuldenkrise, Unsicherheiten bei der Umsetzung bereits beschlossener Regelungen und der Einführung gewisser Gesetzesvorhaben, die aktuell in der Diskussion sind, sowie ein künftiger Rückgang des BIP-Wachstums. Dies könnte in der Zukunft zu einer Wertminderung des Geschäfts- oder Firmenwerts führen.

Sonstige immaterielle Vermögenswerte

Veränderungen der sonstigen immateriellen Vermögenswerte

In den ersten neun Monaten des Jahres 2015 ging der Buchwert der sonstigen immateriellen Vermögenswerte von 5,4 Mrd € um 342 Mio € auf 5,1 Mrd € zurück. In diesem Rückgang sind zum einen Zugänge zu selbst erstellten immateriellen Vermögenswerten von 885 Mio € enthalten, die aus der Aktivierung von Aufwendungen im Zusammenhang mit der im Konzern vorgenommenen Entwicklung selbst erstellter Software resultieren. Dem stehen Abschreibungen im Berichtszeitraum und erfasste Wertminderungen auf selbst erstellte Software in Höhe von 376 Mio € und 31 Mio € gegenüber. Letztere sind im Wesentlichen eine Folge der im Zuge des OpEx-Programms durchgeführten Überprüfung bestehender Plattform-Software. Am 27. April 2015 stellte die Deutsche Bank ihre neue strategische Agenda vor, in welcher der Verkauf der Postbank einen integralen Bestandteil bildet. Die Fortentwicklung der neuen Strategie 2020 des Konzerns stellte ein testauslösendes Ereignis dar, nach dem der in der ZGE PBC bilanzierte Geschäfts- oder Firmenwert sowie die restlichen nicht-finanziellen Vermögenswerte auf Werthaltigkeit zu untersuchen waren. Die Bewertung, die auf Basis des neuen strategischen Plans im dritten Quartal 2015 durchgeführt wurde, resultierte in einer Wertminderung der ZGE PBC. Nachdem zunächst der in der ZGE PBC zugeordnete Geschäfts- oder Firmenwert (2,8 Mrd €) vollständig abgeschrieben wurde, ist eine Wertminderung von 837 Mio € auf die in der ZGE PBC zugeordneten sonstigen immateriellen Vermögenswerte erfasst worden. Diese beruht auf dem beizulegenden Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten (Level 3 in der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts) und betrifft hauptsächlich die vollständige Abschreibung der Postbank-Marke (410 Mio €) sowie der kundenbezogenen immateriellen Vermögenswerte (397 Mio €), wodurch die geänderte strategische Ausrichtung und die erwartete Entkonsolidierung der Postbank zum Ausdruck kommt.

Sonstige Aktiva und Passiva

Sonstige Aktiva

in Mio €	30.9.2015	31.12.2014
Forderungen aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung		
Forderungen aus Bar- und Ausgleichszahlungen	62.007	65.096
Forderungen aus Prime-Brokerage-Geschäften	10.804	10.785
Forderungen aus nicht termingerecht abgewickelten Wertpapierkassageschäften	3.614	4.741
Forderungen aus Wertpapierkassageschäften	55.254	34.432
Forderungen aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung insgesamt	131.679	115.054
Forderungen aus Zinsabgrenzungen	2.727	2.791
Zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte	135	180
Sonstige	19.004	19.955
Sonstige Aktiva insgesamt	153.544	137.980

Sonstige Passiva

in Mio €	30.9.2015	31.12.2014
Verbindlichkeiten aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung		
Verbindlichkeiten aus Bar- und Ausgleichszahlungen	75.299	70.558
Verbindlichkeiten aus Prime-Brokerage-Geschäften	37.415	33.985
Verbindlichkeiten aus nicht termingerecht abgewickelten Wertpapierkassageschäften	3.703	3.473
Verbindlichkeiten aus Wertpapierkassageschäften	52.510	35.195
Verbindlichkeiten aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung insgesamt	168.927	143.210
Verbindlichkeiten aus Zinsabgrenzungen	2.647	2.953
Zum Verkauf bestimmte Verbindlichkeiten	0	0
Sonstige	41.863	37.659
Sonstige Passiva insgesamt	213.437	183.823

Einlagen

in Mio €	30.9.2015	31.12.2014
Unverzinsliche Sichteinlagen	190.917	160.733
Verzinsliche Einlagen		
Sichteinlagen	153.512	137.966
Termineinlagen	121.130	124.347
Spareinlagen	104.664	109.885
Verzinsliche Einlagen insgesamt	379.306	372.198
Summe der Einlagen	570.223	532.931

Rückstellungen

Entwicklung der Rückstellungsarten

in Mio €	Rückstellungen im Bauspargeschäft	Operationelle Risiken	Rechtsstreitigkeiten	Restrukturierung	Rückkaufforderungen von Hypothekenkrediten	Sonstige ¹	Insgesamt
Bestand zum 1. Januar 2015	1.150	422	3.210	120	669	880	6.451
Veränderung des Konsolidierungskreises	0	0	0	0	0	0	0
Zuführungen zu Rückstellungen	159	52	4.052	36	1	655	4.955
Verwendungen von Rückstellungen	243	10	2.544	78	68	364	3.307
Auflösungen von Rückstellungen	4	92	103	12	226	61	498
Effekte aus Wechselkursveränderungen/Änderung des Diskontierungssatzes	-26	16	156	0	59	23	228
Transfers	-11	12	-11	4	0	-1	-7
Sonstige	0	0	0	0	0	0	0
Bestand zum 30. September 2015	1.025	399	4.761	71	435	1.132	7.823

¹ Für die übrigen in der Bilanz ausgewiesenen Rückstellungen wird auf die Anhangangabe „Risikovorsorge im Kreditgeschäft“ verwiesen, in der die Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft offengelegt werden.

Rückstellungsarten

Bausparrückstellungen entstehen im Bauspargeschäft der Deutsche Postbank-Gruppe und der Deutsche Bank Bauspar-Aktiengesellschaft. Beim Bausparen schließt der Kunde einen Bausparvertrag ab, mit dem er berechtigt wird, ein Baudarlehen aufzunehmen, sobald der Kunde bei der kreditgebenden Bank einen bestimmten Geldbetrag angelegt hat. Im Zusammenhang mit dem Bausparvertrag werden Bearbeitungsgebühren verlangt und der angelegte Betrag wird zu einem Zinssatz verzinst, der üblicherweise unter dem Zinssatz anderer Geldeinlagen liegt. Im Fall, dass der Kunde sich entschließt, das Baudarlehen nicht in Anspruch zu nehmen, ist er zu einem rückwirkenden Zinsbonus berechtigt, der die Differenz zwischen dem niedrigeren Zins des Bausparvertrags und einem Festzinssatz widerspiegelt, der momentan wesentlich über dem Marktsatz liegt. Die Bausparrückstellungen entsprechen dem möglichen Zinsbonus und der Verpflichtung zur Rückzahlung der Bearbeitungsgebühr. Das Modell zur Berechnung des möglichen Zinsbonus beinhaltet Parameter für den Prozentteil der betroffenen Kunden, die anwendbare Bonusrate, den Kundenstatus und den Zeitpunkt der Zahlung. Andere Faktoren, die diese Rückstellung beeinflussen, sind verfügbare statistische Daten in Bezug auf das Kundenverhalten und das allgemeine Umfeld, das zukünftig diese Geschäftssparte beeinflussen könnte.

Operationelle Rückstellungen entstehen aus operationellen Risiken und beinhalten keine Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten, die in einer separaten Rückstellungsart dargestellt werden.

Ein operationelles Risiko ist das Risiko eines Verlustes, welches durch unangemessene oder fehlerhafte interne Prozesse und Systeme, durch menschliches Fehlverhalten oder durch außerbetriebliche Ereignisse entsteht. Die Definition im Rahmen dieser Ermittlung von operationellen Rückstellungen unterscheidet sich von der des Risikomanagements, da hier keine Rechtsstreitigkeiten enthalten sind. Im Risikomanagement ist das Rechtsrisiko ein Bestandteil des operationellen Risikos, da Zahlungen an Kunden, Gegenparteien und Auf-

sichtsbehörden in Zivilverfahren und aufsichtsrechtlichen Verfahren Verlustereignisse aufgrund operationeller Defizite begründen, Geschäfts- und Reputationsrisiken sind jedoch ausgeschlossen.

Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten resultieren aus gegenwärtigen oder möglichen Forderungen und Verfahren aufgrund von behaupteter Nichteinhaltung von vertraglichen oder sonstigen rechtlichen oder gesetzlichen Pflichten, welche zu Ansprüchen von Kunden, Gegenparteien oder Aufsichtsbehörden in Zivilverfahren oder aufsichtsrechtlichen Verfahren führen oder führen könnten.

Restrukturierungsrückstellungen entstehen aus Restrukturierungsaktivitäten. Der Konzern beabsichtigt, seine langfristige Wettbewerbsfähigkeit durch erhebliche Reduzierungen von Kosten, Redundanzen und Komplexität in den nächsten Jahren zu verbessern. Zu Einzelheiten siehe Anhangangabe „Restrukturierung“.

Rückstellungen für Rückkaufforderungen von Hypothekenkrediten entstehen im mit Wohnimmobilien abgesicherten Hypothekenkreditgeschäft der Deutschen Bank in den Vereinigten Staaten. Von 2005 bis 2008 verkaufte die Deutsche Bank im Rahmen dieses Geschäfts Kredite in Form von Verbriefungen in Höhe von rund 84 Mrd US-\$ sowie in Höhe von rund 71 Mrd US-\$ über die Veräußerung von Krediten (Whole Loans). Gegenüber der Deutschen Bank werden Forderungen geltend gemacht, Kredite von Käufern, Investoren oder Kreditversicherern zurückzukaufen beziehungsweise diese von Verlusten freizustellen, die angeblich durch eine wesentliche Verletzung von Zusicherungen und Gewährleistungen verursacht wurden. Das übliche Vorgehen der Deutschen Bank besteht darin, begründete Rückkaufansprüche, die in Übereinstimmung mit vertraglichen Rechten und Vereinbarungen geltend gemacht werden, zu erfüllen.

Zum 30. September 2015 bestanden gegenüber der Deutschen Bank Rückkaufforderungen von Hypothekenkrediten, auf die nicht im Rahmen einer Vereinbarung verzichtet wurde, in Höhe von circa 2,6 Mrd US-\$ (berechnet auf der Grundlage des ursprünglichen Gesamtkreditbetrags). Diese bestehen in erster Linie aus Forderungen im Hinblick auf Verbriefungen mit einem Dritten seitens der Treuhänder oder deren Servicer. Für diese Forderungen hat die Deutsche Bank zum 30. September 2015 Rückstellungen in Höhe von 486 Mio US-\$ (435 Mio €) bilanziert. Die Deutsche Bank ist Begünstigte in Haftungsübernahmevereinbarungen der Originatoren oder Verkäufer bestimmter Hypothekenkredite, auf die sich diese Forderungen beziehen. In diesem Zusammenhang hat die Deutsche Bank zum 30. September 2015 Ansprüche von 102 Mio US-\$ (91 Mio €) bilanziert. Die Nettorückstellungen für die Forderungen beliefen sich zum 30. September 2015 nach Abzug solcher Ansprüche auf 384 Mio US-\$ (344 Mio €).

Zum 30. September 2015 hat die Deutsche Bank für Kredite mit einem ursprünglichen Kreditbetrag in Höhe von rund 7,1 Mrd US-\$ Rückkäufe getätigt, Vereinbarungen über einen Verzicht erzielt, unrichtige und nicht fristgerecht eingereichte Klagen zurückgewiesen oder Ansprüche auf andere Weise beigelegt. Im Zusammenhang mit diesen Rückkäufen, Vereinbarungen und Vergleichen ist die Deutsche Bank von möglichen Ansprüchen, die aus ihren oben geschilderten Kreditverkäufen resultieren könnten, in Höhe von circa 91,7 Mrd US-\$ freigestellt.

Die Deutsche Bank hat mit einigen juristischen Personen, die Rückkaufforderungen von Hypothekenkrediten gegen die Deutsche Bank angedroht haben, Vereinbarungen über einen Verjährungsverzicht abgeschlossen. Diese potenziellen Forderungen könnten eine wesentliche Auswirkung auf die Deutsche Bank haben.

Die Deutsche Bank rechnet damit, dass zusätzliche Rückkaufforderungen von Hypothekenkrediten in Bezug auf die verkauften Hypothekenkredite gestellt werden. Deren Zeitpunkt und Höhe können jedoch nicht zuverlässig geschätzt werden. Der New York Court of Appeals hat am 11. Juni 2015 eine Entscheidung veröffentlicht, welche die Abweisung der Rückkaufforderungen von Hypothekengeschäften im Zusammenhang mit einem von der Deutschen Bank begebenen sogenannten Residential Mortgage-Backed Security (durch Grundpfandrechte auf Wohnimmobilien besicherten Wertpapier) bestätigt, da die Klage nicht fristgerecht erhoben worden sei. Diese Entscheidung kann Auswirkungen auf das Ausmaß zukünftiger Rückkaufforderungen an die Deutsche Bank sowie auf deren Erfolgsaussichten haben. Die Deutsche Bank fungierte nicht als Servicer für an Dritte als Whole Loans veräußerte Kredite (die rund die Hälfte aller zwischen 2005 und 2008 verkauften US-

amerikanischen Wohnimmobilienkredite ausmachen) und hatte nach dem Verkauf keinen Zugang mehr zu deren Performancedaten. Zur Performance der verbrieften Hypothekenkredite stehen öffentliche Informationen zur Verfügung. Es ist jedoch keine direkte Korrelation zwischen der Performance und den gestellten Rückkauforderungen zu beobachten. Es sind Forderungen in Bezug auf ausgefallene, laufende und vollständig zurückgezahlte Kredite eingegangen.

Sonstige Rückstellungen umfassen verschiedene andere Rückstellungen, die aufgrund unterschiedlicher Umstände entstehen. Zu diesen gehören Rückerstattungen von Kreditbearbeitungsgebühren und Abschlussgebühren für Kunden, die Rückstellungen für Bankenabgaben sowie eine Rückstellung im Zusammenhang mit der Kooperation im Kreditkartengeschäft zwischen Deutscher Bank und Hua Xia Bank Co. Ltd.

Eventualverbindlichkeiten

Eventualverbindlichkeiten können aus gegenwärtigen Verpflichtungen und möglichen Verpflichtungen, die aus Ereignissen in der Vergangenheit resultieren, entstehen. Der Konzern bildet Rückstellungen für den potenziellen Eintritt von Verlusten nur, wenn eine gegenwärtige Verpflichtung aus einem Ereignis in der Vergangenheit entsteht, die wahrscheinlich zu einem Mittelabfluss führt und verlässlich geschätzt werden kann. Für wesentliche Eventualverbindlichkeiten, bei denen die Möglichkeit eines zukünftigen Verlusts größer als unwahrscheinlich, aber kleiner als wahrscheinlich ist, schätzt der Konzern den möglichen Verlust, wenn er der Auffassung ist, dass eine verlässliche Schätzung vorgenommen werden kann.

Das rechtliche und regulatorische Umfeld, in dem sich der Konzern bewegt, birgt erhebliche Prozessrisiken. Als Folge davon ist der Konzern in Deutschland und einer Reihe von anderen Ländern, darunter den Vereinigten Staaten, in Gerichts-, Schiedsgerichts- und aufsichtsbehördliche Verfahren verwickelt. In den vergangenen Jahren wurden Bankenregulierung und -aufsicht auf vielen Gebieten verschärft. Es kam zu einer verstärkten Aufsicht und Überwachung von Finanzdienstleistern durch Aufsichtsbehörden, Verwaltungs- und andere Behörden. Dies führte zu zusätzlichen aufsichtsrechtlichen Untersuchungen und Vollstreckungsmaßnahmen, welchen oft Zivilverfahren nachfolgen. Dieser Trend wurde durch die globale Finanzkrise und die europäische Staatsschuldenkrise deutlich beschleunigt.

Die rechtlichen und aufsichtsbehördlichen Verfahren, für die der Konzern wesentliche Rückstellungen gebildet hat oder für die wesentliche Eventualverbindlichkeiten bestehen, bei denen die Möglichkeit eines zukünftigen Verlusts größer als unwahrscheinlich ist, werden nachfolgend beschrieben. Vergleichbare Verfahren werden zu einer Gruppe zusammengefasst, und einige Verfahren umfassen mehrere Ansprüche. Die für diese Verfahren jeweils geschätzten Verluste, soweit eine Schätzung möglich ist, wurden nicht einzeln ausgewiesen, da der Konzern davon ausgeht, dass diese Offenlegung den Ausgang der Verfahren ernsthaft beeinträchtigen würde. Wenn für einen bestimmten Anspruch eine Rückstellung gebildet wurde, ist keine Eventualverbindlichkeit erfasst worden.

Um zu bestimmen, für welchen Anspruch die Möglichkeit eines Verlusts mehr als unwahrscheinlich ist, und den möglichen Verlust zu schätzen, berücksichtigt der Konzern eine Vielzahl von Faktoren. Diese umfassen unter anderem die Art des Anspruchs und des zugrunde liegenden Sachverhalts, den Stand und Hergang der einzelnen Verfahren, Entscheidungen von Gerichten und Schiedsstellen, die Erfahrung des Konzerns und Dritter in vergleichbaren Fällen (soweit sie dem Konzern bekannt sind), vorausgehende Vergleichsgespräche, Vergleiche Dritter in vergleichbaren Fällen (soweit sie dem Konzern bekannt sind), verfügbare Freistellungen sowie die Gutachten und Einschätzungen von Rechtsberatern und anderen Fachleuten. Es gibt andere offene Verfahren, bei denen die Möglichkeit eines Verlusts mehr als unwahrscheinlich ist, für die jedoch eine solche Schätzung nicht vorgenommen werden kann. Für die signifikanten Verfahren der Bank, bei denen eine verlässliche Schätzung möglich ist, schätzt der Konzern derzeit, dass sich zum 30. September 2015 die zukünftigen Verluste, deren Eintritt mehr als unwahrscheinlich, aber weniger als wahrscheinlich ist, auf insgesamt rund 2,6 Mrd € (31. Dezember 2014: 2,0 Mrd €) belaufen. Diese Zahl schließt Eventualverbindlichkeiten für Verfahren ein, bei denen der Konzern möglicherweise gesamtschuldnerisch haftet beziehungsweise erwartet, dass eine solche Haftung von Drittparteien übernommen wird.

Der geschätzte mögliche Verlust sowie die gebildeten Rückstellungen basieren auf derzeit verfügbaren Informationen und sind Gegenstand von erheblichen Beurteilungsspielräumen und einer Vielzahl von Annahmen, Variablen sowie bekannten und unbekanntem Unsicherheiten. Diese Unsicherheiten können Ungenauigkeiten oder die Unvollständigkeit der dem Konzern zur Verfügung stehenden Informationen, insbesondere in frühen Verfahrensstadien, umfassen. Ferner können sich Annahmen des Konzerns zu künftigen Entscheidungen von Gerichten und anderen Schiedsstellen sowie zu den wahrscheinlichen Maßnahmen und Positionen von Aufsichtsbehörden oder Prozessgegnern später als unrichtig herausstellen. Außerdem eignen sich Schätzungen möglicher Verluste aus diesen Verfahren häufig nicht für die Anwendung statistischer oder anderer quantitativer Analyseverfahren, die vielfach bei Beurteilungen und Schätzungen verwendet werden, und unterliegen noch größeren Unsicherheiten als andere Gebiete, auf denen der Konzern Beurteilungen und Schätzungen vornehmen muss.

Die Verfahren, für die der Konzern annimmt, dass die Möglichkeit eines zukünftigen Verlusts größer als unwahrscheinlich ist, ändern sich von Zeit zu Zeit. Dasselbe gilt für die Verfahren, für die eine verlässliche Schätzung vorgenommen werden kann, und für den geschätzten möglichen Verlust aus diesen Verfahren. Die tatsächlichen Ergebnisse können sich als erheblich höher oder niedriger als der für diese Verfahren ursprünglich geschätzte mögliche Verlust erweisen. Zusätzlich können Verluste aus Verfahren erwachsen, bei denen der Konzern die Möglichkeit eines Verlusts für unwahrscheinlich gehalten hat. Insbesondere stellt der geschätzte Gesamtbetrag möglicher Verluste nicht das maximale Verlustpotenzial des Konzerns aus diesen Verfahren dar.

Der Konzern kann gerichtliche und aufsichtsbehördliche Verfahren oder Untersuchungen vergleichen, bevor ein Endurteil ergangen ist oder über die Haftung endgültig entschieden wurde. Dies kann insbesondere geschehen, um Kosten, Verwaltungsaufwand, negative Geschäftsauswirkungen sowie aufsichtsrechtliche Folgen oder Folgen für die Reputation aus einer Fortsetzung des Bestreitens einer Haftung zu vermeiden, auch wenn der Konzern der Auffassung ist, dass berechtigte Einwände gegen die Haftung bestehen. Dies kann auch geschehen, wenn die möglichen Folgen einer negativen Entscheidung in keinem angemessenen Verhältnis zu den Kosten eines Vergleichs stehen. Außerdem kann der Konzern aus ähnlichen Gründen Gegenparteien ihre Verluste auch in Situationen ersetzen, in denen er der Auffassung ist, dazu rechtlich nicht verpflichtet zu sein.

Laufende Einzelverfahren

Kartellrechtliche und zivilrechtliche Verfahren und Untersuchungen zu Kreditausfall-Swaps. Am 1. Juli 2013 richtete die Europäische Kommission eine Mitteilung der Beschwerdepunkte („die Mitteilung“) an die Deutsche Bank, die Markit Group Limited (Markit), die International Swaps and Derivatives Association, Inc. (ISDA) sowie zwölf andere Banken. In dieser hat sie wettbewerbswidriges Verhalten gemäß Artikel 101 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) sowie gemäß Artikel 53 des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum („EWR-Abkommen“) behauptet. Die Mitteilung legt vorläufige Schlussfolgerungen der Europäischen Kommission dar, denen zufolge (i) Versuche bestimmter Unternehmen, im Geschäft mit börsengehandelten ungedeckten Kreditderivaten tätig zu werden, durch unzulässiges kollektives Verhalten im Zeitraum 2006 bis 2009 vereitelt wurden und (ii) das Verhalten von Markit, der ISDA, der Deutschen Bank und zwölf anderen Banken eine einzelne und fortgesetzte Verletzung von Artikel 101 AEUV und Artikel 53 EWR-Abkommen darstellte. Sollte die Europäische Kommission letztlich zu dem Ergebnis gelangen, dass eine Verletzung vorgelegen hat, könnte sie die Verhängung von Bußgeldern oder andere Maßnahmen gegen Markit, die Deutsche Bank, ISDA und die zwölf anderen Banken anstreben. In der Mitteilung wurde die Höhe der möglichen Bußgelder oder eventuellen Strafe nicht spezifiziert. Im Januar 2014 gab die Deutsche Bank eine Stellungnahme ab, in der sie die vorläufigen Schlussfolgerungen der Europäischen Kommission anfecht. Die Deutsche Bank und andere Banken, an die die Mitteilung ergangen ist, haben die Kernelemente ihrer Stellungnahmen bei einer mündlichen Anhörung im Mai 2014 vorgetragen. Anschließend hat die Europäische Kommission angekündigt, eine weitere Untersuchung des Sachverhalts durchzuführen.

Gegen die Deutsche Bank, zahlreiche andere Banken, die Kreditausfall-Swaps ausgegeben haben, sowie Markit und die ISDA sind derzeit distriktübergreifend als zivilrechtliche Sammelklagen bezeichnete Verfahren beim United States District Court for the Southern District of New York anhängig. Die Kläger reichten am

11. April 2014 eine zweite zusammengeführte und erweiterte Sammelklage ein, derzufolge die Banken mit Markit und der ISDA konspiriert hätten, um den Handel mit börsengehandelten Kreditausfall-Swaps zu verhindern und dadurch die Preise für außerbörslich gehandelte Kreditausfall-Swaps in die Höhe zu treiben. Die Kläger wollen natürliche und juristische Personen in den Vereinigten Staaten und anderen Ländern vertreten, die vom 1. Januar 2008 bis 31. Dezember 2013 direkt Kreditausfall-Swaps von den Beklagten in den Vereinigten Staaten gekauft oder dort an diese verkauft haben. Bei der zweiten erweiterten Sammelklage wurde die geforderte Entschädigungssumme nicht detailliert angegeben. Die Beklagten beantragten am 23. Mai 2014 die Abweisung der zweiten zusammengeführten und erweiterten Sammelklage. Am 4. September 2014 hat das Gericht dem Antrag auf Klageabweisung teilweise stattgegeben und ihn teilweise abgelehnt. Das Beweisverfahren (Discovery) zu den übrigen Klagen wird fortgesetzt. Am 30. September 2015 schloss die Deutsche Bank eine Vergleichsvereinbarung über 120 Mio US-\$ zur Beilegung der Angelegenheit. Dieser Vergleich bedarf noch der gerichtlichen Zustimmung.

Kreditkorrelationen. Am 26. Mai 2015 verfügte die US-amerikanische Securities and Exchange Commission (SEC) im Rahmen eines abgeschlossenen Ordnungswidrigkeitenverfahrens eine Unterlassungsanordnung gegen die Deutsche Bank AG. Die Angelegenheit bezog sich auf die Art und Weise, auf die die Deutsche Bank im vierten Quartal 2008 und im ersten Quartal 2009, das heißt auf dem Höhepunkt der Finanzkrise, das sogenannte Gap-Risiko für die im synthetischen CDO-Buch enthaltenen Leveraged Super Senior (LSS)-Transaktionen ausgewiesen hatte. Gap-Risiko ist das Risiko, dass der Marktwert einer Transaktion den Wert der hinterlegten Sicherheit übertreffen könnte. In den beiden betreffenden Quartalen berücksichtigte die Deutsche Bank bei der Bewertung der LSS-Transaktionen nicht das Gap-Risiko, sondern bewertete es mit null. Trotz eines fehlenden Standardansatzes in der Branche zur Bewertung des Gap-Risikos und der komplexen Bewertung dieser Instrumente war die SEC der Auffassung, dass die Deutsche Bank in diesen Zeiträumen den Wert der LSS-Transaktionen nicht angemessen um das Gap-Risiko bereinigt hatte. Dies hatte zu falschen Angaben in den betreffenden Quartalsabschlüssen geführt. Die SEC kam ferner zu dem Schluss, dass die Deutsche Bank keine adäquaten Systeme und Kontrollen für den Bewertungsprozess vorgehalten hatte. Sie stellte Verletzungen gemäß Section 13(a) (Anforderung an die Einreichung korrekter regelmäßiger Berichte bei der SEC), Section 13(b)(2)(A) (Anforderung an das Führen korrekter Bücher und Aufzeichnungen), und Section 13(b)(2)(B) (Anforderung an die Durchführung angemessener interner Kontrollen der Rechnungslegung) des US-amerikanischen Börsengesetzes (Securities Exchange Act) von 1934 fest. Die Deutsche Bank zahlte eine Geldstrafe von 55 Mio US-\$, für die sie zuvor eine Rückstellung gebildet hatte, und hat die Feststellungen weder bestätigt noch bestritten.

Dole Food Company. Die Deutsche Bank Securities Inc. („DBSI“) und die Deutsche Bank AG, Filiale New York („DBNY“) sind gemeinsam Beklagte in einem als Sammelklage bezeichneten Verfahren bei dem Delaware Court of Chancery, das von ehemaligen Aktionären der Dole Food Company, Inc. („Dole“) angestrengt wurde. Die Kläger behaupten, dass der Beklagte David H. Murdock und bestimmte Mitglieder des Board und Managements der Dole (die ebenfalls als Beklagte benannt wurden) ihre treuhänderischen Verpflichtungen verletzt sowie dass die DBSI und die DBNY diese Verstöße im Zusammenhang mit der Privatisierung der Dole durch Herrn Murdock, die am 1. November 2013 abgeschlossen wurde (die „Transaktion“), unterstützt und gefördert haben. Die Kläger forderten von allen Beklagten Schadensersatz in Höhe von rund 642 Mio US-\$, die Zubilligung von Zinsen, die Herausgabe jeglicher Gewinne der DBSI und der DBNY aus der Transaktion sowie die Erstattung von Kosten und Aufwendungen. Die Verhandlung in dieser Angelegenheit fand bis 9. März 2015 statt. Am 27. August 2015 verkündete der Delaware Court of Chancery seine Entscheidung nach der Verhandlung, gemäß der die DBSI und die DBNY nicht für die Unterstützung und Förderung von Verstößen gegen treuhänderische Verpflichtungen haftbar gemacht werden können. In seiner Entscheidung vom 27. August 2015 führte der Court of Chancery ferner aus, Herr Murdock und der frühere Präsident der Dole, Michael Carter, hätten ihre treuhänderischen Verpflichtungen gegenüber den Aktionären der Dole verletzt und seien für Schäden von rund 148 Mio US-\$ (ohne die vor und nach der Urteilsverkündung angefallenen Zinsen) verantwortlich. Die Frist, innerhalb derer die Parteien Berufung einlegen können, endet dreißig Tage nach Eintragung des Urteils, die bislang noch nicht stattgefunden hat. Die DBSI und die DBNY haben im Zusammenhang mit der Transaktion eine handelsübliche Freistellungsvereinbarung mit der Dole (und einigen von

Herrn Murdock's Tochtergesellschaften) geschlossen sowie die Dole (und die relevanten Tochtergesellschaften von Herrn Murdock) darüber informiert, dass sie eine Freistellung verlangen.

Esch-Fonds-Rechtsstreit. Sal. Oppenheim jr. & Cie. AG & Co. KGaA („Sal. Oppenheim“) war vor dem Erwerb durch die Deutsche Bank im Jahr 2010 an der Vermarktung und Finanzierung von Beteiligungen an geschlossenen Immobilienfonds beteiligt. Diese Fonds waren als Personengesellschaften bürgerlichen Rechts in Deutschland organisiert. In der Regel führte die Josef Esch Fonds-Projekt GmbH die Planung und Projektentwicklung durch. Sal. Oppenheim war über ein Joint Venture indirekt an dieser Gesellschaft beteiligt. In Bezug darauf wurden zahlreiche zivilrechtliche Klagen gegen Sal. Oppenheim eingereicht. Einige dieser Klagen sind auch gegen ehemalige geschäftsführende Gesellschafter von Sal. Oppenheim und andere Personen gerichtet. Die gegen Sal. Oppenheim erhobenen Ansprüche betreffen Investitionen von ursprünglich rund 1,1 Mrd €, davon sind Forderungen in Bezug auf Investments von ursprünglich circa 500 Mio € noch schwebend. Die Investoren verlangen eine Rücknahme ihrer Beteiligung an den Fonds und eine Haftungsfreistellung für mögliche Verluste und Schulden aus der Investition. Die Ansprüche basieren teilweise auf der Behauptung, Sal. Oppenheim habe nicht ausreichend über Risiken und andere wesentliche Aspekte informiert, die für die Anlageentscheidung wichtig gewesen seien. Auf Grundlage der Fakten der Einzelfälle haben manche Gerichte zugunsten von Sal. Oppenheim entschieden, andere die Haltung der Gegenseite bestätigt. Die Berufungsurteile stehen noch aus.

Untersuchungen und Verfahren im Devisenhandel. Die Deutsche Bank hat weltweit Auskunftsersuchen von bestimmten Aufsichts- und Strafverfolgungsbehörden, die den Devisenhandel und andere Aspekte des Devisenmarkts untersuchen, erhalten. Die Deutsche Bank kooperiert mit den Behörden hinsichtlich dieser Untersuchungen. Hierzu führt die Deutsche Bank eigene interne Untersuchungen des Devisenhandels und anderer Aspekte ihres Devisengeschäfts weltweit durch. Im Zusammenhang mit dieser Überprüfung hat die Deutsche Bank, sofern entsprechende Tatsachen oder Umstände vorlagen, disziplinarische Maßnahmen gegen Mitarbeiter eingeleitet und wird dies auch künftig tun.

Die Deutsche Bank ist auch Beklagte in mehreren als Sammelklage bezeichneten Verfahren, die beim United States District Court for the Southern District of New York angestrengt wurden und in denen auf Kartellrecht sowie den Bestimmungen des US Commodity Exchange Act basierte Ansprüche im Zusammenhang mit der angeblichen Manipulation von Devisenkursen geltend gemacht werden. Bei den als Sammelklage bezeichneten Verfahren wurden die geforderten Entschädigungssummen nicht detailliert angegeben. Am 28. Januar 2015 gab der für die Sammelklagen zuständige Richter auf bundesstaatlicher Ebene dem Klageabweisungsantrag ohne Recht auf erneute Klageerhebung in beiden Klagen seitens Nicht-US-Klägern statt, wies ihn jedoch für die Klage von US-amerikanischen Klägern ab. Seit dem Gerichtsurteil vom 28. Januar 2015 wurden weitere Klagen eingereicht. Derzeit sind zwei Klagen anhängig. Die zusammengeführte Klage wird im Rahmen eines als Sammelklage bezeichneten Verfahrens einer Gruppe von OTC-Händlern und eines als Sammelklage bezeichneten Verfahrens einer Gruppe von Devisenhändlern eingereicht, die ihren Wohnsitz in den Vereinigten Staaten oder in US-Gebiet oder dort gehandelt haben. In der Klageschrift wird behauptet, es seien illegale Vereinbarungen getroffen worden, um den Wettbewerb in Bezug auf Benchmark- und Spotsätze zu beeinträchtigen und diese zu manipulieren, insbesondere die für diese Spotsätze notierten Spreads. In der Klageschrift wird darüber hinaus behauptet, diese vorgeblichen Geheimabsprachen hätten wiederum zu künstlichen Preisen an den zentralisierten Börsen für Devisenfutures und Devisenoptionen geführt. In der anderen Klage wird der Deutschen Bank und weiteren Beklagten vorgeworfen, dass sie ihre treuhänderischen Pflichten gemäß dem „US Employment Retirement Income Security Acts of 1974“ (ERISA) verletzt hätten, indem sie angeblich bei Transaktionen mit Bezug auf die WM/Reuters Closing Spot Rate unerlaubt zusammengewirkt haben und somit vorgeblich Transaktionen im Auftrag der Kläger zu künstlichen Preisen ausgeführt wurden. Die Deutsche Bank beabsichtigt, Antrag auf vollständige Abweisung beider Klagen zu stellen. Allerdings ist bis jetzt in keinem der beiden Verfahren ein Zeitplan für die Verhandlung erstellt worden. Im Rahmen der zusammengeführten Klage wurde ein Beweisverfahren eingeleitet. Alle anderen Beweismaßnahmen in diesem Verfahren und im ERISA-Fall sind per Gerichtsbeschluss ausgesetzt worden.

Die Deutsche Bank ist auch Beklagte in zwei kanadischen Sammelklagen, die in den Provinzen Ontario und Quebec angestrengt wurden. Die am 10. September 2015 erhobenen Sammelklagen stützen sich auf Vorwürfe, die vergleichbar sind mit den in den zusammengeführten Klagen in den USA erhobenen Vorwürfen, und sind auf Schadensersatz nach dem kanadischen Wettbewerbsgesetz und anderen Rechtsgrundlagen gerichtet.

Hochfrequenzhandel/Dark-Pool-Handel. Die Deutsche Bank hat von bestimmten Aufsichtsbehörden Auskunftersuchen in Bezug auf den Hochfrequenzhandel und den Betrieb ihres alternativen Handelssystems („ATS“ bzw. „Dark Pool“) SuperX erhalten. Die Deutsche Bank kooperiert mit den Behörden hinsichtlich dieser Auskunftersuchen.

Die Deutsche Bank war zunächst Beklagte in als Sammelklage bezeichneten Verfahren, in denen mit Blick auf den Hochfrequenzhandel Verstöße gegen die US-amerikanischen Wertpapiergesetze geltend gemacht werden. In der am 2. September 2014 eingereichten zusammengeführten und erweiterten Klage haben die Kläger die Deutsche Bank jedoch nicht als Beklagte benannt.

Interbanken-Zinssatz. Vollstreckungsverfahren. Die Deutsche Bank hat von verschiedenen Aufsichts- und Strafverfolgungsbehörden in Europa, Nordamerika und der Region Asien/Pazifik Auskunftersuchen in Form von Vorladungen und Informationsanfragen erhalten. Diese stehen im Zusammenhang mit branchenweiten Untersuchungen bezüglich der Festsetzung der London Interbank Offered Rate (LIBOR), der Euro Interbank Offered Rate (EURIBOR), der Tokyo Interbank Offered Rate (TIBOR) und anderer Zinssätze im Interbankenmarkt. Die Deutsche Bank kooperiert mit den Behörden hinsichtlich dieser Untersuchungen.

Wie bereits bekannt gegeben, hat die Deutsche Bank am 4. Dezember 2013 als Teil eines Gesamtvergleichs mit der Europäischen Kommission eine Vereinbarung zum Abschluss der Untersuchungen bezüglich des wettbewerbswidrigen Verhaltens im Handel mit Euro-Zinssatz-Derivaten und Yen-Zinssatz-Derivaten erzielt. Im Rahmen des Vergleichs hat die Deutsche Bank zugestimmt, insgesamt 725 Mio € zu zahlen.

Wie bereits bekannt gegeben, hat die Deutsche Bank am 23. April 2015 separate Vergleichsvereinbarungen mit dem US-Department of Justice (DOJ), der US Commodity Futures Trading Commission (CFTC), der U.K. Financial Conduct Authority (FCA) und dem New York State Department of Financial Services (NYDFS) zur Beendigung von Untersuchungen wegen Fehlverhaltens bezüglich der Festlegung von LIBOR, EURIBOR und TIBOR getroffen. In den Vereinbarungen hat die Deutsche Bank zugestimmt, Strafzahlungen in Höhe von 2,175 Mrd US-\$ an das DOJ, die CFTC und das NYDFS und 226,8 Mio GBP an die FCA zu leisten. Die Vereinbarungen enthalten des Weiteren Bestimmungen über verschiedene Verpflichtungen im Hinblick auf künftige Übermittlungen von Benchmark Rates durch die Deutsche Bank sowie Regelungen, welche die Ernennung eines unabhängigen Aufsehers betreffen. Die Deutsche Bank ist weiterhin verpflichtet, disziplinarische Maßnahmen gegen bestimmte Mitarbeiter zu ergreifen, die zur Zeit der Vereinbarung in der Bank tätig waren.

Als Teil der Vereinbarung mit dem DOJ akzeptiert die Deutsche Bank ein sogenanntes „Deferred Prosecution Agreement“ mit dreijähriger Laufzeit. Dieses beinhaltet neben anderen Punkten, dass die Deutsche Bank der Einreichung einer Anklage in zwei Punkten im United States District Court für den District of Connecticut zustimmt, in welcher der Deutschen Bank „Wire-Fraud“ und ein Verstoß gegen den Sherman-Act im Zusammenhang mit Preisfixings vorgeworfen wird. Als weiteren Teil sieht die Vereinbarung vor, dass die DB Group Services (UK) Ltd. (eine indirekt gehaltene, hundertprozentige Tochtergesellschaft der Deutschen Bank) mit dem DOJ eine Schuldanerkenntnisvereinbarung trifft, in der die Gesellschaft sich verpflichtet, sich in einer im selben Gericht erhobenen Anklage wegen „Wire-Fraud“ schuldig zu bekennen. Die Deutsche Bank hat Rückstellungen für eine Geldstrafe von 150 Mio US-\$ gebildet, welche die Deutsche Bank (vorbehaltlich der Zustimmung des Gerichts) gemäß der Schuldanerkenntnisvereinbarung innerhalb von zehn Geschäftstagen nach Verkündung des Urteils gegen die DB Group Services (UK) Ltd. zahlen wird. (Der Geldbetrag in Höhe von 150 Mio US-\$ ist in den Strafzahlungen über 2,175 Mrd US-\$ enthalten, auf den im vorangegangenen Absatz Bezug genommen wird.) Das Urteil gegen die DB Group Services (UK) Ltd. soll nach aktuellem Stand am 5. April 2016 gesprochen werden.

Andere regulatorische Untersuchungen gegen die Deutsche Bank, welche die Festsetzungen verschiedener weiterer Interbankenzinssätze betreffen, bleiben anhängig, und die Deutsche Bank bleibt weiteren regulatorischen Maßnahmen und Zivilklagen ausgesetzt.

Überblick über zivilrechtliche Verfahren. Die Deutsche Bank ist Partei von ungefähr 44 zivilrechtlichen Verfahren betreffend die Manipulation hinsichtlich der Festsetzung von verschiedenen Interbanken-Zinssätzen. Die meisten der zivilrechtlichen Klagen einschließlich als Sammelklage bezeichneter Verfahren wurden beim United States District Court for the Southern District of New York (SDNY) gegen die Deutsche Bank und zahlreiche andere Banken eingereicht. Alle bis auf fünf dieser Klagen wurden für Parteien eingereicht, die behaupten, sie hätten aufgrund von Manipulationen bei der Festsetzung des US-Dollar-LIBOR-Zinssatzes Verluste erlitten. Die fünf zivilrechtlichen Klagen gegen die Deutsche Bank, die keinen Bezug zum US-Dollar-LIBOR haben, sind ebenfalls beim SDNY anhängig und umfassen zwei Klagen betreffend den Yen-LIBOR und Euroyen-TIBOR, eine Klage betreffend den EURIBOR, eine Klage betreffend den GBP-LIBOR-Zinssatz und eine Klage betreffend den CHF-LIBOR.

Mit einer Ausnahme werden alle zivilrechtlichen US-Dollar-LIBOR-Klagen, die beim SDNY anhängig sind, in einem distriktübergreifenden Rechtsstreit (US-Dollar-LIBOR Multidistrict Litigation) behandelt. Dieser umfasst 31 Verfahren gegen die Deutsche Bank und andere Beklagte: zehn Sammelklagen und 21 Einzelklagen. Eine dieser Einzelklagen besteht aus zehn Klagen, die von den Klägern in einer Klageschrift zusammengefasst wurden, und die daher hier als eine Klage erörtert wird. Sechs Klagen, die ursprünglich Teil der US-Dollar-LIBOR Multidistrict Litigation waren, wurden abgewiesen und eine zusammengefasste Berufungsklage ist vor dem US Court of Appeals for the Second Circuit anhängig. Mehrere andere Klagen, die Teil der US-Dollar-LIBOR Multidistrict Litigation sind, wurden teilweise abgewiesen und sind ebenfalls Teil der zusammengefassten Berufungsklage. Ferner ist eine Sammelklage betreffend den US-Dollar LIBOR, die nicht zur US-Dollar-LIBOR Multidistrict Litigation gehört, abgewiesen worden, für die nun die Berufung vor dem US Court of Appeals for the Ninth Circuit anhängig ist.

Die Schadensersatzansprüche der 44 zivilrechtlichen Klagen, die oben dargestellt wurden, stützen sich auf verschiedene rechtliche Grundlagen einschließlich der Verletzung des US Commodity Exchange Act (CEA), kartellrechtlicher Vorschriften der Bundesstaaten und der USA, des US Racketeer Influenced and Corrupt Organizations Act (RICO) und anderer Bundes- und einzelstaatlicher Gesetze. In allen bis auf fünf Fällen wurde die Höhe des Schadensersatzes nicht formell von der Gegenpartei festgelegt. Bei den fünf Fällen, bei denen spezifische Schadensersatzforderungen gestellt wurden, handelt es sich um Einzelklagen, die zur US-Dollar LIBOR Multidistrict Litigation zusammengefasst wurden. Die Gesamthöhe des von allen Beklagten, einschließlich der Deutschen Bank, geforderten Schadensersatzes beläuft sich auf mindestens 1,25 Mrd US-\$.

US-Dollar-LIBOR. Zwischen März 2013 und Juni 2014 hat das Gericht in drei Entscheidungen in der US-Dollar-LIBOR Multidistrict Litigation Klageabweisungsanträgen teilweise stattgegeben und sie teilweise abgelehnt, die sich auf die sechs zuerst eingereichten Klagen beziehen (drei Sammelklagen und drei Einzelklagen). Das Gericht hat einigen Ansprüchen unter dem CEA sowie bestimmten landesrechtlichen Ansprüchen und Ansprüchen wegen ungerechtfertigter Bereicherung stattgegeben, während es bestimmte Ansprüche unter dem CEA als verjährt abwies sowie alle Ansprüche, die auf Bundes- und Landeskartellrecht und auf dem RICO basieren, ablehnte. Dies führte zu der vollständigen Abweisung von vier Klagen (eine Sammelklage und drei Einzelklagen) und der teilweisen Abweisung von zwei Klagen (beides Sammelklagen). Für eine der vier vollständig abgewiesenen Klagen ist Berufung eingelegt worden als Teil der zusammengefassten Berufungsklage, die unten erläutert wird. In den anderen drei vollständig abgewiesenen Fällen hat der US Court of Appeals for the Second Circuit die Berufungen der Kläger als nicht fristgerecht abgewiesen und der US Supreme Court hat im Oktober 2015 die Anträge der Kläger, die Berufungsabweisung durch den US Court of Appeals for the Second Circuit zu überprüfen, abgewiesen. Unabhängig davon, und vor der Entscheidung des US Supreme Court aus Oktober 2015, haben die Kläger dieser drei Klagen am 10. Februar 2015 weitere Berufungsanträge gestellt und die Beklagten haben die Abweisung beantragt.

Zahlreiche weitere in eigenem Namen handelnde Kläger haben Klagen gegen die Deutsche Bank eingereicht. Diese 21 Einzelklagen wurden zu der US-Dollar-LIBOR Multidistrict Litigation zusammengefasst. Am 4. August 2015 veröffentlichte das Gericht ein Gutachten zu einigen dieser zusammengeführten Einzelklagen. Die Deutsche Bank ist Beklagte in siebzehn dieser Fälle. Mehrere Ansprüche hinsichtlich bestimmter Parteien, einschließlich einer Tochtergesellschaft der Deutsche Bank, wurden mangels gerichtlicher Zuständigkeit abgewiesen. Andere Ansprüche wurden hinsichtlich aller Parteien abgewiesen, einschließlich kartellrechtlicher Ansprüche, Ansprüche nach dem RICO, aufgrund unlauteren Zusammenwirkens, Verbraucherschutz, unlauterer Geschäftspraktiken und einzelstaatlicher Ansprüche auf Unterlassung und billige Entschädigung. Vertragliche und deliktsrechtliche Ansprüche von bestimmten Gegenparteien, mit denen die Deutsche Bank unmittelbare Geschäftskontakte hatte, bleiben gegen die Deutsche Bank weiter anhängig. Bei einigen Ansprüchen hat das Gericht Rechtsprinzipien erläutert und die Parteien in erster Linie um den Versuch einer Absprache darüber gebeten, welche Ansprüche fortbestehen sollen. Dieser Prozess dauert an.

Einige der Kläger in diesen Einzelklagen haben vom Gericht die Erlaubnis erhalten, bezüglich ihrer bundeskartellrechtlichen Ansprüche Zwischenberufung einzulegen. Diese Kläger haben, zusammen mit Klägern der zuerst eingereichten Sammelklagen, die oben erläutert werden, Berufungen beim US Court of Appeals for the Second Circuit, eingelegt. Teil der zusammengefassten Berufung sind auch zwei Sammelklagen, die sich nur auf Ansprüche aus Bundeskartellrecht stützen und die auf Antrag der Kläger abgewiesen wurden, so dass sie Teil der Berufung werden konnten. Der US Court of Appeals for the Second Circuit hat dem Antrag der Beklagten auf Zusammenführung stattgegeben, und die Erläuterung der Gerichtsentscheidung wurde am 17. August 2015 abgeschlossen. Die mündliche Verhandlung ist für den 13. November 2015 angesetzt. Einige andere Sammelklagen, die sich auf Ansprüche aus Bundeskartellrecht stützen, ruhen bis zur Entscheidung über die Berufung.

Kläger in dem von Hauseigentümern und Kreditgebern angestregten und als Sammelklage bezeichneten Verfahren haben ebenfalls Klagen gegen die Deutsche Bank eingereicht, die in der US-Dollar-LIBOR Multidistrict Litigation zusammengefasst wurden. Die Deutsche Bank hat Klageabweisung beantragt, worüber noch nicht entschieden wurde.

Das als Sammelklage bezeichnete Verfahren gegen die Deutsche Bank von Klägern, die behaupten, sie hätten mit auf US-Dollar lautenden LIBOR-bezogenen börsengehandelten Finanzinstrumenten gehandelt (die „Börsenhandel-Kläger“), ist ebenfalls in der US-Dollar-LIBOR Multidistrict Litigation zusammengefasst worden. Die Deutsche Bank hat einen Antrag auf Klageabweisung wegen fehlender gerichtlicher Zuständigkeit gestellt. Dieser Antrag wurde noch nicht beschieden. Am 29. Juni 2015 ersuchten die Börsenhandel-Kläger um das Recht, ihre Klage zu erweitern und neue Vorwürfe in Bezug auf die Vergleichsvereinbarungen zum IBOR zu machen, welche die Deutsche Bank am 23. April 2015 mit dem DOJ, der CFTC, dem NYSDFS und der FCA geschlossen hatte. In der vorgeschlagenen erweiterten Klage würden auch zwei Tochtergesellschaften der Deutschen Bank, die DB Group Services (UK) Ltd. und die Deutsche Bank Securities Inc., als Beklagte genannt. Die Beklagten haben das Gericht ersucht, den Antrag der Kläger erst zu erörtern, nachdem über den anhängigen Klageabweisungsantrag wegen fehlender Zuständigkeit entschieden wurde.

Das Gericht hat in einem zusätzlichen Verfahren zum US-Dollar-LIBOR, das getrennt von der US-Dollar-LIBOR Multidistrict Litigation vor dem SDNY verhandelt wird, den Klageabweisungsanträgen der Beklagten stattgegeben. Der Kläger hat einen Antrag auf Erweiterung seiner Klage eingereicht.

Die Deutsche Bank wurde darüber hinaus als Beklagte in einer US-Dollar-LIBOR-Klage vor dem Central District of California benannt. Das Gericht hat dem Klageabweisungsantrag der Deutsche Bank stattgegeben. Der Kläger legt zurzeit Berufung vor dem U. S. Court of Appeals for the Ninth Circuit ein, und die Erläuterung der Gerichtsentscheidung soll am 18. November 2015 abgeschlossen sein.

Yen-LIBOR und Euroyen-TIBOR. Gegen die Deutsche Bank und andere Banken wurde eine Sammelklage vor dem SDNY wegen des Vorwurfs der Manipulation des Yen-LIBOR und Euroyen-TIBOR eingereicht. Am 28. März 2014 hat das Gericht den Klageabweisungsanträgen der Beklagten auf Grundlage des US-

amerikanischen Bundeskartellrechts und der ungerechtfertigten Bereicherung stattgegeben. Gleichzeitig wurden jedoch die Anträge der Beklagten in Bezug auf Ansprüche unter dem CEA abgelehnt. Am 31. März 2015 lehnte das Gericht Anträge bestimmter ausländischer Beklagter (einschließlich der Deutsche Bank) auf Klageabweisung wegen fehlender Zuständigkeit ab. Im Anschluss hat das Gericht einen Antrag dieser Beklagten (einschließlich der Deutsche Bank), das Gericht möge seine Entscheidung überdenken oder alternativ einen unmittelbaren Antrag auf Zulassung der Zwischenberufung vor dem US-Court of Appeals for the Second Circuit zulassen, zurückgewiesen. Am 31. März 2015 hat das Gericht außerdem einem Antrag des Klägers, seine Klage zu erweitern, teilweise stattgegeben und ihn teilweise abgelehnt. Ferner hat das Gericht Anträge des Klägers auf Geltendmachung von Ansprüchen gemäß RICO sowie auf die Aufnahme zweier weiterer namentlich genannter Kläger abgewiesen. Zusätzlich hob das Gericht am 15. Mai 2015 eine Aussetzung des Beweisverfahrens auf. Am 29. September 2015 beantragte die Deutsche Bank, sich dem Antrag bestimmter japanischer Banken als Beklagte vor dem US-Court of Appeals for the Second Circuit anzuschließen. Ziel ist die Rücknahme der Entscheidung vom 31. März 2015 betreffend die gerichtliche Zuständigkeit. Dieser Antrag ist anhängig.

Am 24. Juli 2015 wurde beim SDNY eine zweite Sammelklage gegen die Deutsche Bank und eine Tochtergesellschaft, die DB Group Services (UK) Ltd., sowie gegen andere Banken und „Interdealer“-Broker eingereicht. Den Beklagten wird Manipulation des Yen-LIBOR und des Euroyen-TIBOR vorgeworfen. Am 8. Oktober 2015 hat das Gericht den Antrag der Kläger auf Zusammenführung der Klage mit dem anderen vorgenannten als Sammelklage bezeichneten Verfahren wegen angeblicher Manipulation des Yen-LIBOR und Euroyen-TIBOR mit der Möglichkeit einer erneuten Antragstellung zurückgewiesen. Am 8. Oktober 2015 haben die Kläger bei der Sammelklagen mitgeteilt, dass sie beabsichtigen, eine geänderte Klage zu erheben, die jeweils bis zum 1. Dezember 2015 eingereicht werden müssen.

EURIBOR. Gegen die Deutsche Bank und eine Tochtergesellschaft, DB Group Services (UK) Ltd., wurde ebenfalls ein als Sammelklage bezeichnetes Verfahren wegen des Vorwurfs der Manipulation des EURIBOR angestrengt, das beim SDNY anhängig ist. Das Gericht hat eine Aussetzung des Beweisverfahrens am 13. Mai 2015 modifiziert und den Klägern die Möglichkeit zu einer erneuten erweiterten Klageerhebung bis zum 11. August 2015 eingeräumt. Ein Antrag auf Abweisung der erneuten erweiterten Klage wurde am 14. Oktober 2015 eingereicht.

Pfund Sterling (GBP)-Libor. Die Deutsche Bank wurde am 6. Mai 2015 als Beklagte in einer beim SDNY anhängigen Sammelklage wegen des Vorwurfs der Manipulation des Pfund Sterling (GBP)-LIBOR benannt. Der Kläger hat am 24. Juli 2015 eine erweiterte Klage eingereicht. Die Beklagten reichten am 25. September 2015 ein Vorabschreiben zu einem Klageabweisungsantrag ein. Die Klageabweisungsanträge der Beklagten sind bis zum 13. November 2015 zu stellen.

Schweizer Franken (CHF)-LIBOR. Am 19. Juni 2015 wurden die Deutsche Bank und eine Tochtergesellschaft, DB Group Services (UK) Ltd., als Beklagte in einer Sammelklage beim SDNY wegen des Vorwurfs der Manipulation des Schweizer Franken (CHF)-LIBOR benannt. Die Anträge auf Abweisung der Anklage wurden am 18. August 2015 eingereicht.

Kaupthing CLN. Im Juni 2012 hat die Kaupthing hf, eine isländische Aktiengesellschaft, (vertreten durch den Winding-up-Ausschuss) auf isländisches Recht gestützte Anfechtungsklagen über circa 509 Mio € (plus Zinsen basierend auf Schadensquote und Sanktionszins) gegen die Deutsche Bank in Island und England erhoben. Die geltend gemachten Ansprüche stehen im Zusammenhang mit Credit Linked Notes auf Kaupthing, welche die Deutsche Bank im Jahr 2008 an zwei British Virgin Island Spezialvehikel („SPVs“) herausgegeben hat. Diese SPVs gehörten letztlich sehr vermögenden Privatpersonen. Kaupthing behauptet, dass die Deutsche Bank gewusst habe oder hätte wissen müssen, dass Kaupthing selbst den Risiken aus den Transaktionen ausgesetzt war, weil sie die SPVs finanziert habe. Es wird behauptet, dass Kaupthing die Transaktionen aus verschiedenen Gründen anfechten könne, da die Transaktionen unter anderem deshalb unzulässig waren, weil es Kaupthing so möglich war, direkten Einfluss auf die Quotierung eigener CDS (Credit Default Swaps) und damit eigener börsennotierter Anleihen zu nehmen. Im November 2012 wurde eine weitere, auf englisches

Recht gestützte Klage (gestützt auf Vorwürfe, die den Vorwürfen der auf isländisches Recht gestützten Klagen vergleichbar sind) gegen die Deutsche Bank in London erhoben. Die Deutsche Bank hat eine Klageerwidderung für die isländischen Verfahren im Februar 2013 eingereicht und verteidigt sich weiter. Im Februar 2014 wurden die in England anhängigen Verfahren bis zur endgültigen Entscheidung in den isländischen Verfahren ausgesetzt. Darüber hinaus wurden der Deutschen Bank von den SPVs und deren Abwicklern im Dezember 2014 weitere Klagen zugestellt, die sich auf eine weitgehend vergleichbare Anspruchsbegründung stützen, sich auf CLN-Transaktionen beziehen und sich gegen die Deutsche Bank und weitere Beschuldigte in England richten. Die SPVs fordern ferner einen Betrag von rund 509 Mio € (zuzüglich Zinsen), obwohl der Zinsbetrag niedriger ist als in Island. Die Deutsche Bank hat eine Klageerwidderung in diesen Verfahren eingereicht und verteidigt sich weiter. Sie erwartet nicht, dass die von den SPVs erhobenen Klagen die Höhe der möglichen Verpflichtungen der Deutschen Bank im Zusammenhang mit CLN-Transaktionen, über die bereits von Kaupthing unmittelbar erhobenen Ansprüche hinaus, erhöhen.

Kirch. Im Zusammenhang mit dem Kirch-Verfahren ermittelte und ermittelt die Staatsanwaltschaft München I weiterhin gegen mehrere ehemalige Vorstandsmitglieder der Deutsche Bank AG sowie gegen die aktuellen Vorstandsmitglieder Jürgen Fitschen und Dr. Stephan Leithner. Das Kirch-Verfahren umfasste mehrere zivilrechtliche Verfahren zwischen der Deutsche Bank AG und Dr. Leo Kirch beziehungsweise dessen Medienunternehmen. Die zentrale Streitfrage in den Zivilverfahren war, ob der damalige Sprecher des Vorstands der Deutsche Bank AG, Dr. Rolf Breuer, durch seine Äußerungen in einem Interview mit dem Fernsehsender Bloomberg im Jahre 2002 die Insolvenz der Kirch Unternehmensgruppe herbeigeführt habe. In diesem Interview äußerte sich Dr. Rolf Breuer zu der mangelnden Finanzierungsmöglichkeit der Kirch Unternehmensgruppe. Im Februar 2014 schlossen die Deutsche Bank und die Erben von Dr. Leo Kirch einen umfangreichen Vergleich, der sämtliche Rechtsstreitigkeiten zwischen den Parteien beendete.

Das Ermittlungsverfahren gegen das momentane Vorstandsmitglied Jürgen Fitschen und mehrere ehemalige Vorstandsmitglieder ist abgeschlossen und Anklage gegen alle Beschuldigten wurde erhoben. Das Verfahren hat am 28. April 2015 begonnen und Gerichtstermine sind bis Januar 2016, jeweils einen Tag in der Woche, angesetzt. Das Gericht ordnete die Nebenbeteiligung der Deutsche Bank AG an.

Die Ermittlungen gegen das derzeitige Vorstandsmitglied Dr. Stephan Leithner dauern noch an.

Die Staatsanwaltschaft wirft zwei von den derzeitigen Vorstandsmitgliedern vor, versäumt zu haben, Tatsachenbehauptungen, die von den für die Deutsche Bank in dem Kirch-Verfahren tätigen Rechtsanwälten in Schriftsätzen an das Oberlandesgericht München und den Bundesgerichtshof vorgebracht wurden, rechtzeitig zu korrigieren, nachdem sie angeblich Kenntnis erlangt hatten, dass diese Ausführungen nicht korrekt gewesen sein sollen. Nach deutschem Recht haben die Parteien eines Zivilverfahrens die Pflicht, dafür Sorge zu tragen, dass alle vor Gericht abgegebenen Erklärungen über tatsächliche Umstände vollständig sind und der Wahrheit entsprechen. Die Untersuchung gegen Dr. Stephan Leithner und die Anklage gegen Jürgen Fitschen werden geführt, weil ihnen, im Gegensatz zu ihren derzeitigen Vorstandskollegen, vorgeworfen wird, dass sie Spezialwissen oder -verantwortung im Zusammenhang mit dem Kirch-Verfahren gehabt haben sollen. Das Verfahren gegen die ehemaligen Vorstandsmitglieder beruht auf dem Vorwurf, dass diese vor dem Oberlandesgericht München falsch ausgesagt haben sollen.

Der Aufsichtsrat und der Vorstand der Deutsche Bank AG haben Gutachten von einer internationalen Rechtsanwaltskanzlei sowie von einem ehemaligen Präsidenten eines führenden deutschen Berufungsgerichts eingeholt. Diese kommen zu dem Ergebnis, dass für die strafrechtlichen Vorwürfe der Staatsanwaltschaft gegen Jürgen Fitschen und Dr. Stephan Leithner keine Grundlage besteht. Die Deutsche Bank kooperiert vollumfänglich mit der Staatsanwaltschaft München.

Auflösung einer Position auf den KOSPI-Index. Nachdem der Korea Composite Stock Price Index 200 („KOSPI 200“) während der Schlussauktion am 11. November 2010 um rund 2,7 % gefallen war, leitete die koreanische Finanzdienstleistungsaufsicht („FSS“) eine Untersuchung ein und äußerte die Sorge, der Fall des KOSPI 200 sei darauf zurückzuführen, dass die Deutsche Bank einen Aktienkorb im Wert von rund 1,6 Mrd €

verkauft hatte, der Teil einer Indexarbitrage-Position auf den KOSPI 200 gewesen war. Am 23. Februar 2011 prüfte die koreanische Finanzdienstleistungskommission (Korean Financial Services Commission), die die Arbeit der FSS beaufsichtigt, die Ermittlungsergebnisse und Empfehlungen der FSS und beschloss, folgende Maßnahmen zu ergreifen: (i) Erstellen von Strafanzeige bei der südkoreanischen Staatsanwaltschaft gegen fünf Mitarbeiter des Deutsche Bank-Konzerns wegen des Verdachts auf Marktmanipulation und gegen die Deutsche Bank-Tochtergesellschaft Deutsche Securities Korea Co. („DSK“) wegen Haftung für fremdes Verschulden sowie (ii) Verhängen eines sechsmonatigen Eigenhandelsverbots zwischen 1. April 2011 und 30. September 2011 gegen die DSK, das sich auf den Handel mit Aktien am Kassamarkt und mit börsengehandelten Derivaten sowie auf den Aktien-Kassahandel über DMA-Systeme (Direct Market Access) erstreckte, und Verpflichtung der DSK, einen bestimmten Beschäftigten für sechs Monate zu suspendieren. Eine Ausnahme vom Eigenhandelsverbot wurde insofern gewährt, als es der DSK weiterhin erlaubt sein sollte, Liquidität für bestehende an Derivate gekoppelte Wertpapiere bereitzustellen. Am 19. August 2011 teilte die koreanische Staatsanwaltschaft ihre Entscheidung mit, gegen die DSK und vier Mitarbeiter des Deutsche Bank-Konzerns wegen mutmaßlicher Spot-/Futures-Marktmanipulationen Klage zu erheben. Das Strafverfahren hat im Januar 2012 begonnen. Ein Urteil in dieser Strafsache gegen die DSK und eine der vier Einzelpersonen wird derzeit für das vierte Quartal 2015 oder das erste Quartal 2016 erwartet.

Darüber hinaus strengten Parteien, die behaupten, durch den Fall des KOSPI 200 am 11. November 2010 Verluste erlitten zu haben, vor koreanischen Gerichten eine Vielzahl von zivilrechtlichen Verfahren gegen die Deutsche Bank und die DSK an. Die Kläger machen Schadensersatzforderungen von insgesamt rund 270 Mio € (zum aktuellen Umrechnungskurs) zuzüglich Zinsen und Kosten geltend. Diese Verfahren befinden sich in unterschiedlichen Phasen. Bei einigen wird derzeit mit erstinstanzlichen Entscheidungen im November 2015 gerechnet.

Verfahren im Zusammenhang mit Hypothekenkrediten und Asset Backed Securities. *Regulatorische und regelungsbehördliche Verfahren.* Die Deutsche Bank und einige ihrer verbundenen Unternehmen (zusammen in diesen Absätzen die „Deutsche Bank“) haben förmliche Auskunftersuchen in Form von Subpoenas und Informationsanfragen von Aufsichts- und Regierungsbehörden erhalten, einschließlich Mitgliedern der Residential Mortgage-Backed Securities Working Group der US Financial Fraud Enforcement Task Force. Diese Auskunftersuchen beziehen sich auf ihre Aktivitäten bei der Ausreichung, dem Erwerb, der Verbriefung, dem Verkauf von und/oder dem Handel mit Hypothekenkrediten, durch Grundpfandrechte auf Wohnimmobilien besicherten Wertpapieren (Residential Mortgage Backed Securities – RMBS), durch Grundpfandrechte auf Gewerbeimmobilien besicherten Wertpapieren (Commercial Mortgage Backed Securities – CMBS), forderungsbesicherten Schuldverschreibungen (Collateralized Debt Obligations – CDOs), Asset Backed Securities (ABS) und Kreditderivaten. Die Deutsche Bank kooperiert in Bezug auf diese Auskunftersuchen und Informationsanfragen in vollem Umfang mit den Behörden.

Die Deutsche Bank ist Beklagte in einer vom US-Bundesstaat Virginia erhobenen Zivilklage, in der Ansprüche wegen Betrugs und Verstoßes gegen den Virginia Fraud Against Taxpayers Act geltend gemacht werden, nachdem der Rentenfonds des Staates Virginia (Virginia Retirement System – VRS) durch die Deutsche Bank emittierte oder garantierte RMBS gekauft hatte. Die Deutsche Bank ist eines von dreizehn als Beklagte benannten Finanzinstituten. In der Klageschrift werden die von den Beklagten jeweils geforderten Entschädigungssummen nicht detailliert angegeben, jedoch Schadensersatzansprüche von insgesamt 1,15 Mrd US-\$ geltend gemacht. Die Klageschrift wurde ursprünglich von einer Privatperson versiegelt eingereicht. Nachdem der Attorney General des US-Bundesstaates von Virginia beschlossen hatte, der Klage beizutreten, wurde sie am 16. September 2014 entsiegelt. Die Deutsche Bank ficht die Behauptung des VRS an, dass das Gericht des Bundesstaates Virginia persönlich für die Angelegenheit zuständig ist. Das Verfahren ist ausgesetzt, solange sich die Parteien im Mediationsverfahren befinden.

Zivilrechtliche Verfahren als Emittent und Platzeur. Die Deutsche Bank wurde als Beklagte in diversen zivilrechtlichen Verfahren von Privatpersonen im Zusammenhang mit ihren unterschiedlichen Rollen einschließlich als Emittent und Platzeur von RMBS und anderen ABS benannt. Zu diesen im Folgenden beschriebenen Verfahren gehören als Sammelklagen bezeichnete Verfahren, Klagen von einzelnen Erwerbern der Wertpapiere

und Klagen von Treuhändern im Namen von RMBS-Treuhandvermögen. Obwohl sich die Vorwürfe in den einzelnen Verfahren unterscheiden, wird allgemein behauptet, dass die Angebotsprospekte der RMBS in wesentlichen Aspekten hinsichtlich der Prüfungsstandards bei Ausreichung der zugrunde liegenden Hypothekenkredite unrichtig oder unvollständig gewesen seien oder verschiedene Zusicherungen und Gewährleistungen in Bezug auf die Darlehen bei Ausreichung verletzt worden seien.

Die Deutsche Bank ist Beklagte in als Sammelklage bezeichneten Verfahren, die sich auf ihre Rolle und die anderer Finanzinstitute als Platzeure bestimmter von der IndyMac MBS, Inc. begebener RMBS beziehen. Am 8. September 2014 vereinbarten die Deutsche Bank und bestimmte weitere Finanzinstitute als Beklagte sowie die Hauptkläger, das Verfahren mit einem Vergleich beizulegen. Am 30. September 2014 erging ein gerichtlicher Entscheid zur Genehmigung und Bekanntmachung des Vergleichs. Am 23. Februar 2015 erließ das Gericht eine Anordnung, wonach der Vergleich genehmigt und die Klage abgewiesen ist. Laut Vergleichsvereinbarung haben die Beklagten insgesamt 340 Mio US-\$ gezahlt. Die von der Deutschen Bank anteilig zu leistende Vergleichszahlung ist nicht wesentlich. Pacific Investment Management Company, LLC („PIMCO“) reichte am 25. März 2015 eine Beschwerde gegen die Anordnung des Gerichtes vom 23. Februar 2015 ein, zog die Beschwerde jedoch am 11. Juni 2015 wieder zurück.

Die Deutsche Bank ist Beklagte in einem als Sammelklage bezeichneten Verfahren, das sich auf ihre Rolle und die anderer Finanzinstitute als Platzeure bestimmter von der Novastar Mortgage Corporation begebener RMBS bezieht. Am 5. Februar 2015 hob das Gericht per Urteil seine frühere Entscheidung auf, mit der fünf der sechs RMBS-Angebote von der Klage ausgeschlossen worden waren. Das Gericht ordnete an, dass die Kläger ihre Klage um die zuvor abgewiesenen Angebote erweitern. Am 9. März 2015 reichte der Hauptkläger seine dritte erweiterte Klage gemäß dem Gerichtsurteil vom 5. Februar 2015 ein. Das Beweisverfahren (Discovery) läuft.

Die Deutsche Bank ist zurzeit Beklagte in verschiedenen, nicht als Sammelklage bezeichneten Verfahren und Schiedsverfahren, die von angeblichen Käufern von RMBS, Gegenparteien in Geschäften mit RMBS und mit ihnen verbundenen Unternehmen einschließlich: (1) Aozora Bank, Ltd. (Schadensersatzforderungen von 61 Mio US-\$ gegen die Deutsche Bank); (2) Federal Deposit Insurance Corporation (FDIC) als Zwangsverwalter („receiver“) für: a) Colonial Bank (in einer von zwei getrennten Klagen, Schadensersatzforderungen von insgesamt mindestens 189 Mio US-\$ gegen alle Beklagten), b) Franklin Bank S.S.B. und Guaranty Bank (Schadensersatzforderungen von insgesamt mindestens 901 Mio US-\$ gegen alle Beklagten) und c) Citizens National Bank und Strategic Capital Bank (in einer von zwei getrennten Klagen, Schadensersatzforderungen von insgesamt mindestens 66 Mio US-\$ gegen alle Beklagten); (3) Federal Home Loan Bank of Boston; (4) Federal Home Loan Bank of San Francisco; (5) HSBC Bank USA, National Association (als Treuhänder für bestimmte RMBS-Treuhandvermögen); (6) Knights of Columbus (Schadensersatzforderungen von mindestens 27 Mio US-\$ gegen die Deutsche Bank); (7) Phoenix Light SF Limited (als angeblicher Zessionar von Ansprüchen von Zweckgesellschaften, die von der ehemaligen WestLB AG entweder geschaffen oder geführt werden); (8) Royal Park Investments (als angeblicher Zessionar von Ansprüchen von Zweckgesellschaften, die geschaffen wurden, um bestimmte Vermögenswerte der Fortis Bank zu erwerben); (9) Sealink Funding Ltd. (als angeblicher Zessionar von Ansprüchen von Zweckgesellschaften, die von der Sachsen Landesbank und ihren Beteiligungen entweder geschaffen oder geführt werden); (10) Texas County & District Retirement System (Schadensersatzforderungen von insgesamt mindestens 64 Mio US-\$ gegen alle Beklagten) und (11) The Charles Schwab Corporation eingeleitet wurden. Sofern nicht anders angegeben, wurde die genaue Höhe des geforderten Schadensersatzes in den Klageschriften nicht detailliert angegeben.

Am 19. Dezember 2014 wurde eine Vereinbarung eingereicht, gemäß der die Ansprüche gegen die Deutsche Bank endgültig abgewiesen wurden, die Mass Mutual Life Insurance Company im Zusammenhang mit Angeboten seitens mit Countrywide verbundener Unternehmen geltend gemacht hatte. Nach Dafürhalten der Deutschen Bank wurde die Klage in Bezug auf diese Angebote infolge einer vertraulichen Vergleichsvereinbarung abgewiesen, an der die Deutsche Bank nicht beteiligt war. Die Deutsche Bank war Beklagte in einem getrennten Verfahren, das Mass Mutual Life Insurance Company zu Zertifikaten angestrengt hat, die nicht von mit Countrywide verbundenen Unternehmen begeben wurden. Am 22. Juli 2015 schlossen die Deutsche Bank und

Mass Mutual Life Insurance Company eine Vergleichsvereinbarung, mit der alle anhängigen Klageverfahren beigelegt wurden. Am 11. August 2015 zahlte die Deutsche Bank den Vergleichsbetrag, und am 15. August 2015 wies das Gericht die Klagen ab. Die wirtschaftlichen Auswirkungen für die Deutsche Bank waren nicht materiell.

Am 14. Januar 2015 gab das Gericht dem Antrag der Deutschen Bank auf Abweisung der Klage seitens Aozora Bank, Ltd. in Bezug auf eine forderungsbesicherte Schuldverschreibung (Collateralized Debt Obligation – CDO) der Blue Edge ABS CDO, Ltd. statt. Am 31. März 2015 wies das Gericht den Antrag seitens Aozora Bank, Ltd., die Klage erneut zu verhandeln oder als Alternative eine erweiterte Klage einzureichen, ab. Am 29. April 2015 reichte die Aozora Bank, Ltd. Beschwerde hiergegen ein. Die Deutsche Bank ist weiterhin gemeinsam mit der UBS AG und verbundenen Unternehmen Beklagte in einem von der Aozora Bank, Ltd. angestregten Verfahren in Bezug auf eine CDO der Brooklyn Structured Finance CDO, Ltd. Am 14. Oktober 2015 hat das Gericht dem Antrag auf Klageabweisung teilweise stattgegeben und ihn teilweise abgelehnt.

Am 22. Januar 2015 stimmte die Federal Home Loan Bank of San Francisco gemäß einer vertraulichen Vergleichsvereinbarung mit der Deutschen Bank zu, Ansprüche, die sie gegen die Deutsche Bank in Bezug auf sieben RMBS-Angebote geltend gemacht hatte, ohne Recht auf erneute Klageerhebung fallen zu lassen. Am 26. Januar 2015 erließ die Federal Home Loan Bank of San Francisco gemäß einer vertraulichen Vergleichsvereinbarung zwischen der Federal Home Loan Bank of San Francisco und Countrywide die Anweisung, laut der Ansprüche gegen die Deutsche Bank seitens der Federal Home Loan Bank of San Francisco in Bezug auf 15 Angebote von mit Countrywide verbundenen Unternehmen rechtskräftig eingestellt werden. Nach Dafürhalten der Deutschen Bank wurde die Klage in Bezug auf diese 15 Angebote infolge einer vertraulichen Vergleichsvereinbarung abgewiesen, an der die Deutsche Bank nicht beteiligt war. Die Deutsche Bank ist nach wie vor Beklagte in einem Verfahren zu einem RMBS-Angebot und zwei Angeboten, die als Weiterverbriefung von RMBS-Zertifikaten beschrieben wurden. Die Klage befindet sich im Stadium des Beweisverfahrens („Discovery“).

Die Deutsche Bank und Monarch Alternative Capital LP sowie bestimmte von dessen Beratungskunden und verwaltete Investmentvehikel (Monarch) einigten sich am 18. Dezember 2014 darauf, der HSBC Bank USA, National Association (HSBC) eine Vergleichsvereinbarung zur Beilegung von Rechtsstreitigkeiten zu drei RMBS-Treuhandvermögen anzubieten. Nachdem die Mehrheit der Zertifikateinhaber zugestimmt hatte, stimmte HSBC am 13. Juli 2015 der Vergleichsvereinbarung zu und die Klagen wurden am 27. Juli 2015 zurückgezogen. Ein wesentlicher Teil der von der Deutschen Bank gezahlten Vergleichsgelder wurde von einer nicht an dem Verfahren beteiligten Drittpartei zurückerstattet. Die wirtschaftlichen Nettoauswirkungen des Vergleichs waren nicht wesentlich für die Deutsche Bank. Am 17. Juni 2015 hat das Gericht dem Antrag der Beklagten, die RMBS-bezogenen Ansprüche der Commerzbank AG gegen die Deutsche Bank und einige andere Finanzinstitutionen abzuweisen, stattgegeben. Dagegen hat die Commerzbank AG am 24. Juli 2015 Beschwerde eingelegt, diese jedoch am 17. August 2015 zurückgezogen.

Die Residential Funding Company hat eine Klage auf Rückkauf der Darlehen gegen die Deutsche Bank eingereicht. Gegenstand der Klage ist die Verletzung von Garantien und Gewährleistungen betreffend Darlehen, die an die Residential Funding Company verkauft wurden, sowie Schadensersatz für Schäden, die der Residential Funding Company als eine Folge von RMBS-bezogenen Klagen und Ansprüchen, die gegen die Residential Funding Company geltend gemacht wurden, entstanden sind. In der Klageschrift wurde die genaue Höhe des geforderten Schadensersatzes nicht detailliert angegeben. Am 8. Juni 2015 hat das Gericht den Antrag der Deutschen Bank, einige der Ansprüche abzuweisen, abgewiesen. Ebenfalls am 8. Juni 2015 hat die Deutsche Bank die Abweisung weiterer Ansprüche beantragt. Am 29. September 2015 lehnte das Gericht den zweiten Klageabweisungsantrag der Deutschen Bank ab. Die vorprozessuale Beweiserhebung („Discovery“) findet gerade statt.

Im März 2012 haben die RMBS Recovery Holdings 4, LLC und die VP Structured Products, LLC eine Klage im Staat New York gegen die Deutsche Bank eingereicht, die auf angeblichen Verletzungen von Garantien und Gewährleistungen seitens der Deutschen Bank im Zusammenhang mit Hypothekendarlehen in der ACE Secu-

rities Corp. 2006-SL2 RMBS Emission („offering“) beruht. In der Klageschrift wurde die genaue Höhe des geforderten Schadensersatzes nicht detailliert angegeben. Am 13. Mai 2013 hat das Gericht (der ersten Instanz) den Antrag der Deutschen Bank auf Klageabweisung als verspätet zurückgewiesen. Am 19. Dezember 2013 hat das Berufungsgericht die Entscheidung des Gerichts (der ersten Instanz) aufgehoben und die Klage abgewiesen. Am 11. Juni 2015 hat der New York Court of Appeals die Entscheidung des Berufungsgerichts bestätigt. Das Gericht hat ausgeführt, dass das für die Klägerin klagebegründende Ereignis mehr als sechs Jahre, bevor die Ansprüche geltend gemacht wurden, stattfand und dass die Klage deshalb verjährt sei.

Am 13. Juli 2015 erzielten die Deutsche Bank und Texas County and District Retirement System eine grundsätzliche Einigung zu den Ansprüchen der letztgenannten Partei gegen die Deutsche Bank. Die Deutsche Bank und Texas County and District Retirement System erarbeiten zurzeit die endgültigen Bedingungen der Vergleichsvereinbarung.

Im Jahr 2012 hat die FDIC als Zwangsverwalter („receiver“) für die Colonial Bank, die Franklin Bank S.S.B., die Guaranty Bank, die Citizens National Bank und die Strategic Capital Bank einige Klagen gegen verschiedene Underwriter, unter anderem die Deutsche Bank, in unterschiedlichen Bundesgerichten eingereicht. Die Klagen basieren auf angeblichen Ansprüchen nach Section 11 und 12(a)(2) des 1933 Securities Act, sowie Article 581-33 des Texas Securities Act. Jede dieser Klagen wurde als verjährt abgewiesen. Die FDIC hat gegen diese Entscheidungen beim Zweiten, Fünften und Neunten Circuits Courts of Appeal Rechtsmittel eingelegt. Die Verfahren vor dem Zweiten und Neunten Circuits Courts of Appeal sind noch anhängig. Am 10. August 2015 hob der Court of Appeals for the Fifth Circuit den Beschluss des District Court auf, die Ansprüche der FDIC wegen Verjährung abzuweisen. Am 24. August 2015 reichten die Deutsche Bank und die anderen Beklagten in dieser Angelegenheit einen Antrag auf erneute Anhörung im Plenum („en banc“) ein. Am 11. September 2015 lehnte der Court of Appeals for the Fifth Circuit diesen Antrag ab.

Am 20. April 2011 reichte die Federal Home Loan Bank of Boston eine Klage gegen zahlreiche Gesellschaften ein, darunter die Deutsche Bank und stellte eine Vielzahl von Ansprüchen gemäß dem Massachusetts Uniform Securities Act, verschiedenen anderen Gesetzen und Bestimmungen des Common Law in Massachusetts. In der Klageschrift wurde die genaue Höhe des geforderten Schadensersatzes nicht detailliert angegeben. Am 16. Oktober 2015 haben die Parteien eine Vergleichsvereinbarung zur Beilegung der Angelegenheit unterzeichnet. Die finanziellen Bedingungen dieses Vergleichs sind nicht wesentlich für die Deutsche Bank.

Am 22. September 2015 haben die Deutsche Bank und die Federal Home Loan Bank of Des Moines als Rechtsnachfolgerin der Federal Home Loan Bank of Seattle eine Vergleichsvereinbarung geschlossen und alle Ansprüche in Bezug auf die besagte Anleihe beigelegt. Am 12. Oktober 2015 hat das Gericht die Sache auf Forderung der Parteien für erledigt erklärt. Die finanziellen Bedingungen des Vergleichs sind nicht wesentlich für die Deutsche Bank.

In den Klagen gegen die Deutsche Bank allein wegen ihrer Rolle als Platzeur von RMBS anderer Emittenten hat sie vertragliche Ansprüche auf Freistellung gegenüber diesen Emittenten. Diese können sich jedoch in Fällen, in denen die Emittenten insolvent oder anderweitig nicht zahlungsfähig sind oder werden, als ganz oder teilweise nicht durchsetzbar erweisen.

Die Deutsche Bank hat mit einigen juristischen Personen, die Klagen gegen die Deutsche Bank im Zusammenhang mit verschiedenen Angeboten von RMBS und ähnlichen Produkten angedroht haben, Vereinbarungen über einen Verjährungsverzicht abgeschlossen. Es ist möglich, dass diese potenziellen Klagen eine wesentliche Auswirkung auf die Deutsche Bank haben. Zusätzlich hat die Deutsche Bank mit einigen dieser juristischen Personen Vergleiche abgeschlossen, deren finanzielle Bedingungen nicht wesentlich für die Deutsche Bank sind.

Zivilrechtliche Verfahren als Treuhänder. Die Deutsche Bank National Trust Company („DBNTC“) und die Deutsche Bank Trust Company Americas („DBTCA“) wurden in Bezug auf ihre Rollen als Treuhänder für bestimmte RMBS-Treuhandvermögen in einem Zivilverfahren von Investoren verklagt. Am 18. Juni 2014 erhob

eine Gruppe von Investoren, einschließlich Fonds, die von Blackrock Advisors LLC, PIMCO Advisors L.P. und anderen verwaltet werden, eine Zivilklage gegen die DBNTC und DBTCA vor dem New York State Supreme Court, vorgeblich im Namen und zugunsten von 544 im Private-Label-Verfahren verwalteten RMBS-Treuhandvermögen. Dabei werden Ansprüche wegen der behaupteten Verletzung des Trust Indenture Act von 1939 (TIA), Vertragsbruchs, des Verstoßes gegen treuhänderische Verpflichtungen und Fahrlässigkeit seitens der DBNTC und DBTCA wegen der angeblichen Nichterfüllung ihrer Pflichten als Treuhänder für die Treuhandvermögen geltend gemacht. Die Kläger haben inzwischen ihre Klage vor dem State Court zurückgezogen und im Namen sowie zugunsten von 564 "private-label" RMBS Treuhandgesellschaften eine erweiterte Klage beim US District Court for the Southern District of New York eingereicht. Die darin genannten Treuhandvermögen sind im Wesentlichen deckungsgleich mit denen in der Klage vor dem State Court. In der Klageschrift wird behauptet, die betreffenden Treuhandvermögen haben insgesamt Sicherheitenverluste in Höhe von 89,4 Mrd US-\$ verzeichnet. Die Klageschrift enthält jedoch keine finanziellen Schadensersatzforderungen in bestimmter Höhe.

Ebenfalls am 18. Juni 2014 strengte Royal Park Investments SA/NV gegen die DBNTC ein als Sammelklage bezeichnetes Verfahren im Namen von Investoren in zehn RMBS-Treuhandvermögen an. Bei dem Verfahren, das vor dem US District Court for the Southern District of New York anhängig ist, werden Ansprüche wegen behaupteter Verstöße gegen den TIA, Vertragsbruchs sowie Vertrauensbruchs aufgrund der angeblichen Nichterfüllung treuhänderischer Pflichten seitens der DBNTC gegenüber den Treuhandvermögen geltend gemacht. In der Klageschrift von Royal Park wird behauptet, die von den zehn Treuhandvermögen insgesamt erlittenen Verluste beliefen sich auf mehr als 3,1 Mrd US-\$. Die Klageschrift enthält jedoch keine finanziellen Schadensersatzforderungen in bestimmter Höhe.

Am 7. November 2014 reichte das National Credit Union Administration Board („NCUA“) als Investor in 121 RMBS-Treuhandvermögen eine Klage gegen die DBNTC als Treuhänder dieser Vermögen beim US District Court for the Southern District of New York ein. Darin wird der DBNTC wegen der behaupteten Nichterfüllung angeblicher gesetzlicher und vertraglicher Verpflichtungen die Verletzung des TIA und des New York Streit Act vorgeworfen. Am 5. März 2015 erweiterte das NCUA seine Klageschrift um Ansprüche als Investor in 97 der 121 RMBS-Treuhandgesellschaften, die Gegenstand der ersten Klage waren. In der erweiterten Klage werden Verstöße gegen den TIA und Streit Act sowie Vertragsbrüche, die Nichterfüllung treuhänderischer Verpflichtungen, Fahrlässigkeit, grobe Fahrlässigkeit, fahrlässige Falschangaben und Verstöße gegen den Grundsatz von Treu und Glauben behauptet. In der Klageschrift gibt das NCUA an, die betreffenden Treuhandvermögen habe insgesamt Verluste in Höhe von 17,2 Mrd US-\$ verzeichnet. Die Klageschrift enthält jedoch keine finanziellen Schadensersatzforderungen in bestimmter Höhe.

Am 23. Dezember 2014 reichten bestimmte CDO-Investmentvehikel (gemeinsam als „Phoenix Light SF Ltd.“ bezeichnet), die von 21 RMBS-Treuhandvermögen begebene RMBS-Zertifikate halten, eine Klage gegen die DBNTC als Treuhänder der Vermögen vor dem US District Court for the Southern District of New York ein. Darin wurden Ansprüche wegen der Verletzung des TIA und Streit Act, Vertragsbruchs, des Verstoßes gegen treuhänderische Verpflichtungen, Fahrlässigkeit, grober Fahrlässigkeit und fahrlässiger Falschangaben und der angeblichen Nichterfüllung der Pflichten als Treuhänder der Vermögen geltend gemacht. Am 10. April 2015 haben die CDOs eine Klageerweiterung bezüglich weiterer 34 Treuhandgesellschaften (somit insgesamt 55 Treuhandgesellschaften) und am 15. Juli 2015 eine weitere Klageänderung eingereicht, die auch zusätzliche Behauptungen enthält, erhoben. Die CDO-Kläger behaupten, die DBNTC sei zu Schadensersatzleistungen von mehr als 527 Mio US-\$ verpflichtet.

Am 24. März 2015 haben die Western and Southern Life Insurance Company sowie fünf verbundene Unternehmen (nachstehend zusammen „Western & Southern“) als Investoren in 18 RMBS-Treuhandvermögen, beim Court of Common Pleas, Hamilton County, Ohio, Klage gegen die DBNTC als Treuhänder in 12 von diesen Fällen der Vermögen eingereicht und Ansprüche wegen Verstoßes gegen den TIA und Streit Act, Vertragsverstößen, Nichterfüllung treuhänderischer Pflichten, Fahrlässigkeit, grober Fahrlässigkeit, fahrlässiger Falschangaben sowie Verstößen gegen die Grundsätze von Treu und Glauben sowie fairen Handelns geltend gemacht. Die Klagebehauptungen stützen sich auf die angebliche Unterlassung der DBNTC, ihre Verpflichtun-

gen als Treuhänder der Vermögen zu erfüllen. Western & Southern behaupten, sie haben von den Trusts ausgegebene Zertifikate mit einem Nennwert von mehr als 220 Mio US-\$ erworben, und die betreffenden Treuhandvermögen hätten Verluste von insgesamt 1 Mrd US-\$ verzeichnet. Die Klageschrift enthält jedoch keine finanziellen Schadensersatzforderungen in bestimmter Höhe.

Die DBNTC und/oder die DBTCA haben Anträge auf Abweisung dieser fünf Klagen gestellt. Die diesbezüglichen gerichtlichen Entscheidungen stehen noch aus. In einigen, jedoch nicht in allen dieser Fälle wurde ein Beweisverfahren eingeleitet.

Untersuchungen und Rechtsstreitigkeiten im Bereich Edelmetalle. Die Deutsche Bank hat von bestimmten Aufsichts- und Strafverfolgungsbehörden Anfragen erhalten, unter anderem zur Bereitstellung von Informationen und Dokumenten, die für Untersuchungen in Bezug auf den Handel mit Edelmetallen und damit zusammenhängende Vorgänge relevant sind. Die Deutsche Bank kooperiert mit den Behörden hinsichtlich dieser Untersuchungen. In diesem Zusammenhang führt die Deutsche Bank eigene Untersuchungen zu ihrer Beteiligung an der Festlegung von Edelmetall-Benchmarks und anderen Aspekten ihres Handels und sonstigen Geschäfts mit Edelmetallen durch.

Die Deutsche Bank ist auch Beklagte in verschiedenen als Sammelklage bezeichneten Verfahren, die vor dem United States District Court for the Southern District of New York zu zwei Klagen zusammengefasst wurden. Darin wird die Verletzung US-amerikanischen Kartellrechts, des US Commodity Exchange Act und damit in Verbindung stehender einzelstaatlicher Gesetze aufgrund angeblicher Manipulationen bei der Ermittlung des Gold- und Silberpreises über das Londoner Gold- und Silberfixing behauptet. Die Sammelklagen befinden sich noch in frühen Stadien. Die Deutsche Bank hat die Abweisung der Klagen beantragt. In den Klageschriften wurden die geforderten Entschädigungssummen nicht detailliert angegeben.

Unangemessene Einstellungspraktiken. Einige Aufsichtsbehörden untersuchen zurzeit unter anderem, inwieweit die Deutsche Bank bei der Einstellung von Kandidaten, die von bestehenden oder potenziellen Kunden und Staatsbediensteten empfohlen worden waren, sowie bei der Beauftragung von Beratern in der Region Asien-Pazifik den US-Foreign Corrupt Practices Act und andere Gesetze eingehalten hat. Die Deutsche Bank liefert die erforderlichen Informationen und kooperiert auch weiterhin bei diesen Untersuchungen.

Untersuchung der Handelsgeschäfte in russischen/britischen Aktien. Die Deutsche Bank führt derzeit Untersuchungen im Zusammenhang mit Aktienhandelsgeschäften zwischen Kunden und der Deutschen Bank in Moskau und London, die sich gegenseitig entsprochen haben, durch. Das Gesamtvolumen der zu untersuchenden Transaktionen ist erheblich. Die Untersuchungen der Deutschen Bank bezüglich eventueller Rechtsverletzungen, Verordnungen und Richtlinien sowie des internen Kontrollsystems sind noch nicht abgeschlossen. Zum aktuellen Zeitpunkt wurden bestimmte Verstöße gegen Bankverordnungen und Mängel im Kontrollumfeld der Deutsche Bank festgestellt. Die Deutsche Bank hat die zuständigen Aufsichts- und Ermittlungsbehörden in mehreren Zuständigkeitsbereichen (inklusive Deutschland, Russland, Großbritannien und USA) über die Untersuchungen informiert. Die Deutsche Bank hat disziplinarische Maßnahmen gegen bestimmte Personen eingeleitet und wird weiterhin auch gegen andere Personen vorgehen, falls dies gerechtfertigt ist.

US-Embargo. Die Deutsche Bank hat seitens bestimmter Aufsichts- und Strafverfolgungsbehörden Informationsanfragen hinsichtlich ihrer historischen Abwicklung von Zahlungsaufträgen in US-Dollar erhalten, die sie durch US-amerikanische Finanzinstitute für Vertragsparteien aus Ländern abgewickelt hat, die US-Embargos unterlagen. Die Anfragen richten sich darauf, ob diese Abwicklung mit US-amerikanischem Bundes- und Landesrecht in Einklang standen. Im Jahr 2006 hat die Deutsche Bank freiwillig entschieden, dass sie kein US-Dollar-Neugeschäft mit Kontrahenten im Iran und Sudan, in Nordkorea und auf Kuba sowie mit einigen syrischen Banken tätigen wird. Ferner hat sie beschlossen, aus bestehenden US-Dollar-Geschäften mit diesen Kontrahenten auszusteigen, soweit dies rechtlich zulässig ist. Im Jahr 2007 hat die Deutsche Bank entschieden, dass sie kein Neugeschäft in jeglicher Währung mit Kontrahenten im Iran und Sudan sowie in Syrien und Nordkorea eingehen wird beziehungsweise aus dem bestehenden Geschäft in allen Währungen mit diesen Kontrahenten auszusteigen, soweit dies rechtlich zulässig ist. Darüber hinaus hat sie beschlossen, ihr Nicht-

US-Dollar-Geschäft mit Kontrahenten auf Kuba zu beschränken. Die Deutsche Bank stellt Informationen zur Verfügung und kooperiert in jeder Hinsicht mit den Ermittlungsbehörden.

Zivilrechtliche Verfahren zu US Treasuries. Die DBSI ist Beklagte in verschiedenen als Sammelklage bezeichneten Verfahren vor den United States District Courts for the Southern District of New York, the Northern District of Illinois und the District of the Virgin Islands. Darin werden Verstöße gegen das US-amerikanische Kartellrecht, den CEA und Common Law in Bezug auf die vermeintliche Manipulation des Marktes für US Treasuries geltend gemacht. Die Verfahren befinden sich in einem frühen Stadium. Es wurde ein Antrag bei dem Judicial Panel on Multidistrict Litigation gestellt, diese Fälle gesammelt vor dem Southern District of New York zu verhandeln. Die Entscheidung steht noch aus.

Langfristige Verbindlichkeiten

in Mio €	30.9.2015	31.12.2014
Vorrangige Verbindlichkeiten:		
Anleihen und Schuldverschreibungen		
Mit fester Verzinsung	87.515	84.795
Mit variabler Verzinsung	37.409	34.651
Nachrangige Verbindlichkeiten:		
Anleihen und Schuldverschreibungen		
Mit fester Verzinsung	4.583	2.689
Mit variabler Verzinsung	2.684	2.358
Sonstige	28.995	20.344
Summe der langfristigen Verbindlichkeiten	161.187	144.837

Ausgegebene Stammaktien und ausstehende Stammaktien

in Mio	30.9.2015	31.12.2014
Ausgegebene Stammaktien	1.379,3	1.379,3
Eigene Aktien im Bestand	0,8	0,3
Davon:		
Aktienrückkaufprogramm	0,7	0,1
Sonstige Bestände	0,2	0,2
Ausstehende Stammaktien	1.378,4	1.379,0

Sonstige Finanzinformationen (nicht testiert)

Kreditzusagen und Eventualverbindlichkeiten

Der Konzern übernimmt generell im Auftrag seiner Kunden unwiderrufliche Kreditzusagen, unter anderem auch Fronting Commitments, sowie ausleihebezogene Eventualverbindlichkeiten, die sich aus Finanz- und Vertragserfüllungsbürgschaften, Akkreditiven und Kredithaftungen zusammensetzen. Gemäß diesen Verträgen ist der Konzern verpflichtet, entweder einer Vereinbarung entsprechend zu handeln oder Zahlungen an einen Begünstigten zu leisten, wenn ein Dritter seinen Verpflichtungen nicht nachkommt. Der Konzern weiß nicht im Detail, ob, wann und in welcher Höhe eine Inanspruchnahme aus diesen Haftungsverhältnissen erfolgt. Für den Fall, dass der Konzern Zahlungen an einen Begünstigten von Fronting Commitments zu leisten hat, würde der Konzern sofort seine Rückgrifforderung an die anderen Kreditgeber des Konsortiums stellen. Die oben genannten Verträge werden jedoch berücksichtigt, indem der Konzern das Kreditrisiko überwacht. Zudem verlangt er gegebenenfalls Sicherheiten, um inhärente Kreditrisiken zu reduzieren. Ergeben sich aus der Überwachung des Kreditrisikos hinreichende Erkenntnisse, dass ein Verlust aus einer Inanspruchnahme zu erwarten ist, wird eine Rückstellung gebildet und in der Bilanz ausgewiesen.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die unwiderruflichen Kreditzusagen und ausleihebezogenen Eventualverbindlichkeiten ohne Berücksichtigung von Sicherheiten und in der Bilanz ausgewiesenen Rückstellungen. Außerdem sind in der Tabelle die Maximalbeträge enthalten, die vom Konzern zu zahlen wären, falls alle diese Verpflichtungen erfüllt werden müssten. Die Tabelle bildet nicht die zukünftig aus diesen Verpflichtungen zu erwartenden Zahlungsabflüsse ab, da viele auslaufen, ohne dass sie in Anspruch genommen werden. Die Inanspruchnahmen, die durch die Auftraggeber oder Erlöse aus der Sicherheitenverwertung ausgeglichen werden, sind ebenfalls nicht in der Tabelle enthalten.

in Mio €	30.9.2015	31.12.2014
Unwiderrufliche Kreditzusagen	171.887	154.446
Eventualverbindlichkeiten	57.985	62.087
Insgesamt	229.871	216.533

Geschäfte mit nahestehenden Dritten

Transaktionen mit nahestehenden Unternehmen und Personen werden im Rahmen des normalen Geschäftsverlaufs durchgeführt und es gelten grundsätzlich die gleichen Bedingungen einschließlich Zinssätzen und Sicherheiten wie für vergleichbare Geschäfte mit fremden Dritten.

Geschäfte mit Personen in Schlüsselpositionen

Personen in Schlüsselpositionen sind Personen, die für die Planung, Leitung und Überwachung der Tätigkeiten des Deutsche Bank Konzerns direkt oder indirekt zuständig und verantwortlich sind. Der Konzern zählt die Mitglieder des Vorstands in seiner aktuellen Aufstellung und des Aufsichtsrats der Muttergesellschaft für Zwecke des IAS 24 zu Personen in Schlüsselpositionen. Zum 30. September 2015 hat der Konzern Kredite und Zusagen in Höhe von 9 Mio € an Personen in Schlüsselpositionen vergeben und Einlagen in Höhe von 18 Mio € von Personen in Schlüsselpositionen erhalten. Zum 31. Dezember 2014 betragen die Kredite und Zusagen an Personen in Schlüsselpositionen 3 Mio € und die Einlagen von Personen in Schlüsselpositionen 16 Mio €. Daneben bietet der Konzern Personen in Schlüsselpositionen und deren nahen Familienangehörigen Bankdienstleistungen wie zum Beispiel Zahlungsverkehrs- und Kontoführungsdienstleistungen sowie Anlageberatung an.

Geschäfte mit Tochtergesellschaften, assoziierten und gemeinschaftlich geführten Unternehmen

Geschäfte zwischen der Deutschen Bank AG und deren Tochtergesellschaften gelten als Geschäfte mit nahestehenden Dritten. Sofern diese Transaktionen bei der Konsolidierung eliminiert werden, werden sie nicht als Geschäfte mit nahestehenden Dritten offengelegt. Geschäfte zwischen dem Konzern und seinen assoziierten und gemeinschaftlich geführten Unternehmen und deren jeweiligen Tochterunternehmen gelten ebenfalls als Geschäfte mit nahestehenden Dritten.

Begebene Kredite und gewährte Garantien

in Mio €	Assoziierte Unternehmen und sonstige nahestehende Unternehmen	
	30.9.2015	31.12.2014
Forderungen aus dem Kreditgeschäft, Anfangsbestand	321	357
Im Laufe des Jahres begebene Forderungen aus dem Kreditgeschäft	273	596
Rückzahlungen von Forderungen aus dem Kreditgeschäft	341	657
Veränderung des Konsolidierungskreises	0	- 1
Wechselkursveränderungen/Sonstige	7	27
Forderungen aus dem Kreditgeschäft, Endbestand¹	261	321
Sonstige kreditrisikobehaftete Transaktionen:		
Wertberichtigungsbestand für Kreditausfälle	2	5
Wertberichtigungen für Kreditausfälle	1	0
Garantien und sonstige Verpflichtungen	175	45

¹ Davon waren zum 30. September 2015 3 Mio € Forderungen überfällig (31. Dezember 2014: 3 Mio €). Für die Forderungen aus dem Kreditgeschäft hielt der Konzern zum 30. September 2015 Sicherheiten in Höhe von 133 Mio € (31. Dezember 2014: 70 Mio €).

Erhaltene Einlagen

in Mio €	Assoziierte Unternehmen und sonstige nahestehende Unternehmen	
	30.9.2015	31.12.2014
Einlagen, Anfangsbestand	128	167
Einlagenzuflüsse	390	245
Einlagenabflüsse	384	244
Veränderung des Konsolidierungskreises	- 3	- 43
Wechselkursveränderungen/Sonstige	1	4
Einlagen, Endbestand	133	128

Sonstige Geschäfte

Zum 30. September 2015 bestanden Handelsaktiva und positive Marktwertsalden aus derivativen Finanztransaktionen mit assoziierten Unternehmen in Höhe von 41 Mio € (31. Dezember 2014: 87 Mio €). Zum 30. September 2015 bestanden Handelspassiva und negative Marktwertsalden aus derivativen Finanztransaktionen mit assoziierten Unternehmen in Höhe von 0 Mio € (31. Dezember 2014: 0 Mio €).

Geschäfte im Rahmen von Pensionsplänen

Der Konzern unterhält Geschäftsbeziehungen zu einer Reihe seiner Versorgungseinrichtungen für Leistungen nach Beendigung von Arbeitsverhältnissen, für die er Finanzdienstleistungen einschließlich der Vermögensanlage erbringt. Diese Versorgungseinrichtungen können Aktien oder Wertpapiere der Deutschen Bank AG halten oder mit diesen handeln. Zum 30. September 2015 waren die Geschäfte mit diesen Versorgungseinrichtungen für den Konzern nicht wesentlich.

Wesentliche Transaktionen

Die Deutsche Bank ist zu der Überzeugung gelangt, dass, unabhängig von der endgültigen Entscheidung in Bezug auf die zu wählende Strategie 2020, ein Squeeze-out der Minderheitsaktionäre der Postbank alle in Betracht gezogenen strategischen Optionen unterstützt.

Dementsprechend und um die 95 % Schwelle für den Squeeze-out zu erreichen, hat die Deutsche Bank am 22. April 2015 einen Vertrag zum Erwerb zusätzlicher 5,9 Millionen (2,7 %) Postbank-Aktien unterzeichnet. Damit steigt der Anteil des Konzerns an der Postbank von 94,1 % auf 96,8 %. Die Transaktion führte zu einer teilweisen Ausbuchung der Verbindlichkeit, die zuvor im Jahr 2012 für die Verpflichtung zum Erwerb von Postbank-Aktien oder für eine an Minderheitsaktionäre der Postbank im Rahmen des Barabfindungsangebots zu leistende Ausgleichszahlung gebildet worden war. Darüber hinaus wurde eine Rückstellung für Grunderwerbsteuerverpflichtungen erfasst. Insgesamt führte die Transaktion zu einem Verlust vor Steuern in Höhe von rund 92 Mio €, der in C&A im zweiten Quartal 2015 erfasst wurde.

Am 27. April 2015, nachdem die 95 %-Schwelle überschritten wurde, gab die Deutsche Bank bekannt, dass sie die Postbank gebeten hat, alle erforderlichen Maßnahmen zur Vorbereitung eines Squeeze-out der Minderheitsaktionäre gemäß § 327a ff. AktG zu ergreifen.

Am 7. Juli 2015 konkretisierte die Deutsche Bank ihr Squeeze-out-Verlangen gegenüber der Postbank, einschließlich der Höhe der Barabfindung, die auf 35,05 € je Postbank-Aktie festgelegt wurde. Die Hauptversammlung der Postbank hat den Squeeze-out am 28. August 2015 beschlossen. Es wurden Anfechtungsklagen gegen den Squeeze-out erhoben. Am 15. Oktober 2015 leitete die Postbank ein Freigabeverfahren beim Oberlandesgericht Köln ein. In Folge des Beschlusses der Hauptversammlung wurde im dritten Quartal 2015 in C&A ein Verlust vor Steuern in Höhe von 69 Mio € erfasst.

Zum Verkauf bestimmte langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen

In der Bilanz werden die zum Verkauf bestimmten langfristigen Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen unter den Sonstigen Aktiva und Sonstigen Passiva ausgewiesen. Dieser Abschnitt erläutert die Art der zum Verkauf bestimmten langfristigen Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen und deren finanzielle Auswirkungen zum 30. September 2015.

Zum Verkauf bestimmte langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen zum Bilanzstichtag

Zum 30. September 2015 betragen die zum Verkauf bestimmten Vermögenswerte insgesamt 135 Mio € (31. Dezember 2014: 180 Mio €) und die Veräußerungsgruppen enthielten keine Verbindlichkeiten zum 30. September 2015 und 31. Dezember 2014.

Im ersten Quartal 2015 hat der Konzern seine Beteiligung am Fairview Container Terminal in Port of Prince Rupert, Kanada, als eine zum Verkauf gehaltene Veräußerungsgruppe innerhalb der Non-Core Operations Unit klassifiziert. Das Fairview Container Terminal gehört zu Maher Terminals, einem der weltweit größten Betreiber von Containerhäfen. Gemäß der Veräußerungstransaktion übernimmt DP World, ein Seehäfen-Betreiber mit Sitz in Dubai, 100 % des Fairview Container Terminals für 391 Mio € (580 Mio CAD). Die Klassifizierung als eine zum Verkauf gehaltene Veräußerungsgruppe führte nicht zu einer Wertminderung. Der Verkauf wurde im dritten Quartal 2015 abgeschlossen.

Zum 30. September 2015 und zum 31. Dezember 2014 wurden keine unrealisierten Gewinne im Zusammenhang mit den zum Verkauf bestimmten langfristigen Vermögenswerten und Veräußerungsgruppen direkt in der Kumulierten sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung ausgewiesen.

Veräußerungen

Unternehmensbereich	Verkauf	Finanzielle Auswirkungen ¹	Zeitpunkt des Verkaufs
Infrastructure	Stückweise Veräußerung von Teilen der Informationstechnologie (IT) Infrastruktur für das Groß- und Firmenkundengeschäft an Hewlett Packard.	Keine.	2. Quartal 2015

¹ Wertminderungen und Wertaufholungen von vorgenommenen Wertminderungen sind in den Sonstigen Erträgen berücksichtigt.

Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Nach dem Bilanzstichtag gab es keine Vorgänge von besonderer Bedeutung, die einen wesentlichen Einfluss auf die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage des Konzerns hatten.

Sonstige Informationen (nicht testiert)

Nicht nach IFRS ermittelte finanzielle Messgrößen

Dieses Dokument und auch andere Dokumente, die der Konzern veröffentlicht hat oder gegebenenfalls veröffentlicht werden, beinhalten finanzielle Messgrößen, die nicht nach IFRS ermittelt werden. Diese Messgrößen sind Größen des historischen oder zukünftigen Erfolgs, der Vermögenslage oder der Cashflows des Konzerns, die durch Eliminierung oder Berücksichtigung bestimmter eingeschlossener oder ausgeschlossener Beträge im Vergleich zu den am besten passenden und gemäß IFRS ermittelten und ausgewiesenen Größen im Konzernabschluss angepasst werden.

Vollumgesetzte CRR/CRD 4-Verschuldungsquote

Als Teil seines Bilanzmanagements verwendet der Konzern eine CRR/CRD 4-Verschuldungsquote auf Basis der Vollumsetzung, die das Kernkapital auf Basis der Vollumsetzung im Verhältnis zum CRR/CRD 4-Risikomaß setzt. Das Risikomaß wird durch Anpassungen der Bilanzsumme gemäß IFRS ermittelt. Diese Kennzahl wird in diesem Bericht im Abschnitt „Lagebericht: Risikobericht: Bilanzmanagement“ erläutert.

Eigenkapitalrendite-Quoten

Der Konzern berichtet eine Vielzahl von Eigenkapitalrendite-Quoten. Bei diesen handelt es sich um Kennziffern, wie die Eigenkapitalrendite vor und nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital), die Eigenkapitalrendite vor und nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) sowie die Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital). Alle fünf Quoten sind in der folgenden Tabelle ausgewiesen.

in %	3. Quartal		Jan. – Sep.	
	2015	2014	2015	2014
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Eigenkapital)	- 35,3	1,6	- 6,5	6,4
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Eigenkapital)	- 34,8	- 0,6	- 8,8	2,7
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital)	- 43,9	- 0,7	- 11,2	3,6
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity)	- 35,6	1,6	- 6,6	6,4
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity)	- 35,2	- 0,6	- 9,0	2,8

Die Eigenkapitalrenditen vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital) und die Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) werden als das den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbare Ergebnis vor Steuern als prozentualer Anteil am durchschnittlichen Eigenkapital beziehungsweise am durchschnittlichen Active Equity ausgewiesen. Die Eigenkapitalrenditen nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital, materiellen Eigenkapital und Active Equity) werden als Ergebnis nach Steuern ermittelt, das den Deutsche Bank-Aktionären als prozentualer Anteil am durchschnittlichen Eigenkapital, materiellen Eigenkapital beziehungsweise Active Equity zuzurechnen ist.

Gemäß Ausweis in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung ist das den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbare Ergebnis nach Steuern als Ergebnis nach Steuern, abzüglich des den Anteilen ohne beherrschenden Einfluss zurechenbare Konzernergebnis nach Steuern, definiert.

Das den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbare Ergebnis vor Steuern (IBIT) basiert auf dem Ergebnis vor Steuern (IBIT) nach Abzug des den Anteilen ohne beherrschenden Einfluss zurechenbaren IBIT, wie folgt:

in Mio €	3. Quartal		Jan. – Sep.	
	2015	2014	2015	2014
Ergebnis vor Steuern	- 6.101	266	- 3.393	2.864
Abzüglich das den Anteilen ohne beherrschenden Einfluss zurechenbare Konzernergebnis vor Steuern	12	- 3	- 26	- 24
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Ergebnis vor Steuern	- 6.089	264	- 3.419	2.840

Das materielle Eigenkapital auf Konzernebene wird ermittelt, indem der Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte von dem Eigenkapital in der Bilanz subtrahiert werden. Das materielle Eigenkapital der Segmente wird ermittelt, indem der Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte von dem den Segmenten allokierten Active Equity subtrahiert wird. Das Active Equity ist das um die Dividendenzahlung bereinigte Eigenkapital, für die in jedem Quartal eine Abgrenzung vorgenommen und die im Folgejahr nach Zustimmung der Hauptversammlung ausgezahlt wird. Das Eigenkapital, materielle Eigenkapital und Active Equity werden mit Durchschnittswerten ausgewiesen.

in Mio €	3. Quartal		Jan. – Sep.	
	2015	2014	2015	2014
Durchschnittliches den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Eigenkapital¹	69.061	65.577	70.458	59.576
Durchschnittliche Geschäfts- oder Firmenwerte und sonstige immaterielle Vermögenswerte	14.268	14.354	15.022	14.132
Durchschnittliches materielles Eigenkapital¹	54.793	51.223	55.436	45.444
Durchschnittliches den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Eigenkapital	69.061	65.577	70.458	59.576
Durchschnittliche Dividendenabgrenzungen	- 647	- 647	- 905	- 737
Durchschnittliches Active Equity¹	68.415	64.930	69.553	58.840

¹ Das durchschnittliche Eigenkapital, materielle Eigenkapital und Active Equity werden für das dritte Quartal 2015 und das dritte Quartal 2014 als Durchschnitt der letzten vier Monatswerte und für die ersten neun Monate 2015 und die ersten neun Monate 2014 als Durchschnitt der letzten zehn Monatswerte ermittelt.

Das durchschnittliche Active Equity wird für jedes Segment ausgewiesen. Nähere Informationen zur Allokation des durchschnittlichen Active Equity zu den Segmenten enthält der Abschnitt „Segmentberichterstattung (nicht testiert): Allokation des durchschnittlichen Active Equity“ in diesem Zwischenbericht.

Die Eigenkapitalrenditen nach Steuern basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital, materiellen Eigenkapital und Active Equity auf Konzernebene reflektieren die berichtete effektive Steuerquote des Konzerns. Auf Segmentebene wurde für die Eigenkapitalrendite nach Steuern basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity für das Berichtsquartal, das dritte Quartal des Vorjahres, die ersten neun Monate 2015 und die ersten neun Monate 2014 eine Steuerquote von 35 % angewendet.

Nettovermögen und materielles Nettovermögen je ausstehende Stammaktie (unverwässert)

Das Nettovermögen und das materielle Nettovermögen je ausstehende Stammaktie (unverwässert) sind finanzielle Messgrößen, die nicht nach IFRS ermittelt werden. Sie werden von Investoren und Analysten als verlässliche Kennzahlen zur Beurteilung der Kapitaladäquanz genutzt. Das Nettovermögen je ausstehende Stammaktie (unverwässert) errechnet sich aus dem den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Eigenkapital dividiert durch die Anzahl der zum Bilanzstichtag ausstehenden Stammaktien (unverwässert). Das materielle Nettovermögen errechnet sich aus dem den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Eigenkapital abzüglich der Position „Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte“. Das materielle Nettovermögen je ausstehende Stammaktie (unverwässert) entspricht dann dem materiellen Nettovermögen dividiert durch die Anzahl der zum Bilanzstichtag ausstehenden Stammaktien (unverwässert).

Materielles Nettovermögen

in Mio €	30.9.2015	31.12.2014
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Eigenkapital (Nettovermögen)	63.949	68.351
Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte	-9.932	-14.951
Materielles Nettovermögen	54.016	53.400

Ausstehende Stammaktien (unverwässert)

in Mio (sofern nicht anders angegeben)	30.9.2015	31.12.2014
Anzahl ausgegebene Stammaktien	1.379,3	1.379,3
Aktien im Eigenbestand	-0,8	-0,3
Gewährte Aktienrechte (unverfallbar)	6,8	6,8
Ausstehende Stammaktien (unverwässert)	1.385,2	1.385,8
Nettovermögen je ausstehende Stammaktie (unverwässert) in €	46,16	49,32
Materielles Nettovermögen je ausstehende Stammaktie (unverwässert) in €	38,99	38,53

Bewertungsanpassungen

Der vorliegende Zwischenbericht und andere Veröffentlichungen des Konzerns beziehen sich auf die kreditrisikobezogene Bewertungsanpassung (Credit Valuation Adjustment, CVA), forderungsbezogene Bewertungsanpassung (Debt Valuation Adjustment, DVA) und refinanzierungsbezogene Bewertungsanpassung (Funding Valuation Adjustment, FVA).

Wie im Finanzbericht 2014 in Anhangangabe 14 „Zum beizulegenden Zeitwert bewertete Finanzinstrumente“ erläutert, wird die CVA auf Derivatepositionen angewandt und durch Einschätzung der potenziellen Kredit-schulden gegenüber einem Kontrahenten bestimmt. Bei der Ermittlung der CVA werden alle gehaltenen Sicherheiten, die Effekte von Aufrechnungsvereinbarungen, die erwarteten Verluste bei Ausfall sowie die Kreditrisiken auf Basis der vorliegenden Marktinformationen, einschließlich Prämien für Kreditabsicherungen (CDS-Spreads), berücksichtigt.

Die CVA gemäß den CRR/CRD 4-Kapitalvorschriften erhöht die risikogewichteten Aktiva (RWA) des Konzerns. Der Konzern versucht diese CVA RWA durch Absicherungen über Kreditderivate-Swaps zu reduzieren. Diese regulatorische Absicherung der CVA RWA erfolgt zusätzlich zur Absicherung für CVA-Exposures gemäß den IFRS-Vorschriften für die Bilanzierung von Sicherungsgeschäften und führt daher zu Marktwertschwankungen in der Gewinn- und Verlustrechnung, die als Ertragsposten ausgewiesen werden.

Die DVA berücksichtigt die Auswirkungen des Kreditrisikos des Konzerns bei der Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts der finanziellen Verpflichtungen (einschließlich Derivatekontrakten).

Die FVA wird auf nicht vollständig mit Sicherheiten unterlegte Derivatepositionen angewandt. Sie reflektiert die marktimplizierten Refinanzierungskosten für Aktiva und Passiva und berücksichtigt bei der Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts nicht vollständig mit Sicherheiten unterlegter Derivatepositionen den Barwert der Finanzierungskosten.

Impressum

Deutsche Bank Aktiengesellschaft
Taunusanlage 12
60262 Frankfurt am Main
Telefon: (0 69) 9 10-00
deutsche.bank@db.com

Aktionärshotline:
(08 00) 9 10 80 00

Hauptversammlungshotline:
(08 00) 1 00 47 98

Investor Relations:
(0 69) 9 10 3 80 80
db.ir@db.com

Der Zwischenbericht im Internet:
www.deutsche-bank.de/3Q2015

Veröffentlichung
Veröffentlicht am 29. Oktober 2015.

Hinweis in Bezug auf zukunftsgerichtete Aussagen

Dieser Bericht enthält zukunftsgerichtete Aussagen. Zukunftsgerichtete Aussagen sind Aussagen, die nicht Tatsachen der Vergangenheit beschreiben. Sie umfassen auch Aussagen über unsere Annahmen und Erwartungen. Diese Aussagen beruhen auf Planungen, Schätzungen und Prognosen, die der Geschäftsleitung der Deutschen Bank derzeit zur Verfügung stehen. Zukunftsgerichtete Aussagen gelten deshalb nur an dem Tag, an dem sie gemacht werden. Wir übernehmen keine Verpflichtung, solche Aussagen angesichts neuer Informationen oder künftiger Ereignisse anzupassen.

Zukunftsgerichtete Aussagen beinhalten naturgemäß Risiken und Unsicherheitsfaktoren. Eine Vielzahl wichtiger Faktoren kann dazu beitragen, dass die tatsächlichen Ergebnisse erheblich von zukunftsgerichteten Aussagen abweichen. Solche Faktoren sind etwa die Verfassung der Finanzmärkte in Deutschland, Europa, den USA und andernorts, in denen wir einen erheblichen Teil unserer Erträge aus dem Wertpapierhandel erzielen und einen erheblichen Teil unserer Vermögenswerte halten, die Preisentwicklung von Vermögenswerten und die Entwicklung von Marktvolatilitäten, der mögliche Ausfall von Kreditnehmern oder Kontrahenten von Handelsgeschäften, die Umsetzung unserer strategischen Initiativen, die Verlässlichkeit unserer Grundsätze, Verfahren und Methoden zum Risikomanagement sowie andere Risiken, die in den von uns bei der US Securities and Exchange Commission (SEC) hinterlegten Unterlagen dargestellt sind. Diese Faktoren haben wir in unserem SEC-Bericht nach „Form 20-F“ vom 20. März 2015 unter der Überschrift „Risk Factors“ im Detail dargestellt.

2016

Wichtige Termine

28. Januar 2016

Vorläufiges Jahresergebnis für das Geschäftsjahr 2015

11. März 2016

Geschäftsbericht 2015 und Form 20-F

28. April 2016

Zwischenbericht zum 31. März 2016

19. Mai 2016

Hauptversammlung in der Festhalle
Frankfurt am Main (Messegelände)

20. Mai 2016

Dividendenzahlung

28. Juli 2016

Zwischenbericht zum 30. Juni 2016

27. Oktober 2016

Zwischenbericht zum 30. September 2016

Das Titelbild zeigt Steve Weiner, Group Treasurer, Unilever, London.

Weitere Informationen zur Jahresberichterstattung sowie die Äußerungen, die von den Vertretern unserer Zielgruppen (Stakeholder) gemacht worden sind, finden Sie unter www.deutsche-bank.de/14.